

Statistisches Bundesamt

# Wirtschaft und Statistik

## Aus dem Inhalt

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ▪  
ArmutsmäÙe für die Bundesrepublik Deutschland ▪  
Eisenbahnverkehr ▪ Zur Messung der Rückfälligkeit von  
Straftätern ▪ Studierende im Wintersemester ▪

# 6

Juni

# 1999

**METZLER  
POESCHEL**

**Herausgeber:**

Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

**Schriftleitung:**

Johann Hahlen  
Präsident des Statistischen Bundesamtes  
Verantwortlich für den Inhalt  
Brigitte Reimann  
65180 Wiesbaden

**Verlag:**

Metzler-Poeschel, Stuttgart

**Verlagsauslieferung:**

SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH  
Postfach 4343  
72774 Reutlingen  
Telefon 0 70 71/93 53 50  
Telefax 0 70 71/3 36 53  
Internet [http //www s-f-g com](http://www.s-f-g.com)  
E-Mail [staba@s-f-g com](mailto:staba@s-f-g.com)

**Druck:**

Rhein Main Druck, Mainz

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juli 1999

Einzelpreis DM 20,30 EUR 10,38  
Jahresbezugspreis DM 207,-, EUR 105,84  
zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer 1010200-99106  
ISSN 0043-6143

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie

• im Internet [http //www statistik-bund de](http://www.statistik-bund.de)

oder bei unseren Allgemeinen Auskunftsdiensten  
65180 Wiesbaden

• Telefon 06 11/75 24 05  
• Telefax 06 11/75 33 30  
• E-Mail [info@statistik-bund.de](mailto:info@statistik-bund.de)

Zweigstelle Berlin

Postfach 276, 10124 Berlin  
• Telefon 0 30/23 24 68 66  
• Telefax 0 30/23 24 68 72  
• E-Mail [stba-berlin infodienst@t-online de](mailto:stba-berlin.infodienst@t-online.de)

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1999  
Alle Rechte vorbehalten

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Nachdruck und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung über elektronische Systeme bedarf stets der vorherigen Genehmigung.

**Abkürzungen**

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a n g	=	anderweitig nicht genannt
o a S	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill	=	Million
Mrd	=	Milliarde

**Zeichenerklärung**

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
-	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	=	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
	=	Angabe fällt später an
x	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen

Kurznachrichten	441
-----------------	-----

**Textteil**

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998	449
ArmutsmäÙe für die Bundesrepublik Deutschland	479
Eisenbahnverkehr 1998	493
Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern	498
Studierende im Wintersemester 1998/99	505
Preise im Mai 1999	511
Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	515

**Tabellenteil**

Übersicht	317*
Statistische Monatszahlen	318*
Ausgewählte Tabellen	346*

**Herausgeber**

Statistisches Bundesamt

**Verlag**

Metzler-Poeschel, Stuttgart

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990

Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990, sie schließen Berlin-West ein

Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost

<b>Contents</b>	Page
News in brief	441

<b>Texts</b>	
Revision of national accounts, 1991 to 1998	449
Poverty measures for the Federal Republic of Germany	479
Railway transport, 1998	493
Measuring recidivism of offenders	498
Students in the winter term of 1998/99	505
Prices in May 1999	511
List of the contributions published in the current year	515

<b>Tables</b>	
Summary	317*
Monthly statistical figures	318*
Selected tables	346*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990

The data for the "former territory of the Federal Republic" relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990, they include Berlin-West

The data for the "new Länder and Berlin-East" relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

<b>Table des matières</b>	Pages
Informations sommaires	441

<b>Textes</b>	
Révision de la comptabilité nationale de 1991 à 1998	449
Mesures de pauvreté pour la République fédérale d'Allemagne	479
Trafic ferroviaire en 1998	493
La mesure de la récidive des délinquants	498
Etudiants au semestre d'hiver de 1998/99	505
Prix en mai 1999	511
Liste des contributions publiées dans l'année en cours	515

<b>Tableaux</b>	
Résumé	317*
Chiffres statistiques mensuels	318*
Quelques tableaux sélectionnés	346*

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990

Les données pour «l'ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990, Berlin-Ouest y est inclus

Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie-Occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu'à Berlin-Est

# Kurznachrichten

## In eigener Sache

### Festschrift der Statistischen Ämter zum 50. Geburtstag der Bundesrepublik Deutschland erschienen

„Die bisher zu einseitig auf Kostenmanagement konzentrierte Diskussion über den Umfang der amtlichen Statistik muß zukünftig wieder verstärkt aufgabenbezogen geführt werden“. Dies ist eine der Kernaussagen eines Referates, das die ehemalige Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Dr. Christine Hohmann-Dennhardt, eingangs eines wissenschaftlichen Kolloquiums zum Thema „Amtliche Statistik – Ein konstitutives Element des demokratischen Staates“ gehalten hat.

Alle Referate und die Beiträge zur Podiumsdiskussion dieses gemeinsam vom Statistischen Bundesamt und der Deutschen Statistischen Gesellschaft im Herbst letzten Jahres veranstalteten Kolloquiums bilden den ersten Teil der gleichnamigen Festschrift zum 50jährigen Bestehen der Bundesrepublik Deutschland, die soeben als Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder erschienen ist. Namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft beleuchten in diesem Teil des Bandes in ihren Referaten vielfältige Aspekte aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der amtlichen Statistik in Deutschland und Europa.

Der zweite Teil der Veröffentlichung gibt einen illustrierten Überblick über die Rolle der amtlichen Statistik in unserem demokratischen Staat in 50 Jahren Bundesrepublik Deutschland. Die Festschrift ist dem im Jahr 1997 verstorbenen Vizepräsidenten des Statistischen Bundesamtes und langjährigen Schriftleiter dieser Zeitschrift, Herrn Dr. Gerhard Bürgin, gewidmet.

Sie kann bei jedem Statistischen Landesamt oder beim Statistischen Bundesamt (65180 Wiesbaden, Telefon: 06 11/75 21 36, Telefax: 06 11/75 25 55) zum Preis von 28,80 DM zuzüglich Versandkosten bezogen werden (Bestellnummer: 1011100-99900)

## Aus Europa

### Ergebnis der SLIM Initiative in bezug auf die Intrahandelsstatistik

Im Rahmen der Initiative SLIM (Vereinfachung der Rechtsvorschriften im Binnenmarkt) hatte die Kommission der Europäischen Union 1997 auch vorge-

schlagen, die Belastung der Auskunftspflichtigen bei der Intrahandelsstatistik zu verringern. Die Kommission wollte die Merkmale Lieferbedingung, Verkehrszweig, Bundesland, Hafen und Statistisches Verfahren streichen.

Aus Sicht der Mitgliedstaaten hätten diese weitgehenden Streichungen aber zu Informationsverlusten geführt, die nicht mehr akzeptabel gewesen wären. Für Deutschland galt dies im besonderen Maß für das Merkmal Bundesland, welches es ermöglicht, den Außenhandel auch in der Untergliederung nach Bundesländern darzustellen – eine Information, die aus Sicht der Bundesländer unverzichtbar ist. Entsprechend reagierte der Rat auf die vorgelegten Kommissionsvorschläge mehrheitlich ablehnend.

Auch das Europäische Parlament äußerte Änderungswünsche. Während die Kommission die Änderungen des Europäischen Parlaments akzeptierte, hat der Rat diese nicht übernommen – mit der Folge, daß unterschiedliche Vorstellungen von Rat und Parlament weiter bestehen blieben.

Rat und Parlament haben sich nunmehr unter der deutschen Ratspräsidentschaft im Rahmen eines Vermittlungsverfahrens auf einen Kompromißvorschlag geeinigt. Danach ist es gemeinsames Ziel, die Belastung der Unternehmen zu verringern und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen zu entlasten. Dafür sollen die Hafenangaben entfallen und die Merkmale „Lieferbedingung“, „Verkehrszweig“ und „Statistisches Verfahren“ nur noch bei Unternehmen erhoben werden, die oberhalb von bestimmten Schwellen liegen. Die Höhe der Schwellen ist vom zuständigen Methodenausschuß in Luxemburg festzusetzen. Die entsprechende Verordnung ist unter der Nummer 1182/1999 am 9. Juni 1999 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft Nr. L 144 erschienen und gilt ab 1. Januar 2001.

Deutschland kann diesem Kompromiß zustimmen, denn die Erhebung der für Deutschland wichtigen Bundeslandsangaben wird unverändert weitergeführt.

### Donauschifffahrt durch Konflikt im Kosovo beeinträchtigt

Die Zerstörung der Donaubrücken in Serbien und das Mahochwasser werden sich negativ auf die Binnenschifffahrt auf der Donau in Deutschland auswirken. Im Jahr 1998 wurden knapp 1 Mill. t Güter über den deutschen Teil der Donau von oder zu den Staaten befördert, die für Binnenschiffe jetzt nicht mehr erreichbar sind. Darunter waren Serbien mit rund 400 000 t, Bulgarien mit 250 000 t und Rumänien mit 230 000 t. Der Anteil des Güterverkehrs mit den betroffenen Staaten an der im Jahr 1998 insgesamt

# Kurznachrichten

auf der deutschen Donau beförderten Gütermenge von 7,5 Mill. t betrug 13%. Legt man 1998 als Referenzjahr zugrunde, so dürfte der Binnenschifffahrt über deutsche Wasserstraßen durch die Blockade der Donau in Serbien pro Monat eine Transportmenge von mehr als 80 000 t verlorengehen

Die im vergangenen Jahr für den Verkehr über die deutsche Donau wichtigsten Herkunft- und Zielländer im Osten sind von der Blockade jedoch nicht betroffen: Österreich mit einem Ein- und Ausladevolumen von 2,2 Mill. t Gütern, Ungarn mit 1,6 Mill. t und die Slowakei mit 0,8 Mill. t. Ein- oder Ausladehäfen im Westen waren neben Deutschland (5,3 Mill. t einschließlich Transporte von und zu Donauhäfen) vor allem die Niederlande (2,9 Mill. t) und Belgien (0,6 Mill. t).

Wegen des Hochwassers im Mai dieses Jahres wurde der deutsche Teil der schiffbaren Donau zwischen Kelheim und der österreichischen Grenze etwa zwei Wochen für die Schifffahrt teilweise oder vollständig gesperrt. Der Transportrückstand der Binnenschifffahrt dürfte allerdings teilweise in der Folgezeit wieder ausgeglichen werden.

## Aus dem Inland

### Einführung einer Dienstleistungsstatistik überfällig

Der Statistische Beirat, das vom Gesetzgeber zur Beratung von Grundsatzfragen der Bundesstatistik berufene Gremium, hat auf seiner 46. Sitzung am 8. Juni 1999 gefordert, eine Dienstleistungsstatistik einzuführen, um die bedeutsamste Lücke im wirtschaftsstatistischen System zu schließen und die Verpflichtungen aus Statistikverordnungen der Europäischen Union zu erfüllen.

Der Dienstleistungssektor gilt als Motor für Wachstum und Beschäftigung. Die amtliche Statistik bildet die Dienstleistungen bisher nur lückenhaft ab und kann den Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft nicht vollständig zeigen. Es fehlen insbesondere laufende Wirtschaftsstatistiken über die modernen unternehmensbezogenen Dienstleistungen, wie Datenverarbeitung, Telekommunikation, Leasing, Logistik, Werbung und Marktforschung, Rechts- und Wirtschaftsberatung. Deshalb ist für diese Dienstleistungsbereiche eine jährliche Statistik notwendig, die auf Stichprobenbasis über Umsatz und Vorleistungen zur Ermittlung der Bruttowertschöpfung sowie über Beschäftigte und Investitionen auf der Grundlage der vorhandenen Geschäftsaufzeichnungen berichtet.

Der Statistische Beirat geht davon aus, daß die Bundesregierung kurzfristig einen entsprechenden Gesetzesentwurf einbringen wird, damit möglichst bald Daten auf Bundes- und Landesebene über diesen so bedeutsamen Wirtschaftsbereich zur Verfügung stehen

Weitere Auskünfte erteilt Lothar Hake, Telefon (06 11) 75 24 28.

## Kompakt

### Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven

Unter der Schirmherrschaft des Bundesministeriums für Bildung und Forschung fand am 31. Mai/1. Juni 1999 in Wiesbaden ein Symposium „Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik – Praxis und Perspektiven“ statt. Die Veranstaltung wurde vom Statistischen Bundesamt gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, und der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen (GESIS), Mannheim, durchgeführt.

Für die Kooperation zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik in Deutschland gibt es viele positive Beispiele, zudem besteht auf beiden Seiten der Wunsch, diese Zusammenarbeit voranzutreiben und zu verbessern. Dazu hat sich in den letzten Monaten – in Fachkreisen und in den Medien – eine lebhafte und fruchtbare Diskussion entwickelt. Auf dem Symposium sollten der Stand der Zusammenarbeit diskutiert sowie Perspektiven für deren Weiterentwicklung erarbeitet werden.

Nach einleitenden Referaten über „Bessere Datengrundlagen für die Wissenschaft ergeben bessere Handlungsgrundlagen für die Politik“ und „Amtliche Statistik und empirische Forschung: Wege in eine kooperative Zukunft“ wurden Bereiche, in denen eine verstärkte Zusammenarbeit besonders erforderlich und ertragreich erscheint, schwerpunktmäßig vertieft.

Dabei ging es u. a. darum, Wege aufzuzeigen, wie eine flexiblere Anpassung des Programms der Bundesstatistik an gesellschaftspolitische und ökonomische Fragestellungen und eine stärkere Partizipation der Wissenschaft erreicht werden kann.

Zur Optimierung von Konzepten und Verfahren in der Statistikproduktion wurde über eine intensivere Einbindung der Wissenschaft in die methodische Weiterentwicklung gesprochen

# Kurznachrichten

Schließlich wurden die Zugangsmodalitäten der Wissenschaft zu den Daten der amtlichen Statistik diskutiert. Dabei lag der Schwerpunkt auf einer Verbesserung des Zugangs zu statistischen Einzeldaten bei gleichzeitiger Wahrung des Statistikgeheimnisses. In den vergangenen Jahren sind hier bereits erhebliche Fortschritte erzielt worden.

Eine Veröffentlichung der Symposiumsbeiträge in der Reihe „Forum der Bundesstatistik“ ist geplant.

Weitere Auskünfte erteilt Elmar Wein, Telefon (06 11) 75 26 98.

## Rotwein auf dem Vormarsch

Dem Trend zum Rotwein folgen auch die deutschen Winzer: Im früheren Bundesgebiet waren Ende August 1998 23 540 Hektar (ha) mit roten Rebsorten bestockt. Im klassischen „Weißweinland“ Deutschland beträgt der Anteil der Rotweinrebsorten an der bestockten Rebfläche des früheren Bundesgebietes damit 23%. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Rebfläche mit Rotgewächsen um 1 483 ha oder 6,7% erhöht, innerhalb der letzten zehn Jahre um 42% (1989: 16 563 ha).

Bei den roten Rebsorten dominierte 1998 der Blaue Spätburgunder (8 204 ha) vor dem Blauen Portugieser (4 718 ha) und dem Dornfelder (3 218 ha). Der Blaue Spätburgunder wird vorwiegend in Baden angepflanzt, der Anbau von Blauem Portugieser und Dornfelder konzentriert sich auf die Pfalz und Rheinhessen.

Weitere Auskünfte erteilt Dr. Peter Gurrath, Telefon (0 30) 23 24 69 98.

## Anlagevermögensrechnung für Umweltschutz legt gesamtdeutsche Ergebnisse vor

Im Juni ist die neue Ausgabe der Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 6 „Ausgaben und Anlagevermögen für Umweltschutz“ erschienen. Die seit Ende der achtziger Jahre bestehende umweltspezifische Anlagevermögensrechnung wurde im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen (UGR) um das Gebiet der neuen Länder erweitert, so daß jetzt erstmals für die Berichtsjahre 1991 bis 1995 gesamtdeutsche Ergebnisse zum Anlagevermögen und den laufenden Ausgaben für Umweltschutzzwecke vorliegen.

Abbildungsbereich und gleichzeitig Berechnungsgrundlage sind die Umweltschutzmaßnahmen der Unternehmen des Produzierenden Gewerbes und

der Gebietskörperschaften. Sämtliche Kennziffern werden dabei differenziert ausgewiesen nach den Umweltschutzbereichen Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung. Die Berechnungen beruhen auf den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Die Erweiterung der Anlagevermögensrechnung um die neuen Bundesländer und die Zusammenführung zu gesamtdeutschen Ergebnissen erfolgte in einem mehrstufigen Prozeß, wobei zuerst eine eigenständige Vermögensrechnung für die neuen Länder für die Jahre ab 1991 aufgebaut wurde. Sie entspricht in ihrer Grundstruktur und Berechnungstiefe exakt der schon bestehenden Vermögensrechnung für das frühere Bundesgebiet, so daß die Ergebnisse beider Teilgebiete anschließend zu gesamtdeutschen Daten zusammengeführt werden konnten.

Hauptaufgabe bei der Erweiterung der Vermögensrechnung um die neuen Länder war die Ermittlung des umweltspezifischen Anlagen-Altbestandes im staatlichen Sektor der ehemaligen DDR für das Jahr 1990 und seine Fortschreibung mit den Umweltschutzinvestitionen ab 1991. Die Schätzung des staatlichen Altbestandes wurde durch das Deutsche Institut für Urbanistik im Rahmen eines eigenständigen UGR-Forschungsprojektes vorgenommen. Insgesamt wurde ein Wert von gut 30 Mrd. DM (in Preisen von 1991) für das umweltspezifische Anlagevermögen des Staatsbereiches der ehemaligen DDR Ende 1990 ermittelt (zum Vergleich: der entsprechende Wert für das frühere Bundesgebiet liegt bei 251 Mrd. DM), wovon mehr als 29 Mrd. DM den Anlagen für den Gewässerschutz zuzuschreiben sind. Für die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes der ehemaligen DDR konnte hingegen kein hinlänglich plausibler Altbestand für 1990 mehr ermittelt werden, so daß hier allein die jährlichen Umweltschutzausgaben ab 1991 den Aufbau des Anlagevermögens bestimmen. Eine nähere Beschreibung der einzelnen Rechenmodule findet sich im Abschnitt „Allgemeine und methodische Erläuterungen“ der Fachserie.

Neben dem Bruttoanlagevermögen für Umweltschutz werden in der Veröffentlichung Abschreibungen auf Umweltschutzanlagen, laufende Ausgaben und Investitionen für Umweltschutz sowie die aus diesen Größen abgeleiteten aggregierten Kennziffern Gesamtausgaben und Gesamtaufwendungen für Umweltschutz ausgewiesen. Für die Jahre 1975 bis 1990 sind zudem die Ergebnisse für das frühere Bundesgebiet enthalten.

Weitere fachliche Informationen zur Anlagevermögensrechnung für Umweltschutz sind im Statistischen Bundesamt bei Gruppe IV B, Telefon (06 11) 75 27 94, erhältlich.

# Kurznachrichten

## Alle 11 Minuten kommt ein Kind im Straßenverkehr zu Schaden

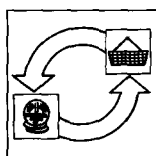
Im Jahr 1998 verunglückten in Deutschland 46508 Kinder im Alter von unter 15 Jahren im Straßenverkehr; das waren 3302 oder 6,6% weniger als 1997. Dies bedeutet, daß in Deutschland im Durchschnitt alle 11 Minuten ein Kind im Straßenverkehr zu Schaden kam. 16175 (-0,2%) Kinder verunglückten als Pkw-Insassen, 15373 (-13%) als Fahrradbenutzer und 12935 (-7,5%) als Fußgänger.

304 (-2,3%) der verunglückten Kinder starben im Straßenverkehr. Im Durchschnitt des Jahres 1998 kam fast täglich (alle 29 Stunden) ein Kind im Straßenverkehr ums Leben. Dem größten Risiko, im Straßenverkehr getötet zu werden, sind Kinder als Pkw-Insassen ausgesetzt: 127 (-11%) der getöteten Kinder starben 1998 im Pkw. 94 (+11%) Kinder wurden als Fußgänger und 73 (+11%) als Fahrradbenutzer getötet.

Das Unfallrisiko für Kinder ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich. Am stärksten gefährdet waren Kinder 1998 in Brandenburg mit 514 verunglückten Kindern je 100000 Einwohnern unter 15 Jahren, gefolgt von Mecklenburg-Vorpommern (502) und Sachsen-Anhalt (488). Am niedrigsten lagen die Werte in Baden-Württemberg (286) und Hessen (287). Der Bundesdurchschnitt liegt bei 355 Kindern je 100000 Einwohner unter 15 Jahren.

## Aus diesem Heft

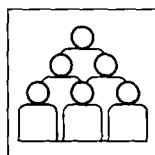
### Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998



Der vorliegende Aufsatz berichtet über Ergebnisse der abgeschlossenen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Zeitraum 1991 bis 1998 in jeweiligen und konstanten Preisen. In Heft 4/1999 dieser Zeitschrift wurden bereits ausführlich Anlaß, Konzeptänderungen, neue Begriffe und Darstellungen dieser Revision erläutert. In diesem Aufsatz werden die wichtigsten daten- und konzeptbedingten Änderungen und ihre Auswirkungen auf große Bereiche bzw. wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt und die Unterschiede zu den bisher veröffentlichten Ergebnissen anhand von Tabellen und Übersichten erklärt. Weiterhin werden neu eingearbeitete Berechnungsgrundlagen dargestellt und die Grundzüge neuer Berechnungsmethoden skizziert.

Als Ergebnis der Revision weist das Bruttoinlandsprodukt in den Revisionsjahren 1991 bis 1998 einen flacheren zeitlichen Verlauf, jedoch auf höherem Niveau auf. Die Differenzen zum bisherigen Ergebnis in jeweiligen Preisen belaufen sich von +84,4 Mrd. DM (+3,0%) im Jahr 1991 bis auf +41,3 Mrd. DM (+1,1%) im Jahr 1998. Ausschlaggebend für die im Zeitablauf abnehmenden Differenzen sind die datenbedingten Änderungen, während die konzeptbedingten Unterschiede in allen Revisionsjahren in etwa die gleiche Größenordnung aufweisen. Aufgrund der abnehmenden Niveauunterschiede zwischen den neuen und bisherigen Ergebnissen zum Bruttoinlandsprodukt ergeben sich – mit Ausnahme des Jahres 1995 – geringere nominale und reale jährliche Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts als bisher.

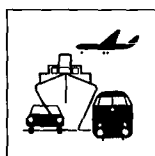
### Armutsmaße für die Bundesrepublik Deutschland



Die statistische Beschreibung von Armut ist ein zur Zeit sehr aktuelles politisches Thema. Die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, daß solche Berechnungen häufig zu unterschiedlichen Ergebnissen führen und damit fast zwangsläufig überaus kontrovers diskutiert werden. Notwendig ist daher eine Methodendiskussion als erster Schritt zu einer Berichterstattung über Armut und Reichtum.

Der vorliegende Aufsatz ist ein Beitrag zu dieser Methodendiskussion. Er stellt folgende drei Konzepte der Armutsmessung vor: Engel-Kurven, relative Armut und subjektive Armut. Anschließend werden basierend auf diesen Konzepten mit Hilfe von Daten aus dem Europäischen Haushaltspanel Armutsgrenzen berechnet. Mit den Ergebnissen werden exemplarisch die Unterschiede bei Anwendung der verschiedenen Verfahren betrachtet.

### Eisenbahnverkehr 1998



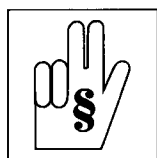
In Deutschland waren im Jahr 1998 insgesamt 115 Eisenbahnunternehmen am öffentlichen Eisenbahnverkehr beteiligt. Diese Unternehmen haben insgesamt 1802 Mill. Fahrgäste befördert und 309 Mill. t Güter transportiert. Die Eisenbahnen mußten im Vergleich zum Vorjahr sowohl beim Fahrgastaufkommen (-2,9%) als auch bei der beförderten Gütermenge (-3,9%) Verkehrsverluste hinnehmen. Im gleichen Zeitraum sanken die Einnahmen im Personenverkehr um 2,5% auf 9,3 Mrd. DM und im Güterverkehr um 6,6% auf 6,5 Mrd. DM.



# Kurznachrichten

Für die Abwicklung dieser Verkehrsleistung wurden 257 000 Beschäftigte auf einem Schienennetz von rund 42 200 km (Stand: Ende 1997) eingesetzt. In dem Bericht werden, neben näheren Ausführungen zu den o. a. Themen, noch Angaben zu Fahrzeugbeständen und Unfällen veröffentlicht.

## Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern



Im vorliegenden Beitrag wird das Konzept einer Sondererhebung nach § 7 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz (BStatG) skizziert, die das Statistische Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz durchfüh-

ren ließ, um die Datensituation über die Rückfälligkeit von Straftätern zu verbessern. Rückfälligkeit bzw. die Legalbewährung strafrechtlich sanktionierter Täter gilt dabei als Gradmesser für den Erfolg spezialpräventiver Maßnahmen des Strafrechts.

Die vorliegenden Informationen über die Rückfälligkeit von Straftätern aus den laufenden amtlichen Rechtspflegestatistiken, die im wesentlichen retrospektiv auf Vorbestraftenanteile abstellen, sind nicht geeignet, ein systematisches Bild über die Rückfälligkeit nach Freiheitsstrafe und anderen Sanktionen in Deutschland zu zeichnen. Die durchgeführte Sondererhebung, die an die Datensammlung des Bundeszentralregisters anknüpft, verfolgt dagegen vom Zeitpunkt einer bestimmten strafrechtlichen Sanktion die Rückfälligkeit bzw. die Legalbewährung prospektiv.

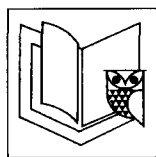
Die Durchführung der Erhebung nach § 7 BStatG oblag zwei Kriminologen der Universitäten Konstanz und Göttingen in Zusammenarbeit mit dem Bundeszentralregister und der Kriminologischen Zentralstelle in Wiesbaden. Dabei mußten zunächst die im wesentlichen aus Texten bestehenden Einträge im Bundeszentralregister in statistisch weiterverarbeitbare Informationen über gerichtliche Entscheidungen, Straftatbestände und Sanktionen transformiert und anschließend bezüglich des Erfolgs spezialpräventiver Sanktionen ausgewertet werden.

Die bisher vorliegenden Ergebnisse zum Basisjahr 1991 sind – wegen festgestellter und nachträglich nicht korrigierbarer Untererfassung einzelner Entscheidungen sowie der besonderen Situation in den neuen Ländern, in denen sich die Justiz noch im Aufbau befand – in Teilbereichen noch unvollständig, lassen jedoch einige Tendenzaussagen zu. Danach wird etwa jeder dritte Abgeurteilte bzw. aus der Haft Entlassene innerhalb eines Rückfallzeitraums von vier Jahren wegen einer neuerlichen Straftat erneut

abgeurteilt. Männer werden gegenüber Frauen in erheblich höherem Maße rückfällig. Jüngere Täter haben eine höhere Rückfallquote als ältere. Je schwerere die Ausgangssanktion, desto eher und schwerer erfolgt auch eine Wiederverurteilung.

Um repräsentative und aktuellere Ergebnisse zur Rückfälligkeit von Straftätern zu gewinnen, hat das Bundesministerium der Justiz inzwischen das Statistische Bundesamt mit einer Wiederholung der Rückfallstatistik beauftragt. Auf der Grundlage eines leicht modifizierten Erhebungskonzeptes, das die oben genannten Einschränkungen vermeiden soll, werden die mit der ersten Erhebung befaßten Stellen die Daten des Bundeszentralregisters für die Jahre 1994 bis 1998 auswerten.

## Studierende im Wintersemester 1998/99



Im vorliegenden Beitrag werden die wichtigsten Eckzahlen aus dem sogenannten „Vorbericht“ der Studentenstatistik des Wintersemesters 1998/99 – wie zum Beispiel die Gesamtzahl der Studierenden und Studienanfänger nach Geschlecht, Hochschularten und Fächergruppen – dargestellt und erläutert. Darüber hinaus wird die Entwicklung der Studierenden- und Studienanfängerzahl innerhalb der letzten Jahre analysiert.

An den Hochschulen im Bundesgebiet waren den vorläufigen Ergebnissen zufolge im Wintersemester 1998/99 insgesamt 1,81 Mill. Studierende eingeschrieben, davon waren 806 803 oder 44,5 % Frauen. Der Anteil der ausländischen Studierenden lag bei 9,1 % (165 609)

An den Hochschulen im Bundesgebiet waren den vorläufigen Ergebnissen zufolge im Wintersemester 1998/99 insgesamt 1,81 Mill. Studierende eingeschrieben, davon waren 806 803 oder 44,5 % Frauen. Der Anteil der ausländischen Studierenden lag bei 9,1 % (165 609)

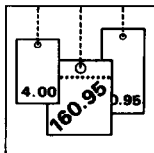
Verglichen mit dem Höchststand von 1,87 Mill. Studierenden im Wintersemester 1994/95 waren im Wintersemester 1998/99 3,2 % (59 142) Studentinnen und Studenten weniger eingeschrieben. Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Studierenden stieg hingegen im selben Zeitraum um 3,7 Prozentpunkte an. Der Ausländeranteil hat sich seit dem Wintersemester 1992/93 kontinuierlich erhöht, und zwar um insgesamt 2,3 Prozentpunkte. Im Vergleich zum Wintersemester 1997/98 ist bei der Gesamtzahl der Studierenden eine Abnahme von 10 759 (–0,6 %) zu verzeichnen. Während die Zahl der männlichen Studenten zurückging (–2,2 %), nahm die der Studentinnen zu (+1,6 %). Die Mehrzahl der Studierenden (31,0 %) war, wie schon in den vergangenen Jahren, in der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ immatrikuliert. Auf Platz zwei folgten die „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (23,2 %) vor den „Ingenieurwissenschaften“ (16,9 %).

# Kurznachrichten

Im Studienjahr 1998/99 (Sommersemester 1998 und Wintersemester 1998/99) haben insgesamt 271 575 Frauen und Männer ein Hochschulstudium in Deutschland aufgenommen, das sind 4 130 (+ 1,5 %) mehr als im Vorjahr. Der Anteil der Studienanfängerinnen betrug 48,6 % (131 847). 43 200 (15,9 %) Studienanfänger hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit.

Der seit Anfang der 90er Jahre rückläufige Trend bei der Zahl der Studienanfänger in den „Ingenieurwissenschaften“ hat sich nicht fortgesetzt. Diese Fächergruppe konnte erstmals wieder einen Zuwachs von 1 684 (+ 3,7 %) „Erstsemestern“ gegenüber dem Vorjahr vermelden. Gemessen an der Zahl der Studierenden entsprach die Rangfolge der Fächergruppen bei den Studienanfängern mit einer Ausnahme derjenigen der Studierenden insgesamt.

## Preise im Mai 1999



Nachdem es im Vormonat mit der zum 1. April wirksam gewordenen Einführung der „Ökosteuer“ zu einem Anstieg der Preisniveaus auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen gekommen war, verlief die Preisentwicklung im Mai 1999 wieder in ruhigeren Bahnen. So wiesen sowohl der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) als auch der Index der Einzelhandelspreise und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte keine Veränderungen gegenüber dem Vormonat auf und der Index der Großhandelsverkaufspreise stieg von April auf Mai 1999 lediglich um 0,3 %.

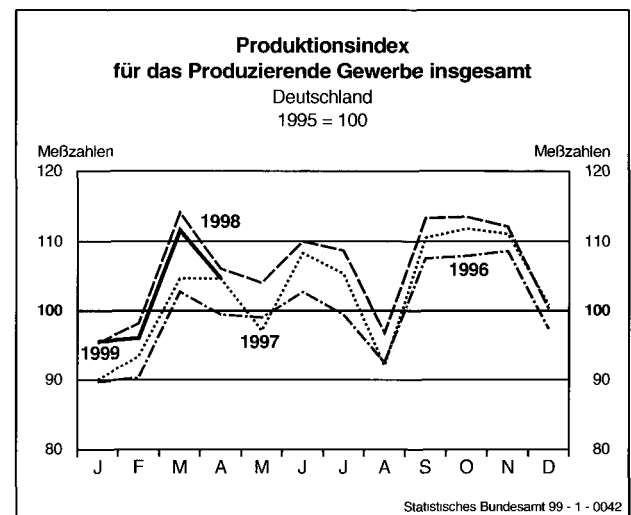
Das insgesamt günstige Preisklima in Deutschland zeigt sich vor allem an den Jahresveränderungsraten der hier dargestellten Preisindizes. Die Jahresveränderungsrate des Erzeugerpreisindex, des Großhandelspreisindex und des Einzelhandelspreisindex wiesen im Mai 1999 ein negatives Vorzeichen auf, und für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wurde im Berichtsmontat lediglich ein Anstieg um 0,4 % gegenüber Mai 1998 festgestellt.

Das insgesamt günstige Preisklima in Deutschland zeigt sich vor allem an den Jahresveränderungsraten der hier dargestellten Preisindizes. Die Jahresveränderungsrate des Erzeugerpreisindex, des Großhandelspreisindex und des Einzelhandelspreisindex wiesen im Mai 1999 ein negatives Vorzeichen auf, und für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wurde im Berichtsmontat lediglich ein Anstieg um 0,4 % gegenüber Mai 1998 festgestellt.

## Weitere wichtige Monatszahlen

### Produktion

Der arbeitstäglich bereinigte Produktionsindex des Produzierenden Gewerbes lag im April 1999 mit einem Stand von 104,6 (1995=100) um 1,3 % niedriger als im April 1998.

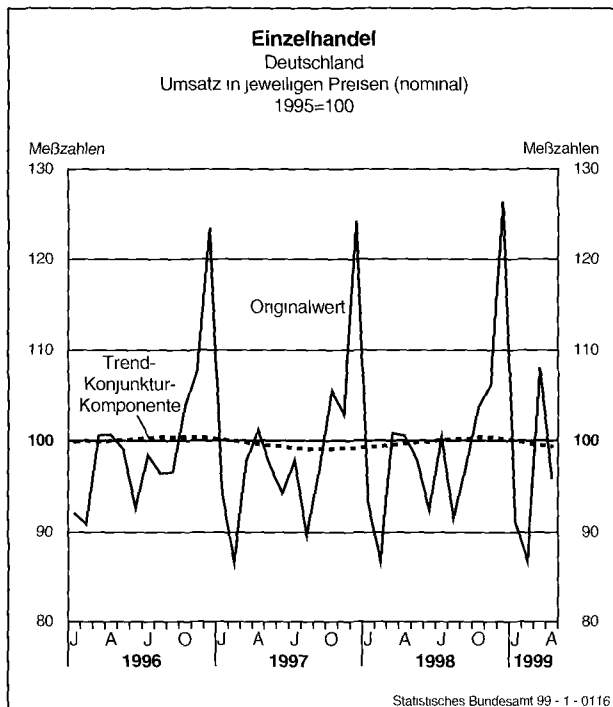


### Einzelhandel

Die Einzelhandelsunternehmen in Deutschland setzten im April 1999 nominal 4,7 % und real 4,4 % weniger als im April 1998 um. In den ersten vier Monaten 1999 wurde nominal 0,3 % und real 0,2 % weniger als im Vorjahreszeitraum abgesetzt.

Im April 1999 verzeichneten nur der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln sowie die Apotheken (nominal + 5,8 %, real + 3,9 %) höhere Umsätze als im April 1998. In den anderen Branchen des Einzelhandels lagen die Umsätze unter dem Niveau des Vorjahresmonats: im sonstigen Facheinzelhandel, der Gebrauchs- und Verbrauchsgüter anbietet (nominal - 2,6 %, real - 3,0 %), im Einzelhandel in Verkaufsräumen, zu dem auch der Versandhandel zählt (nominal - 7,3 %, real - 3,2 %), im Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (nominal - 7,8 %, real - 7,5 %) und im Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren (nominal - 9,4 %, real - 9,5 %).

# Kurznachrichten

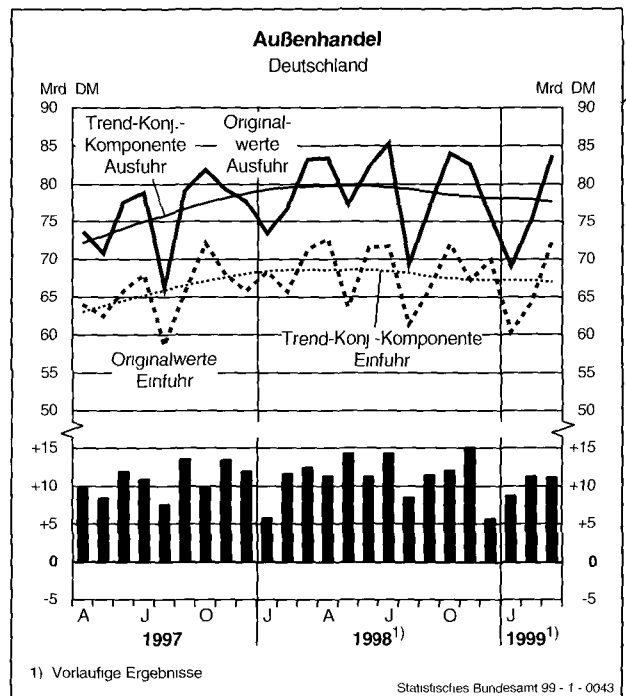


Im April 1999 wurde im Vergleich zum März 1999 im Einzelhandel nach Kalender- und Saisonbereinigung nominal 7,6% und real 7,8% weniger abgesetzt.

## Außenhandel

Im März 1999 wurden von Deutschland Waren im Wert von 83,7 Mrd. DM ausgeführt und im Wert von 72,6 Mrd. DM eingeführt. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat stiegen die Ausfuhren um 0,6% und die Einfuhren um 1,8%. Damit übertraf der Außenhandel in beiden Verkehrsrichtungen erstmals in diesem Jahr das Ergebnis des Vorjahresmonats. Diese Zuwächse beruhen auf einer kräftigen mengenmäßigen Ausweitung des Außenhandels, da die Außenhandelspreise im gleichen Zeitraum rückläufig waren (Index der Ausfuhrpreise im März 1999: -1,5% gegenüber März 1998, Index der Einfuhrpreise: -4,2%). Die Außenhandelsbilanz schloß im März 1999 mit einem Überschuß von 11,1 Mrd. DM ab. Ein Jahr zuvor hatte der Saldo 11,9 Mrd. DM betragen. Unter Berücksichtigung der anderen Teilbilanzen (Dienstleistungen: -5,8 Mrd. DM, Erwerbs- und Vermögenseinkommen: +1,4 Mrd. DM, laufende Übertragungen: -2,8 Mrd. DM) schloß die Leistungsbilanz - nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank - im März 1999 mit einem Überschuß von 3,9 Mrd. DM ab.

Nach Einschätzung der führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute dürften sich die Aussich-



ten für die deutsche Ausfuhr im Jahresverlauf aufhellen. Ursachen hierfür sehen die Institute in einer Festigung der Konjunktur in Europa im Sommerhalbjahr und in einer wegen des starken Dollar verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter auf dem Weltmarkt. Die von den Krisenregionen ausgehenden dämpfenden Einflüsse auf die Weltwirtschaft werden den Prognosen zufolge im Laufe dieses Jahres mehr und mehr nachlassen.

Nominal stieg die Ausfuhr im März 1999 gegenüber dem Vormonat um 10,9% und die Einfuhr um 13,0%. Daß dieser Anstieg in erster Linie auf eine jahreszeitlich bedingte Frühjahrsbelebung und den im Februar kürzeren Bezugszeitraum zurückzuführen ist, zeigen die kalender- und saisonbereinigten Werte: Ausfuhr -0,4% und Einfuhr +1,7% (März 1999 gegenüber Februar 1999). Die Trend-Konjunktur-Komponente (berechnet nach dem Berliner Verfahren, Version 4) weist im März 1999 allerdings - wie bereits seit Juni 1998 - für die Aus- und Einfuhr im Vergleich zum Vormonat negative Veränderungsdaten auf.

# Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998

## Ergebnisse und Berechnungsmethoden

### Vorbemerkung

Mit dem 28. April 1999 wurden die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 umgestellt. Das eigenständige deutsche System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, dessen Grundlagen im wesentlichen Ende der fünfziger Jahre entwickelt worden waren, wurde damit aufgegeben. Darin spiegelt sich die allgemeine Tendenz zum Übergang auf europäische Regelungen wider, die auch die Statistik nicht ausspart.

Der vorliegende Aufsatz berichtet über Ergebnisse der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für den Zeitraum 1991 bis 1998 in jeweiligen und konstanten Preisen. In Heft 4/1999 dieser Zeitschrift wurden bereits ausführlich Anlaß, Konzeptänderungen, neue Begriffe und Darstellungen dieser Revision erläutert. Im folgenden werden die wichtigsten daten- und konzeptbedingten Revisionsänderungen und ihre Auswirkungen auf große Bereiche bzw. wichtige Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen dargestellt und die Unterschiede zu den bisher veröffentlichten Ergebnissen anhand von Tabellen und Übersichten erklärt. Weiterhin werden neu eingearbeitete Berechnungsgrundlagen aufgeführt und die Grundzüge neuer Berechnungsmethoden skizziert.

Der Sonderband S. 20 der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ stellt unter dem Titel „Revidierte Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 1991 bis 1998“ wichtige Tabellen mit Jahres- und Vierteljahresergebnissen vor; ausgewählte Ergebnisse stehen auch im Internet (<http://www.statistik-bund.de>) zur Verfügung. Weitere Ergebnisse dieser Revision werden in den Hauptberichten 1998 und 1999 der Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen“ im Herbst 1999 bzw. 2000 sowie in der Reihe 2 „Input-Output-Tabellen“ im Sommer 2000 veröffentlicht werden. Alle Ergebnisse der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind auch in der Datenbank STATIS-BUND des Statistischen Bundesamtes als Zeitreihen gespeichert und können gegen Entgelt via Internet ([www.statistik-bund.de/zeitreih/home.htm](http://www.statistik-bund.de/zeitreih/home.htm)), auf Diskette, Magnetbanddiskette oder CD-ROM bezogen werden.

Die laufende Berichterstattung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung knüpft an die revidierten Ergebnisse an. Dem bisherigen Veröffentlichungsrhythmus folgend wurden bereits Anfang Juni 1999 Ergebnisse für das erste Vierteljahr 1999 publiziert, im September werden Ergebnisse für das zweite Quartal 1999 in der Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“ der Fachserie 18 veröffentlicht. Voraussichtlich im Oktober erscheint dann der Hauptbericht 1998 der Reihe 1.3 „Konten und Standardtabellen“, der – wie bereits erwähnt – weitere Revisionsergebnisse enthält. Eine ausführliche Kommentierung der Wirtschaftsentwicklung im ersten Halbjahr erfolgt wie gewohnt in einem Aufsatz im September-Heft von „Wirtschaft und Statistik“.

Alle Ergebnisse dieser Revision beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. Oktober 1990, das heißt nach der deutschen Vereinigung. Getrennte Angaben für das frühere Bundesgebiet einschließlich Berlin-West einerseits sowie die neuen Länder und Berlin-Ost andererseits für das Jahr 1991 sollen im September 1999 vorgelegt werden. Für die Jahre ab 1992 wird der Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder die Aufgabe der Regionalisierung der Ergebnisse wieder völlig übernehmen. Für die Jahre vor 1991 sind Rückrechnungen nach den neuen Konzepten, Definitionen usw. ausschließlich für das frühere Bundesgebiet vorgesehen, der Realisierungszeitpunkt für die Rückrechnung steht noch nicht fest und ist primär von den im Statistischen Bundesamt verfügbaren Kapazitäten abhängig.

### 1 Allgemeiner Überblick

Umfassende Revisionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen mit Änderungen der Angaben für eine Reihe zurückliegender Jahre sind in gewissen Abständen unvermeidlich<sup>1)</sup>, auch wenn sie sowohl für die Konsumenten als auch die Produzenten mit erheblichen Belastungen verbunden sind. Sie ermöglichen vor allem

- den Einbau bisher nicht verwendeter statistischer Berechnungsgrundlagen,
  - die Anwendung neuer Berechnungsmethoden,
  - den Übergang auf eine neue Preisbasis
- und
- die methodische Weiterentwicklung der Konzepte und Definitionen, Klassifikationen u. ä.

Die zuverlässigsten und detailliertesten Berechnungsgrundlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind Angaben aus Großzählungen, die meist in mehrjährigen Abständen durchgeführt werden. Die Ergebnisse dieser Erhebungen, die häufig erst relativ spät zur Verfügung stehen, stellen das Fundament des Berech-

<sup>1)</sup> Siehe Lutzel, H. „Weiterentwicklung und Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in „Ansätze zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“ in WiSta 2/1985, S. 107 ff.

nungssystem Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen dar, auf dem alles Weitere aufgebaut ist. Um Brüche in den Zeitreihen zu vermeiden, können die Ergebnisse von Großzahlungen, deren Einarbeitung auch Korrekturen für weiter zurückliegende Zeiträume vor der Erhebung erforderlich macht, nur in den umfassenden Revisionen aufgenommen werden. Ähnlich verhält es sich bei der erstmaligen Nutzung von Ergebnissen aus neuen oder erheblich geänderten statistischen Erhebungen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. An wichtigen Statistiken, deren Ergebnisse im Rahmen dieser Revision in die Berechnungen einbezogen wurden, sind vor allem die Handels- und Gaststättenzahlung 1993, die Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 und die Gebäude- und Wohnungszählung 1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost, die Handwerkszählung 1995, die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, verschiedene Jahreserhebungen im Handel sowie einige Kostenstrukturstatistiken zu nennen.

In vielen Fällen können auch verbesserte Berechnungsmethoden nur im Rahmen von großen Revisionen eingeführt werden, da auch hier oftmals für größere Zeitabschnitte Neuberechnungen angestellt werden müssen. Trotz nun bereits fast fünfzigjähriger Tradition Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen in der Bundesrepublik Deutschland wird im Statistischen Bundesamt ständig an weiteren Verbesserungen der Berechnungsmethoden gearbeitet, die häufig erst durch Änderungen und Ergänzungen in den Basisstatistiken ermöglicht werden. Aber auch Änderungen von Rechtsvorschriften oder fiskalische Maßnahmen können aufgrund entsprechender Änderungen der Basisinformationen dazu führen, daß bisher verwendete Berechnungsmethoden modifiziert werden müssen.

Mit der Einführung des ESVG 1995 haben sich Konzepte, Definitionen, Abgrenzungen und Klassifikationen zum Teil sehr stark verändert. Darüber wurde bereits ausführlich im ersten Teil dieser Revisionsdarstellung in Heft 4/1999, S. 257 ff. dieser Zeitschrift berichtet, ebenso wie über die geänderten Begriffe und Darstellungen (Tabellengestaltung und -aufbau in der Fachserie 18, Reihen 1, 2 und 3).

Die folgenden, zum Vergleich mit den revidierten Angaben herangezogenen bisherigen Ergebnisse entsprechen dem Veröffentlichungsstand im Hauptbericht 1997 der Reihe 13 „Konten und Standardtabellen“ der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, der im Oktober 1998

erschienen ist, bzw. für das Jahr 1998 dem Stand in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 3 „Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung“, 4. Vierteljahr 1998. Zur Erläuterung der daten- und konzeptbedingten Revisionsänderungen werden in diesem Aufsatz beispielhaft für das Jahr 1995 Angaben in tiefer Untergliederung dargestellt. Die datenbedingten Änderungen umfassen dabei alle Änderungen, die sich aus neuen Berechnungsgrundlagen, neuen Klassifikationen und gegebenenfalls abgewandelten Rechenmethoden ergeben. Sie enthalten auch „Korrekturen“, die im Zusammenhang mit den Arbeiten zur Überprüfung der Vollständigkeit des Bruttoinlands- und Bruttosozialprodukts in der Abgrenzung des ESVG, 2. Auflage, vorgenommen wurden, wie zum Beispiel die Einbeziehung von Trinkgeldern, die Umsetzung der Krankenhäuser vom Staats- in den Unternehmenssektor oder die Buchung eigenständig erworbener Software als Vorleistungen und nicht als Ausrüstungsinvestitionen. Die konzeptbedingten Änderungen resultieren ausschließlich aus den geänderten Konzepten, Abgrenzungen und Definitionen des neuen ESVG 1995.

## 2 Entstehung des Inlandsprodukts

Nach den revidierten Ergebnissen weist das Bruttoinlandsprodukt in den Revisionsjahren 1991 bis 1998 einen flacheren zeitlichen Verlauf, jedoch auf höherem Niveau auf. Wie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, belaufen sich die Differenzen zum bisherigen Ergebnis von +84,4 Mrd. DM (+3,0%) im Jahr 1991 bis auf +41,3 Mrd. DM (+1,1%) im Jahr 1998. Ausschlaggebend für die im Zeitablauf abnehmenden Differenzen sind die datenbedingten Änderungen, während die konzeptbedingten Erhöhungen in allen Revisionsjahren in etwa die gleiche Größenordnung aufweisen.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber bisher

	Datenbedingt		Konzeptbedingt	
	Mrd DM	%	Mrd DM	%
1991	+43,7	+1,5	+40,7	+1,4
1992	+35,9	+1,2	+40,7	+1,3
1993	+31,8	+1,0	+39,9	+1,3
1994	+26,2	+0,8	+40,0	+1,2
1995	+42,3	+1,2	+38,7	+1,1
1996	+23,2	+0,7	+40,1	+1,1
1997	+7,2	+0,2	+44,6	+1,2
1998	-5,5	-0,1	+46,8	+1,2

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>In jeweiligen Preisen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	2938,0	3155,2	3235,4	3394,4	3523,8	3586,8	3675,8	3799,4
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	2853,6	3078,6	3163,7	3328,2	3442,8	3523,5	3624,0	3758,1
Differenz	Mrd DM	+84,4	+76,6	+71,7	+66,2	+81,0	+63,3	+51,8	+41,3
	%	+3,0	+2,5	+2,3	+2,0	+2,4	+1,8	+1,4	+1,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+7,4	+2,5	+4,9	+3,8	+1,8	+2,5	+3,4
Bisheriges Ergebnis	%	x	+7,9	+2,8	+5,2	+3,4	+2,3	+2,9	+3,7
<b>In konstanten Preisen</b>									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	+2,2	-1,1	+2,3	+1,7	+0,8	+1,8	+2,3
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	+2,2	-1,2	+2,7	+1,2	+1,3	+2,2	+2,8

1) In Preisen von 1995 – 2) In Preisen von 1991

Die im Revisionszeitraum 1991 bis 1998 abnehmenden Niveauunterschiede zwischen den neuen und den bisherigen Ergebnissen zum Bruttoinlandsprodukt führen dazu, daß – mit Ausnahme des Jahres 1995 – die jährlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts einen geringeren Anstieg aufweisen als bisher (siehe Tabelle 1). Über den gesamten Revisionszeitraum betrachtet erhöhte sich das neue Bruttoinlandsprodukt (in jeweiligen Preisen) um +29,3% gegenüber bisher +31,7%. Im Jahresdurchschnitt ergibt dies eine Zunahme von +3,7% gegenüber bisher +4,0%. Auch das auf neuer Preisbasis (1995) berechnete reale Bruttoinlandsprodukt weist im Revisionszeitraum einen flacheren Verlauf auf (+10,4%) als das bisher ausgewiesene (+11,7%), was ganz überwiegend auf die nominale Entwicklung und weniger auf die Umstellung der Preise auf ein aktuelleres Basisjahr zurückzuführen ist. Jahresdurchschnittlich sind das +1,4% gegenüber bisher 1,6%.

Der im Vergleich zu bisher flachere zeitliche Verlauf und das höhere Niveau sind das Ergebnis einer Reihe von positiv wie negativ auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts wirkender Änderungen, die in den folgenden Abschnitten beschrieben werden. Zu den Anpassungen der Ergebnisse nach unten haben beispielsweise ganz wesentlich die aufgrund der Wohnungsstichprobe 1993 niedrigeren Ansätze für die Wohnmieten beigetragen, die um so niedriger ausfielen, je weiter sie zeitlich von den zuletzt verfügbaren Ergebnissen aus der Wohnungszählung 1987 entfernt lagen. Im Abschnitt 3.2 über Änderungen der bisherigen Größe des Privaten Verbrauchs (neu: Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) wird dies ausführlicher erläutert. Die im Vergleich zu bisher niedrigeren Zuwachsraten des nominalen wie auch des realen Bruttoinlandsprodukts in den aktuellen Jahren 1997 und 1998 sind ganz wesentlich auf einen geringeren Ansatz für die Vorratsveränderungen zurückzuführen, worauf im Abschnitt 3.3 über die Bruttoinvestitionen noch einmal eingegangen wird.

## 2.1 Produktionswerte, Vorleistungen und Wertschöpfung

In der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts hat die Einführung des ESVG 1995 in Kombination mit der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93), zu gravierenden Veränderungen geführt, die einen Vergleich mit den bisherigen Berechnungen nur noch sehr eingeschränkt zulassen. Die Tabellen 2 und 3 enthalten

beispielhaft für das Berichtsjahr 1995 die wichtigsten Änderungen, wobei zum einen die gesamtwirtschaftlichen Größen und zum anderen die Ergebnisse nach zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen dargestellt werden. Bei den Revisionsänderungen wird auch hier unterschieden zwischen datenbedingten und konzeptbedingten Änderungen und bei letzteren danach, ob diese Auswirkungen auf das Bruttoinlandsprodukt haben (BIP-wirksam) oder nicht (BIP-neutral).

Die datenbedingten Änderungen belaufen sich gesamtwirtschaftlich bei den Produktionswerten auf rund +254 Mrd. DM (3,1% des bisherigen Wertes) und bei den Vorleistungen auf rund +210 Mrd. DM (4,3% des bisherigen Wertes), so daß sich bei der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche letztlich eine Erhöhung um gut 43 Mrd. DM (+1,3%) ergibt. Der Hauptgrund für diese Niveaukorrekturen ist die Verwendung von Ergebnissen aus mehrjährigen statistischen Erhebungen und Großzählungen, die nicht in die laufenden Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts einbezogen wurden, weil diese Brüche in den Zeitreihen hervorgerufen hatten. Als wichtige, bisher nicht berücksichtigte Statistiken sind zu nennen: Handels- und Gaststättenzahlung 1993, Handwerkszahlung 1995, Zählung im handwerksähnlichen Gewerbe 1996, Gebäude- und Wohnungszählung 1995 (in den neuen Ländern und Berlin-Ost), Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993, vierjährliche Kostenstrukturstatistiken (vor allem in den Bereichen Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Freie Berufe und Handwerk).

Der Einbau dieser mehrjährigen Statistiken in die revidierten Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erfolgte in engem Zusammenhang mit einem umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Sicherung der Vollständigkeit des Bruttoinlandsprodukts, was ein zentrales Anliegen dieser Revision und der damit einhergehenden europäischen Harmonisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen war. Besondere Maßnahmen zur Sicherung der Vollständigkeit waren:

- Die Durchführung eines umfangreichen Projekts zum sogenannten „Beschäftigtenabgleich“ in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU). Zu diesem Zweck wurden umfassende Angaben über Erwerbstätige aus Bevölkerungsstatistiken mit erwerbsstatistischen Angaben der Arbeitgeber aus speziellen Bereichsstatistiken verglichen (soweit diese wiederum Eingang in die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts finden), um auf diese Weise mögliche Unter-

Tabelle 2 Produktionswerte, Vorleistungen und Bruttowertschöpfung

Alle Wirtschaftsbereiche 1995  
Mrd. DM

Gegenstand der Nachweisung	Produktionswert	Vorleistungen	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	Unterstellte Bankgebühr	Bruttowertschöpfung (bereinigt)	Nettogütersteuern	Bruttoinlandsprodukt (BIP)
	(1)	(2)	(3) = (1) - (2)	(4)	(5) = (3) - (4)	(6)	(7) = (5) + (6)
Bisheriges Ergebnis	8 210,9	4 897,6	3 313,3	137,1	3 176,2	266,6	3 442,8
+ Datenbedingte Änderungen	+ 254,3	+ 210,8	+ 43,5	x	+ 43,5	- 1,2	+ 42,3
+ BIP-neutrale Konzeptänderungen	- 2 152,6	- 2 071,6	- 81,0	x	- 81,0	+ 81,0	x
Handelsware u. a.	- 2 071,6	- 2 071,6	x	x	x	x	x
Gütersteuern (sonstige)	- 103,3	x	- 103,3	x	- 103,3	+ 103,3	x
Gütersubventionen	+ 22,3	x	+ 22,3	x	+ 22,3	- 22,3	x
+ BIP-wirksame Konzeptänderungen	+ 47,3	+ 8,6	+ 38,7	x	+ 38,7	x	+ 38,7
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	6 359,9	3 045,4	3 314,5	137,1	3 177,4	346,4	3 523,8

erfassungen zu identifizieren. Für Deutschland konnte zwar insgesamt keine globale Untererfassung festgestellt werden, in einzelnen Wirtschaftsbereichen führte diese Untersuchung aber zu Erkenntnissen, die in die Überarbeitung der Ergebnisse im Rahmen der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen eingeflossen sind.

- Zur weiteren Absicherung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurde in allen Rechenbereichen der Entstehungsrechnung nochmals ein umfassender Abgleich mit den Ergebnissen der verfügbaren Umsatzsteuerstatistiken durchgeführt. Dabei war im einzelnen zu beachten, daß dieser Vergleich durch zahlreiche steuerrechtliche Besonderheiten sowie durch unterschiedliche wirtschaftssystematische Bereichszuordnungen gestört sein kann. Trotzdem konnte auch durch diese Vergleiche die Plausibilität der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verbessert werden.
- Eine weitere Vollständigkeitsprüfung erfolgte im Rahmen einer europäischen Task Force „Nutzung der Haushaltsbefragungen für Berechnungen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen“. Dabei wurde für die Konsumausgaben der privaten Haushalte ein detaillierter Abgleich zwischen Angaben aus Haushaltsbefragungen (Einkommens- und Verbrauchsstichproben) und der sogenannten Lieferbereichsrechnung (Absatz an private Haushalte, abgeleitet aus Wirtschafts- und Steuerstatistiken) vorgenommen. Erkenntnisse aus diesem Abgleich wurden aus Konsistenzgründen auch in die Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts übernommen.
- Im Zuge der Revisionsarbeiten konnten außerdem Erkenntnisse aus den detaillierten Input-Output-Rechnungen der letzten Jahre verarbeitet werden, die für die laufenden Berechnungen des Bruttoinlandsprodukts meist erst zu spät anfallen. Die erforderlichen Korrekturen bezogen sich sowohl auf die Höhe der Produktionswerte als auch der Vorleistungen.

- Schließlich wurden neben diesen umfassenden Vollständigkeitsprüfungen noch für verschiedene Rechenbereiche der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gesonderte Vollständigkeitsuntersuchungen vorgenommen, etwa durch Abgleich mit speziellen, zum Teil auch nichtamtlichen Datenquellen und Studien (z. B. für Leasing oder Telekommunikationsanbieter).

Im Zusammenhang mit den datenbedingten Änderungen sind auch weitere Korrekturen zu nennen, die zur Ausräumung von speziellen, länderspezifischen Vorbehalten notwendig waren, die seitens der EU-Kommission gegenüber den bisherigen Berechnungen erhoben worden waren (z. B. Einbeziehung von Naturalentgelten und Trinkgeldern, genauere Abgrenzung der Vorleistungen bei geringwertigen Wirtschaftsgütern und erworbener Software oder Aufwendungen für Leiharbeitnehmer).

In der Gliederung nach Wirtschaftsbereichen wird eine sinnvolle Darstellung der datenbedingten Änderungen dadurch erschwert, daß diese mit der Einführung der WZ 93 teilweise durch erhebliche klassifikatorische Verschiebungen überlagert werden, die sich nicht genau quantifizieren lassen. In der zusammenfassenden Darstellung der Wirtschaftsbereiche (siehe Tabelle 3) sind vor allem folgende klassifikatorische Änderungen von Belang:

- Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) einschließlich Verlagsgewerbe, Recycling, Fertigteilbau, aber ohne Reparaturen,
- Baugewerbe ohne Fertigteilbau,
- Handel und Verkehr einschließlich Gastgewerbe, Reparaturen sowie private Telekommunikations- und Postdienste, aber ohne Recycling,
- Dienstleistungsunternehmen ohne Gastgewerbe, Verlagsgewerbe, private Telekommunikations- und Postdienste sowie ohne private Dienstleister (z. B. Erziehung, Gesundheitswesen, Abfallbeseitigung, Kultur, Sport, Unterhaltung, sonstige persönliche Dienstleistungen),

Tabelle 3 Bruttowertschöpfung 1995 nach Wirtschaftsbereichen  
Mrd DM

Gegenstand der Nachweisung	Wirtschaftsbereiche (WZ 79)						
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (WZ-Nr. 0)	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) (WZ-Nr. 1, 2)	Baugewerbe (WZ-Nr. 3)	Handel und Verkehr (WZ-Nr. 4, 5)	Dienstleistungsunternehmen (WZ-Nr. 6, 7)	Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck (WZ-Nr. 8, 9)	Gesamtwirtschaft (unbereinigt)
Bisheriges Ergebnis (Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen)	36,3	915,3	218,0	494,6	1 169,3	479,8	3 313,3
+ Datenbedingte Änderungen	- 0,2	- 0,5	+ 2,9	+ 73,8	- 248,5	+ 216,0	+ 43,5
+ BIP-neutrale Konzeptänderungen	+ 6,2	- 76,6	+ 0	+ 13,7	- 21,5	- 2,8	- 81,0
+ BIP-wirksame Konzeptänderungen	+ 0	- 2,7	+ 1,5	+ 4,3	+ 7,9	+ 27,7	+ 38,7
Neues Ergebnis (Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen)	42,3	835,5	222,4	586,4	907,2	720,7	3 314,5
	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (WZ-Nr. A, B)	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe) (WZ-Nr. C bis E)	Baugewerbe (WZ-Nr. F)	Handel, Gastgewerbe und Verkehr (WZ-Nr. G bis I)	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen (WZ-Nr. J bis K)	Öffentliche und private Dienstleister (WZ-Nr. L bis P)	Gesamtwirtschaft (unbereinigt)
	Wirtschaftsbereiche (WZ 93)						

- Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck, jetzt ergänzt um die privaten Dienstleister.

In einer tieferen Wirtschaftsgliederung ergeben sich noch weitere Änderungen, die in dieser zusammenfassenden Darstellung nicht erkennbar sind (z. B. Bergbau jetzt einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden, neue interne Strukturen im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel und im Verkehr sowie die vollige Neustrukturierung der Dienstleistungsbereiche). Wichtig ist auch, daß die Einheiten der Sektoren Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck nunmehr entsprechend ihrer Tätigkeit in verschiedenen Wirtschaftsbereichen auftreten können (hauptsächlich im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“, zum Beispiel bei Erziehung, Entsorgung oder Kultur). Dies hat einerseits den Vorteil, daß diese Tätigkeiten umfassender als bisher dargestellt werden, andererseits aber den Nachteil, daß jetzt Markt- und Nichtmarktproduzenten miteinander vermischt werden.

Bei den Konzeptänderungen führen insbesondere die BIP-neutralen Änderungen zu einem neuen Erscheinungsbild der Entstehungsrechnung. Es handelt sich um die Nettostellung der Handelsware sowie um die Einführung eines neuen Preiskonzepts mit einer Bewertung zu Herstellungspreisen. Bei der Nettostellung der Handelsware werden die Vorleistungen und die Produktionswerte der einzelnen Wirtschaftsbereiche (also nicht nur des Groß- und Einzelhandels) um den Einsatz an Handelsware in gleicher Höhe gekürzt. Dadurch ergeben sich zwar keine Wirkungen auf die Bruttowertschöpfung, es ändern sich aber die für die Wirtschaftsbereiche typischen Vorleistungsquoten (Verhältnis von Vorleistungen zu Produktionswerten). Neben der „reinen“ Handelsware sind ähnliche Produktionsvorgänge ebenfalls „netto“ gestellt worden, nämlich die Wiederverkaufumsätze von Energie, die Bruttomieten in der Wohnungsvermietung (Bereinigung um die „kalten“ Nebenkosten) sowie die Umsätze von Reisevermittlern durch Reduzierung auf die Vermittlungsprovisionen. Gesamtwirtschaftlich betrachtet führt diese Nettostellung zu einer Kürzung der bisherigen Produktionswerte um rund 25 %, bei den Vorleistungen um über 40 % (siehe Tabelle 2). Diese Darstellung reduziert die gesamtwirtschaftlichen Güterströme beträchtlich, weil mehr die physische, gütermäßige Seite betont wird, wie es bisher schon in der Input-Output-Rechnung üblich war. Es ist allerdings vorgesehen, in den nationalen Veröffentlichungen zusätzlich die bisherige, mehr marktorientierte Bruttodarstellung der Produktionswerte zu zeigen, weil dies für bestimmte Erkenntniszwecke vorteilhaft erscheint (z. B. für Vergleiche mit Umsatzangaben aus anderen Datenquellen).

Die zweite BIP-neutrale Konzeptänderung der Entstehungsrechnung betrifft die Einführung eines neuen Preiskonzepts, wonach die Produktionswerte in der Regel zu Herstellungspreisen und die Vorleistungen (wie bisher) zu Anschaffungspreisen zu bewerten sind. Der Herstellungspreis ist der Betrag, den der Produzent je Einheit eines Gutes erhält, ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen. Gütersteuern oder -subventionen sind

nur solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind und insofern auch unmittelbar in die Dispositionen der Produzenten eingehen können. Gesamtwirtschaftlich betrachtet reduzieren sich gegenüber der bisherigen Darstellung die Produktionswerte und damit auch die Bruttowertschöpfung durch diese neuen (sonstigen) Gütersteuern um rund 103 Mrd. DM im Jahr 1995, durch die Gütersubventionen erhöhen sie sich um rund 22 Mrd. DM, per saldo sinken Produktionswerte und Bruttowertschöpfung also um 81 Mrd. DM (siehe die Tabellen 2 und 3). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite die Nettogütersteuern (also der Saldo zwischen Gütersteuern und Gütersubventionen) global wieder hinzuzufügen, so daß sich für das Bruttoinlandsprodukt keine Auswirkungen ergeben. Im bisherigen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen umfaßten die Gütersteuern nur die Mehrwertsteuer sowie die Importabgaben, und die Gütersubventionen waren gleich Null (siehe Tabelle 2, Spalte 6, 1995 rund 267 Mrd. DM), im neuen System erhöht sich der Betrag der Nettogütersteuern auf rund 346 Mrd. DM. In diesem Zusammenhang ist noch auf kleinere datenbedingte Änderungen bei den Gütersteuern hinzuweisen, die zustande kommen, weil für die grenzüberschreitenden Vorgänge nunmehr Angaben aus der Zahlungsbilanzstatistik (und nicht aus der Finanzstatistik) verwendet werden und jetzt auch für die Mehrwertsteuer eine Phasenverschiebung (von einem Monat) vorgenommen wird, um so eine bessere Übereinstimmung mit den zugrundeliegenden ökonomischen Transaktionen zu erreichen. Auch in der Darstellung nach Wirtschaftsbereichen wird der Einfluß dieser BIP-neutralen Konzeptänderung deutlich (siehe Tabelle 3). Die Eliminierung der Gütersteuern wirkt sich vor allem im Produzierenden Gewerbe aus (Mineralöl-, Tabak- und Branntweinsteuer), ferner auch bei den (bisherigen) Dienstleistungsunternehmen (Versicherungssteuer, Grunderwerbsteuer) sowie bei den (neuen) privaten Dienstleistern (Rennwett- und Lotteriesteuer). Die Zusetzung der Gütersubventionen schlägt vor allem bei der Landwirtschaft zu Buche sowie im Verkehr (Abgeltungszahlungen) und beim Handel (vor allem Ausfuhrerstattungen an die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, die dem Großhandel zugeordnet ist).

Die BIP-wirksamen Konzeptänderungen wurden bereits ausführlich in Heft 4/1999 dieser Zeitschrift beschrieben und werden noch an anderen Stellen in diesem Aufsatz behandelt, so daß hier nur die Auswirkungen auf die Wirtschaftsbereiche der Entstehungsrechnung dargestellt werden (siehe Tabelle 3). Der weitaus größte Teil der Gesamtwirkung auf das Bruttoinlandsprodukt (1995: +38,7 Mrd. DM) kommt aus dem Bereich des Staates. Hier wirken sich vor allem die zusätzlichen Abschreibungen auf den öffentlichen Tiefbau sowie auf zivil nutzbare militärische Ausrüstungen und Bauten aus. Wertschöpfungsmindernd sind dagegen die nunmehr möglichen (sonstigen) Subventionszahlungen an Nichtmarktproduzenten (Staat und Private Organisationen ohne Erwerbszweck). Die Wertschöpfung der Dienstleistungsunternehmen erhöht sich



vor allem durch die neu einbezogene Produktion von Urheberrechten und die selbsterstellte Software, die allerdings auch in anderen Wirtschaftsbereichen eine Rolle spielt, ferner auch durch die Einbeziehung fiktiver Mieten für selbstgenutzte Garagen. Die anderen Konzeptänderungen streuen über viele Wirtschaftsbereiche und sind quantitativ weniger bedeutsam

Bei der Berechnung der Bruttowertschöpfung in konstanten Preisen wurde im Prinzip wie bisher nach dem Verfahren der doppelten Deflationierung vorgegangen. Danach ergibt sich die „reale“ Bruttowertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche aus der Differenz zwischen den Produktionswerten und den Vorleistungen, die getrennt mit Output- und Inputpreisen in konstante Preise des Basisjahres umgerechnet werden. All die zahlreichen Änderungen in jeweiligen Preisen schlagen sich auch in den Ergebnissen in konstanten Preisen nieder. Modifikationen bei der Deflationierung waren vor allem erforderlich wegen der Nettostellung der Handelsware sowie der neuen Bewertung zu Herstellungspreisen. Ein neues Problem ergibt sich daraus, daß nunmehr alle Gütersteuern und Gütersubventionen auch in konstanten Preisen zu berechnen sind. Der grundlegende Ansatz ist dabei, die Bemessungsgrundlage (in konstanten Preisen) mit den Steuersätzen des Basisjahres zu bewerten. Global betrachtet hat der Wechsel des Preisbasisjahres von 1991 auf 1995 keine gravierenden Auswirkungen gehabt, was sich darin zeigt, daß die Korrekturen der Veränderungsdaten des „realen“ Bruttoinlandsprodukts im wesentlichen den nominalen Änderungen folgen. Dies dürfte auch daran liegen, daß die beiden Basisjahre doch relativ dicht zusammen liegen. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß sich die europäische Harmonisierung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen künftig verstärkt auch auf die Deflationierung und Berechnung in konstanten Preisen ausrichten wird, auch weil dies im Hinblick auf den Stabilitäts- und Wachstumspakt von besonderer Bedeutung ist.

## 2.2 Abschreibungen

Wie bereits erwähnt ist ein wesentlicher Anteil der Änderung des Bruttoinlandsprodukts auf Konzeptänderungen des ESVG 1995 hinsichtlich der Abschreibungen der sonstigen Nichtmarktproduzenten Staat und private Organisationen ohne Erwerbszweck zurückzuführen. Der Produktionswert der sonstigen Nichtmarktproduzenten wird als Summe der Produktionskosten bestimmt, wobei Abschreibungen ein Kostenbestandteil sind. Durch das ESVG 1995 erweiterte sich der Umfang der abzuschreibenden Vermögensgüter für die sonstigen Nichtmarktproduzenten. Die daraus resultierenden zusätzlichen Abschreibungen erreichten 1995 eine Höhe von 33 Mrd. DM. Das sind fast 1 % des Bruttoinlandsprodukts. Davon entfallen etwa 80 % auf öffentliche Tiefbauten, also auf Güter, die auch nach dem bisherigen ESVG, 2. Auflage schon zum Anlagevermögen gehörten, aber wegen der Schwierigkeiten, ihre Nutzungsdauer zu schätzen, per Konvention nicht abgeschrieben wurden. Durch die Erweiterung des Investitionsbegriffes im ESVG 1995 gehören jetzt auch militärische Gebrauchsgüter und Computerpro-

gramme zum Anlagevermögen der sonstigen Nichtmarktproduzenten und müssen abgeschrieben werden. Weitere geringfügige Auswirkungen auf die Abschreibungen ergeben sich, weil bei selbsterstellten Bauten der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. bei Kindergärten oder Vereinsheimen) nach dem ESVG 1995 ein Zuschlag für den Wert der Arbeit aus freiwillig übernommener Tätigkeit gemacht wird. BIP-mindernde Konzeptänderungen für Abschreibungen beruhen auf der Erhöhung der Wertgrenze für Anlagegüter und haben nur marginale Auswirkungen. Die konzeptbedingten Änderungen für Abschreibungen setzen sich folgendermaßen zusammen.

BIP-wirksame Konzeptänderungen für Abschreibungen der sonstigen Nichtmarktproduzenten 1995

	Mrd. DM	Anteil in %
Öffentliche Tiefbauten	+ 26,0	79,3
Straßen	+ 16,9	51,5
Sonstige öffentliche Tiefbauten	+ 9,1	27,8
dar: Wasserstraßen, Häfen u. a.	+ 1,5	4,6
+ Erweiterter Investitionsbegriff	+ 6,8	20,7
Militärische Gebrauchsgüter	+ 4,4	13,4
Computerprogramme, große Datenbanken	+ 2,3	7,0
Sonstige Änderungen	+ 0,1	0,3
= BIP-erhöhende Konzeptänderungen	+ 32,8	100
+ BIP-mindernde Konzeptänderungen	- 0,4	x
= Insgesamt	+ 32,4	x

Die beschriebenen BIP-wirksamen Konzeptänderungen beeinflussen in erster Linie die Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereiches Öffentliche und private Dienstleister (siehe Tabelle 3). Nur im Wirtschaftsbereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind noch 1,5 Mrd. DM Abschreibungen auf Wasserstraßen, Häfen u. a. erwähnenswert. Datenbedingte Änderungen durch die Neuberechnung der Bruttoinvestitionen und die Überarbeitung von Nutzungsdaueransätzen spielen bei Abschreibungen der sonstigen Nichtmarktproduzenten nur eine sehr geringe Rolle (1995: + 1,1 Mrd. DM). BIP-neutrale Konzeptänderungen kommen im Zusammenhang mit der Neuberechnung der Abschreibungen für sonstige Nichtmarktproduzenten nicht vor.

Wie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen üblich, werden die neuen Abschreibungen im Rahmen der Anlagevermögensrechnung ermittelt. Nach der Kumulationsmethode (Perpetual-Inventory-Methode) wird das Anlagevermögen als Summe der Bruttoanlageinvestitionen der Vergangenheit unter Berücksichtigung der Abgänge berechnet. Dafür müssen weit in die Vergangenheit zurückreichende Investitionsreihen und die Nutzungsdauer der Anlagen geschätzt werden. Zunächst wird für die möglichst tief nach Anlagearten untergliederten Investitionen die durchschnittliche Nutzungsdauer festgelegt. Mit Hilfe einer Abgangsfunktion werden die Abgänge so verteilt, daß sie annähernd glockenförmig um die durchschnittliche Nutzungsdauer gestreut sind.<sup>2)</sup> Alle Anlagen werden linear über die gesamte Nutzungsdauer abgeschrieben. Im folgenden werden die Berechnungsgrundlagen der wichtigsten konzeptbedingten Änderungen für

<sup>2)</sup> Siehe Lutzel, H. „Das reproduzierbare Anlagevermögen in Preisen von 1962“ in: WiSta 10/1971, S. 593 ff.

Abschreibungen der sonstigen Nichtmarktproduzenten kurz dargestellt

Etwa die Hälfte der zusätzlichen Abschreibungen betreffen Straßen. Einbezogen sind auch dazugehörige Brücken, Tunnel u.ä. Angaben über Bruttoinvestitionen im öffentlichen Straßenbau liegen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das frühere Bundesgebiet ab 1950, für Deutschland ab 1991 vor. Um die Investitionsreihen des früheren Bundesgebietes vor 1950 zurückzuschreiben, den Bestand an Straßen aus der ehemaligen DDR Anfang 1991 zu bestimmen und um die durchschnittliche Nutzungsdauer der Straßen zu schätzen, konnte auf umfangreiche Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zurückgegriffen werden<sup>3)</sup>. Informationen über Straßenbauinvestitionen nach Straßenarten wurden der Finanzstatistik entnommen. Unter Berücksichtigung der Zusammensetzung der Straßen nach Straßenarten und Bauteilen wurde für die Straßenbauinvestitionen seit 1950 eine durchschnittliche Nutzungsdauer zwischen 57 und 61 Jahren geschätzt.

Die sonstigen öffentlichen Tiefbauten der sonstigen Nichtmarktproduzenten umfassen Wasserstraßen, Häfen, sonstige Wasserbauten, wie zum Beispiel Talsperren, Straßenbeleuchtung, Sport- und Spielplätze, Freibäder, Parkanlagen und andere Tiefbauten für Freizeit Zwecke sowie Tiefbauten im Außenbereich von Schulen, Kindergarten, Verwaltungsgebäuden usw. Angaben über Bruttoinvestitionen in sonstige öffentliche Tiefbauten lagen ebenfalls bereits ab 1950 für das frühere Bundesgebiet sowie ab 1991 für Deutschland vor. Sie enthalten jedoch auch Tiefbauten von Marktproduzenten des Staates, die hier unberücksichtigt bleiben müssen. Mit Angaben über Baumaßnahmen des Staates für die entsprechenden Aufgabebereiche aus der Finanzstatistik sowie Informationen aus den Berechnungen zum Anlagevermögen für den Umweltschutz im Rahmen der Umweltökonomischen Gesamtrechnungen wurden die Tiefbauinvestitionen der Marktproduzenten eliminiert. Für die Berechnung der Abschreibungen auf Wasserstraßen und Häfen standen vom DIW entsprechende Informationen wie für die Straßen zur Verfügung<sup>3)</sup>. Die Investitionsreihen für weitere öffentliche Tiefbauten wurden unter Berücksichtigung der bisherigen Berechnung des Bruttoanlagevermögens für öffentliche Tiefbauten von Anfang 1950 für das frühere Bundesgebiet und von Anfang 1991 für die neuen Länder vervollständigt. Die sehr detaillierten Daten über Ausgaben des Staates für Baumaßnahmen nach Aufgabebereichen in der Finanzstatistik gaben Anhaltspunkte über die Art der Tiefbauten. Die durchschnittliche Nutzungsdauer der verschiedenen Arten von Tiefbauten wurde mit Hilfe von Angaben über die Nutzungsdauer zur Berechnung der steuerlichen Abschreibungen, über die technische Nutzungsdauer sowie

Informationen von Fachleuten festgelegt. Die durchschnittliche Nutzungsdauer für die Investitionsjahrgänge seit 1950 liegt zwischen 50 und 60 Jahren.

Militärische Gebrauchsgüter sind nach dem ESVG 1995 als Anlagevermögen zu behandeln, wenn sie auch zivil genutzt werden konnten. Für die Investitionsreihen und die Untergliederung der Investitionen nach Güterarten liegen seit Gründung der Bundeswehr in den 50er Jahren umfassende Daten aus den Haushaltsplänen des Bundes vor. Sie umfassen Ausrüstungen (vor allem Straßenfahrzeuge und fernmeldetechnische Anlagen) sowie Bauten (vor allem Truppenunterkünfte, Dienst- und Werkstattgebäude, Versorgungs- und Instandsetzungseinrichtungen). Auf der Grundlage der Nutzungsdaueransätze in der Kostenrichtlinie (Ausgabe 1998) des Bundesministeriums für Verteidigung wurde eine durchschnittliche Nutzungsdauer für Ausrüstungen von 13 bis 15 Jahren und für Bauten von 50 Jahren festgelegt.

Durch das ESVG 1995 wird das Anlagevermögen um immaterielle Anlagen erweitert. Bei sonstigen Nichtmarktproduzenten des Staates und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden in diesem Zusammenhang nur Computerprogramme und große Datenbanken berücksichtigt. Die Berechnung der Investitionsreihen ab 1991 ist in Abschnitt 3 beschrieben. Die Rückschreibung vor 1991 orientiert sich an der Investitionsentwicklung für die Hardware. Steuerliche Nutzungsdaueransätze und Expertenbefragungen weisen darauf hin, daß Computerprogramme relativ schnell erneuert werden. Es wurde deshalb überwiegend eine durchschnittliche Nutzungsdauer von 5 Jahren angenommen.

### 2.3 Erwerbstätige und Arbeitsvolumen

Die Anzahl der Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen – die geleisteten Arbeitsstunden aller Erwerbstätigen – dienen als Maß für den Produktionsfaktor Arbeit und sind damit ein wichtiger Bestandteil der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Zuge der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden die Erwerbstätigenzahlen und das Arbeitsvolumen neu berechnet. Grundlage hierfür waren im wesentlichen die in der laufenden Fortschreibung der Erwerbstätigenzahlen noch nicht enthaltenen Ergebnisse von Großzählungen der vergangenen Jahre, insbesondere der Handels- und Gaststättenzählung 1993 sowie der Handwerkszählung 1995, wie auch neuere Ergebnisse aus anderen Statistiken. Vor allem die Angaben der Mikrozensen zwischen 1996 und 1998 ließen erkennen, daß das Niveau und die Zunahme der geringfügigen Beschäftigung bisher nur unvollständig erfaßt worden waren.

Für den Revisionszeitraum 1991 bis 1998 sind die Unterschiede zwischen den bisherigen und den neuen Erwerbstätigenzahlen in Tabelle 4 auf S. 456 dargestellt.

Die Neuberechnungen wirken sich auf den gesamten Revisionszeitraum aus. Das durchweg deutlich höhere Niveau ist überwiegend auf eine bessere Erfassung der geringfügig Beschäftigten zurückzuführen, konzeptionelle Gründe liegen nicht vor. Der bislang zwischen 1991 und 1998 dar-

<sup>3)</sup> Siehe insbesondere Kirner, W. „Zeitreihen für das Anlagevermögen der Wirtschaftsbereiche in der Bundesrepublik Deutschland“, DIW-Beiträge zur Strukturfor schung, Heft 5, Berlin 1968, Bartholmai, B./Enderlein, H./Niklas, J. „Vorausschätzung des Ersatzinvestitionsbedarfs für die Bundesverkehrswege“, DIW-Beiträge zur Strukturfor schung, Heft 83, Berlin 1985, Enderlein, H./Kunert, U./Link, H. „Berechnung und Bewertung der Verkehrsinfrastruktur in den neuen Bundesländern“, Beiträge zur Strukturfor schung, Heft 149, Berlin 1994.

Tabelle 4 Erwerbstatige, Arbeitnehmer und Selbständige<sup>1)</sup>

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Erwerbstatige im Inland</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	1 000	37 759	37 155	36 586	36 465	36 427	36 149	35 859	35 999
Bisheriges Ergebnis	1 000	36 510	35 844	35 221	34 986	34 860	34 423	33 962	33 970
Differenz	1 000	+ 1 249	+ 1 311	+ 1 365	+ 1 479	+ 1 567	+ 1 726	+ 1 897	+ 2 029
	%	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,9	+ 4,2	+ 4,5	+ 5,0	+ 5,6	+ 6,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	- 1,6	- 1,5	- 0,3	- 0,1	- 0,8	- 0,8	+ 0,4
Bisheriges Ergebnis	%	x	- 1,8	- 1,7	- 0,7	- 0,4	- 1,3	- 1,3	+ 0,0
<b>Arbeitnehmer im Inland</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	1 000	34 179	33 513	32 897	32 677	32 595	32 311	31 945	32 001
Bisheriges Ergebnis	1 000	33 086	32 359	31 688	31 399	31 246	30 801	30 314	30 283
Differenz	1 000	+ 1 093	+ 1 154	+ 1 209	+ 1 278	+ 1 349	+ 1 510	+ 1 631	+ 1 718
	%	+ 3,3	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,9	+ 5,4	+ 5,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	- 1,9	- 1,8	- 0,7	- 0,3	- 0,9	- 1,1	+ 0,2
Bisheriges Ergebnis	%	x	- 2,2	- 2,1	- 0,9	- 0,5	- 1,4	- 1,6	- 0,1
<b>Selbständige</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	1 000	3 580	3 642	3 689	3 788	3 832	3 838	3 914	3 998
Bisheriges Ergebnis	1 000	3 424	3 485	3 533	3 587	3 614	3 622	3 648	3 687
Differenz	1 000	+ 156	+ 157	+ 156	+ 201	+ 218	+ 216	+ 266	+ 311
	%	+ 4,6	+ 4,5	+ 4,4	+ 5,6	+ 6,0	+ 6,0	+ 7,3	+ 8,4
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 1,7	+ 1,3	+ 2,7	+ 1,2	+ 0,2	+ 2,0	+ 2,1
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,1

<sup>1)</sup> Einschli. mithelfender Familienangehöriger

gestellte Beschäftigungsabbau zeigt sich auch bei den revidierten Erwerbstatigenzahlen, allerdings weniger stark. So nehmen nach den neuen Ergebnissen die Erwerbstatigen im vorgenannten Zeitraum um knapp 1,8 Mill. Personen oder 4,7% ab, nach alter Rechnung waren es dagegen 2,5 Mill. Personen (-7,0%). Dieser flachere Verlauf ist vor allem auf die steigende Zahl von geringfügig Beschäftigten zurückzuführen. Der Zahl der geringfügig Beschäftigten liegen die Ergebnisse des Mikrozensus des Jahres 1998 zugrunde. Allerdings weist der Mikrozensus die geringfügig Beschäftigten in der letzten Aprilwoche nach Saisonarbeitskräfte, soweit sie ihre Erwerbstatigkeit nicht in der Berichtswoche des Mikrozensus ausüben, sind also nicht enthalten. Zudem ist zu vermuten, daß die geringfügig Beschäftigten in privaten Haushalten im Mikrozensus nicht ausreichend erfaßt werden. Aus diesen Gründen wurden – nach Auswertung aller vorhandenen Informationen, auch nichtamtlicher Erhebungen über geringfügig Beschäftigte – Zuschätzungen vorgenommen. Nach diesen Berechnungen gingen im Jahresdurchschnitt 1998 etwa 2 1/2 Mill. Personen einer geringfügigen Beschäftigung in Haupttätigkeit nach; im Jahr 1991 waren es noch weniger als 2 Mill.

Ähnlich stellen sich die neuen Ergebnisse für Arbeitnehmer dar. Dem starken Rückgang der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten steht eine deutliche Zunahme der Zahl der geringfügig Beschäftigten gegenüber. Nach den bisherigen Ergebnissen hatte sich die Zahl der Arbeitnehmer zwischen 1991 und 1998 um 2,8 Mill. Personen verringert. Dieser Personalabbau zeigt sich auch in den neuen Ergebnissen, allerdings durch die zunehmende Zahl geringfügig Beschäftigter mit 2,2 Mill. etwas abgeschwächt.

Auch die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen liegt nach der Neuberechnung höher als bisher. Dies liegt unter anderem an der verbesserten Erfassung dieser Erwerbstatigen im Mikrozensus. Die Ergebnisse des Mikrozensus sind entsprechend in die neuen Erwerbstatigenzahlen eingegangen.

Durch den im Vergleich zu bisher geringeren Rückgang der Zahl der Erwerbstatigen und den an anderer Stelle beschriebenen flacheren Verlauf des Bruttoinlandsprodukts, wird auch der Zuwachs der Arbeitsproduktivität (Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstatigen) geringer nachgewiesen.

	Veränderung der Arbeitsproduktivität			
	Bruttoinlandsprodukt in konstanten Preisen je Erwerbstatigen			
	Bisheriges Ergebnis		Neues Ergebnis	
	1991 = 100	% gegenüber Vorjahr	1991 = 100	% gegenüber Vorjahr
1991	100		100	
1992	104,1	+ 4,1	103,9	+ 3,9
1993	104,7	+ 0,6	104,4	+ 0,5
1994	108,3	+ 3,4	107,2	+ 2,7
1995	110,0	+ 1,6	109,2	+ 1,9
1996	112,8	+ 2,6	110,8	+ 1,5
1997	116,8	+ 3,6	113,7	+ 2,6
1998	120,0	+ 2,7	115,8	+ 1,9

War die Arbeitsproduktivität nach den bisherigen Ergebnissen zwischen 1991 und 1998 um 20,0% gestiegen, so liegt der Anstieg nach neuen Ergebnissen nur noch bei 15,8%.

Die Neuberechnung der Erwerbstatigenzahlen hat auch Auswirkungen auf das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit (BA) ermittelt wird. Nach vorläufigen Berechnungen ergibt sich trotz einer Erhöhung der Erwerbstatigenzahl um 6,0% im Jahr 1998 eine Zunahme des Arbeitsvolumens um nur 2,1% auf 54,8 Mill. Stunden. Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit je Erwerbstatigen (1998: 1 522 Stunden) ist um 3,7% niedriger als auf alter Basis. Dieses neue Bild resultiert vor allem aus der zusätzlichen Anzahl geringfügig Beschäftigter. Über die auf das ESGV 1995 umgestellte Berechnung des Arbeitsvolumens wird in einem eigenen Aufsatz in dieser Zeitschrift berichtet werden.

Tabelle 5 Bruttoinlandsprodukt und seine Verwendung 1995  
in jeweiligen Preisen

Gegenstand der Nachweisung	Bruttoinlandsprodukt		Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck		Konsumausgaben des Staates		Bruttoinvestitionen		Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe)	
	Mrd DM	% <sup>1)</sup>	Mrd DM	% <sup>1)</sup>	Mrd DM	% <sup>1)</sup>	Mrd DM	% <sup>1)</sup>	Mrd DM	% <sup>1)</sup>
Bisheriges Ergebnis	3 442,8	100	1 975,3	100	686,6	100	753,9	100	27,0	100
+ Datenbedingte Änderungen	+ 42,3	+ 1,2	+ 17,6	+ 0,9	+ 5,3	+ 0,7	+ 15,7	+ 2,1	+ 3,7	+ 13,9
+ Konzeptbedingte Änderungen	+ 38,7	+ 1,1	+ 6,6	+ 0,3	+ 5,6	+ 0,9	+ 32,3	+ 4,3	- 5,8	- 21,7
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	3 523,8	102,4	1 999,5	101,2	697,5	101,6	801,9	106,4	24,9	92,2

<sup>1)</sup> Des bisherigen Ergebnisses

### 3 Verwendung des Inlandsprodukts

Zur Erhöhung des Niveaus des Bruttoinlandsprodukts haben die Verwendungskomponenten sehr unterschiedlich beigetragen. Wie in den folgenden Tabellen gezeigt wird, haben sich im gesamten Revisionszeitraum 1991 bis 1998 die Bruttoinvestitionen am stärksten erhöht. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck werden mit einem höheren Betrag nachgewiesen als bisher, allerdings mit im Zeitablauf abnehmender Tendenz. Die Konsumausgaben des Staates haben sich in jedem Jahr etwa im gleichen Umfang erhöht, und für den Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe) werden etwas geringere Werte aufgezeigt. Maßgeblich für die im Zeitablauf geringer werdenden Differenzen der bisherigen Ergebnisse sind die datenbedingten Änderungen, die konzeptbedingten Änderungen sind in allen Jahren etwa gleich hoch. Wie am Beispiel des Jahres 1995 aus Tabelle 5 hervorgeht, werden die konzeptbedingten Erhöhungen des Bruttoinlandsprodukts (+ 38,7 Mrd DM) zum größten Teil durch den erhöhten Nachweis der Bruttoinvestitionen bestimmt, was nahezu vollständig auf die Einbeziehung immaterieller Anlagegüter in die Investitionen zurückzuführen ist. Das trifft für alle Revisionsjahre 1991 bis 1998 zu.

#### 3.1 Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (private Konsumausgaben) werden im Revisionszeitraum 1991 bis 1998 zwischen 2,1 und 0,4 % höher nachgewiesen als bisher (siehe Tabelle 6). Maßgeblich für die abnehmenden Differenzen ist der Saldo der datenbedingten Änderungen, der Saldo der konzeptbedingten Änderungen ist dagegen

relativ gering. Der starke Rückgang durch die datenbedingten Änderungen resultiert im wesentlichen aus einer Neuberechnung der Wohnungsmieten, die auf der Basis von Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 zu deutlich niedrigeren Ansätzen als bisher führte und das um so mehr, je größer der zeitliche Abstand zur Wohnungszählung 1987 war. Ohne die Korrekturen der Wohnungsmieten hätten sich die privaten Konsumausgaben im Durchschnitt jährlich um rund 30 Mrd DM erhöht.

Die Erhöhungen sind ganz wesentlich auf die Arbeiten zur Überprüfung der Vollständigkeit des Bruttoinlandsprodukts zurückzuführen, die im Zusammenhang mit der europäischen Harmonisierung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt wurden (siehe im einzelnen Abschnitt 2.1) und die unter anderem dazu führen, daß die bisher schon vorgenommenen Zuschläge bei den privaten Konsumausgaben deutlich vergrößert wurden.

Anhand der auf S. 458 folgenden Übersicht werden am Beispiel des Jahres 1995 die datenbedingten und konzeptbedingten Änderungen der privaten Konsumausgaben im einzelnen erläutert:

Von den datenbedingten Änderungen hatten die Dienstleistungskäufe der privaten Haushalte aus den Bereichen Verkehr, Nachrichtenübermittlung, Grundstücks- und Gesundheitswesen und Freizeit die stärkste Zunahme (+ 45,6 Mrd DM) gegenüber den bisherigen Ergebnissen zu verzeichnen. Sie resultiert aus Auswertungen der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 und der Input-Output-Rechnung für 1993 und 1995. Bisher wurden die Ergebnisse überwiegend aufgrund der Umsätze aus der Umsatzsteuerstatistik abgeleitet. Die Erhöhung der privaten Konsumausgaben in diesen Bereichen ist auch auf die

Tabelle 6: Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>In jeweiligen Preisen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	1 665,4	1 786,0	1 857,5	1 925,1	1 999,5	2 053,6	2 106,0	2 164,5
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	1 630,3	1 755,5	1 829,3	1 906,0	1 975,3	2 046,4	2 095,2	2 156,1
Differenz	Mrd DM	+ 35,1	+ 30,5	+ 28,2	+ 19,1	+ 24,2	+ 7,2	+ 10,8	+ 8,4
	%	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 7,2	+ 4,0	+ 3,6	+ 3,9	+ 2,7	+ 2,5	+ 2,8
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 7,7	+ 4,2	+ 4,2	+ 3,6	+ 3,6	+ 2,4	+ 2,9
<b>In konstanten Preisen</b>									
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	+ 2,8	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	+ 2,8	+ 0,1	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,6	+ 0,5	+ 1,9

<sup>1)</sup> In Preisen von 1995 – <sup>2)</sup> In Preisen von 1991

Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck 1995

in jeweiligen Preisen  
Mrd. DM

Bisheriges Ergebnis	1975,3
+ Datenbedingte Änderungen	+ 17,6
+ Dienstleistungen	+ 45,6
+ Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe	+ 26,6
+ Handel	+ 17,6
+ Saldo der Reiseausgaben	+ 1,8
- produzierende Bereiche	- 25,0
- Kredit- und Versicherungsgewerbe	- 10,1
- Wohnungsmieten	- 19,5
- Käufe vom Staat	- 18,4
- Sonstige Käufe	- 1,0
+ Konzeptbedingte Änderungen	+ 6,6
+ unterstellte Garagenmieten	+ 5,6
+ Käufe vom Staat (Gebühren)	+ 3,1
+ Naturalentgelte	+ 2,3
+ Reparatur Wohnungseigentümer	+ 1,6
- Dienstleistungsentgelt Versicherung	- 2,9
- Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	- 3,1
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	1999,5

Umsetzung der Krankenhäuser aus dem Staat in den Unternehmensbereich zurückzuführen. Dementsprechend werden die Käufe der privaten Haushalte vom Staat um gut 18 Mrd. DM niedriger nachgewiesen

Starke positive Korrekturen gab es auch im Bereich des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes (+ 26,6 Mrd. DM). Zum einen wurden die bisherigen Zuschläge erhöht, zum anderen der Anteil der privaten Ausgaben am Umsatz dieses Bereichs vergrößert

Auch die Käufe von den Handelsbereichen (Kraftfahrzeug-, Groß- und Einzelhandel) wurden aufgrund höherer Zuschläge angehoben (+ 17,6 Mrd. DM)

Weiterhin führten Neuberechnungen der Deutschen Bundesbank für die Reiseausgaben im grenznahen Bereich zu einer leichten Erhöhung des Saldos der Ausgaben von inländischen privaten Haushalten im Ausland und der Ausgaben der Gebietsfremden im Inland im Jahr 1995 um knapp 2 Mrd. DM

Verringert haben sich im Vergleich zu bisher die Käufe der privaten Haushalte von den produzierenden Bereichen (- 25,0 Mrd. DM), vor allem von Handwerksunternehmen. Die bisherigen Berechnungen basierten auf Ergebnissen der Handwerkszählung 1977. Nach Auswertung der Handwerkszählung 1995 waren die Käufe der privaten Haushalte nach unten zu korrigieren. Hier haben sich auch die klassifikatorischen Änderungen durch die WZ 93 ausgewirkt, insbesondere die Umsetzung von Teilbereichen des Handwerks vom Produzierenden Gewerbe zum Handel. Eine Quantifizierung dieser und anderer klassifikatorischer Verschiebungen ist jedoch nicht möglich.

Außerdem ergaben zusammen mit der Deutschen Bundesbank durchgeführte Untersuchungen bei den Kreditinstituten, daß der Anteil der privaten Haushalte an den direkten Verkäufen dieser Institutionen (Gebühren, Provisionen usw.) wesentlich geringer war, als bisher angenommen wurde. Dies führte zu einer Absenkung der Käufe der privaten Haushalte in diesem Bereich um etwa 10 Mrd. DM

Wie bereits erwähnt, führte die Neuberechnung der Wohnungsmieten zu einem erheblich niedrigeren Nachweis der privaten Konsumausgaben. Die Korrekturen ergaben

sich nach Vorliegen der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 in Deutschland und der Gebäude- und Wohnungszählung 1995 in den neuen Ländern und Berlin-Ost, konnten aber in die bisher veröffentlichten Ergebnisse (vor Einführung des ESVG 1995) noch nicht eingearbeitet werden. Dabei zeigte sich insbesondere aufgrund der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993, daß die bisherige Annahme über die Qualitätserhöhungen der Wohnungen im Rechenmodell zur Fortschreibung tatsächlich gezahlter und unterstellter Wohnungsmieten nach unten zu korrigieren war. Die bisherige Fortschreibung der Wohnungsmieten<sup>4)</sup> basierte auf tief gegliederten Angaben über Quadratmetermieten (Miete je m<sup>2</sup>) aus der Gebäude- und Wohnungszählung 1987, die zur Fortschreibung auf insgesamt 66 Merkmale zusammengefaßt wurden. Die Fortschreibung der Durchschnittsmieten mit auf ein Basisjahr bezogenen Mietpreisindizes unterzeichnet die tatsächliche Mietpreisentwicklung, da hierdurch Qualitätssteigerungen der Wohnungen durch Neubauten, Umbauten oder Renovierungen nicht einbezogen werden. Für jede der 66 Mietpreisreihen wurde deshalb eine jährliche Qualitätssteigerung unterstellt, die anhand von bis 1987 vorliegenden Angaben über Durchschnittsmieten (je m<sup>2</sup>) und Preisindizes geschätzt wurde. Nachdem die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 vorlagen, stellte sich heraus, daß die jährlichen Qualitätssteigerungen zu hoch angesetzt waren und vermindert werden mußten. 1991 betrug die Korrektur etwa 6 Mrd. DM, 1995 rund 20 Mrd. DM und 1998 knapp 33 Mrd. DM

Unter den konzeptbedingten Änderungen fallen insbesondere die nach dem ESVG 1995 vollständig einzubeziehenden unterstellten Garagenmieten ins Gewicht (+ 5,6 Mrd. DM). Nunmehr sind auch für freistehende, zu eigengenutzten Wohnungen gehörende Garagenmieten zu unterstellen. Bisher waren nur in die Wohnung bzw. in das Haus integrierte Garagen einbezogen. Die höheren Käufe privater Haushalte vom Staat (+ 3,1 Mrd. DM) ergeben sich aus der Konzeptänderung bei den staatlichen Verwaltungsgebühren (siehe Abschnitt 3.2). Eine weitere Erhöhung der privaten Konsumausgaben (+ 2,3 Mrd. DM) resultiert aus der im ESVG 1995 gegenüber bisher geänderten Bewertung und Neuabgrenzung von Naturalentgelten. Das betrifft vor allem verbilligt vermietete Wohnungen (Dienstwohnungen), die nunmehr mit vergleichbaren Marktmieten bewertet werden, sowie die Nutzung von Sport- und Erholungsstätten, die Arbeitgeber für Arbeitnehmer und deren Familien eingerichtet haben. Eine weitere Korrektur (+ 1,6 Mrd. DM) ergibt sich aus der geänderten Behandlung von kleineren Wohnungsreparaturen, die typischerweise vom Mieter selbst durchgeführt werden. Nach dem ESVG 1995 werden Ausgaben für die Reparaturen auch bei eigengenutzten Wohnungen den Konsumausgaben der privaten Haushalte zugeordnet. Im ESVG, 2. Auflage wurden dagegen alle vom Eigentümer durchgeführten Reparaturen den Vorleistungen zugerechnet, auch die der eigengenutzten Wohnung

<sup>4)</sup> Siehe Hartmann, N. „Wohnungsmieten in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Berechnungsgrundlagen und Methoden –“, Heft 19 der Schriftenreihe Ausgewählte Arbeitsunterlagen zur Bundesstatistik

Ein um 2,9 Mrd. DM kleinerer Wert für die Konsumausgaben der privaten Haushalte ergibt sich 1995 aus der geänderten Berechnung der Versicherungsdienstleistungen, die ausführlich in WiSta 4/1999 beschrieben wurde. In diesem Saldo sind auch die Käufe der privaten Haushalte von Versicherungsdienstleistungen der Zusatzversorgungskassen für den öffentlichen Dienst enthalten, die nach dem ESVG 1995 bei den Versicherungsunternehmen nachgewiesen werden. Bisher waren die Zusatzversorgungskassen dem Teilsektor Sozialversicherung zugeordnet und gehörten damit zum Staatssektor. Zu einem niedrigeren Nachweis der privaten Konsumausgaben trägt weiterhin bei, daß nach dem neuen ESVG auch Nichtmarktproduzenten (sonstige) Subventionen (z.B. Zuschüsse im Zusammenhang mit ABM-Maßnahmen) empfangen können. Da die empfangenen sonstigen Subventionen bei der Ermittlung des Produktionswertes der Nichtmarktproduzenten von den Aufwendungen abzuziehen sind, verringern sich die Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (- 3,1 Mrd. DM), die Teil der privaten Konsumausgaben sind.

Über Änderungen aufgrund der neuen Darstellung der Konsumausgaben nach Verwendungszwecken nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) soll in einem eigenen Aufsatz in dieser Zeitschrift berichtet werden.

### 3.2 Konsumausgaben des Staates

Unterschiede zwischen den Konsumausgaben des Staates und dem bisherigen Staatsverbrauch ergeben sich zum einen daraus, daß Abweichungen des Staatsverbrauchs nach bisherigem nationalen Konzept zum ESVG, 2. Auflage zu beseitigen waren. Ferner wurde – wie bei großen Revisionen üblich – aktuelleres statistisches Basismaterial eingearbeitet.

Um von dem bisherigen nationalen Konzept auf das europäische Konzept überzugehen waren folgende datenbedingte Änderungen erforderlich:

- Örtliche fachliche Einheiten mit mindestens funfzigprozentiger Kostendeckung aus Verkäufen sind als Marktproduzenten zu betrachten. Bisher waren sie im nationalen Konzept in die Nichtmarktproduktion einbezogen
- Staatliche Krankenhäuser und Universitätskliniken, die eine vollständige Rechnungslegung (kaufmännisches

Rechnungswesen) haben, sind dem Sektor Kapitalgesellschaften zuzuordnen

- Einheiten, die mit Einnahmen und Ausgaben brutto in den öffentlichen Haushalten enthalten sind, aber nach bisherigem nationalen Konzept als Wirtschaftsunternehmen (einschließlich allgemeinem Grundvermögen des Staates) dem Unternehmenssektor zugeordnet waren, sind in den Staatssektor einzubeziehen
- Mieteinnahmen des Staates werden nicht mehr als empfangene Ausschüttungen, sondern als Verkäufe des Staates eingestuft. Dies überschneidet sich zum Teil mit der vorher genannten Änderung, da im allgemeinen Grundvermögen des Staates ein großer Teil der Vermietungen von Wohnungen und gewerblichen Räumen enthalten ist.

Die konzeptbedingten Änderungen im ESVG 1995 führen zu folgenden Unterschieden bei den Konsumausgaben des Staates gegenüber dem früheren Staatsverbrauch:

- Langlebige Verteidigungsgüter, die auch für zivile Zwecke einzusetzen sind (z.B. Flugplätze, Hafenanlagen, Straßen), werden von den Vorleistungen zu den Investitionen umgesetzt. Dadurch ergeben sich höhere Abschreibungen, die per saldo die Konsumausgaben des Staates erhöhen
- Wegen der Erhöhung der Wertgrenze für Investitionen von 100 ECU in Preisen von 1970 auf 500 ECU in Preisen von 1995 nehmen die Vorleistungen des Staates zu und die Investitionen und damit auch die Abschreibungen ab. Die Konsumausgaben verändern sich um den Saldo aus höheren Vorleistungen und geringeren Abschreibungen
- Erworbene Software wird nicht mehr unter den Vorleistungen, sondern unter den Investitionen nachgewiesen. Auch selbstgestellte Software führt zu einem höheren Nachweis der Investitionen des Staates. Es erhöhen sich dadurch die Abschreibungen, per saldo sinken die Konsumausgaben des Staates
- Abschreibungen sind nach dem ESVG 1995 auch auf Tiefbauten u.ä. zu berechnen. Die Konsumausgaben des Staates erhöhen sich

Tabelle 7 Konsumausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>In jeweiligen Preisen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	593,9	623,6	643,0	669,2	697,5	716,4	715,6	718,5
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	556,7	616,4	634,9	658,6	686,6	705,1	703,4	710,1
Differenz	Mrd. DM	+ 7,2	+ 7,3	+ 8,1	+ 10,6	+ 10,9	+ 11,3	+ 12,2	+ 8,4
	%	+ 1,3	+ 1,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 10,6	+ 3,1	+ 4,1	+ 4,2	+ 2,7	- 0,1	+ 0,4
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 10,7	+ 3,0	+ 3,7	+ 4,2	+ 2,7	- 0,2	+ 1,0
<b>In konstanten Preisen</b>									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	+ 5,0	+ 0,1	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,3	- 0,6	- 0,1
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	+ 4,1	- 0,5	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	- 0,7	- 0,6

1) In Preisen von 1995 – 2) In Preisen von 1991

- Die Verwaltungsgebühren werden verstärkt den Verkäufen statt den Steuern zugerechnet. Die Konsumausgaben verringern sich.
- Konzessionsabgaben werden von den Vermögenseinkommen zu den Verkäufen umgesetzt. Die Konsumausgaben des Staates verringern sich.
- Empfangene sonstige Subventionen (derzeit ausschließlich ABM-Mittel) verringern den Produktionswert und die Konsumausgaben des Staates.
- Die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst wird von der Sozialversicherung zum Sektor Versicherungen (Pensionskassen) umgesetzt (neue Sektorklassifikation). Die Konsumausgaben des Staates verringern sich.

Aufgrund der beschriebenen daten- und konzeptbedingten Änderungen ergeben sich die in Tabelle 7 dargestellten Abweichungen zwischen dem bisherigen Staatsverbrauch nach nationalem Konzept und den Konsumausgaben des Staates nach dem ESVG 1995. Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, sind in allen Jahren die Konsumausgaben höher als der bisherige Staatsverbrauch. Maßgeblich dafür sind vor allem die gegenüber bisher deutlich höheren Abschreibungen. Wie aus der folgenden Übersicht am Beispiel für das Jahr 1995 hervorgeht, erhöhen sich allein die Abschreibungen auf Tiefbauten u. ä. um 26 Mrd. DM. Die übrigen Änderungen tragen vergleichsweise wenig zur Abweichung der Konsumausgaben vom bisherigen Staatsverbrauch bei bzw. kompensieren zu einem großen Teil den positiven Abschreibungseffekt.

**Staatsverbrauch und Konsumausgaben des Staates 1995**

in jeweiligen Preisen		
		Mrd. DM
Bisheriges Ergebnis (Staatsverbrauch)		686,6
+ datenbedingte Änderungen		+ 5,3
+ konzeptbedingte Änderungen		+ 5,6
Abschreibungen auf Tiefbauten u. a.		+ 26,0
Langlebige Verteidigungsgüter		+ 1,6
Hohere Wertgrenze für Investitionen		+ 0,3
Software		- 0,3
Subventionen		- 3,0
Verwaltungsgebühren		- 12,0
Konzessionsabgaben		- 6,5
Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst		- 0,5
= Neues Ergebnis (ESVG 1995, Konsumausgaben)		697,5

Während sich in jeweiligen Preisen die jährlichen Veränderungsrate des Staatsverbrauchs und der Konsumausgaben nur unwesentlich unterscheiden, sind die Abweichungen beim Nachweis in konstanten Preisen

deutlich höher. Dies resultiert daraus, daß im Zusammenhang mit dem Nachweis der staatlichen Produktion nach Wirtschaftsbereichen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche neue gewogene bereichsspezifische Deflatoren vor allem für die Vorleistungskäufe ermittelt wurden.

Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe aus den Vorleistungen und der Wertschöpfung (Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, Produktionssteuern abzüglich Subventionen) abzüglich der Verkäufe sowie der Produktion für die Eigenverwendung. Betrachtet man die Komponenten Vorleistungen, Arbeitnehmerentgelt und Verkäufe, dann schlagen die eingangs beschriebenen Anpassungen an das europäische Konzept vor allem in diesen Größen zu Buche. Bei den Konsumausgaben dagegen gleichen sich die Effekte zu einem großen Teil aus, da den Vorleistungen und dem Arbeitnehmerentgelt entsprechend hohe Verkäufe gegenüberstehen.

Die Unterschiede beim Arbeitnehmerentgelt und den Vorleistungen sind nahezu vollständig datenbedingt, das heißt überwiegend durch die Sektoranpassung an das bisherige europäische Konzept verursacht. Klassifikatorische bzw. konzeptbedingte Änderungen ergeben sich nur minimal aus der Ausgliederung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst sowie aus Umsetzungen zwischen dem Arbeitnehmerentgelt und den Vorleistungen. Nach dem ESVG, 2. Auflage mußte die den Wehrpflichtigen in der Bundeswehr bereitgestellte Bekleidung als Arbeitnehmerentgelt dargestellt werden, nach dem ESVG 1995 nur, wenn die Bekleidung in nennenswertem Umfang auch außerhalb des Dienstes getragen wird. Die Vorleistungen ändern sich konzeptbedingt außerdem noch durch die bereits erwähnten Umsetzungen bei langlebigen Verteidigungsgütern sowie durch die neuen Wertgrenzen und die erworbene Software.

Die Abweichungen bei den Verkäufen sind – wie beim Arbeitnehmerentgelt und den Vorleistungen – zum überwiegenden Teil datenbedingt, das heißt durch die Sektoranpassung an das bisherige europäische System bedingt. Ferner werden jetzt auch Einnahmen aus Vermietung als Verkäufe betrachtet. Bei den konzeptbedingten Änderungen handelt es sich im wesentlichen um eine andere Aufteilung der Verwaltungsgebühren auf Verkäufe und Steuern. Nach dem ESVG 1995 sind in wesentlich höherem Umfang Verwaltungsgebühren als Verkäufe darzustellen,

**Tabelle 8: Bruttoinvestitionen**

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>In jeweiligen Preisen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	713,63	751,51	727,90	787,13	801,94	777,48	800,68	851,75
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	668,82	707,64	681,80	742,57	753,88	729,33	770,51	825,97
Differenz	Mrd. DM	+44,81	+43,87	+46,10	+44,56	+48,06	+48,15	+30,17	+25,78
	%	+ 6,7	+ 6,2	+ 6,8	+ 6,0	+ 6,4	+ 6,6	+ 3,9	+ 3,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 5,3	- 3,1	+ 8,1	+ 1,9	- 3,1	+ 3,0	+ 6,4
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 5,8	- 3,7	+ 8,9	+ 1,5	- 3,3	+ 5,6	+ 7,2
<b>In konstanten Preisen</b>									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	+ 1,2	- 5,0	+ 5,3	+ 1,3	- 2,1	+ 2,9	+ 6,7
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	+ 1,6	- 6,2	+ 7,2	- 0,1	- 3,3	+ 5,8	+ 8,2

<sup>1)</sup> In Preisen von 1995 – <sup>2)</sup> In Preisen von 1991

und zwar immer dann, wenn mit dem Verwaltungsakt wesentliche Prüfungen u. a. und damit ein Dienstleistungsverkauf verbunden sind. Ferner werden empfangene Konzessionsabgaben nach dem ESVG 1995 als Verkäufe behandelt, während sie nach dem früheren Konzept empfangene Vermögenseinkommen darstellten.

### 3.3 Bruttoinvestitionen

Ein Schwerpunkt der jetzt vorgelegten Revision liegt auf dem erweiterten Investitionsbegriff nach dem ESVG 1995. Tabelle 8 zeigt die quantitativen Gesamtauswirkungen auf die Bruttoinvestitionen beim Übergang vom bisherigen auf das revidierte Ergebnis, und zwar zunächst ohne die Differenzierung nach datenbedingten und konzeptbedingten Änderungen.

Im Zeitraum von 1991 bis 1996 bewegen sich die Revisionsdifferenzen in einer relativ engen Marge von +6,0 bis +6,8% des bisherigen Ergebnisses. Die deutlich geringeren Differenzen in den nachfolgenden Jahren 1997 und 1998 beruhen überwiegend auf einer Reduzierung der in diesen Jahren noch weitgehend geschätzten Höhe der Vorratsveränderungen.

In der folgenden Übersicht werden die quantitativen Änderungen am Beispiel des Jahres 1995 nach Investitionsarten tiefer gegliedert.

Bruttoinvestitionen 1995				
in jeweiligen Preisen				
	Neues Ergebnis	Bisheriges Ergebnis	Differenz	
	Mrd. DM			%
Bruttoinvestitionen	801,9	753,9	+ 48,0	+ 6,4
Bruttoanlageninvestitionen	790,6	735,6	+ 55,0	+ 7,5
Sachanlagen	759,9	735,6	+ 24,3	+ 3,3
Bauten	506,0	473,3	+ 32,7	+ 6,9
Ausrüstungen	253,9	262,3	- 8,4	- 3,2
Nutztiere und Nutzpflanzen	0,0	1)	+ 0,0	+ 0,0
Immaterielle Anlagegüter				
(produziert)	28,3	-	+ 28,3	-
Suchbohrungen	0,2	-	+ 0,2	-
Computerprogramme	22,5	-	+ 22,5	-
Urheberrechte	5,6	-	+ 5,6	-
Sonstige	0,0	-	+ 0,0	-
Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter	2,4	-)	+ 2,4	-
Vorratsveränderungen	+ 10,7	+ 18,3	- 7,6	x
Nettozugänge an Wertsachen nachrichtlich	0,6	1)	+ 0,6	-
Summe sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	30,6	-	+ 30,6	-

1) Nettozugänge an Nutztieren bislang in den Vorratsveränderungen enthalten, Nettozugänge an Nutzpflanzen bislang in den Bauten enthalten. - 2) Bislang teilweise in den Bauten enthalten. - 3) Bislang teils im Privaten Verbrauch, teils im Außenbeitrag enthalten. - 4) Zusammenfassung für verschiedene VGR-Darstellungen: Nutztiere und Nutzpflanzen + Immaterielle Anlagegüter + Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter.

Es wird deutlich, daß einige der aufgeführten Unterpositionen nur sehr wenig zur Gesamtdifferenz der revidierten Bruttoinvestitionen beitragen. Dies gilt zum Beispiel für die nach dem ESVG 1995 explizit nachzuweisenden Nettozugänge an Nutztieren (Zuchttiere, Milchvieh u. ä.) und Nutzpflanzen (Obstplantagen, Weingärten u. ä.), die nach Unterlagen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ermittelt werden. Nutztiere wurden bisher unter den Vorratsveränderungen, Nutzpflanzen unter den Bauten gebucht. Auch die Suchbohrungen als Teil der neuen immateriellen Anlagegüter fallen in Deutschland quantitativ kaum ins Gewicht.

Sie werden vor allem aus Angaben über Inlandsumsätze der Erdöl und Erdgas explorierenden Firmen sowie aus der Bauberichterstattung zu Test- und Suchbohrungen nach anderen Bodenschätzen abgeleitet. Unter der Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter werden in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Deutschlands nur die Grundstücksübertragungskosten beim Verkauf nichtbebauter Grundstücke gebucht. Sie werden anteilig aus der Gesamthöhe der Grundstücksübertragungskosten (Grunderwerbsteuer, Gerichtskosten, Leistungen der Immobilienmakler und Notare) geschätzt. Die Nettozugänge an Wertsachen, die deutschen Verhältnissen entsprechend eng abgegrenzt werden können und sich auf Goldbarren und nicht-umlaufähige Goldmünzen der privaten Haushalte beschränken, konnten in der Vergangenheit aus Unterlagen zur Zahlungsbilanzstatistik der Deutschen Bundesbank abgeleitet werden, ab 1996 werden hierzu Expertenbefragungen und Marktstudien durchgeführt.

Von den verbleibenden Einzelkomponenten der Bruttoinvestitionen, die größere Revisionsänderungen aufweisen, werden die gewichtigsten Arten der Anlageinvestitionen (Bauten, Ausrüstungen, Computerprogramme und Urheberrechte) in den folgenden Abschnitten etwas ausführlicher behandelt. Die ebenfalls nicht unerheblichen Korrekturen an den Vorratsveränderungen um -7,6 Mrd. DM im Jahr 1995 sind in erster Linie darauf zurückzuführen, daß sich im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Abstimmung zwischen Entstehungs- und Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts den Rechenergebnissen zu den Vorratsveränderungen stärker als bisher angenähert wurde. An den in der Vergangenheit vielfach beschriebenen Bewertungsunsicherheiten bei den weitgehend auf Buchwerten beruhenden Vorratsberechnungen selbst hat sich allerdings auch im Zuge dieser Revision nichts geändert. Konzeptionelle Änderungen des ESVG 1995 im Bereich der Vorratsveränderungen beziehen sich vor allem auf unfertige Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft. Die Produktion land- und forstwirtschaftlicher Erzeugnisse ist nach dem ESVG 1995 so zu buchen, als erfolge sie kontinuierlich über die gesamte Wachstumszeit und nicht erst zum Zeitpunkt der Ernte bzw. des Holzeinschlags. Die „Ernte auf dem Halm“ und das „Holz auf dem Stamm“ sind unfertige Erzeugnisse, die nach neuem ESVG als Produktionswerte und als Zugang zu den Vorräten an unfertigen Erzeugnissen (Vorratsveränderungen) und damit im Produktionswert nachzuweisen sind. Für den Zeitpunkt der Ernte bzw. des Holzeinschlags ist eine Umbuchung von den Vorräten an unfertigen Erzeugnissen zu den Vorräten an fertigen Erzeugnissen vorgesehen. Der Nachweis der Ernte auf dem Halm wirkt sich lediglich auf die Quartalsrechnung aus; die Werte für Kalenderjahre ändern sich dadurch nicht. Das Holz auf dem Stamm soll nach dem ESVG 1995 als Gegenwartswert künftiger Erträge aus dem Verkauf des Holzes abzüglich der Ausgaben für die Pflege des Forstes bis zur Einschlagsreife und für den Holzeinschlag bewertet werden. Es erscheint aus heutiger Sicht unwahrscheinlich, daß die in Deutschland in den letzten 50 Jahren stets wachsenden Vorräte von Holz auf dem Stamm je wieder durch Verkauf abgebaut werden. Deshalb wird der Zu-



gang zu den unfertigen Erzeugnissen an Holz auf dem Stamm zu einem Preis von Null bewertet. Dadurch ergeben sich keine zahlenmäßigen Änderungen zum bisherigen Nachweis. Auf die Umbuchung der Nutztiere von den Vorratsveränderungen zu den Anlageinvestitionen wurde bereits hingewiesen.

### 3.3.1 Bauten

Die Bauinvestitionen (Bauten) in jeweiligen Preisen werden nach Revision in allen Jahren von 1991 bis 1998 höher ausgewiesen als bisher, und zwar von 24,2 Mrd. DM (+ 6,9%) im Jahr 1991 bis 36,4 Mrd. DM (+ 8,6%) im Jahr 1998. Anders als beim Bruttoinlandsprodukt nehmen – mit Ausnahme des Jahres 1995 – die Änderungen Jahr für Jahr zu. Auch die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr sind mit Ausnahme des Jahres 1995 nach neuer Rechnung um 0,1 bis 0,8 Prozentpunkte höher als bisher (siehe Tabelle 9).

In konstanten Preisen von 1995 sind die Veränderungsraten der Bauinvestitionen im Vorjahresvergleich ebenfalls im gesamten Zeitraum von 1991 bis 1998 – wiederum mit Ausnahme des Jahres 1995 – höher als bisher (in Preisen von 1991). Der bisherige Verlauf bleibt auch in neuer Rechnung erhalten. Allerdings wird das Wachstum bis 1994 um 0,4 bis 1,0 Prozentpunkte höher, der Rückgang 1995 um 0,8 Prozentpunkte stärker und der weitere Rückgang der Bauinvestitionen in den Folgejahren um 0,2 bis 0,8 Prozentpunkte schwächer ausgewiesen.

Die Niveauerhöhung der Bauinvestitionen in jeweiligen Preisen gegenüber der bisherigen Rechnung ist ganz überwiegend auf datenbedingte Änderungen zurückzuführen; die aus dem ESVG 1995 resultierenden konzeptbedingten Änderungen für die Bauinvestitionen spielen dagegen kaum eine Rolle.

Die datenbedingten Änderungen führen zu Erhöhungen der Bauinvestitionen im Revisionszeitraum zwischen 23,0 Mrd. DM und 36,4 Mrd. DM. Sie resultieren sowohl aus der Einarbeitung neuer Basisstatistiken, wie zum Beispiel der Ergebnisse der Handwerkszahlung 1995 (zuletzt hatte diese Zahlung 1977 stattgefunden), als auch aus der Anwendung neuer Berechnungsmethoden und -verfahren im Zusammenhang mit der Überprüfung der Berechnungen auf Vollständigkeit und der Umstellung der Basisstatistiken auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation WZ 93 und das

neue Systematische Guterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95).

Die mit Abstand größten datenbedingten Änderungen resultieren aus der Neuberechnung der Baunebenleistungen, die für das Jahr 1995 zu einer Erhöhung der Bauinvestitionen um 27,1 Mrd. DM führten.

#### Datenbedingte Änderungen der Bauinvestitionen 1995

	in jeweiligen Preisen	
	Mrd. DM	% von bisher
Insgesamt	+ 31,9	+ 6,7
Baunebenleistungen	+ 27,1	+ 5,7
Bauplanung, Gebühren usw.	+ 16,8	+ 3,5
Grundstücksübertragungskosten	+ 5,3	+ 1,1
Außenanlagen	+ 5,0	+ 1,1
Sonstige datenbedingte Änderungen	+ 4,8	+ 1,0

Der höhere Ansatz für Baunebenleistungen resultiert vor allem aus Neuberechnungen der Position Bauplanung, Gebühren usw. (+ 16,8 Mrd. DM). Hierzu zählen die Leistungen der Architekten und Ingenieure sowie die Bauamtsgebühren. Für die Ermittlung der Leistungen der Architekten und Ingenieure werden an die Umsätze laut Umsatzsteuerstatistik geschätzte Investitionsquoten angelegt. Die Bauamtsgebühren werden den Rechnungsergebnissen der kommunalen Haushalte entnommen. Grundstücksübertragungskosten umfassen die Leistungen der Immobilienmakler, der Notare und Gerichte im Zusammenhang mit dem Erwerb bebauter Grundstücke sowie die Grunderwerbsteuer. Diese Leistungen wurden zunächst für alle Grundstückstransaktionen neu ermittelt. Nach den Regeln des ESVG 1995 zählen Grundstücksübertragungskosten für unbebaute Grundstücke nicht zu den Bauinvestitionen, sondern sind in der Position „Wertaufhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter“ als Teil der Anlageinvestitionen nachzuweisen. Sie wurden in einem zweiten Schritt schätzungsweise aus dem Gesamtbetrag herausgerechnet. Die Grunderwerbsteuer wird wie bisher den Steuerstatistiken entnommen. Insgesamt werden die Grundstücksübertragungskosten um + 5,3 Mrd. DM höher als bisher berechnet. Die Position Außenanlagen umfaßt die Hausanschlußkosten für Strom, Gas, Wasser, Abwasser und Telefon sowie die Leistungen der Garten- und Landschaftsbauunternehmen. Für die Neuerstellung von gärtnerischen Anlagen wird ein Anteil an den Umsätzen der Garten- und Landschaftsbauunternehmen aus der Umsatzsteuerstatistik geschätzt. Die Hausanschlußkosten

Tabelle 9 Bauinvestitionen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>In jeweiligen Preisen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	373,4	437,3	462,8	505,1	506,0	487,6	478,4	457,9
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	349,2	407,6	429,5	468,1	473,3	455,5	443,5	421,5
Differenz	Mrd. DM	+ 24,2	+ 29,7	+ 33,3	+ 37,0	+ 32,7	+ 32,1	+ 34,9	+ 36,4
	%	+ 6,9	+ 7,3	+ 7,7	+ 7,9	+ 6,9	+ 7,0	+ 7,9	+ 8,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 17,1	+ 5,8	+ 9,1	+ 0,2	- 3,6	- 1,9	- 4,3
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 16,7	+ 5,4	+ 9,0	+ 1,1	- 3,8	- 2,7	- 4,9
<b>In konstanten Preisen</b>									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	+ 10,7	+ 1,8	+ 6,9	- 1,8	- 2,9	- 1,7	- 3,8
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	+ 9,7	+ 1,3	+ 6,5	- 1,0	- 3,1	- 2,5	- 4,3

<sup>1)</sup> In Preisen von 1995 – <sup>2)</sup> In Preisen von 1991

werden auf der Grundlage der durchschnittlichen Anschlußkosten je Gebäude und den Baufertigstellungen für Wohn- und Nichtwohngebäude ermittelt. Dabei wird berücksichtigt, daß ein Teil der Tiefbauarbeiten bereits in den Bauleistungen der Baugewerbestatistiken enthalten ist. Die Investitionen in Außenanlagen sind nach neuer Rechnung 1995 um 5,0 Mrd. DM höher als bisher.

Die sonstigen datenbedingten Änderungen in Höhe von knapp 5 Mrd. DM ergeben sich wie folgt.

- Im Bauhauptgewerbe wurde ein Untererfassungszuschlag aus dem Abgleich von Umsatzsteuerstatistik und jährlicher Unternehmenserhebung vorgenommen
- Im Ausbaugewerbe wurden die Ergebnisse der Handwerkszählung 1995 in Verbindung mit der Umsatzsteuerstatistik 1994 und 1996 eingearbeitet. Auf der Grundlage des detaillierten Materials der Handwerkszählung wurden weiterhin die Ansätze für Reparaturleistungen überarbeitet; neu geschätzt wurden die nicht werterhöhenden Reparaturen, die nicht in die Bauinvestitionen einzubeziehen sind.
- Der Montagebau und der industrielle Ausbau wurden anhand der Produktions- und Außenhandelsstatistik entsprechend der neuen Güter- und Wirtschaftszweigsystematik überarbeitet. Dabei stellte sich unter anderem heraus, daß eine bisher vermutete Untererfassung bei der Güterart „Montage und Verlegen von Kabeln“ nicht vorliegt. Entsprechend wird in den neuen Berechnungen kein Zuschlag vorgenommen.
- Die Nichtunternehmerleistungen – darunter sind in diesem Zusammenhang alle nicht durch Bauunternehmen erbrachten Bauleistungen zu verstehen – wurden nur geringfügig geändert. Insbesondere wurden die selbsterstellten Bauten der Unternehmen auf der Grundlage der im Rahmen der Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts ermittelten selbsterstellten Anlagen aller Wirtschaftsbereiche neu bestimmt. Weiterhin erfolgte eine Korrektur bei der Bewertung der Produktion aus freiwillig übernommener Tätigkeit, weil sie bereits bisher – abweichend von den Regeln des bisher geltenden ESVG, 2. Auflage – einen Wertansatz für die eingesetzte Arbeit enthielt. Wie weiter unten bei den konzeptbedingten Änderungen beschrieben wird, ist eine Bewertung des unentgeltlichen Einsatzes freiwilliger Arbeitskräfte nach dem ESVG 1995 vorgeschrieben.
- Durch den Ausweis der Suchbohrungen als immaterielle Anlagegüter wurden Such- und Produktionsbohrungen exakt abgegrenzt. Suchbohrungen, die in geringem Umfang in den bisherigen Bauinvestitionen enthalten waren, wurden herausgerechnet. Produktionsbohrungen wurden hinzugerechnet, soweit sie bisher noch nicht in den Bauinvestitionen enthalten waren. Dabei handelt es sich insbesondere um Erdöl- und Erdgasproduktionsbohrungen. Die Suchbohrungen insgesamt, die nach dem ESVG 1995 zu den immateriellen Investitionen zählen, was eine Konzeptänderung darstellt, werden, wie zu Beginn des Kapitels 3 bereits beschrieben, vollständig neu berechnet.

Ein direkter Vergleich der Neuberechnungen für das Bauhauptgewerbe, Ausbaugewerbe (einschl. industriellem Ausbau), Montagebau und Nichtunternehmerleistungen mit den bisherigen Ansätzen ist nicht möglich, da durch die neue Wirtschaftszweig- und Güterklassifikation große Verschiebungen entstanden sind.

Die folgende Übersicht zeigt am Beispiel des Jahres 1995 die einzelnen Arten der konzeptbedingten Änderungen der Bauinvestitionen.

#### Konzeptbedingte Änderungen der Bauinvestitionen 1995

in jeweiligen Preisen	
	Mrd. DM
Insgesamt	+ 0,8
Produktion aus freiwillig übernommener Tätigkeit	+ 1,6
Gewinnzuschlag auf selbsterstellte Bauten	+ 0,3
Verteidigungsbauten <sup>1)</sup>	+ 1,4
Grundstücksübertragungskosten für unbebaute Grundstücke <sup>2)</sup>	- 2,4
Nutzpflanzungen (Dauerkulturen) <sup>3)</sup>	- 0,1

<sup>1)</sup> Umsetzung aus Vorleistungen des Staates (Staatsverbrauch) – <sup>2)</sup> Umsetzung zur Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter (ebenfalls Anlageinvestitionen) – <sup>3)</sup> Umsetzung zu Nutzpflanzen/Nutzpflanzungen (ebenfalls Anlageinvestitionen)

Die konzeptbedingte Erhöhung der Bauinvestitionen aufgrund der Produktion aus freiwillig übernommener Tätigkeit und des Gewinnzuschlags auf selbsterstellte Bauten beträgt 1995 knapp 2 Mrd. DM. Die Produktion aus freiwillig übernommener Tätigkeit umfaßt die durch den Einsatz unentgeltlicher Arbeitskräfte erbrachten Bauleistungen, beispielsweise beim Bau eines Vereinsheimes oder beim Wohnungsbau. Wie erwähnt hatte diese Größe in den bisherigen deutschen Veröffentlichungen bereits einen Wertansatz für eingesetzte Arbeit enthalten, der in Anpassung an das ESVG, 2. Auflage zunächst als datenbedingte Änderung aus den Bauinvestitionen herausgenommen wurde. Nach dem ESVG 1995 sind diese Arbeiten mit Stundenlöhnen für ähnliche in der Region durchgeführte Arbeiten zu bewerten und werden deshalb hier als konzeptbedingte Änderung nachgewiesen. Der Gewinnzuschlag auf selbsterstellte Bauten ist Teil des Gewinnzuschlags auf alle selbsterstellten Anlagen. Das ESVG 1995 schreibt vor, daß zur Bewertung der Produktion für den Eigenverbrauch die Herstellungspreise vergleichbarer auf dem Markt verkaufter Güter heranzuziehen sind. Damit geht in die Bewertung das Element eines Nettobetriebsüberschusses ein, was im ESVG, 2. Auflage nicht der Fall war.

Nach dem ESVG 1995 enthalten die Bruttoanlageinvestitionen auch militärisch genutzte Bauten und Anlagen, wenn sie auch zivil genutzt werden können, wie beispielsweise Flugplätze, Hafenanlagen und Straßen. Bisher zählten diese zu den Vorleistungen des Staates und damit zum Staatsverbrauch und wurden bei der Berechnung der Bauinvestitionen von den für öffentliche Bauherren erbrachten Bauleistungen abgesetzt. Dieser Abzugsposten entfällt nach neuer Rechnung, was sich in einer Erhöhung der Bauinvestitionen um 1,4 Mrd. DM im Jahr 1995 niederschlägt.

Grundstücksübertragungskosten für unbebaute Grundstücke sind nach dem ESVG 1995 als „Werterhöhung nichtproduzierter Vermögensgüter“ unter den Bruttoanlageinvestitionen darzustellen. Sie waren in den bisherigen

deutschen Veröffentlichungen – zusammen mit den Grundstücksübertragungskosten für bebaute Grundstücke – in den Bauinvestitionen enthalten. Nach neuer Rechnung vermindern sich die Bauinvestitionen um 2,4 Mrd DM

Schließlich waren bisher im landwirtschaftlichen Bau auch sogenannte Dauerkulturen (Zugang an Reb- und Obstbaumbeständen) enthalten, die nach dem ESVG 1995 innerhalb der Bruttoanlageinvestitionen unter der Position Nutztiere/Nutzpflanzungen zu buchen sind. Es handelt sich dabei in Deutschland um minimale Größenordnungen von in der Regel weniger als 0,1 Mrd DM pro Jahr

### 3.3.2 Ausrüstungen

Wie Tabelle 10 zeigt, liegt das revidierte Ergebnis der Ausrüstungsinvestitionen im Revisionszeitraum ab 1991 bei zunächst bis 1996 leicht steigender Tendenz um 2,0 bis 3,5 % unter den bisherigen Ergebnissen.

Daraus folgen in den meisten Jahren etwas geringere bzw. stärker rückläufige nominale wie reale Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr. Preisbereinigt fällt dieser Effekt noch stärker aus als in jeweiligen Preisen. Dieses Grundmuster ist überwiegend auf die Herausnahme von Softwareteilen aus den Ausrüstungsinvestitionen zu erklären, da diese gewichtige Position nominal und noch ausgeprägter real eine überdurchschnittliche Entwicklung aufweist. In der folgenden Übersicht werden die Änderungen für 1995 etwas detaillierter gezeigt.

#### Ausrüstungsinvestitionen 1995

in jeweiligen Preisen  
Mrd DM

Bisheriges Ergebnis	262,3
+ Datenbedingte Änderungen	- 9,3
- Bisher enthaltene gekaufte Softwareteile	-10,3
+ Umbuchung privates Kfz-Leasing	+ 3,3
+ Korrektur zu den neuen Kfz	+ 5,9
- Korrektur zu den gebrauchten Kfz	- 2,6
+ Pkw-Neubewertung	- 3,0
+ Sonstige Commodity-Flow-Änderungen	+ 0,7
+ Konzeptbedingte Änderungen	+ 0,9
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	253,9

Den quantitativ bedeutsamsten datenbedingten Revisionspunkt bildet die Herausnahme von Softwareteilen aus den Ausrüstungsinvestitionen. Das ESVG, 2. Auflage gab keinerlei Hinweise, ob EDV-Software in den Anlagebegriff einzubeziehen war oder nicht und ließ somit

Interpretationsspielräume offen. Da kommerziell eingesetzte Software die allgemeingültigen Kriterien der Definition der Anlageinvestitionen (Nichtgeringwertigkeit, lange Nutzungsdauer, klarer Bezug zum Produktionsprozeß) erfüllt, wurde sie in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Deutschlands prinzipiell in die Ausrüstungsinvestitionen einbezogen<sup>5)</sup>. Die bisherigen, in den Ausrüstungen enthaltenen sehr groben Schätzungen für eigenständig erworbene Software lagen allerdings deutlich unter dem Marktvolumen und selbst erstellte Software blieb vollkommen ausgeklammert. Mit der Forderung nach einem möglichst vollständigen, expliziten Nachweis der neuen Kategorie der immateriellen Anlageinvestitionen im ESVG 1995 wurden die Ausrüstungsinvestitionen um die bisherigen Software-Zuschätzungen gekürzt. Dieser Vorgang wird den „datenbedingten“ Änderungen zugeordnet, da zwischenzeitlich vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) klargestellt wurde, daß eigenständig erworbene Software nach den Regeln des ESVG, 2. Auflage nicht als Investition zu buchen ist. Wie bereits erwähnt wird die erworbene und auch die selbst erstellte Software nach dem ESVG 1995 bei den immateriellen Anlageinvestitionen nachgewiesen. In Abschnitt 3.3.3 wird darauf näher eingegangen.

Quasi als Nebenprodukt von Überlegungen zur VGR-Abgrenzung des Finanzierungsleasing in Deutschland wurden im Rahmen der Revision Umbuchungen zwischen den Ausrüstungsinvestitionen und den Konsumausgaben der privaten Haushalte in Höhe des privaten Kfz-Leasings vorgenommen. Die beiden Aggregaten zugrunde liegende Zulassungsstatistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) mißt nach dem Nutzerkonzept und ordnet somit die im Wege des längerfristigen Operating-Leasings privat erworbenen Pkw den „Arbeitnehmern und Nichterwerbspersonen“ zu. Diese Abgrenzung galt bislang auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, das heißt privat geleaste Kfz wurden als Konsumausgaben der privaten Haushalte behandelt. Im Zuge dieser Revision werden von privaten Haushalten geleaste Kfz nun zu den Leasinggebern umgebucht. Das hat zwei Änderungen zur Folge: eine Korrektur der bisherigen Buchung der Neuwagenkäufe

<sup>5)</sup> Siehe auch Lutz, H. „Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1960 bis 1984“ in WiSta 8/1985, S. 611

Tabelle 10. Ausrüstungsinvestitionen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>In jeweiligen Preisen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	300,6	294,8	254,8	250,9	253,9	258,5	270,0	297,0
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	306,8	301,8	261,5	258,1	262,3	267,9	279,5	307,2
Differenz	Mrd DM	- 6,2	- 7,0	- 6,7	- 7,2	- 8,4	- 9,4	- 9,5	- 10,2
	%	- 2,0	- 2,3	- 2,6	- 2,8	- 3,2	- 3,5	- 3,4	- 3,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	- 1,9	- 13,6	- 1,5	+ 1,2	+ 1,8	+ 4,5	+ 10,0
Bisheriges Ergebnis	%	x	- 1,6	- 13,4	- 1,3	+ 1,6	+ 2,1	+ 4,3	+ 9,9
<b>In konstanten Preisen</b>									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	- 4,2	- 15,1	- 1,9	+ 1,1	+ 1,7	+ 3,9	+ 10,1
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	- 3,5	- 14,4	- 1,0	+ 1,6	+ 1,9	+ 3,9	+ 10,1

<sup>1)</sup> In Preisen von 1995 – <sup>2)</sup> In Preisen von 1991

und eine Korrektur im Nachweis des späteren Gebrauchtwagentransfers. Hilfestellung bei der Schätzung dieser Korrekturen leisten umfangreiche Veröffentlichungen des Ifo Instituts für Wirtschaftsforschung zum Leasinggeschäft in Deutschland. Ferner sind einige Annahmen, zum Beispiel über die durchschnittliche Laufzeit von Leasingverträgen, erforderlich. Der Gesamteffekt der beiden BIP-neutralen und sich teilweise saldierenden Umbuchungen beträgt 1995 3,3 Mrd. DM.

Weitere BIP-wirksame Korrekturen der Ausrüstungsinvestitionen ergeben sich aus einer Neubewertung investiver Pkw-Käufe. Im Rahmen der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts wurden die Zulassungszahlen des KBA bislang in zweierlei Weise genutzt. Zur Ermittlung des Konsums der privaten Haushalte werden seit jeher die Stückzahl-Angaben für Arbeitnehmer und Nichterwerbspersonen direkt bewertet. Im Rahmen der Commodity-Flow-Rechnung (CF) der Ausrüstungsinvestitionen wurden dagegen die Stückzahl-Angaben lediglich zur Ermittlung von Investitionsgüterquoten nach Hubraumklassen herangezogen, im übrigen jedoch der übliche, indirekte CF-Ansatz über die Aufkommensseite (Auswertung von Produktions-/Umsatz-, Aus- und Einfuhrwerten) beibehalten. Beide Methoden haben Stärken und Schwächen. Der Ansatz im Konsum der privaten Haushalte hat den wesentlichen Vorteil, daß der Meßpunkt bereits direkt beim Verwender liegt, das heißt kaum Schätzungen (Lagerbestandsveränderungen, Handels- und Transportspannen u. a.) erforderlich sind. Deshalb und zur Verbesserung der inneren Konsistenz der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts wird nun im Pkw-Bereich auch bei den Ausrüstungsinvestitionen auf die direkte Meßmethode übergegangen, die sich technisch an die erprobten Bewertungsverfahren im Rahmen der Berechnung der Konsumausgaben der privaten Haushalte anlehnen kann. Bei den Nutzfahrzeugen erscheint dagegen die direkte Bewertung von Stückzahlen wegen zu großer Inhomogenität innerhalb der Merkmalsklassen, wegen der hohen Bedeutung von Sonderanfertigungen und wegen starker Technologiesprünge nach wie vor nicht realisierbar.

Die Pkw-Neubewertung bewirkt 1995 eine Absenkung des Niveaus der Ausrüstungsinvestitionen um 3,0 Mrd. DM (-1,1%), im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 um rund 0,5%.

Bei den sonstigen Commodity-Flow-Änderungen ergibt sich 1995, wie auch im Durchschnitt der Jahre von 1991 bis 1998, eine fast ausgeglichene Änderungsbilanz. Dahinter steht jedoch eine Vielzahl von teilweise sehr tiefgreifenden, technischen Verfahrensänderungen, verbunden mit erheblichen inhaltlichen Überarbeitungen und Neuabgrenzungen, die sukzessive bereits im Laufe der letzten Jahre durchgeführt wurden, aber erst anläßlich der jetzigen Revision vollständig und konsistent in die Veröffentlichung einfließen. Beispielhaft seien genannt: der Umstieg auf das neue Systematische Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken, Ausgabe 1995 (GP 95), verbunden mit einer Vertiefung der CF von vormals 500 zusammengefaßten Güterarten auf nunmehr etwa 2 100 investitionsrelevante GP-9-Steller, der Übergang auf die direkte Sal-

dierung der Produktionsstatistik mit dem Außenhandel (anstelle des bisherigen „Umwegs“ über die Klassifikation der Produktionsbereiche in Input-Output-Rechnungen), eine modifizierte Verfahrensweise bei der Behandlung vollständiger Fabrikationsanlagen in der Ausfuhr, die CF-technisch erhebliche Probleme bereiten, die Einbeziehung der sogenannten Sammelpositionen im Kapitel 99 des Warenverzeichnisses für den Außenhandel in die CF u. a.

Auch die konzeptbedingten Änderungen zu den Ausrüstungsinvestitionen sind 1995, wie in allen übrigen Jahren, vergleichsweise gering. Im einzelnen handelt es sich um drei Positionen: 1. Einbeziehung militärischer Gebrauchsgüter, das heißt der militärisch und zivil nutzbaren Ausrüstungsgüter, die bislang in den Vorleistungen des Staates und damit im Produktionswert und im Staatsverbrauch enthalten waren, 2. die Anhebung der Wertgrenze für geringwertige und damit nicht mehr in die Investitionen, sondern in die Vorleistungen einzubeziehende Güter und 3. ein neu einzubeziehender Gewinnzuschlag auf selbstgestellte Ausrüstungsinvestitionen.

### 3.3.3 Computerprogramme

Im folgenden wird der Begriff „Software“ synonym mit dem im ESVG 1995 verwendeten Begriff „Computerprogramme“ verwendet, obwohl ersterer in anderem Zusammenhang mitunter auch sehr viel weiter gefaßt wird. In beide Begriffe werden Datenbanken einbezogen. Die Abgrenzung einzelner Software- und Datenbanktypen untereinander und die Grenzziehung zu anderen, nichtinvestiven „Know-how-Gebilden“ ist schwierig. Die Einbeziehung von Software in den Anlagebegriff der neuen internationalen Systeme Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen erscheint jedoch sinnvoll, da Software zunehmend zur Waren- und Dienstleistungsproduktion eingesetzt wird und teilweise traditionelle, materielle Investitionsgüter verdrängt. Wie bereits erwähnt (siehe Abschnitt 3.3.2), waren in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Deutschlands schon in der Vergangenheit Teilschätzungen zur erworbenen Software in den Ausrüstungsinvestitionen enthalten, die jetzt umzubuchen waren. Die auf S. 466 folgende Übersicht entwirft eine Grobklassifikation der Software für Abgrenzungszwecke in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Die Erläuterung der einzelnen Softwarearten sowie die hinter diesem Gliederungsschema stehenden, teilweise nicht ganz einfachen konzeptionellen Erwägungen würden den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Ein spezieller Beitrag hierzu, der auch die entwickelten Schätzverfahren, insbesondere zur selbstgestellten Software, vertieft darstellt, ist zu einem späteren Zeitpunkt vorgesehen. Das vorgelegte Software-Schema wird vermutlich im Detail statistisch nicht zu realisieren sein. Es kann jedoch für erforderliche Schätzungen hilfreich sein und eine Grundlage für eventuelle Unternehmensbefragungen bilden.

#### Erworbene Software

Die statistische Datenbasis zur erworbenen Software ist in Deutschland sehr schwach. Amtliche Erhebungen liegen derzeit nicht vor. Analysen und Studien von Marktforschungsinstituten und Verbänden sowie Fachpublikatio-

### Software als Teil der immateriellen Anlageinvestitionen

Softwareart	Behandlung als			
	Ausrüstungen	erworbene Software	selbsterstellte Software	keine Anlage
<b>Erworbene Software</b>				
Mit EDV-Hardware zusammen erworbene Software	x			
In Maschinen und Geräten fest integrierte Software	x			
Eigenständig erworbene Software		x		
Eigentumswechsel an Software-Rechten				x
<b>Selbsterstellte Software</b>				
Entwicklungen für interne Eigenzwecke			x	
Entwicklungen für den Markt (ohne Softwarehäuser)				
Produktintegrierte Software in industriellen Fertigungen				x
Produktunterstützende Dienstleistungssoftware			x	
Eigenentwicklungen von Dienstleistungsanbietern			x	
Entwicklungen der Softwarehäuser				
Langlebige Standardsoftware-Originale			x	
Permanententwicklung firmenspezifischer Software				x
Grundlagenforschung im Softwarebereich				x
<b>Datenbestände als Teil der Datenbanken</b>				
Käufe bilanzfähiger Datenbestände		x		
Selbsterstellte Datenbestände für den Markt				
Erstaufbau vermarkteter Datenbestände			x	
Pflege und Wartung vermarkteter Datenbestände				x
Datenbestände für interne Eigenzwecke				x

nen über „Software-, EDV-, Informatik-, Multimediämärkte“ usw. liefern Anhaltspunkte. Ihre Abgrenzungen sind jedoch vielfach unklar und die Ergebnisse sind inhaltlich kaum miteinander vergleichbar. Solche Markteinschätzungen bauen zumeist auf Umsatzzahlen und -schätzungen einschlägiger Branchen oder Branchenteile auf. Ihr Hauptdefizit ist die vollständige oder partielle Vermengung von Softwareverkäufen, Lizenzentnahmen, Schulungs-, Beratungs- oder sonstigen Serviceleistungen und Hardwareumsätzen. Sehr häufig wird zudem ausschließlich weltweit oder auf Europa eingegrenzt analysiert. Zur zuverlässigen Niveaubestimmung erworbener, bilanzfähiger Software als Teil der immateriellen Investitionen im Sinne der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind solche Quellen kaum geeignet. Hierzu sind vielmehr zielgerichtete Befragungen von Softwareverwendern erforderlich. Zu dieser Einschätzung kam auch ein 1996 im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft vom ifo-Institut für Wirtschaftsforschung erarbeitetes Gutachten zur Schätzung immaterieller Anlageinvestitionen in der Volkswirtschaft.

Wichtigste Grundlage für die jetzt vorgelegten Schätzungen sind die anonymisierten Stichprobenergebnisse von Sonderfragen im ifo-Konjunkturtest für die Jahre 1995 und 1996 (1998 ist vorgesehen). Befragt wurden etwa 3000 Unternehmen aus dem Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe in der Gliederung nach der Systematik der Wirt-

schaftszweige (WZ), Ausgabe 1979. Auszuwerten waren die Fragen nach erworbener Software als Teil der bilanzierten immateriellen Anlagen und drei alternative, potentielle Hochrechnungsmerkmale, Beschäftigte, Umsätze und Ausrüstungsinvestitionen.

Nach Umschlüsselung der Stichprobenergebnisse auf 2-Steller-Abteilungen der neuen WZ 1993 und mit Hilfe entsprechender gesamtwirtschaftlicher Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für die drei genannten Hochrechnungsmerkmale, werden in einem ersten Hochrechnungsschritt drei Software-Intensitäten in den Stichproben-Branchen gebildet. Daraus errechnen sich drei alternative Hochrechnungsergebnisse, die in den meisten WZ-2-Stellern zu einem einfachen arithmetischen Mittel zusammengefaßt werden. Sofern konkrete Anhaltspunkte oder plausible Überlegungen für die höhere Korrelation eines bestimmten Hochrechnungsmerkmals zum Einsatz erworbener Software sprechen, oder „Ausreißer“ im Stichprobenergebnis vermutet werden, werden vereinzelt auch ungleiche Gewichtungen der drei Alternativergebnisse vorgenommen.

Im zweiten Hochrechnungsschritt ist von der Gesamtheit in den Stichproben-Branchen (Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe) auf die übrigen, statistisch nicht abgedeckten Wirtschaftszweige zu schließen. Dabei werden zunächst in Form von Gewichtungsfaktoren Annahmen über die vergleichsweise Bedeutung erworbener Software in den fehlenden WZ-2-Steller-Abteilungen gegenüber den Stichprobenergebnissen gemacht. Es kann zum Beispiel als sicher gelten, daß in der Landwirtschaft vergleichsweise geringere, im Bereich der Nachrichtenübermittlung eher höhere Software-Intensitäten auftreten als im Verarbeitenden Gewerbe und Baugewerbe. Dementsprechend werden Faktoren kleiner oder größer als 1 unterstellt. Im Ergebnis wird somit auch in den durch die Stichprobe nicht abgedeckten WZ-Abteilungen mit differenzierten, von Schätzüberlegungen beeinflussten „Software-Intensitäten“ hochgerechnet.

In der Summe aller Wirtschaftsbereiche wird für 1995 erworbene Software in Höhe von 14,3 Mrd. DM geschätzt, das sind knapp zwei Drittel der Softwareinvestitionen insgesamt. Dieser Betrag ist nahezu identisch mit der Schätzung des ifo-Instituts in dem erwähnten Gutachten, das auf dem gleichen Stichprobenmaterial aufbaute.

Erstmals für das Berichtsjahr 2000, das heißt etwa im Jahr 2002, und dann im dreijährlichen Turnus, sind auf der Basis der europäischen Unternehmensstrukturverordnung Totalerhebungen im Bergbau, Verarbeitenden Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung und Baugewerbe (WZ 93-Abschnitte C bis F) zu erwarten. Dies wird die Kontrolle und gegebenenfalls Korrektur der Schätzungen (Intensitäten und deren Gewichtung) in den genannten Stichprobenbereichen ermöglichen. Im Zeitraum vor 1995 wurde die jährliche Entwicklung mit dem Verlauf der Softwareschätzungen abgeglichen, die im Rahmen der Commodity-Flow-Rechnung in den bisherigen (unrevidierten) Ausrüstungsinvestitionen enthalten waren und jetzt aus den Ausrüstungen herausgenommen wurden (siehe Abschnitt 3.3.2). Auch in den übrigen Jahren ohne Stichprobe oder

Erhebung bleibt es überwiegend bei der Schätzung der erworbenen Software, jedoch können die zuvor erwähnten Analysen und Studien von Marktforschungsinstituten, Verbänden usw. zum „Softwaremarkt“ Anhaltspunkte für vorläufige Fortschreibungen liefern. Darüber hinaus bilden die durch Erhebungen oder Stichproben abgesicherten Intensitäten sowie Software-Relationen zu weiteren stark korrelierenden Größen (z. B. Ausrüstungsinvestitionen in Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten) den Plausibilitätsrahmen für Fortschreibungen und Vierteljahresschätzungen.

### Selbsterstellte Software

Die Voraussetzungen für eine statistische Erfassung selbsterstellter Computerprogramme und Datenbanken sind in Deutschland sehr schlecht. Wegen des ausdrücklichen bilanziellen Aktivierungsverbots sind im offiziellen Rechnungswesen keine Angaben enthalten, was den Befragungsaufwand unzumutbar machen würde. Statistisch verwertbare Kostenkalkulationen zu Softwareprojekten werden nur vereinzelt und allenfalls in größeren Wirtschaftseinheiten vorgenommen. Sie dienen dort als Entscheidungshilfe bei der Frage, ob fremdvergeben oder selbst entwickelt wird. Direkte Meßversuche der selbsterstellten Software durch Befragungen sind somit in Deutschland nicht erfolversprechend. Es wurde deshalb eine modellhafte Schätzung vorgenommen, die im folgenden grob skizziert wird.

Quantitatives Fundament sind Beschäftigtenangaben aus den jährlichen Mikrozensus in Datenverarbeitungs (DV)-typischen Berufen. Zum Kreis der prinzipiell in Frage kommenden Berufe nach dem Schlüsselverzeichnis der Berufsklassifikation, Ausgabe 1992, für den Mikrozensus, wurden gerechnet:

- 774 DV-Fachleute, Informatiker, MTAs u. ä.,
- 7750 Softwareentwickler, allgemein,
- 7751 Anwendungssoftwareentwickler,
- 7752 Systemsoftwareentwickler,
- 7753 Leiter Softwareentwicklung,
- 776 DV-Organisatoren, Systemanalytiker u. ä.,
- 777 DV-Beratungs- und -Vertriebsfachleute,
- 778 RZ-Fachleute, EDV-Administratoren,
- 779 berufs- und spartenbezogene DV-Fachleute,
- 783 Datenerfasser, -typisten, -prüfer u. ä.

Alle im Mikrozensus nachgewiesenen Erwerbstätigen in diesen Berufsgruppen werden zunächst uneingeschränkt, das heißt unabhängig von der Stellung im Beruf, der Stellung im Betrieb, ob Teilzeit oder Vollzeit, usw. ausgezählt. Stellvertretend für die Vielzahl von Erwerbstätigen mit anderen, Nicht-DV-typischen Berufen, die dennoch DV-Tätigkeiten im weiteren Sinne ausüben, wurde eine weitere Gruppe,

- 9999 „ausübende DV-Fachleute anderer Berufe“

gebildet. Sie umfaßt in engerer Abgrenzung nur Angestellte der technischen Berufsgruppen 60, 61 und 62 (Ingenieure, Naturwissenschaftler, Techniker) mit mindestens Sachbearbeiterqualifikation, sofern nach der überwiegenden Tätigkeit laut Mikrozensus Programmierarbeit nicht auszuschließen ist.

Insgesamt werden durch das Auswahlverfahren 1995 rund 450 000 Erwerbstätige angesprochen, die annahmegemäß für die Eigenerstellung von investiver Software theoretisch in Frage kommen könnten. Für die weiteren Überlegungen zur plausiblen Eingrenzung werden diese nach drei Hauptmerkmalen klassifiziert. Außer den genannten 11 Berufsgruppen sind dies 60 WZ-2-Steller sowie 10 Unternehmensabteilungen (Lage des Arbeitsplatzes) laut Mikrozensus 1995. Entscheidend für das geschätzte Niveau der selbsterstellten Software ist die Annahme über den Prozent-Anteil ihrer Tätigkeit (im folgenden „Beteiligungsgrad“ genannt), mit dem die ausgewählten Erwerbstätigen tatsächlich an der Eigenerstellung investiver Software in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen beteiligt sind. Diese Annahmen werden im Modell zunächst zweidimensional nach Berufen und Unternehmensabteilungen getroffen.

Überlegungen und Untersuchungen deuteten darauf hin, daß von den Unternehmensabteilungen des Mikrozensus 1995:

- 1 Fertigung, Produktion, Montage,
- 2 Instandhaltung, Reparatur, Betriebsmittelerstellung,
- 3 Arbeitsvorbereitung, Kontrolle u. ä., Arbeitsorganisation,
- 4 F&E, Konstruktion, Design, Musterbau,
- 5 Materialwirtschaft, Einkauf, Lager, Materialausgabe,
- 6 Verkauf, Marketing, Service, Werbung, PR,
- 7 Finanzen, Recht, Buchhaltung, DV, Statistik u. ä.,
- 8 Personal, Ausbildung, Medizinische Betreuung, Soziales u. a.,
- 9 Geschäftsleitung, Amtsleitung, Direktion,
- 0 Unternehmen nicht in Abteilungen gegliedert,

hauptsächlich unter 4, 7 und 0 nennenswerte Beteiligungsgrade (an der Software-Eigenerstellung) zu vermuten sind, die DV-Kräfte in den übrigen Unternehmensabteilungen dagegen ganz überwiegend laufende Tätigkeiten im Prozeß- oder Serviceablauf ausüben, die nicht zu den Investitionen zu zählen sind. Aus der isolierten Sicht der Berufsdimension wird davon ausgegangen, daß die Berufe 7750, 7751, 7752 sehr stark und die Berufe 774, 7753 und 776 nennenswert an der Eigenerstellung von Software beteiligt sind, die übrigen Berufe nur gering. In der Dimension der Wirtschaftszweige werden im Modell einige Vorweg-Eingrenzungen vorgenommen, um den besonderen Gegebenheiten verschiedener Softwaretypen Rechnung zu tragen.

Aufgrund der differenzierten, einschränkenden Überlegungen hinsichtlich des Beteiligungsgrads der Erwerbstätigen

genfälle an der Erstellung investitionsrelevanter selbst-erstellter Software werden die im ersten Ansatz aus dem Mikrozensus herausgezogenen Fallzahlen stark reduziert. Die verbliebenen Anteile sind mit kalkulatorischen Personalkostensätzen (nach dem ESVG 1995 einschließlich Gewinnzuschlag) zu bewerten. Dazu wurden zunächst für das Eckjahr 1995 Bruttogehälter für jede Berufsgruppe geschätzt. Sie werden zunächst mit Teilzeitfaktoren modifiziert, die für jede Berufsgruppe aus dem Mikrozensus ermittelt werden können. Zur Schätzung der Bruttogehälter gibt es nur undifferenzierte, pauschale Anhaltspunkte aus der Arbeitskostenerhebung 1992 sowie Schätzungen oder Umfrageergebnisse durch Verbände, Fachpublikationen und Unternehmensberater, die ebenfalls pauschal sind und in sehr weiten Spannen variieren. Im nächsten Schritt werden die Bruttogehälter nach den üblichen Bewertungsverfahren mit kalkulatorischen Zuschlägen für Sozialversicherungsbeiträge, Sach- und Kapitalkosten, Rüst-, Ausfall- und Verteilzeiten usw. ergänzt. In den ausgewählten DV-Berufsgruppen ergibt die Schätzung für das Jahr 1995 ein durchschnittliches Jahresbruttogehalt in Höhe von 95 000 DM. Die ermittelten Teilzeitfaktoren liegen dicht bei 1 und der kalkulatorische Zuschlagsfaktor für alle aufgeführten Nebenkosten knapp über 2.

Auf der Basis der ausgewählten DV-Berufe, mit Annahmen über den Beteiligungsgrad und Bewertungsansätze, errechnet sich für 1995 selbsterstellte Software in Höhe von 8,2 Mrd. DM. Dies ist deutlich mehr, als das weiter oben zitierte Ifo-Gutachten mit einer direkten Stichprobenbefragung für 1995 erbrachte. Wie bereits erwähnt, ist aufgrund der institutionellen (bilanzrechtlichen) Rahmenbedingungen in Deutschland eine direkte Befragung nach selbsterstellter Software wenig erfolgversprechend. Andererseits sind die erheblichen Spielräume des beschriebenen Schätzmodells zu sehen. Sie liegen – trotz aller tief gestaffelten Differenzierungen – vor allem in der Einschätzung der „Beteiligungsgrade“ von DV-Beschäftigten an der Eigenherstellung von Software.

### 3.3.4 Urheberrechte

Für das Entstehen neuer Originale von Filmen, Musikwerken, Werken der Literatur (im folgenden „Originale“ genannt) sind nach dem ESVG 1995 Produktionswerte und Bruttoanlageinvestitionen auszuweisen. Der Definition der Investitionen folgend sind nur diejenigen Originale zu erfassen, die dem Investor über mehrere Jahre, unabhängig von der Art der Nutzung oder dem Medium der Verbreitung, tatsächlich Erträge erbringen. Im ESVG, 2. Auflage lag die Schaffung von Urheberrechten außerhalb der Produktionsgrenze, Erträge aus der Verwertung von Urheberrechten waren Vermögens Einkommen.

Für die Bewertung der Urheberrechte werden, je nach Datenlage, entweder die Produktionskosten oder der Gegenwartswert zukünftiger Erträge geschätzt. Originale aus „industrieller“ Produktion werden anhand der Produktionskosten bewertet (Film- und Fernsehproduktionen, Tonträger). Für die Bewertung von Originalen als Ergebnis künstlerisch-schöpferischer Leistung von Schriftstellern, Musikern, Komponisten, Schauspielern usw. wird der Gegenwartswert zukünftiger Erträge geschätzt.

Da die Urheberrechte in einem eigenen Aufsatz ausführlich behandelt werden sollen, wird im folgenden lediglich deren Berechnung in den einzelnen Bereichen kurz skizziert:

Urheberrechte 1995		
	Mrd. DM	%
Fernsehproduktionen	2,3	41,1
Tonträger	1,7	30,3
Originale der Schriftsteller, Komponisten und ausübenden Künstler	1,4	25,0
Kinofilme	0,2	3,6
Insgesamt	5,6	100

Für das Jahr 1995 ergeben sich Urheberrechte im Bereich der Fernsehproduktion in Höhe von 2,3 Mrd. DM. Ausgangspunkt der Berechnungen sind die Produktionskosten der fiktionalen<sup>6)</sup> Eigen- und Auftragsproduktionen sowie die Synchronisationskosten für (fremdsprachige) ausländische fiktionale Produktionen. Die Bewertung der Auftragsproduktionen und der Synchronisationen stützt sich auf Erhebungen der Zeitschrift Media Perspektiven bei den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten und dem Privatsender RTL. Die anderen privaten Fernsehsender wurden anhand von Angaben aus zwei Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) für 1993 und 1995 dazugeschätzt. Zur Erfassung der als Eigenproduktionen hergestellten fiktionalen Programme wird anhand der Jahrbücher der ARD und des ZDF die Dauer dieser Programme geschätzt und mit dem Herstellungspreis vergleichbarer Auftragsproduktionen bewertet.

Im Bereich Musik unterscheidet das Urheberrechtsgesetz zwischen der geistig-schöpferischen Leistung der Komponisten (die Musikwerke), der wirtschaftlich-technischen Leistung der Hersteller (die Tonträger) und der persönlichen Interpretation der Musiker (die Aufführung). Es handelt sich hier um drei Arten von Originalen, alle urheberrechtlich geschützt, die in der Regel über mehrere Jahre zu Einnahmen führen.

Der Wert der Originale der Hersteller von Tonträgern beläuft sich im Jahr 1995 auf 1,7 Mrd. DM. Er wird zu Produktionskosten bewertet. Als Grundlage dazu dient eine Umfrage des Instituts für Wirtschaftsforschung Ifo in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband der Phonographischen Wirtschaft e.V. für die Jahre 1993 bis 1995. Ab 1996 werden die Ergebnisse für 1995 mit dem gewichteten arithmetischen Mittel der Zuwachsraten folgender Indikatoren fortgeschrieben:

- der Künstlersozialkasse gemeldete Entgelte an selbständige Künstler aus der Herstellung bespielter Bild- und Tonträger und
- der Verwertungsgesellschaft GEMA zugeflossene Erträge aus Vervielfältigungsrechten an Tonträgern

Die Originale der Schriftsteller, Komponisten und der ausübenden Künstler (Sänger, Tänzer, Schauspieler, Dirigenten, Regisseure, Orchester, Chor- und Bal-

<sup>6)</sup> In der Fernsehbranche werden Fernsehfilme, Fernsehspiele, Fernsehserien und Bühnenstücke als fiktionale Programme bezeichnet.

letmitglieder, Instrumentalsolisten, Gesangs- und Tanzsolisten, Studiomusiker) werden für 1995 auf 1,4 Mrd. DM geschätzt. Sie lassen sich nur anhand des Gegenwartswertes zukünftiger Erträge bewerten. Dabei werden sowohl Schätzungen für direkte Zahlungen der Verlage an Schriftsteller als auch Ausschüttungen der Verwertungsgesellschaften WORT, GEMA und der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) an alle drei Künstlergruppen berücksichtigt.

Anstelle der sehr aufwendigen Abzinsungsberechnung, die auf Annahmen über die Verwertungsdauer, über die zeitliche Entwicklung der Honorare innerhalb der Verwertungsdauer und über den Diskontierungszinssatz basiert, wird ein einfaches, jedoch zumindest für Deutschland zu guten Ergebnissen führendes Schätzmodell verwendet, welches die gesamtwirtschaftlichen Honorarzahleungen eines Kalenderjahres ( $H_j$ ), deren Zuwachsrate zum Vorjahr ( $r_j$ ) und den Zinssatz ( $i_j$ ) berücksichtigt. Der Gegenwartswert der im Jahr  $j$  produzierten Originale ( $W_j$ ) wird folgendermaßen geschätzt:

$$W_j = H_j * (1+r_j-i_j)$$

Für Kinofilme werden die von der Filmförderungsanstalt (FFA) veröffentlichten Herstellungskosten deutscher (oder

mit deutschen Produzenten koproduzierter) programmführender Filme als Produktionswert angesetzt. Für 1995 sind das 0,2 Mrd. DM

### 3.4 Exporte und Importe

Der Außenbeitrag (Exporte abzüglich Importe in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) in jeweiligen Preisen hat sich in den meisten Jahren des Revisionszeitraums 1991 bis 1998 gegenüber bisher nur relativ wenig geändert. Die Exporte und Importe weisen dagegen beträchtlich höhere Werte als bisher auf (siehe Tabelle 11). Die größeren Abweichungen beim Außenbeitrag vom bisherigen Nachweis in den Jahren 1993 und 1994 sind überwiegend datenbedingt und werden noch erläutert. Einflüsse auf die reale Entwicklung des Außenbeitrags ergaben sich – über die Auswirkungen der Änderungen in jeweiligen Preisen hinaus – aufgrund der Neuberechnung der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen verwendeten Paasche-Preisindizes auf der neuen Preisbasis 1995. In der nachstehenden Übersicht werden die wichtigsten Gründe für die Änderungen der Exporte, Importe und damit des Außenbeitrags am Beispiel des Jahres 1995 aufgeführt.

Tabelle 11 Exporte, Importe, Außenbeitrag

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Exporte									
In jeweiligen Preisen									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	772,7	774,0	736,5	800,1	862,7	910,9	1023,4	1089,5
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	727,1	732,3	697,6	757,0	821,2	866,2	971,8	1028,2
Differenz	Mrd. DM	+ 45,6	+ 41,7	+ 38,9	+ 43,1	+ 41,5	+ 44,7	+ 51,6	+ 61,3
	%	+ 6,3	+ 5,7	+ 5,6	+ 5,7	+ 5,1	+ 5,2	+ 5,3	+ 6,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 0,2	- 4,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 5,6	+ 12,3	+ 6,5
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 0,7	- 4,7	+ 8,5	+ 8,5	+ 5,5	+ 12,2	+ 5,8
In konstanten Preisen									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	- 0,8	- 5,5	+ 7,6	+ 5,8	+ 5,3	+ 10,9	+ 6,5
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	- 0,3	- 5,0	+ 7,9	+ 6,6	+ 5,1	+ 11,1	+ 5,4
Importe									
In jeweiligen Preisen									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	777,6	779,8	729,5	787,1	837,8	871,6	969,8	1024,9
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	729,4	733,2	679,8	735,9	794,2	823,5	916,9	962,3
Differenz	Mrd. DM	+ 48,2	+ 46,6	+ 49,7	+ 51,2	+ 43,6	+ 48,1	+ 52,9	+ 62,6
	%	+ 6,6	+ 6,4	+ 7,3	+ 7,0	+ 5,5	+ 5,8	+ 5,8	+ 6,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 0,3	- 6,5	+ 7,9	+ 6,4	+ 4,0	+ 11,3	+ 5,7
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 0,5	- 7,3	+ 8,3	+ 7,9	+ 3,7	+ 11,3	+ 4,9
In konstanten Preisen									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	x	+ 1,5	- 5,4	+ 7,3	+ 5,7	+ 3,4	+ 8,2	+ 8,0
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	%	x	+ 2,0	- 5,9	+ 7,7	+ 7,3	+ 2,9	+ 8,1	+ 6,6
Außenbeitrag									
In jeweiligen Preisen									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	- 4,9	- 5,9	7,0	13,0	24,9	39,3	53,5	64,6
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	- 2,3	- 0,9	17,8	21,0	27,0	42,7	54,9	65,9
Differenz	Mrd. DM	- 2,6	- 5,0	- 10,8	- 8,0	- 2,1	- 3,4	- 1,4	- 1,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	x	- 1,0	+ 12,9	+ 6,0	+ 11,9	+ 14,4	+ 14,3	+ 11,0
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	x	+ 1,4	+ 18,7	+ 3,3	+ 6,0	+ 15,7	+ 12,2	+ 11,1
Differenz	Mrd. DM	x	- 2,4	- 5,8	+ 2,7	+ 5,9	- 1,3	+ 2,1	- 0,1
In konstanten Preisen									
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	Mrd. DM	x	- 18,5	- 1,9	+ 4,1	+ 2,2	+ 17,3	+ 28,3	- 9,2
Bisheriges Ergebnis <sup>2)</sup>	Mrd. DM	x	- 16,9	+ 8,0	- 0,0	- 5,9	+ 17,1	+ 24,6	- 9,7
Differenz	Mrd. DM	x	- 1,6	- 9,9	+ 4,1	+ 8,1	+ 0,2	+ 3,7	+ 0,5

<sup>1)</sup> In Preisen von 1995 – <sup>2)</sup> In Preisen von 1991



**Außenbeitrag 1995**  
in jeweiligen Preisen

	Exporte		Importe		Außenbeitrag Mrd DM
	Mrd DM	% von bisher	Mrd DM	% von bisher	
Bisheriges Ergebnis	821,2	100	794,2	100	+ 27,0
+ Datenbedingte Änderungen	+ 37,4	+ 4,6	+ 33,7	+ 4,2	+ 3,7
Bruttostellung Lohnveredelung	+ 32,1	+ 3,9	+ 32,1	+ 4,0	0,0
Sonstige	+ 5,3	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,2	+ 3,7
+ Konzeptbedingte Änderungen	+ 4,1	+ 0,5	+ 9,9	+ 1,3	- 5,8
Patente und Lizenzen	+ 4,7	+ 0,6	+ 9,9	+ 1,3	- 5,2
Monetarisierung von Gold	- 0,6	- 0,1	x	x	- 0,6
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	862,7	105,1	837,8	105,5	+ 24,9

Unter den datenbedingten Änderungen ist vor allem die Bruttostellung des Lohnveredelungsverkehrs hervorzuheben. Bruttostellung des Lohnveredelungsverkehrs bedeutet, daß nunmehr auch Waren, die lediglich zu Veredelungszwecken über die Grenze verbracht werden, den Exporten bzw. Importen zugerechnet werden. Bisher wurde im Prinzip ausschließlich das im Zusammenhang mit der Veredelung gezahlte Entgelt als grenzüberschreitende Transaktion gebucht (Nettostellung). Diese Änderung hat keinen Einfluß auf die Höhe des Außenbeitrags und des Bruttoinlandsprodukts, erhöht jedoch die Werte für die Exporte und die Importe erheblich. In den sonstigen datenbedingten Änderungen schlagen sich neben Anpassungen an die Buchungspraxis der Deutschen Bundesbank in der Zahlungsbilanz auch (asymmetrische) Zuschätzungen zu den Ausgangsdaten der Spezialhandelsstatistik nieder. Diese Zuschätzungen ab dem Jahr 1993 (Einführung der Intrahandelsstatistik) ergaben sich aus gesamtwirtschaftlichen Plausibilitätsüberlegungen. Für sich allein betrachtet vermindern diese Zuschätzungen per saldo den Außenbeitrag mit abnehmender Tendenz. Insgesamt sind die sonstigen datenbedingten Änderungen im Jahr 1995 jedoch bei den Exporten geringfügig höher als bei den Importen.

Auf die eben erwähnten asymmetrischen Zuschätzungen zu den Ausgangsdaten der Spezialhandelsstatistik ist es auch zurückzuführen, daß die Differenz zwischen dem neuen und dem bisherigen Nachweis des Außenbeitrags im Jahr 1993 am größten ausfiel. Anstelle eines Überschusses von bisher 17,8 Mrd. DM wird jetzt als neuer Wert ein Überschuß von 7 Mrd. DM ausgewiesen (siehe Tabelle 11).

Konzeptbedingte Änderungen der bisherigen Exporte und Importe betreffen die Buchung von Einnahmen und Ausgaben aus der Vergabe von Patenten und Lizenzen sowie die Buchung der „Monetarisierung von Gold“. Im ESVG, 2. Auflage wurden Einnahmen und Ausgaben aus der Vergabe von Patenten und Lizenzen als (grenzüberschreitende) Vermögenseinkommen gebucht. Im ESVG 1995 hingegen wird der Dienstleistungscharakter einer solchen Vergabe in den Vordergrund gestellt. Die entsprechenden Entgelte werden als Entgelte für (grenzüberschreitende) Dienstleistungen in die Rechnung eingestellt. Diese Änderung berührt somit zwar die Höhe des Bruttoinlandsprodukts, nicht jedoch die Höhe des Bruttonationaleinkommens. Es handelt sich lediglich um eine Umsetzung von der Bilanz der grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen zur Bilanz der grenzüberschreitenden Dienstleistungen. Von der Buchung der „Monetarisierung

von Gold“ sind weder das Bruttoinlandsprodukt noch das Bruttonationaleinkommen betroffen. Unter Monetarisierung von Gold wird die Umwandlung der „Ware“ Gold in Barrengold (einen finanziellen Titel) verstanden. Barrengold wird aus dieser Sicht als ein finanzieller Anspruch gegenüber der übrigen Welt betrachtet. Dieser Vorgang wurde nach dem ESVG, 2. Auflage so dargestellt, daß eine fiktive Warenausfuhr gebucht wurde, die zu einer Erhöhung der Forderungen gegenüber der übrigen Welt führte. Im ESVG 1995 gilt dagegen allein das von Zentralbanken gehaltene Gold als „Währungsgold“ (finanzieller Titel). Barrengold, das von anderen Einheiten auf dem Primärmarkt erworben wird, das heißt nicht durch Banken aus vorhandenen Beständen aufgekauft wurde (Sekundärmarkt), verliert seinen Warencharakter nicht. Es wird vielmehr Teil der neuen Verwendungskategorie „Nettozugang an Wertsachen“, die unter den Investitionen nachgewiesen wird. Im Güterkonto steht somit einer Minderung der Ausfuhr ein Nettozugang an Wertsachen gegenüber.

#### 4 Einkommen und Finanzierung

Tabelle 12 zeigt, daß das Bruttonationaleinkommen im Revisionszeitraum zwischen 1,3 und 2,6% über dem Wert des bisherigen Bruttosozialprodukts liegt. Ursächlich dafür ist vor allem das bereits beschriebene, zwischen rund 40 und 80 Mrd. DM höhere Bruttoinlandsprodukt nach Revision.

Der Unterschied zwischen dem Bruttoinlandsprodukt und dem Bruttonationaleinkommen ergibt sich aus dem Saldo der Primäreinkommen zwischen inländern und der übrigen Welt. Dieser umfaßt nach ESVG 1995 neben den empfangenen und geleisteten Erwerbs- und Vermögenseinkommen auch den Saldo der an die übrige Welt geleisteten Produktions- und Importabgaben und von der übrigen Welt empfangenen Subventionen. Konzeptunterschiede zum bisherigen Saldo der Erwerbs- und Vermögenseinkommen bestehen in der Einbeziehung der reinvestierten Gewinne aus Direktinvestitionen einschließlich der thesaurierten Erträge, der Buchung der Lizenzzahlungen als Dienstleistungsentgelte und nicht mehr als Vermögenseinkommen, in geänderten Kriterien der Gebietsansässigkeit sowie in der periodengerechten Verbuchung der Zinsen entsprechend ihrem Auflaufen, wie die folgende Übersicht zeigt.

##### Primäreinkommen aus der übrigen Welt/an die übrige Welt 1995

	Mrd DM	
	Empfangen	Geleistet
<b>Vermögenseinkommen</b>		
Bisheriges Ergebnis	112,9	127,5
+ Datenbedingte Änderungen	+ 0,2	- 2,4
+ Konzeptbedingte Änderungen	+ 4,5	- 11,6
Reinvestierte Gewinne	+ 8,5	- 3,1
Periodengerechte Verbuchung der Zinsen	+ 0,5	x
Zahlungen für Patente und Lizenzen	- 4,5	- 8,5
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	117,6	113,5
<b>Erwerbseinkommen</b>		
Bisheriges Ergebnis	6,3	7,9
+ Datenbedingte Änderungen	x	x
+ Konzeptbedingte Änderungen		
Deutsche Arbeitnehmer bei EU-Organisationen/ Einpendlern	+ 0,4	+ 0,3
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	6,7	8,2
Subventionen	+ 11,6	x
Produktions- und Importabgaben	x	+ 32,9
Primäreinkommen	135,9	154,6

Tabelle 12 Inlandsprodukt, Nationaleinkommen, Abschreibungen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Bruttonlandsprodukt (nominal)</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	2 938,0	3 155,2	3 235,4	3 394,4	3 523,8	3 586,8	3 675,8	3 799,4
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	2 853,6	3 078,6	3 163,7	3 328,2	3 442,8	3 523,5	3 624,0	3 758,1
Differenz	Mrd DM	+ 84,4	+ 76,6	+ 71,7	+ 66,2	+ 81,0	+ 63,3	+ 51,8	+ 41,3
	%	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,0	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 7,4	+ 2,5	+ 4,9	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 3,4
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 7,9	+ 2,8	+ 5,2	+ 3,4	+ 2,3	+ 2,9	+ 3,7
<b>Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	17,7	15,4	13,5	- 13,8	- 18,6	- 16,0	- 17,2	- 30,8
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	28,5	19,0	5,1	- 8,0	- 16,2	- 26,0	- 23,9	- 38,7
Differenz	Mrd DM	- 10,8	- 3,6	+ 8,4	- 5,8	- 2,4	+ 10,0	+ 6,7	+ 7,9
<b>Bruttonationaleinkommen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	2 955,7	3 170,6	3 248,9	3 380,6	3 505,2	3 570,8	3 658,6	3 768,6
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	2 882,1	3 097,6	3 168,8	3 320,2	3 426,6	3 497,5	3 600,1	3 719,4
Differenz	Mrd DM	+ 73,6	+ 73,0	+ 80,1	+ 60,4	+ 78,6	+ 73,3	+ 58,5	+ 49,2
	%	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,5	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,3
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 7,3	+ 2,5	+ 4,1	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,0
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 7,5	+ 2,3	+ 4,8	+ 3,2	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,3
<b>Abschreibungen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	411,4	451,1	482,6	502,4	520,7	530,6	542,3	553,2
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	361,2	393,8	420,6	435,4	451,7	461,0	471,5	482,5
Differenz	Mrd DM	+ 50,2	+ 57,3	+ 62,0	+ 67,0	+ 69,0	+ 69,6	+ 70,8	+ 70,7
	%	+ 13,9	+ 14,5	+ 14,7	+ 15,4	+ 15,3	+ 15,1	+ 15,0	+ 14,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 9,7	+ 7,0	+ 4,1	+ 3,6	+ 1,9	+ 2,2	+ 2,0
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 9,1	+ 6,8	+ 3,5	+ 3,7	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,3
<b>Nettonationaleinkommen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	2 544,3	2 719,5	2 766,3	2 878,2	2 984,5	3 040,2	3 116,3	3 215,4
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	2 520,9	2 703,8	2 748,2	2 884,8	2 974,9	3 036,5	3 128,6	3 236,9
Differenz	Mrd DM	+ 23,4	+ 15,7	+ 18,1	- 6,6	+ 9,6	+ 3,7	- 12,3	- 21,5
	%	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,7	- 0,2	+ 0,3	+ 0,1	- 0,4	- 0,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 6,9	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,5	+ 3,2
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 7,3	+ 1,6	+ 5,0	+ 3,1	+ 2,1	+ 3,0	+ 3,5

Nach Abzug der Abschreibungen vom Bruttonationaleinkommen ergibt sich das Nettonationaleinkommen, das der Summe der Primäreinkommen der inländischen Sektoren entspricht.

Die Abschreibungen nach dem ESGV 1995 unterscheiden sich erheblich von denen des bisherigen Regelwerkes; für 1995 erhöhten sie sich im Vergleich zu den bisherigen Ergebnissen um 15%. Wie sich diese Änderung im einzelnen zusammensetzt, zeigt die folgende Tabelle.

#### Abschreibungen 1995 in jeweiligen Preisen

	Mrd DM	Änderung in %
Bisheriges Ergebnis	451,7	x
+ Konzeptbedingte Änderungen		
Öffentliche Tiefbauten	+ 33,3	+ 7,4
Straßen	+ 16,9	+ 3,8
Sonstige öffentliche Tiefbauten	+ 16,4	+ 3,6
sonstige Nichtmarktproduzenten	+ 9,1	+ 2,0
Marktproduzenten	+ 7,3	+ 1,6
Militärische Gebrauchsgüter	+ 4,4	+ 1,0
Immaterielle Anlagegüter	+ 25,1	+ 5,5
Computerprogramme, große Datenbanken	+ 20,0	+ 4,4
Urheberrechte	+ 4,9	+ 1,1
Suchbohrungen	+ 0,2	+ 0,0
+ Sonstige Änderungen (konzept- und datenbedingt)	+ 6,2	+ 1,4
= Neues Ergebnis (ESVG 1995)	520,7	+ 15,3

Der Umfang der abzuschreibenden Tatbestände wurde durch die Vorschriften des ESGV 1995 wesentlich erweitert. Militärische Gebrauchsgüter und immaterielle Anlagen waren bisher nicht ins Anlagevermögen einbezogen.

Öffentliche Tiefbauten gehörten bisher zwar zum Anlagevermögen, wurden aber nicht abgeschrieben.

Abschreibungen auf öffentliche Tiefbauten erklären etwa die Hälfte der Änderung. Die Berechnung der Abschreibungen auf Straßen und sonstige öffentliche Tiefbauten der sonstigen Nichtmarktproduzenten sowie auf militärische Gebrauchsgüter ist in Kapitel 2 beschrieben. Die öffentlichen Tiefbauten der Marktproduzenten umfassen staatliche Entsorgungseinrichtungen (Kanalisation, Kläranlagen, Straßenreinigung, Mülldeponien und -verbrennungsanlagen) sowie staatliche Parkeinrichtungen. Abschreibungen auf Tiefbauten für Parkeinrichtungen sind relativ unbedeutend (1995: 0,2 Mrd. DM). Für Entsorgungseinrichtungen liegen Angaben über Abschreibungen auf Anlagen (Ausrüstungen und Bauten zusammen) für Abfallbeseitigung und Gewässerschutz aus der Umweltökonomischen Gesamtrechnung vor. Der Anteil der Abschreibungen auf Tiefbauten wurde auf der Grundlage von Expertenbefragungen im Zusammenhang mit den Berechnungen des Anlagevermögens für den Umweltschutz grob geschätzt.

Etwas mehr als ein Drittel tragen die immateriellen Anlagen zur Änderung der Abschreibungen bei. Von Bedeutung sind insbesondere Abschreibungen auf Computerprogramme und große Datenbanken. Computerprogramme aus der Zeit vor 1991 dürften heute nur noch eine geringe Rolle spielen. Zur Berechnung der Abschreibungen

gen auf diese Anlagen wurden die Investitionen vor 1991 mit der Entwicklung der Hardwareinvestitionen zurückgeschrieben. Steuerliche Nutzungsdaueransätze und Expertenbefragungen weisen darauf hin, daß Computerprogramme relativ schnell erneuert werden. Deshalb wurde für den größten Teil eine durchschnittliche Nutzungsdauer von fünf Jahren angenommen. Die Abgrenzung und die Berechnung der Bruttoinvestitionen in Urheberrechte sind in Kapitel 3 dargestellt. Sie wurden weitgehend nach der gleichen Methode bis 1980 zurückgeschrieben. Die Nutzungsdauer, also die Zeit, über die ein künstlerisches Werk wie zum Beispiel ein Roman, ein Musikstück oder ein Film Erträge abwirft, ist schwer zu bestimmen und kann sehr unterschiedlich sein. In den meisten Fällen durfte jedoch der überwiegende Anteil der Erträge in den ersten Jahren anfallen. Die Berechnungen gehen deshalb von einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von fünf Jahren aus. Suchbohrungen sind unbedeutend.

Die sonstigen Änderungen der Abschreibungen lassen sich nicht weiter differenzieren. Sie beruhen auf datenbedingten Änderungen der Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, der Überarbeitung von Nutzungsdaueransätzen sowie auf kleineren Änderungen in der Abgrenzung der Bauinvestitionen durch das ESVG 1995.

In den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird auch weiterhin das im ESVG 1995 nicht beschriebene Volkseinkommen nachgewiesen. Dazu müssen die nach dem ESVG 1995 neuen Primäreinkommen des Staates – das sind die Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen – vom Nettonationaleinkommen abgesetzt werden. Wie die folgende Übersicht zeigt, war dieser Saldo im Jahr 1995 um gut 50 Mrd. DM niedriger als nach den bisherigen Ergebnissen, vor allem weil die an die Europäische Union abgeführten Abgaben und die von dort

her zugeflossenen Subventionen nicht mehr als Einnahmen und Ausgaben des Staates gebucht werden und außerdem datenbedingte Änderungen berücksichtigt wurden.

**Gesamtwirtschaftliche Aggregate 1995**  
Mrd. DM

	Bisheriges Ergebnis	Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Differenz
Bruttosozialprodukt/Bruttonationaleinkommen	3 426,6	3 505,2	+ 78,6
Abschreibungen	451,7	520,7	+ 69,0
Nettosozialprodukt/Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 974,9	2 984,5	+ 9,6
Nachrichtlich			
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	375,9	325,5	- 50,4
Volkseinkommen	2 599,0	2 659,0	+ 60,0
Laufende Übertragungen/Transfers aus der übrigen Welt	24,6	13,4	- 11,2
Laufende Übertragungen/Transfers an die übrige Welt	79,3	46,0	- 33,3
Verfügbares Einkommen	2 920,2	2 951,9	+ 31,7
Letzter Verbrauch/Konsum	2 661,9	2 696,9	+ 35,0
Ersparnis/Sparen	258,3	255,0	- 3,3
Vermögensübertragungen/-transfers aus der übrigen Welt	1,3	2,4	+ 1,1
Vermögensübertragungen/-transfers an die übrige Welt	6,7	6,1	- 0,6
Nettoinvestitionen	302,2	281,2	- 20,3
Finanzierungssaldo	- 49,3	- 29,9	+ 19,4

Das Volkseinkommen ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die inländische Wirtschaftssubjekte in einer Periode empfangen haben. Aus Tabelle 13 geht hervor, daß das Arbeitnehmerentgelt nach Revision in allen Jahren des Berichtszeitraums erheblich über dem bisherigen Ansatz liegt.

Die Differenzen zu den bisherigen Ergebnissen sind vor allem die Folge datenbedingter und weniger konzeptbedingter Änderungen. Nach neuer Berechnung liegt das Arbeitnehmerentgelt 1995 mit 1 941,2 Mrd. DM um 57,8

Tabelle 13. Volkseinkommen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Volkseinkommen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	2 282,8	2 430,3	2 456,2	2 547,9	2 659,0	2 705,3	2 766,0	2 848,3
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	2 227,4	2 373,8	2 400,5	2 510,0	2 599,0	2 657,0	2 735,7	2 833,4
Differenz	Mrd. DM	+ 55,4	+ 56,5	+ 55,7	+ 37,9	+ 60,0	+ 48,3	+ 30,3	+ 14,9
	%	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,5	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,1	+ 0,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 6,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 4,4	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,0
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 6,6	+ 1,1	+ 4,6	+ 3,5	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,6
<b>Arbeitnehmerentgelt (inländer)</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	1 650,6	1 787,6	1 829,5	1 874,7	1 941,2	1 964,6	1 970,2	1 999,8
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	1 611,6	1 741,2	1 777,9	1 824,1	1 883,4	1 902,5	1 907,0	1 933,0
Differenz	Mrd. DM	+ 39,0	+ 46,4	+ 51,6	+ 50,6	+ 57,8	+ 62,1	+ 63,2	+ 66,8
	%	+ 2,4	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 8,3	+ 2,3	+ 2,5	+ 3,5	+ 1,2	+ 0,3	+ 1,5
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 8,0	+ 2,1	+ 2,6	+ 3,3	+ 1,0	+ 0,2	+ 1,4
<b>Lohnquote</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	72,3	73,6	74,5	73,6	73,0	72,6	71,2	70,2
Bisheriges Ergebnis	%	72,4	73,4	74,1	72,7	72,5	71,6	69,7	68,2
<b>Unternehmens- und Vermögenseinkommen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	632,2	642,7	626,7	673,2	717,8	740,7	795,8	848,5
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	615,8	632,6	622,6	685,9	715,6	754,5	828,7	900,4
Differenz	Mrd. DM	+ 16,4	+ 10,1	+ 4,1	- 12,7	+ 2,2	- 13,8	- 32,9	- 51,9
	%	+ 2,7	+ 1,6	+ 0,6	- 1,8	+ 0,3	- 1,8	- 4,0	- 5,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 1,6	- 2,5	+ 7,4	+ 6,6	+ 3,2	+ 7,4	+ 6,6
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 2,7	- 1,6	+ 10,2	+ 4,3	+ 5,4	+ 9,8	+ 8,6

Mrd. DM oder 3,1 % über dem bisherigen Ergebnis. Wie die folgende Übersicht zeigt, entfallen davon 2,2 Mrd. DM auf Änderungen des Konzeptes, während 55,6 Mrd. DM auf datenbedingte Änderungen zurückzuführen sind.

Arbeitnehmerentgelt 1995		
	Mrd. DM	Anteil in %
Bisheriges Ergebnis	1 883,4	100
+ Datenbedingte Änderungen	+ 55,6	3,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	+ 3,7	0,2
Bruttolöhne und -gehälter	+ 51,9	2,8
Zusätzliche geringfügig Beschäftigte	+ 15,0	0,8
Trinkgelder	+ 3,6	0,2
Neue Basisdaten	+ 33,3	1,8
+ Konzeptbedingte Änderungen	+ 2,2	0,1
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	1 941,2	103,1

Bei den datenbedingten Änderungen entfallen 3,7 Mrd. DM auf neue Basiszahlen für die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, was in erster Linie auf die Neuberechnung der Beiträge für die Pensionen und Beihilfen der Postbeamten zurückzuführen ist. Nachdem bislang für 1995 Beiträge von rund 3,6 Mrd. DM in die Berechnungen eingegangen sind, führt die nunmehr durch die Informationen von den Postunterstützungskassen deutlich verbesserte Datensituation zu Beiträgen von 7,2 Mrd. DM. Darüber hinaus wurden die Arbeitgeberbeiträge an die Versorgungswerke der Selbständigen aufgrund neuer Zahlen des Sozialbudgets um 0,1 Mrd. DM angehoben. Die Beiträge der Arbeitgeber an die Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten sowie an die gesetzliche Arbeitslosenversicherung blieben per saldo nahezu unverändert. Knapp 0,1 Mrd. DM der datenbedingten Änderungen entfielen auf neue Ausgangszahlen für die unterstellten Sozialbeiträge.

Bei den Bruttolöhnen und -gehältern schlagen die Löhne der nun besser erfaßten geringfügig Beschäftigten mit schätzungsweise zusätzlich rund 15 Mrd. DM zu Buche. Zu beachten ist, daß hier auch die Löhne der in Nebentätigkeit geringfügig Beschäftigten enthalten sind, während in den Erwerbstätigenzahlen jeder Erwerbstätige nur einmal bei seiner Haupttätigkeit erfaßt wird. Im Nebenerwerb tätige Personen werden also nicht mehrfach gezählt. Unterschätzt wurden in der bisherigen Rechnung auch die gezahlten Trinkgelder. Hierfür wurde ein Zuschlag von 3,6 Mrd. DM auf die Bruttolöhne und -gehälter gemacht. Grundlage für diesen Zuschlag waren die Umsätze in bestimmten Branchen, in denen typischerweise Trinkgelder gezahlt werden, wie im Gastgewerbe oder bei Taxiunternehmen. Der überwiegende Teil der datenbedingten Änderungen, nämlich etwa 33,3 Mrd. DM im Jahr 1995, ist auf neuere Basisstatistiken zurückzuführen, wie die Handels- und Gaststättenzählung 1993, die Handwerkszählung 1995, die Arbeitskostenerhebungen 1992 und 1996 sowie insbesondere die Einkommensteuerstatistik 1992 und das Jahreszeitraummaterial 1991 bis 1993 (zum Teil auch 1994) der Beschäftigtenstatistik. Das Jahreszeitraummaterial zeigt das Bruttoarbeitsentgelt aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Aktuellere wichtige Basisstatistiken, wie die Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1995 sowie das Jahreszeitraummaterial ab 1995, standen für die Neuberechnung noch nicht zur Verfügung, die Ergebnisse sind erst im Laufe dieses Jahres zu erwarten.

Mit dem ESVG 1995 werden zwei konzeptionelle Änderungen der Abgrenzung der Löhne und Gehälter in Form von Sachleistungen – im folgenden Naturalleistungen genannt – eingeführt. Zum einen geht nun die Bereitstellung von Sport- und Freizeiteinrichtungen durch die Arbeitgeber für ihre Arbeitnehmer als Naturalleistung in die Bruttolöhne und -gehälter ein; nach dem bisherigen ESVG, 2. Auflage waren Aufwendungen für solche Zwecke bei den Vorleistungen der Arbeitgeber zu buchen. Zum anderen besteht ein Unterschied bei der Bewertung von Waren und Dienstleistungen aus eigener Produktion, die den Arbeitnehmern von ihren Arbeitgebern zur Verfügung gestellt werden. Im ESVG 1995 werden sie zu Herstellungspreisen bewertet, im bisherigen ESVG dagegen mit der Summe der Produktionskosten angesetzt. Das heißt, nach neuem ESVG sind die Naturalleistungen zu einem höheren Preis zu bewerten, nämlich einschließlich des entgangenen Gewinns. Um diesen Betrag steigen in gleicher Höhe der Produktionswert und damit die Bruttowertschöpfung, das Arbeitnehmerentgelt sowie der Konsum der privaten Haushalte. Die durch das ESVG 1995 veranlaßten konzeptionellen Änderungen bei den Sozialbeiträgen beschränken sich auf Umsetzungen zwischen tatsächlichen und unterstellten Beiträgen sowie auf Umsetzungen zwischen den Sektoren. Die Sozialbeiträge in Höhe der Nettoszuführungen zu den Rückstellungen für betriebliche Ruhegeldverpflichtungen und der Betriebspensionen werden den tatsächlichen – und nicht mehr den unterstellten – Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zugerechnet, weil sie die Kriterien des neuen ESVG für unterstellte Sozialbeiträge nicht erfüllen.

Ab 1995 werden die Pensionen und Beihilfen für Beamte der Deutschen Post AG, der Deutschen Postbank AG und der Deutschen Telekom AG von den bereits erwähnten neuerrichteten Postunterstützungskassen gezahlt. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden für die Versorgungsleistungen daher nicht mehr unterstellte Sozialbeiträge für Beamtenpensionen gebucht, sondern Arbeitgeberbeiträge im Teilsektor Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen. Auf den Gesamtbetrag der Sozialbeiträge haben diese Konzeptänderungen keinen Einfluß.

Das neue Niveau der Arbeitnehmerentgelte ist im Revisionszeitraum von 1991 bis 1998 recht kontinuierlich zwischen 2,4 und 3,5 % höher als bisher, nicht zuletzt wegen der jetzt vollständigeren Erfassung der geringfügig Beschäftigten. Da die Neuberechnung überwiegend bei den Bruttolöhnen und -gehältern ansetzt, zeigt sich hier der Niveauunterschied zwischen altem und neuem Ergebnis um etwa einen halben Prozentpunkt stärker als bei den Arbeitnehmerentgelten, also zwischen 2,9 und 4,0 %. Die Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr bleiben dagegen nahezu unverändert. Dies gilt gleichermaßen für Arbeitnehmerentgelte sowie Bruttolöhne und -gehälter.

Die bislang in den Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nachgewiesene Nettolohn- und -gehaltsumme ist kein Einkommensaggregat des ESVG 1995 und deshalb nicht Bestandteil des neuen Veröffentlichungsprogramms. Die in die Rentenanpassung gemäß § 68 Sozialgesetzbuch VI einfließenden Nettolöhne

und -gehalter nach dem Inlandskonzept und zum Rechenstand März eines jeden Jahres werden so lange ermittelt, wie es der Modus für die Anpassung der Altersrenten erfordert. Es ist vorgesehen, die entsprechenden Ergebnisse jeweils im Märzheft dieser Zeitschrift zu veröffentlichen

Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen werden gesamtwirtschaftlich als Differenz zwischen dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt ermittelt. Wie aus den Tabellen 12 und 13 hervorgeht, verringern sich die Abstände zwischen bisherigen und neuen Ergebnissen für das Bruttonationaleinkommen wie für das Volkseinkommen in den letzten drei Berichtsjahren deutlich, während dies für das Arbeitnehmerentgelt nicht zutrifft. Diese unterschiedlichen Ergebnisse der Neuberechnung haben zur Folge, daß die Unternehmens- und Vermögenseinkommen – in den allerdings noch vorläufigen Ergebnissen für die Jahre 1996 bis 1998 – zwischen 1,8 und 5,8% niedriger ausfallen als bisher. Die Zuwachsraten im Vorjahresvergleich liegen nach dieser vorläufigen Rechnung für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nun nicht mehr zwischen 5,4 und 9,8%, sondern zwischen 3,2 und 7,4%. Wie schon bei der Darstellung der Konsumausgaben der privaten Haushalte in Abschnitt 3.1 erwähnt, hat die Neuberechnung der Wohnungsvermietung (einschl. Eigennutzung von Wohnraum) für die letzten Jahre des Revisionszeitraumes zu einer deutlich niedrigeren Produktion und Wertschöpfung in diesem Bereich geführt. Diese datenbedingte Änderung schlägt nahezu vollständig auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Wohnungseigentümer durch, die überwiegend Privatpersonen und nicht Kapitalgesellschaften sind.

Eine getrennte Berechnung der Unternehmenseinkommen einerseits und der Vermögenseinkommen andererseits ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht möglich,

weil dazu eine vollständige Sektorenrechnung erforderlich ist, diese ist für den September 1999 vorgesehen

Das verfügbare Einkommen der gesamten Volkswirtschaft errechnet sich, wie die vorstehende Texttafel für die gesamtwirtschaftlichen Aggregate 1995 zeigt, indem beim Nettonationaleinkommen die laufenden Übertragungen aus der übrigen Welt zugesetzt und diejenigen an die übrige Welt abgesetzt werden. Da dieser Saldo in Deutschland negativ war, ist das verfügbare Einkommen der Volkswirtschaft stets niedriger als das Nettonationaleinkommen (siehe die Tabellen 12 und 14). Der Saldo der laufenden Übertragungen betrug 1995 nach den neuen Ergebnissen – 32,6 Mrd. DM und nach bisherigen Ergebnissen – 54,7 Mrd. DM. Die Differenz von rund 22 Mrd. DM ist auf die Buchung der an die übrige Welt geleisteten Produktions- und Importabgaben und der von der übrigen Welt empfangenen Subventionen zurückzuführen, die jetzt als Primäreinkommen und nicht mehr als laufende Übertragungen dargestellt werden. Die in der Neuberechnung um 22 Mrd. DM niedrigeren laufenden Übertragungen an die übrige Welt und das um knapp 10 Mrd. DM höhere Nettonationaleinkommen führen zu einem gesamtwirtschaftlichen verfügbaren Einkommen für 1995, das um rund 31,7 Mrd. DM höher ist als vor Revision.

Erhebliche Änderungen ergeben sich für das verfügbare Einkommen der volkswirtschaftlichen Sektoren. Die neue Abgrenzung der Sektoren und die Einbeziehung sozialer Sachtransfers in das verfügbare Einkommen nach dem Verbrauchskonzept wirken sich insbesondere auf das Einkommen der privaten Haushalte aus. Quantitative Aussagen dazu können allerdings wiederum erst auf der Basis einer vollständig abgestimmten Sektorenrechnung getroffen werden.

Tabelle 14. Verfügbares Einkommen, Sparen, Finanzierungssaldo

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
<b>Laufende Übertragungen an die übrige Welt (Saldo)</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	- 42,0	- 31,7	- 37,5	- 39,7	- 32,6	- 33,8	- 36,3	- 39,3
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	- 59,6	- 52,4	- 57,9	- 60,6	- 54,7	- 51,1	- 52,22	- 51,9
Differenz	Mrd. DM	+ 17,6	+ 20,7	+ 20,4	+ 20,9	+ 22,1	+ 17,3	+ 15,9	+ 12,6
<b>Verfügbares Einkommen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	2 502,3	2 687,8	2 728,8	2 838,5	2 951,9	3 006,6	3 080,0	3 176,1
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	2 461,3	2 651,4	2 690,3	2 824,2	2 920,2	2 985,4	3 076,4	3 184,9
Differenz	Mrd. DM	+ 41,0	+ 36,4	+ 38,5	+ 14,3	+ 31,7	+ 21,2	+ 3,6	- 8,8
	%	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,3
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 7,4	+ 1,5	+ 4,0	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,4	+ 3,1
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 7,7	+ 1,5	+ 5,0	+ 3,4	+ 2,2	+ 3,0	+ 3,5
<b>Sparen</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	273,0	278,2	228,3	244,1	255,0	236,5	258,4	293,0
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	274,3	279,5	226,2	259,6	258,3	233,9	277,8	318,7
Differenz	Mrd. DM	- 1,3	- 1,3	+ 2,1	- 15,5	- 3,3	+ 2,6	- 19,4	- 25,7
	%	- 0,5	- 0,5	+ 0,9	- 5,9	- 1,3	+ 1,1	- 7,0	- 8,1
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 1,9	- 17,9	+ 6,9	+ 4,4	- 7,2	+ 9,3	+ 13,4
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 1,9	- 19,1	+ 14,8	- 0,5	- 9,5	+ 18,7	+ 14,7
<b>Vermögenstransfers aus der übrigen Welt (Saldo)</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	- 4,4	- 1,8	- 1,8	- 2,5	- 3,7	- 3,2	+ 0,2	+ 1,3
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	- 6,1	- 3,2	- 3,3	- 2,6	- 5,4	- 1,8	- 1,2	- 0,9
Differenz	Mrd. DM	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,5	+ 0,1	+ 1,7	- 1,4	+ 1,4	+ 2,2
<b>Finanzierungssaldo</b>									
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd. DM	- 33,7	- 24,0	- 18,8	- 43,1	- 29,9	- 13,6	+ 0,3	- 4,3
Bisheriges Ergebnis	Mrd. DM	- 39,5	- 37,5	- 38,3	- 50,2	- 49,3	- 36,2	- 22,5	- 25,6
Differenz	Mrd. DM	+ 5,8	+ 13,5	+ 19,5	+ 7,1	+ 19,4	+ 22,6	+ 22,8	+ 21,3

Das gesamtwirtschaftliche Sparen war 1995 nach neuem ESVG um rund 3,3 Mrd. DM niedriger als vor der Revision, weil der Konsum mit 35 Mrd. DM stärker zugelegt hat als das verfügbare Einkommen. Wie in Abschnitt 3.1 erläutert, mußte der Konsum vor allem aufgrund datenbedingter Änderungen angehoben werden. Der 1995 gegenüber dem Ausland um gut 19 Mrd. DM niedrigere Finanzierungssaldo der deutschen Volkswirtschaft ist Ergebnis der bereits beschriebenen positiven Entwicklung des Saldos der Erwerbs- und Vermögenseinkommen aus der übrigen Welt. Der sich ebenfalls auf den Finanzierungssaldo auswirkende Saldo der Vermögensübertragungen aus der übrigen Welt war aufgrund von Umsetzungen zwischen laufenden Übertragungen und Vermögensübertragungen nach Revision 1995 um knapp 1,7 Mrd. DM niedriger als vorher.

## 5 Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo des Staates

Das ESVG 1995 sieht keine Definition für die Begriffe Einnahmen und Ausgaben des Staates vor. Um jedoch international vergleichbare Ergebnisse bereitstellen sowie weiterhin eine Staatsquote (Ausgaben in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) ermitteln zu können, hat Eurostat in Zusammenarbeit mit den nationalen statistischen Ämtern und der Europäischen Zentralbank eine Definition für die beiden Begriffe auf der Basis des ESVG 1995 erarbeitet. Die neuen Begriffsinhalte unterscheiden sich von den vor Revision in den deutschen Veröffentlichungen verwendeten durch eine Aufspaltung des bisherigen Ausgabenblocks „Staatsverbrauch“. Als Einnahmen werden Verkäufe aus Marktproduktion und aus sonstiger Nichtmarktproduktion einschließlich der Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung sowie vom Staat empfangene sonstige Subventionen, als Ausgaben Arbeitnehmerentgelte, Vor-

leistungen und vom Staat geleistete sonstige Produktionssteuern nachgewiesen. Der bisherige Staatsverbrauch als Ausgabe sowie die Abschreibungen auf der Einnahmenseite als Korrekturposten zum Staatsverbrauch entfallen damit. Die vorstehende Übersicht zeigt die Unterschiede zwischen den neuen und alten Begriffen.

Die Abweichungen in der Höhe der Einnahmen und Ausgaben vor und nach Revision sind neben den definitorischen Änderungen der beiden Begriffe vor allem zurückzuführen auf Änderungen

- in der Abgrenzung des Sektors Staat,
- in der Phasenverschiebung bei Steuern und Zinsen,
- in der Buchung der Eigenmittel der Europäischen Union (EU) und den Direktzahlungen der EU,
- durch Umsetzung bestimmter Tatbestände zu anderen Transaktionen.

Weitere Abweichungen ergeben sich bei der Aufteilung der Einnahmen und Ausgaben auf die leistenden oder empfangenden Sektoren wegen der Änderung der Sektoren, insbesondere der Aufspaltung des bisherigen Unternehmenssektors auf die Sektoren Kapitalgesellschaften und private Haushalte.

Dabei sind die Änderungen (siehe Tabelle 15) gegenüber dem bisherigen nationalen Nachweis teilweise auf methodische Änderungen des ESVG, teilweise aber auch darauf zurückzuführen, daß in den bisherigen deutschen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (nationales Konzept) nicht alle Regeln des ESVG, 2. Auflage angewendet wurden. Im Zusammenhang mit dem Beitritt zur dritten Stufe der Währungsunion und den laufenden Meldungen zum Defizitkriterium (europäisches Konzept) wurden bzw. werden jedoch die Abweichungen gegenüber den Konzepten zum ESVG, 2. Auflage, soweit sie den Finanzierungssaldo des Staates betreffen, bei der Berechnung der Defizitquote (Finanzierungsdefizit des Staates in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) berücksichtigt.

Aus dem Sektor Staat wurden gegenüber der bisherigen Darstellung die kaufmännisch buchenden öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken sowie die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst ausgegliedert. Die Krankenhäuser stellen nach den Konzepten sowohl des ESVG, 2. Auflage als auch des ESVG 1995 öffentliche Quasi-Kapitalgesellschaften, soweit sie rechtlich unselbständig sind, bzw. rechtlich selbständige Kapitalgesellschaften dar. Die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst war nach dem bisherigen ESVG Teil der Sozialversicherung, nach der neuen Klassifikation des ESVG 1995 ist sie den Versicherungen zuzurechnen. Zum Sektor Staat hinzu kamen die bisher im Sektor Unternehmen enthaltenen rechtlich unselbständigen Wirtschaftsunternehmen („Bruttobetriebe“) sowie das allgemeine Grundvermögen des Staates, die mit Einnahmen und Ausgaben brutto in den öffentlichen Haushalten nachgewiesen werden. Die Bruttobetriebe und das allgemeine Grundvermögen sind nach den ESVG-Regeln mangels eigenem vollständigen Rechnungswesen und Entscheidungsautonomie keine institutionellen Einheiten und somit der übergeordneten institutionellen Ein-

Einnahmen und Ausgaben des Staates 1995

Bisheriges Konzept	Mrd. DM	Neues Konzept	Mrd. DM
		Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung)	85,4
		+ Empfangene sonstige Subventionen	3,0
Empfangene Vermögenseinkommen		+ Empfangene Vermögenseinkommen	34,7
+ Empfangene Übertragungen	1 569,3		
Steuern	838,8	+ Steuern	795,9
Sozialbeiträge	672,7	+ Sozialbeiträge	662,3
Sonstige laufende Übertragungen	39,9	+ Sonstige laufende Transfers	29,6
Vermögensübertragungen	17,9	+ Vermögenstransfers	19,2
+ Abschreibungen	25,6		
= Einnahmen	1 636,8	= Einnahmen	1 630,0
		Vorleistungen	408,9
		+ Arbeitnehmerentgelt	315,5
		+ Geleistete sonstige Produktionsabgaben	0,1
Geleistete Vermögenseinkommen		+ Geleistete Vermögenseinkommen	129,3
+ Geleistete Übertragungen	1 084,5		
Subventionen	71,5	+ Subventionen	75,2
Soziale Leistungen	649,9	+ Monetäre Sozialleistungen	635,9
Sonstige laufende Übertragungen	79,9	+ Sonstige laufende Transfers	43,1
Vermögensübertragungen	283,2	+ Vermögenstransfers	289,2
+ Staatsverbrauch	686,6		
+ Bruttoinvestitionen	82,5	+ Bruttoinvestitionen	81,3
		+ Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	- 3,0
= Ausgaben	1 984,7	= Ausgaben	1 975,5

Tabelle 15 Einnahmen und Ausgaben sowie Finanzierungssaldo des Staates

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
<b>Einnahmen</b>								
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	1 299,1	1 439,4	1 491,5	1 579,7	1 630,0	1 681,8	1 708,1
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	1 300,4	1 438,0	1 488,2	1 580,8	1 636,8	1 646,8	1 674,7
Differenz	Mrd DM	- 1,3	+ 1,4	+ 3,2	- 1,1	- 6,8	+ 35,0	+ 33,4
	%	- 0,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,1	- 0,4	+ 2,1	+ 2,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr								
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	y	+ 10,8	+ 3,6	+ 5,9	+ 3,2	+ 3,2	+ 1,6
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 10,6	+ 3,5	+ 6,2	+ 3,5	+ 0,6	+ 1,7
<b>Ausgaben</b>								
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	1 384,6	1 518,0	1 594,9	1 663,2	1 975,5	1 805,0	1 804,6
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	1 395,0	1 525,2	1 600,0	1 668,0	1 984,7	1 771,6	1 776,2
Differenz	Mrd DM	- 10,4	- 7,2	- 5,1	- 4,8	- 9,1	+ 33,5	+ 28,4
	%	- 0,7	- 0,5	- 0,3	- 0,3	- 0,5	+ 1,9	+ 1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr								
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	x	+ 9,6	+ 5,1	+ 4,3	+ 19,8	- 8,6	+ 0,0
Bisheriges Ergebnis	%	x	+ 9,3	+ 4,9	+ 4,2	+ 19,0	- 10,7	+ 0,3
<b>Finanzierungssaldo</b>								
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	Mrd DM	- 85,6	- 78,6	- 103,4	- 83,5	- 345,5	- 123,3	- 96,5
Bisheriges Ergebnis	Mrd DM	- 94,7	- 87,2	- 111,8	- 87,3	- 347,9	- 124,8	- 101,5
Differenz	Mrd DM	+ 9,1	+ 8,7	+ 8,4	+ 3,7	+ 2,4	+ 1,5	+ 5,0
	%	- 9,6	- 9,9	- 7,5	- 4,3	- 0,7	- 1,2	- 4,9
nachrichtlich: bisheriges Ergebnis in der Abgrenzung für die Defizitüberwachung der Europäischen Union <sup>1)</sup>	Mrd DM	- 89,0	- 80,7	- 101,1	- 79,5	- 112,5	- 119,1	- 96,2
<b>Defizitquote<sup>2)</sup></b>								
Neues Ergebnis (ESVG 1995) <sup>1)</sup>	%	- 2,9	- 2,5	- 3,2	- 2,5	- 3,2	- 3,4	- 2,6
Bisheriges Ergebnis (deutsche Abgrenzung) <sup>1)</sup>	%	- 3,3	- 2,8	- 3,5	- 2,6	- 3,5	- 3,5	- 2,8
Bisheriges Ergebnis (Abgrenzung der Europäischen Union) <sup>1)</sup>	%	- 3,1	- 2,6	- 3,2	- 2,4	- 3,3	- 3,4	- 2,7
<b>Staatsquote<sup>3)</sup></b>								
Neues Ergebnis (ESVG 1995)	%	47,1	48,1	49,3	49,0	56,1	50,3	49,1
Bisheriges Ergebnis	%	48,9	49,5	50,6	50,1	57,6	50,3	49,0
Differenz	%	- 1,8	- 1,4	- 1,3	- 1,1	- 1,5	± 0,0	+ 0,1

<sup>1)</sup> 1995 ohne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Deutschen Treuhandanstalt und der Schulden der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR –  
<sup>2)</sup> Finanzierungssaldo in % des Bruttoinlandsprodukts – <sup>3)</sup> Ausgaben in % des Bruttoinlandsprodukts

heit (Gebietskörperschaft, Sozialversicherungsträger) zuzuordnen.

Innerhalb der empfangenen und geleisteten Vermögenseinkommen erfolgt die Buchung der empfangenen und geleisteten Zinsen nach dem ESVG 1995 nach dem Grundsatz der periodengerechten Zuordnung entsprechend ihrem Auflaufen, das heißt bei der Buchung der Zinsen wird davon ausgegangen, daß Zinsen auf den ausstehenden Kapitalbetrag dem Gläubiger kontinuierlich bis zum jeweiligen Fälligkeitstermin als Einnahmen zufließen (Ziffer 4 50 ESVG 1995). In gleicher Höhe entsteht kontinuierlich eine Forderung bzw. Verbindlichkeit, die mit der tatsächlichen Zahlung der Zinsen bei Fälligkeit erlischt. Demgegenüber wurden nach den bisherigen Regeln die Zinsen bei Fälligkeit in vollem Umfang in einer Summe gebucht. Die Phasenverschiebung der Zinseinnahmen und -ausgaben hat auch zur Folge, daß in Fällen der Schuldenübernahme die von dem übernehmenden Sektor bei Fälligkeit zu zahlenden Zinsen zeitanteilig dem abgebenden Sektor anzulasten sind und die bis zur Schuldenübernahme aufgelaufenen Zinsverbindlichkeiten den zu buchenden Vermögenstransfer erhöhen. Der vom Bund (Erblassentilgungsfonds) geleistete Vermögenstransfer bei der Übernahme der Schulden der Deutschen Treuhandanstalt im Jahr 1995 erhöht sich dadurch von 204,6 auf 210,4 Mrd DM, der bei der Übernahme der Schulden der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR von 28,5 auf 29,1 Mrd DM. Neben der Phasenverschiebung wurde bei den Zinsen auch das Disagio bei Wertpapieren als Zinsausgabe berücksichtigt, in den früheren Nachweisungen dagegen nicht.

Konzessionsabgaben wurden bisher als empfangene Vermögenseinkommen gebucht. Nach den Regeln des ESVG 1995 sind diese Abgaben (mit Ausnahme der als Pachten zu behandelnden bergrechtlichen Feldes- und Förderabgaben an die Länder) als Verkäufe des Staates nachzuweisen. Bei den empfangenen Vermögenseinkommen schlägt ferner zu Buche, daß fiktive Gewinnausschüttungen als Saldo aus laufenden Einnahmen und laufenden Ausgaben der Bruttobetriebe und des allgemeinen Grundvermögens nicht mehr anfallen, da diese Einheiten jetzt in den Staatssektor einbezogen sind.

Steuern müssen nach dem ESVG 1995 in Höhe der durch Steuerbescheid usw. festgesetzten Beträge als Einnahme zu dem Zeitpunkt gebucht werden, zu dem die Tätigkeiten, Transaktionen oder sonstigen Ereignisse stattfinden, durch die die Steuerverbindlichkeiten entstehen. Steuern, die nicht gezahlt werden und die im gegenseitigen Einvernehmen aufgehoben werden, sind durch einen Vermögenstransfer auszubuchen und haben damit keinen Einfluß auf den Finanzierungssaldo des Staates. Steuern dagegen, die einseitig abgeschrieben werden (z. B. im Fall eines Konkurses), bleiben als Einnahmen saldenwirksam; sie werden im Kontensystem als sonstige Vermögensänderung nachgewiesen. Derzeit ist eine Kommissionsentscheidung in Vorbereitung, diese Regel mit Blick auf den Stabilitätspakt (Verfahren zur Feststellung eines übermäßigen öffentlichen Defizits) sowie mit Blick auf statistische Schwierigkeiten in den meisten Mitgliedstaaten abzuändern. Es wird den Mitgliedstaaten danach freigestellt, entweder die festgesetzte Steuer (soweit ermittelbar) oder das phasenverschobene Kassenaufkommen zu

buchen. Im ersten Fall sollen Steuerausfälle mittelfristig vollständig durch Vermögenstransfers ausgeglichen werden. Im zweiten Fall erübrigt sich ein Ausgleich durch Vermögenstransfers. Im Vorgriff auf die Kommissionsentscheidung wird in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen als Steuereinnahme das phasenverschobene Kassenaufkommen nachgewiesen. Die Phasenverschiebung richtet sich dabei nach den in den jeweiligen Steuergesetzen vorgesehenen Terminen, bis zu denen die Steuerpflichtigen die Steuern an den Staat abliefern müssen.

Nach beiden ESVG-Varianten sind die an die Europäische Union (EU) abzuführenden Steuern (EU-Eigenmittel) als Direktzahlungen zwischen den Sektoren Kapitalgesellschaften und private Haushalte (früher zwischen dem Unternehmenssektor) und der übrigen Welt zu buchen. In den bisher veröffentlichten deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden diese Direktzahlungen über den Sektor Staat geleitet.

Bei den Steuern hat sich ferner die Zuordnung von Verwaltungsgebühren aufgrund der neuen Regeln des ESVG 1995 geändert. Verwaltungsgebühren sind in höherem Maße als bisher als Verkäufe von Dienstleistungen der Verwaltung anzusehen. Dadurch vermindern sich die von Unternehmen gezahlten Verwaltungsgebühren, die bisher als indirekte Steuern gebucht worden waren. Hinzu kommen Verwaltungsgebühren, die von privaten Haushalten entrichtet werden, soweit es sich aus der Sicht des Staates nicht um Verkäufe von Dienstleistungen handelt. Diese Gebühren waren früher als sonstige laufende Übertragungen der privaten Haushalte an den Staat nachgewiesen worden und sind nach dem neuen ESVG als Einkommen- und Vermögensteuern zu behandeln. Ferner wurde in den Jahren ab 1996 die Verbuchung des steuerlichen Kindergeldes geändert. Das steuerliche Kindergeld wird nicht mehr als Abzug bei den Einkommensteuern, sondern in vollem Umfang als monetäre Sozialleistung an private Haushalte dargestellt.

des Staates an den Unternehmenssektor nachgewiesen. Sie schlossen die Zahlungen der EU mit ein, die als sonstige laufende Übertragungen von der übrigen Welt an den Staat und dann als Subventionen an den Unternehmenssektor weitergeleitet wurden. Nach den neuen Regeln werden die EU-Mittel als Direktzahlung von der übrigen Welt an die Sektoren Kapitalgesellschaften und Private Haushalte gebucht. Andererseits werden Zuschüsse an den Staat und an private Organisationen ohne Erwerbszweck, soweit diese Nichtmarktproduzenten sind, nun als sonstige Subventionen behandelt, während sie bisher als sonstige laufende Übertragungen dargestellt wurden. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit im Zusammenhang mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Ferner werden Zahlungsströme an die in den Sektor Kapitalgesellschaften umgesetzten Krankenhäuser und Hochschulkliniken als Subventionen gezeigt, die nach dem bisherigen Konzept als Zahlungsströme innerhalb des Staatssektors konsolidiert wurden. Die Zu- und Absetzungen bei den Subventionen heben sich weitgehend auf, so daß die Abweichungen insgesamt gering sind.

Bei den monetären Sozialleistungen ergeben sich Änderungen aus der Umsetzung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zu den Versicherungen. Ferner wird das steuerliche Kindergeld, das seit 1996 gewährt wird, nicht mehr wie bisher als Steuerabzug bei den Einkommensteuern gebucht, sondern in vollem Umfang als monetäre Sozialleistung.

Änderungen bei den sonstigen laufenden Transfers ergeben sich vor allem aus der geänderten Buchung der EU-Eigenmittel und der EU-Subventionen, die nach dem alten Konzept über den Staat via sonstige laufende Übertragungen geleitet wurden, sowie – wie bereits erwähnt – aus Änderungen bei der Aufteilung der Verwaltungsgebühren auf Steuern und Verkäufe.

Die empfangenen Vermögenstransfers weichen nur geringfügig von den bisher nachgewiesenen Vermögensübertragungen ab. Größere Abweichungen gibt es bei den geleisteten Vermögenstransfers, vor allem im Jahr 1995 im Zusammenhang mit den Schuldenübernahmen durch die Verbuchung der Zinsen (siehe Erläuterungen zur Phasenverschiebung der Zinsen).

Im Zusammenhang mit den Konsumausgaben wurde bereits in Abschnitt 3.2 auf Arbeitnehmerentgelte, Vorleistungen und Verkäufe aus sonstiger Nichtmarktproduktion eingegangen. Neu im Sektor Staat ist der Nachweis von Verkäufen aus Marktproduktion als Einnahme sowie entsprechenden Ausgaben für Arbeitnehmerentgelte und Vorleistungen im Bereich Marktproduktion. Einheiten des Staates, die das 50%-Kriterium erfüllen, das heißt bei denen die Einnahmen aus Verkäufen ihrer Produktion mehr als die Hälfte der Produktionskosten abdecken, die aber kein vollständiges Rechnungswesen haben, sind nach dem ESVG 1995 innerhalb der übergeordneten institutionellen Einheit, das heißt der Gebietskörperschaften, als fachliche örtliche Einheiten darzustellen. Es handelt sich um Einheiten in den Wirtschaftsbereichen Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung, Hilfs-

Steuereinnahmen<sup>1)</sup> des Staates vor und nach Revision

Jahr	Mrd. DM					
	Bisheriges Ergebnis	EU-Eigenmittel	Phasenverschiebung	Gebühren	Sozialleistungen	Neues Ergebnis
1991	689,2	-29,1	4,0	-4,9		659,2
1992	754,7	-31,1	0,9	-5,6		719,0
1993	772,9	-28,9	0,4	-6,4		738,0
1994	811,5	-31,3	-0,1	-7,0		773,1
1995	838,8	-33,0	-1,9	-8,0		795,9
1996	819,2	-29,3	-0,2	-8,0	38,4	820,1
1997	822,4	-28,2	-0,9	-8,1	42,4	827,6

<sup>1)</sup> Ohne vermögenswirksame Steuern, die in den Vermögenstransfers enthalten sind.

Die Einnahmen des Staates aus tatsächlichen Sozialbeiträgen verändern sich gegenüber den bisherigen Nachweisungen im wesentlichen nur wegen der Umsetzung der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst zum Versicherungssektor. Die unterstellten Sozialbeiträge weichen nur unwesentlich von den bisherigen Nachweisungen ab.

Als Subventionen wurden in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bisher nur Zahlungen



und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie Erbringen von Entsorgungsleistungen (Wasserentsorgung, Müllabfuhr)

Deutliche Änderungen ergeben sich bei den Bruttoinvestitionen gegenüber dem bisherigen nationalen Konzept. Als eigenständige Ausgabeart wird nunmehr der Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern dargestellt. Dabei handelt es sich beim Staat um den Saldo aus dem Kauf und dem Verkauf von unbebauten Grundstücken. Wesentliche Abweichungen gegenüber den bisherigen Nachweisungen – neben der neuen Sektorabgrenzung – ergeben sich vor allem aus der Buchung langlebiger, auch zivil nutzbarer Verteidigungsgüter als Investitionen. Diese Güter waren bisher vollständig als Vorleistungskäufe des Staates behandelt worden. Vorleistungskäufe bleiben im militärischen Bereich Verbrauchsgüter sowie weiterhin der Kauf von Waffen und Waffensystemen. Des Weiteren zählen nach neuem Konzept selbstgestellte Software sowie gekaufte Software (bisher Vorleistungen) zu den Investitionen. Ferner ergeben sich Änderungen aus der Anpassung an die unterschiedliche wertmäßige Abgrenzung zwischen Investitionen und Vorleistungen nach ESVG, 2. Auflage und ESVG 1995.

Bruttoinvestitionen des Staates vor und nach Revision  
Mrd DM

Jahr	Bisheriges Ergebnis	Anderung	Darunter Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	Neues Ergebnis
1991	75,0	+ 5,5	+ 1,7	80,5
1992	87,2	+ 4,8	+ 2,0	92,0
1993	86,8	+ 4,1	+ 2,7	90,9
1994	86,4	+ 3,9	+ 3,1	90,3
1995	82,5	- 1,2	+ 3,0	81,3
1996	76,8	+ 1,3	+ 3,4	78,1
1997	69,5	- 2,3	+ 2,7	67,2

Als Saldo aus den Einnahmen und Ausgaben errechnet sich der Finanzierungssaldo des Staates. Wie aus Tabelle 15 hervorgeht, fallen die Defizite in den Jahren 1991 bis 1998 gegenüber bisherigen Nachweisungen geringer aus. Im wesentlichen sind die Änderungen auf den Sektorwechsel der öffentlichen Krankenhäuser und Hochschulkliniken sowie der Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst, auf die veränderte Buchung der EU-Subventionen sowie auf die Phasenverschiebungseffekte bei den Zinsen und den Steuern zurückzuführen. Dabei verbessert sich die Defizitquote (Finanzierungsdefizit in Prozent des Bruttoinlandsprodukts) gegenüber dem bisherigen nationalen Konzept deutlich. Gegenüber den der Europäischen Kommission für Zwecke des Verfahrens bei einem übermäßigen öffentlichen Defizit gemeldeten Werten (europäisches Konzept) weichen die neuen Defizitquoten in den Jahren 1991 bis 1997 nur geringfügig ab, da die Änderungen aus der Anpassung vom nationalen Konzept zum Konzept nach dem ESVG, 2. Auflage bei den Quoten nach dem europäischen Konzept schon eingerechnet sind.

*Dr. Hartmut Essig/  
Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann,  
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter*

# ArmutsmäÙe für die Bundesrepublik Deutschland

## Berechnungen mit Daten des Europäischen Haushaltspanels

### 1 Einleitung

„Die Bekämpfung der Armut ist ein Schwerpunkt der Politik der neuen Bundesregierung. Besonders die Armut von Kindern muß reduziert werden. Die neue Bundesregierung wird regelmäßig einen Armuts- und Reichtumsbericht erstatten.“ Dieses Zitat aus der Koalitionsvereinbarung der seit Oktober 1998 amtierenden Bundesregierung zeigt, daß die Politik bei der Bekämpfung von sozialen und existentiellen Notlagen einen Handlungsbedarf sieht. Um diesen Handlungsbedarf in konkrete politische Maßnahmen umzusetzen, ist eine unparteiische Darstellung dieses polarisierenden Themas notwendig. Für die Bundesrepublik Deutschland existiert eine ganze Reihe von Studien über das Ausmaß der Armut und über die Grenzen, ab denen Armut beginnt. Diese Studien kommen jedoch zu zum Teil sehr unterschiedlichen Ergebnissen und werden daher in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert, ohne daß in jedem Fall auf die verwendeten Methoden zur Berechnung der Armut näher eingegangen wird. Andererseits werden Ergebnisse abgelehnt, weil die verwendete Methode zur Messung von Armut nicht geeignet sei.

Ein Grund für die divergierenden Ergebnisse und deren Interpretation sind die verschiedenen Konzepte, die der Bestimmung der Maße zugrunde liegen. Armut kann auf sehr unterschiedliche Weise definiert werden, und hierbei spielen regelmäßig Werturteile, beispielsweise über eine als notwendig angesehene Güterausstattung oder über eine relative Position in der Einkommensverteilung, eine Rolle. Die meisten Definitionen versuchen dabei, in der einen oder anderen Weise die konkrete Lebenssituation der Menschen zu berücksichtigen. Da die Werturteile und die methodischen Konzepte, die in der Berechnung von Armutsmaßen enthalten sind, in der öffentlichen Diskussion häufig nicht genannt werden, ist es schwierig, Verfahren zu finden, die von allen Seiten akzeptiert werden.<sup>1)</sup>

Der folgende Aufsatz leistet einen Beitrag zu der Methodendiskussion, die geführt werden muß, wenn man das Ziel einer objektiven Berichterstattung anstrebt, die von allen gesellschaftlichen Gruppen akzeptiert werden kann. Zunächst werden drei Konzepte der Armutsmessung und deren empirischer Bestimmung, die sehr unterschiedliche

Intentionen enthalten, inhaltlich beschrieben.<sup>2)</sup> Danach werden Möglichkeiten zur Berechnung von Armutsgrenzen und des Ausmaßes von Armut dargestellt, die sich an die vorher eingeführten Konzepte anlehnen. Anschließend werden diese Maße mit Hilfe von Daten der ersten beiden Wellen des Europäischen Haushaltspanels (ECHP) berechnet und miteinander verglichen. Diese Datenbasis wurde gewählt, da sie speziell dazu aufgebaut wurde, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der europäischen Bevölkerung zu beobachten. Auf europäischer Ebene wird das Panel als einzige EU-weit vergleichbare multi-thematische Datenquelle für die europäische Sozialberichterstattung und hier insbesondere für die Analyse von Armut und sozialer Ausgrenzung verwendet.

### 2 Der Begriff der Armut

Der Begriff der Armut wird in den unterschiedlichsten Zusammenhängen benutzt, ohne daß dabei die Bedeutung des Begriffs näher beschrieben wird. Deshalb führen Diskussionen über dieses Thema häufig besonders dann zu starken Kontroversen, wenn die Beteiligten implizit unterschiedliche Definitionen von Armut verwenden. Für eine zielführende Diskussion ist es jedoch notwendig, daß die verwendeten Bezeichnungen eindeutig sind. Im folgenden werden drei Armutsbegriffe unterschieden, die sich auf physiologische, soziale oder politische Sachverhalte stützen. Außerdem wird Armut von Ungleichheiten in der Verteilung der Einkommen abgegrenzt.

Der Armutsbegriff und der gesellschaftliche Umgang mit Armut hat sich historisch entwickelt und mit der Zeit mehrfach gewandelt.<sup>3)</sup> Der ursprüngliche Ansatz zur Bestimmung von Armut ist die Gefährdung der physischen Existenz der betroffenen Personengruppen. Diese Form der Armut wird daher auch Existenznot genannt. Sie liegt vor, wenn die Ausstattung des betrachteten Individuums mit Gütern nicht ausreicht, um dessen Weiterleben zu gewährleisten. Zu diesen notwendigen Gütern gehören vor allem Lebensmittel, Kleidung und Wohnraum. Eindeutige und objektive Grenzen der Armut lassen sich jedoch daraus nicht ableiten, da individuell und klimabedingt große Unterschiede in der benötigten Güterausstattung existieren. So wird zum Beispiel bei körperlich schwerer Arbeit eine erhöhte Nahrungsmittelzufuhr notwendig, und in Ländern mit stärkeren Klimaschwankungen hat die Ausstattung mit Kleidung und Wohnraum eine größere Bedeutung als in Staaten mit milderem Klima. Selbst wenn nur physikalische Einheiten wie Kalorienbedarf als Grundlage einer solchen Definition verwendet werden, kommt die Armutsgrenze trotzdem durch Werturteile zustande. Es ist zum Beispiel zu entscheiden, ob lediglich der kurzfristige Nahrungsmittelbedarf gedeckt oder ein langfristiges Wohlergehen durch etwa die Zufuhr von Vitaminen oder anderen wichtigen Inhaltsstoffen garantiert werden soll.<sup>4)</sup>

Während im 19. Jahrhundert die Begriffe Existenznot und Armut noch synonym verwendet wurden, ist in den moder-

<sup>1)</sup> Siehe Kramer, W. „Statistische Probleme bei der Armutsmessung“, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Gesundheit, Band 94, Baden-Baden, 1997, S. 2 ff.; Jacobs, H. „Armut“ in Soziale Welt, Jg. 46, 1995, S. 403 ff.

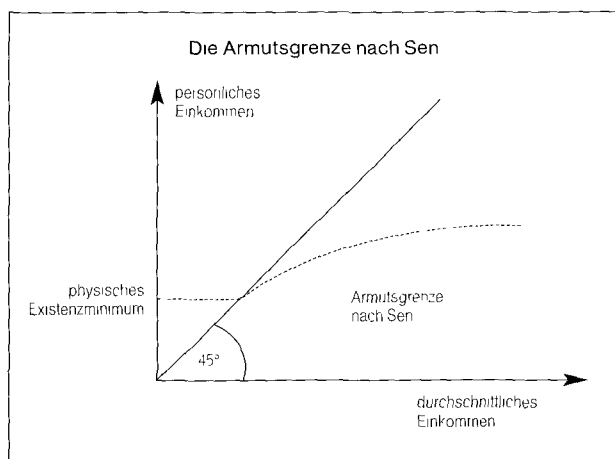
<sup>2)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O.; Jacobs, H., a. a. O.

<sup>3)</sup> Siehe Dietz, B. „Soziologie der Armut“ Frankfurt, New York 1997, S. 25 ff.

<sup>4)</sup> Siehe Scheurle, U. „Statistische Erfassung von Armut“, Göttingen 1991, S. 4 ff.

nen Industriestaaten mit einer sozialen Mindestsicherung die physische Existenz der Gesellschaftsmitglieder in der Regel nicht unmittelbar bedroht. Armut definiert sich eher über die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben oder nicht. Diese Form der Armut wird deshalb auch als Sozialnot bezeichnet. Um nicht vom sozialen Leben ausgeschlossen zu werden, benötigt ein Individuum ein Mindestpotential an Gütern. Es könnte zum Beispiel als notwendig erachtet werden, ein Fernsehgerät zu besitzen, damit dem Individuum ein ausreichendes Maß an Informationen zur Verfügung steht. Das benötigte Güterbündel kann durch das subjektive Empfinden der einzelnen Person und durch exogen determinierte gesellschaftliche Normen dargestellt werden. Die unterste Grenze ist durch die Schwelle zur Existenznot gegeben. Nach oben hin sind jedoch starke Abweichungen von diesem Punkt möglich. Je nachdem, welches Niveau des Lebensstandards in einer Gesellschaft besteht, kann es erforderlich sein, mehr oder weniger Güter zu besitzen, um an den sozialen Aktivitäten teilzuhaben. Ein Beispiel hierfür ist das Telefon, das heute zu einer sozial notwendigen Ausstattung gerechnet werden kann, während es vor 40 Jahren für das soziale Leben weniger bedeutend war. Eine soziale Armutsgrenze ist daher zeitlich und örtlich variabel, stellt jedoch kurzfristig für eine Gesellschaft eine Größe dar, die man empirisch bestimmen kann<sup>5)</sup>.

Folgt man einer Studie des Nobelpreisträgers A. Sen, kann man Existenznot und Sozialnot als Funktion in Abhängigkeit vom Durchschnittseinkommen zusammenfassen<sup>6)</sup>. Solange das mittlere Einkommen in einer Gesellschaft unter dem physischen Existenzminimum liegt, bestimmt die Selbsterhaltung die Armutsgrenze. Danach steigt sie mit dem durchschnittlichen Einkommen, jedoch ist die Steigerung geringer als die des Einkommens und nimmt kontinuierlich ab (siehe das Schaubild<sup>7)</sup>).



Neben einer physiologischen und einer sozialen Definition von Armut kann zusätzlich eine politische aufgestellt werden. Dabei handelt es sich ebenfalls um die Bestimmung

einer Untergrenze für die Existenz der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, die jedoch formal unabhängig von den sozialen oder physischen Armutsgrenzen festgelegt wird, und daher nicht mit der Grenze aus dem Schaubild übereinstimmen muß. Vielmehr ist eine politische Armutsgrenze der Ausdruck gesellschaftlicher Normen und Einstellungen<sup>8)</sup>. Arm waren nach einer solchen Definition in Deutschland alle, die einen Anspruch auf Sozialhilfe besitzen, ohne diesen wahrzunehmen, da Sozialhilfe dem Empfänger ein menschenwürdiges Leben ermöglichen soll<sup>9)</sup>. Es ist allerdings zu beachten, daß sich bei einer Änderung der Sozialhilfegrenzen nicht unbedingt die Anzahl der Armen verändert hat, sondern darin lediglich eine Veränderung der gesellschaftlichen Einstellung zur Armut zum Ausdruck kommt. Insofern können Vergleiche zwischen zwei Situationen nur bei identischen Sozialhilferegeln durchgeführt werden<sup>10)</sup>.

Die Unterscheidung zwischen Einkommensungleichheit und Armut ist ein weiterer wichtiger Punkt der Analyse. Eine ungleiche Einkommensverteilung wird bei einer Reihe von Armutmaßen als Grundlage der Berechnung verwendet, zum Beispiel bei der Festlegung der Armutsgrenze als prozentualer Anteil vom mittleren Einkommen. Da derartige Grenzen jedoch nicht unmittelbar aus der Befriedigung von Grundbedürfnissen abgeleitet werden, handelt es sich bei diesen Maßen tatsächlich um Ungleichheits- und nicht um Armutmaße. Haushalte, die mit einem Einkommen unterhalb einer relativen Armutsgrenze leben, leiden nicht notwendig an Entbehrungen, über sie kann lediglich gesagt werden, daß sie schlechter gestellt sind als die übrigen. Bei der Interpretation relativer Armutmaße muß dies immer beachtet werden. Hinter der Vorstellung von relativer Armut steht das Konzept des abnehmenden Grenznutzens von Einkommen. Folgt man diesen Überlegungen, kann der Gesamtnutzen der Gesellschaft durch Verminderung der Ungleichverteilung erhöht werden. Der Unterschied zum Armutsbegriff wird jedoch deutlich, wenn man sich Situationen vorstellt, bei denen eine Gleichverteilung der Einkommen vorliegt, aber alle Gesellschaftsmitglieder in ihrer physischen Existenz gefährdet sind, zum Beispiel durch Hungersnöte. Andererseits können sehr extreme Einkommensverteilungen vorliegen, bei der aber kein Individuum von der Teilnahme am gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen wird. Dann liegt keine Sozialnot vor. Aus diesem Grund ist eine genaue Unterscheidung zwischen Einkommensungleichheit und Armut notwendig.<sup>11)</sup>

### 3 Möglichkeiten der Armutsmessung

Da sich die Definitionen der Armutsgrenzen auf Werturteile stützen, existiert eine Vielzahl unterschiedlicher Vorgehensweisen zur Berechnung des Ausmaßes an Armut. Die nachfolgende Aufstellung soll daher nicht alle tatsächlich vorhandenen Maße umfassen. Die Auswahl wurde vor allem anhand von zwei Kriterien getroffen. Erstens werden

<sup>5)</sup> Siehe Seidl, C. "Poverty Measurements: A Survey" in Bos, D./Rose, M./Seidl, C. (Hrsg.) "Welfare and Efficiency in Public Economics", Berlin et al. 1988, S. 80, Scheurle, U., a. a. O., S. 7 ff., Kramer, W., a. a. O., S. 5 ff.

<sup>6)</sup> Siehe Sen, A. "Poor, Relatively Speaking" in Oxford Economic Papers, Vol. 35, 1983, S. 153 ff.

<sup>7)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 16.

<sup>8)</sup> Siehe Scheurle, U., a. a. O., S. 7 ff.

<sup>9)</sup> Siehe Bundessozialhilfegesetz, § 1, Absatz 2.

<sup>10)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 24.

<sup>11)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 12.

Verfahren vorgestellt, die man häufig auch in anderen Studien findet, um die Vor- und Nachteile dieser oft verwendeten Methoden herauszustellen, und zweitens müßten die Maße anhand von Daten aus dem Europäischen Haushaltspanel zumindest exemplarisch berechnet werden können. Vorab ist jedoch zunächst zu klären, welche Einheiten für die Analyse zugrunde gelegt werden und durch welche Großen Armut gemessen werden soll.

Üblicherweise betrachtet man bei Armutsanalysen Haushalte. Dahinter steht die Vorstellung, daß die einzelnen Haushaltsmitglieder in einem sozialen und ökonomischen Abhängigkeitsverhältnis zueinander stehen und die Haushaltsführung gemeinsam bestreiten. Diese Annahme orientiert sich am klassischen Bild einer Familie und bildet die Realität wohl in den meisten Fällen korrekt ab, wird jedoch unter anderem von Sozialwissenschaftlern mit dem Argument kritisiert, daß die intrafamiliäre Ressourcenverteilung von den einzelnen Machtpositionen der Mitglieder abhängt.<sup>12)</sup> Aus amtlichen Statistiken kann man jedoch keine Informationen über die Verteilung von Gütern oder des verfügbaren Einkommens innerhalb eines Haushaltes entnehmen. Dies gilt auch für Haushalte, die nicht aus Familien, sondern zum Beispiel aus Wohngemeinschaften bestehen.<sup>13)</sup> Hier soll jedoch die gemeinsame Nutzung der Ressourcen unterstellt werden.

Soll das Einkommen als wesentlicher Indikator für Armut verwendet werden, ist genau festzulegen, welche Bestandteile zum Haushaltseinkommen gezählt werden und welche nicht. Entschieden werden muß, ob Brutto- oder Nettowerte betrachtet und ob die Sozialversicherungsbeiträge und die staatlichen Transferleistungen zum Einkommen gerechnet werden. Verwendet man für die Analyse die laufenden monetären Zahlungen, dann wird das Einkommen tendenziell untererfaßt, da unentgeltliche Zuwendungen, Sachleistungen, und auch selbst produzierte

nicht wider. Ebensovienig werden Leistungen des Bildungs- und Gesundheitssystems sowie der Verbrauch an öffentlichen Gütern berücksichtigt.<sup>14)</sup>

Einkommen als Armutsindikator hat darüber hinaus den Nachteil, daß es von Jahr zu Jahr sehr starken Schwankungen unterworfen sein kann. Das Konzept des permanenten Einkommens dagegen spiegelt die langfristige wirtschaftliche Situation eines Haushalts sehr viel zuverlässiger wider. Häufig werden die Ausgaben der Haushalte als Indikator für dieses permanente Einkommen herangezogen, da sie in der Regel kurzfristig relativ konstant sind und damit als ein Indikator für die langfristige wirtschaftliche Situation des Haushaltes verwendet werden können. Aber auch dieser Weg ist nicht unproblematisch. So können Ausgaben zum Kauf hochwertiger Gebrauchsgüter zu einer Überschätzung der wirtschaftlichen Situation von Haushalten führen, und andererseits darf ein freiwillig niedriger Verbrauch unterhalb einer Armutsgrenze nicht als Notsituation interpretiert werden, da ein höheres Potential vorhanden ist. Auch ist zu berücksichtigen, daß Haushalte ihre Konsumgewohnheiten tendenziell eher verzögert an die Änderung ihrer langfristigen wirtschaftlichen Situation anpassen und zumindest kurz- bis mittelfristig bestrebt sind, ihre Verbrauchsmuster beizubehalten.<sup>15)</sup>

Beide Größen sind also mit Problemen behaftet, die bei der Interpretation von Analyseergebnissen nicht vernachlässigt werden dürfen. Hinzu kommt, daß es häufig – und so auch beim Europäischen Haushaltspanel – Einschränkungen in der Datenlage gibt. Angaben über Ausgaben oder den Verbrauch der Haushalte liegen aus dieser Erhebung nur für Wohnkosten vor. Von Mieterhaushalten gibt es Angaben zur Miete und von Haushalten, die in Wohneigentum leben, Angaben über die monatlich zu zahlenden Raten für Tilgung und Verzinsung von Wohnungshypotheken. Da die Tilgung allerdings kein Kostenbestandteil ist, sind die Daten von Eigentümerhaushalten für Armutsanalysen, die sich auf Haushaltsausgaben stützen, gänzlich ungeeignet. Auf die Probleme, die mit der Verwendung der Daten von Mieterhaushalten für diese Zwecke verbunden sind, wird im folgenden noch näher eingegangen. Alternativ zu den Ausgaben wird das Haushaltseinkommen entweder in Form einer Angabe über das gesamte aktuelle monatliche Nettoeinkommen oder durch detailliert erfragte Retrospektivangaben über das gesamte Einkommen des vergangenen Jahres bereitgestellt. Bei beiden Einkommensgrößen kann nicht ausgeschlossen werden, daß einzelne Einkommensbestandteile unvollständig oder ungenau angegeben wurden. Aber trotz dieser weiter unten noch eingehender beschriebenen Einschränkungen können mit diesen Angaben die im folgenden beschriebenen Armutsmaße zumindest exemplarisch berechnet werden.<sup>16)</sup>

Tabelle 1 Haushalte, die in nennenswertem Umfang Ausgaben durch Eigenleistung sparen

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte	
	1 000	%
Haushalte, die eine Ersparnis durch selbst produzierte Güter und Leistungen angeben und zwar durch:		
Reparaturen, Instandhaltungen, Baumaßnahmen, Renovierungen	15 204	42,3
Verbrauch von selbst angebauteu Produkten	13 726	38,2
Verbrauch von anderen Gütern aus dem eigenen Betrieb/Unternehmen	4 484	12,5
Alle Haushalte	(470) 35 939	(1,3) 100

Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Welle 1, 1994

Güter und Erzeugnisse nicht beachtet werden. Aus Tabelle 1 ist ersichtlich, daß der zuletzt genannte Einkommensbestandteil für viele Haushalte Relevanz besitzt. Weiterhin spiegeln sich Wohneigentumsbesitz und der Besitz von langlebigen Verbrauchsgütern im laufenden Einkommen

<sup>12)</sup> Siehe Strengmann-Kuhn, W. „Erwerbs- und Arbeitsmarkteteiligung der Armutspopulation in der Bundesrepublik Deutschland“ in Becker, I./Hauser, R. (Hrsg.) „Einkommensverteilung und Armut“, Frankfurt a. M., New York 1997, S. 115

<sup>13)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 30

<sup>14)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 24 f.; Hagenaars, A. J. M./de Vos, K. O./Zaidi, M. A. „Armutstatistik Ende der 80er Jahre – Untersuchung auf Basis von Mikrodaten“, Eurostat, Luxemburg 1995, S. 9

<sup>15)</sup> Siehe Hagenaars, A. J. M./de Vos, K. O./Zaidi, M. A., a. a. O., S. 71

<sup>16)</sup> Neben den hier vorgestellten Armutsmaßen gibt es noch weitere Ansätze zur Bestimmung von Armut, die nicht nur quantitativ berechnet werden, sondern auch qualitative Elemente enthalten. Hierzu gehört u. a. der sogenannte Lebenslagenansatz und die Festlegung von Warenkorb, die eine Mindestausstattung an Gütern enthalten und u. a. bei der Berechnung der Sozialhilfe verwendet werden. Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 15 f.; Andreß, H. J./Lipsmeier, G. „Was gehört zum notwendigen Lebensstandard und wer kann sich ihn leisten?“ in Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 45, Bd. 31-32, 1995, S. 36; Hanesch, W. u. a. „Armut in Deutschland“, Rheinbeck bei Hamburg, 1994, S. 25 f.

### 3.1 Engel-Kurven

Eine der frühesten Darstellungen zur Bestimmung von Armut sind die sogenannten Engel-Kurven<sup>17)</sup> Diese beschreiben den empirischen Zusammenhang zwischen der Höhe des Einkommens eines Haushaltes und seinen Ausgaben für Nahrungsmittel. Dabei wird festgestellt, daß die Einkommenselastizität der Nahrungsmittelnachfrage kleiner als 1 ist. *Armere Haushalte geben also einen größeren Anteil ihres Einkommens für diese Güter aus als reichere Haushalte.* Aufgrund dieses Zusammenhangs kann eine Armutsgrenze durch die Festsetzung eines Grenzwertes für den Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel am Einkommen fixiert werden. Haushalte, für die ein höherer Anteil als der festgesetzte Grenzwert beobachtet wird, gelten dann als arme Haushalte. Die Festlegung des Grenzwertes ist stets willkürlich und beruht auf Erfahrungswerten bzw. Expertenmeinungen.

In der Regel werden Armutslinien aber als monetäre Grenzwerte formuliert. Dadurch wird eine höhere Vergleichbarkeit zwischen verschiedenen Analysemethoden erreicht und die Möglichkeit eröffnet, allein auf Basis der Einkommensangabe zu beurteilen, ob ein Haushalt als arm gelten kann oder nicht. Der Grenzwert des Ausgabenanteils wird deshalb in einen Einkommensgrenzwert umgerechnet. Typischerweise wird dazu der Zusammenhang zwischen Ausgaben und Einkommen unter Berücksichtigung demographischer Haushaltsmerkmale in einem log-linearen Modell mit der Methode der kleinsten Quadrate (KQ) geschätzt:<sup>18)</sup>

$$(1) \quad \ln C = \alpha_1 + \alpha_2 \ln Y + \sum_{i=1}^k \alpha_i D_i$$

Mit  $C$  werden die Ausgaben für lebensnotwendige Güter bezeichnet,  $Y$  beschreibt das Einkommen des betrachteten Haushaltes und  $D_i$  enthält dessen demographische Merkmale, während  $\alpha_1$ ,  $\alpha_2$  und  $\alpha_i$  die zu schätzenden Parameter in diesem linearen Modell sind. Da die demographischen Merkmale in der Gleichung enthalten sind, wird keine Äquivalenzskala benötigt, um die unterschiedliche Zusammensetzung der Haushalte zu berücksichtigen.

Wird der festgesetzte Grenzwert des Ausgabenanteils mit  $\Phi$  bezeichnet, sind jene Haushalte arm, für die gilt:

$$(2) \quad \frac{C}{Y} > \Phi$$

Für das Grenzeinkommen  $Y^*$  gilt:  $\frac{C(Y^*)}{Y^*} \equiv \Phi$  bzw.  $Y^* \equiv \frac{C(Y^*)}{\Phi}$ .<sup>19)</sup> Nach (1) und (2) läßt sich die logarithmierte

Armutsgrenze für unterschiedliche Haushaltstypen berechnen als:<sup>20)</sup>

$$(3) \quad \ln Y^* = \frac{\alpha_1 + \sum_{i=1}^k \alpha_i D_i - \ln \Phi}{1 - \alpha_2}$$

Es ist also möglich, mit Hilfe von Engel-Kurven eine Armutsgrenze aus den Aufwendungen für Lebensmittel zu berechnen. Die den Engel-Kurven zugrunde liegenden Gesetzmäßigkeiten wurden von Schwabe auch für die Wohnungsausgaben festgestellt, sie haben jedoch nicht die gleiche Gültigkeit wie das Engel'sche Gesetz. Als wichtigste Einschränkung gilt, daß nicht nur die Einkommenshöhe, sondern auch die soziale Schicht, der ein Haushalt angehört, den Anteil der Ausgaben am Einkommen für das Gut Wohnen beeinflusst.

Da aus dem Europäischen Haushaltspanel nur die Wohnkosten der Mieterhaushalte zur Verfügung stehen, werden die Engel-Kurven in diesem Aufsatz exemplarisch als Adaption der von Schwabe aufgestellten Gesetzmäßigkeiten berechnet. Wegen der damit verbundenen erheblichen Einschränkungen wird jedoch auf eine explizite Analyse dieser Schätzergebnisse verzichtet.

### 3.2 Relative Armut

Neben diesem ausgabenbezogenen Konzept gibt es eine Reihe weiterer Methoden zur Berechnung von Armut, die sich auf das Einkommen der Haushalte beziehen. Das am häufigsten verwendete Verfahren ist die Darstellung der relativen Armut. Diese ist definiert als relativer Abstand vom mittleren Einkommen der betrachteten Gesellschaft. Meistens gelten diejenigen Haushalte als arm, die als Einkommen weniger als 50% des mittleren Einkommens für den laufenden Lebensunterhalt zur Verfügung haben. Um die Sensibilität des Maßes darzustellen, werden oft auch die 40%- und 60%-Grenzen bestimmt. Zusätzlich wird das untere 20%-Quantil der Einkommensverteilung als Armutsgrenze verwendet.

Entscheidend bei dieser Form der Armutsmessung ist die Berücksichtigung der unterschiedlichen Größe der einzelnen Haushalte. Bestimmte Güter, wie zum Beispiel eine Waschmaschine, sind in der Regel nur einmal in einem Haushalt vorhanden, egal wie groß die Gemeinschaft ist. Es existieren also Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung eines Gutes. Daher benötigen größere Haushalte ein geringeres Pro-Kopf-Einkommen, um dasselbe Wohlstandsniveau zu erreichen. Um die Einkünfte vergleichbar zu machen, sind sogenannte Äquivalenzskalen entwickelt worden, die einem Haushalt, je nach seiner Zusammensetzung, einen bestimmten Wert zuweisen und damit die Einkommen gewichten. Auch wenn die Synergieeffekte durch die gemeinsame Nutzung von Gütern unbestritten sind, gibt es doch sehr unterschiedlich definierte Äquivalenzskalen. Ein Beispiel ist die Skala, die bei der Vergabe

<sup>17)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 21

<sup>18)</sup> Siehe van Praag, B. M. S./Spit, J. S./van de Stadt, H. "A Comparison Between the Food Poverty Line and the Leyden Poverty Line" in The Review of Economics and Statistics, Vol. 64, 1982, S. 691 f.; Lanjouw, P./Ravallion, M. "Poverty and Household Size" in The Economic Journal, Vol. 105, 1995, S. 1423 f.

<sup>19)</sup> Siehe Van Praag, B. M. S./Spit, J. S./van de Stadt, H., a. a. O., S. 692

<sup>20)</sup> Siehe Fußnote 19

von Sozialhilfe verwendet wird,<sup>21)</sup> andere Beispiele sind diejenigen, die von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder von staatlichen Stellen anderer Länder entwickelt wurden. Bei der Gewichtung durch eine Äquivalenzskala wird eine Annahme über den Verbrauch eines zusätzlichen Haushaltsmitgliedes getroffen. Dabei spielen auch demographische Faktoren eine Rolle, da Kinder anders bewertet werden als Erwachsene. Je höher der Verbrauch eines zusätzlichen Familienmitgliedes angenommen wird, desto elastischer wird eine Äquivalenzskala und desto höher muß das gesamte Einkommen sein, um ein identisches Wohlstandsniveau zu erreichen. Je nach Definition und Differenziertheit der verwendeten Gewichtung wird die Situation einzelner Haushalte als besser oder schlechter beschrieben. Die Bewertung, die in Deutschland bei der Vergabe von Sozialhilfe durchgeführt wird, ist zum Beispiel sehr viel elastischer als die Skala, die das amerikanische „Bureau of the Census“ zur Berechnung von Armutsmaßen verwendet.<sup>22)</sup>

Die relativen Armutsmaße bilden sehr häufig die Grundlage empirischer Analysen, die für Deutschland basierend auf verschiedenen Datenquellen<sup>23)</sup> und für andere Staaten der Europäischen Union bereits auch mit Daten aus dem Europäischen Haushaltspanel<sup>24)</sup> durchgeführt wurden. Anhand dieser Studien lassen sich die Schwierigkeiten aufzeigen, die bei der Verwendung dieser Methode auftreten. Zum einen spielt die Abgrenzung des Untersuchungsraumes eine entscheidende Rolle. Liegen für verschiedene Regionen unterschiedliche Werte für das mittlere Einkommen vor, werden verschiedene Armutsgrenzen ermittelt. Dieses Problem findet sich zum Beispiel bei Vergleichen zwischen den neuen und den alten Bundesländern.<sup>25)</sup> Zum anderen kann die Wahl des Mittelwertes weitreichende Konsequenzen bei der Ermittlung von Armut haben. Neben dem arithmetischen Mittel wird häufig auch der Median als möglicher Mittelwert verwendet. In der Regel sind diese beiden Werte verschieden, so daß unterschiedliche relative Armutsgrenzen ermittelt werden. Bei sehr sensiblen Ergebnissen, das heißt bei Einkommensverteilungen, bei denen sehr viele Werte nahe an der Armutsgrenze liegen, kann daher die Wahl eines bestimmten Mittelwertes zu weitreichenden Ergebnisänderungen führen.<sup>26)</sup>

Zusätzlich zu diesen methodischen Problemen gilt als Manko, daß es an einer theoretischen Untermauerung des

Konzeptes der relativen Armut fehlt, das sich vielmehr aufgrund seiner leichten Nachvollziehbarkeit durchgesetzt hat. Als besonders problematisch ist die Verwendung von Dezils- oder Quantilsgrenzen als Armuts Grenzen anzusehen, da bei dieser Definition immer ein fester vorher bestimmter Prozentsatz von Haushalten oder Personen (10%, 20%, usw.) unter dem Existenzminimum liegt. Allerdings ist das Berechnungsverfahren für alle diese relativen Grenzen einfach, und da es einen Zusammenhang zwischen Einkommensverteilung und Armut gibt, erhält man zumindest Hinweise auf das Ausmaß an Armut.<sup>27)</sup> Außerdem kann eine Gruppe von Niedrigeinkommensbeziehern bestimmt werden, deren Charakteristika man untersuchen kann.

### 3.3 Subjektive Armut

Weitere Verfahren zur Berechnung von Armuts Grenzen basieren auf subjektiven Einschätzungen der Befragten. So etwa ordnen die Befragten bei der unter dem Begriff „Leyden Poverty Line“ bekannten subjektiven Meßmethode verschiedenen Einkommensniveaus anhand einer Skala jeweils einen bestimmten Nutzen zu. Diese Angaben werden dann in Werte zwischen Null und Eins umgesetzt. Je nach Haushaltstyp kann man daraus unterschiedliche Resultate für Nutzenfunktionen ermitteln. Unterschreitet ein Haushalt ein bestimmtes Einkommen, ist der Zustand für diesen Haushalt subjektiv nicht mehr akzeptabel. Dieses Einkommen wird dann als Armuts Grenze des Haushaltes interpretiert.<sup>28)</sup>

Da im Europäischen Haushaltspanel keine Informationen über den Nutzen von bestimmten Einkommen vorliegen, muß zur Ermittlung einer subjektiven Einkommensgrenze ein anderes Verfahren gewählt werden. Hierzu werden die Haushalte in der Befragung aufgefordert, eine Einschätzung über das minimale Einkommen zu machen, mit dem sie gerade noch finanziell zurechtkommen würden.<sup>29)</sup> Dieses subjektiv notwendige Einkommen ist für jeden Haushalt unterschiedlich und hängt unter anderem auch vom jeweiligen tatsächlichen Einkommen ab. Für Haushalte, die dieselben demographischen Merkmale aufweisen, kann jedoch angenommen werden, daß ab einer bestimmten Grenze das tatsächliche Einkommen subjektiv nicht mehr ausreicht, um den gewünschten Lebensstandard aufrecht zu erhalten.<sup>30)</sup> Diese Grenze kann ähnlich wie bei einer Engel-Kurve durch eine Regression hergeleitet werden. Es wird wiederum angenommen, daß wie im Schaubild das subjektiv akzeptable Mindesteinkommen unterproportional zum tatsächlichen Einkommen ansteigt. Daher bietet sich ein loglinearer Ansatz für die Berechnung dieses Modells an.<sup>31)</sup>

<sup>21)</sup> Siehe Kramer, W. a. a. O., S. 31 f.

<sup>22)</sup> Siehe Hagenaars, A. J. M./de Vos, K. O./Zaidi, M. A. a. a. O., S. 13 ff. (Birkhäuser B. V./Smeeching, T. M./Merz, J. „Relative Inequality and Poverty in Germany and United States using Alternative Equivalence Scales“ in *The Review of Income and Wealth, Series 42*, 1996, S. 398. Kaiser, J. „Wirtschaftliche und soziale Lage von Niedrigeinkommensbeziehern“ in *WiSta* 9/1997, S. 655 f., Füll, J. „Institutionelle Äquivalenzskalen als Basis von Verteilungsanalysen - Eine Modifizierung der Sozialhilfestufe“ in Häuser, R./Becker, I. (Hrsg.), *„Einkommensverteilung und Armut“*, Frankfurt, New York, 1997.

<sup>23)</sup> Siehe Kaiser, J. a. a. O., Hagenaars, A. J. M./de Vos, K. O./Zaidi, M. A. a. a. O., Hanich, R./Krause, P. „Armut“ in *Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Datenreport 1997*, Bonn 1997, S. 415 ff. Häuser, R. „Vergleichende Analyse der Einkommensverteilung und der Einkommensarmut in den alten und neuen Bundesländern 1990 bis 1995“ in Häuser, R./Becker, I. (Hrsg.) a. a. O., S. 115.

<sup>24)</sup> Siehe Callan, T./Nolan, B./Whelan, B. J. et al. „Poverty in the 1990s: Evidence from the 1994 Living in Ireland Survey“ The Economic and Social Research Institute, Dublin 1996, Smith, A./McKay, S./Middleton, S. „Transitions to Adulthood and Retirement: Preliminary Statistical Analysis for the United Kingdom: A Report to the Third Project Meeting of Family Structure, Labour Market Participation and the Dynamics of Social Exclusion“ Lissabon 1996. Vogel, J. „Living Conditions and Inequality in the European Union 1997“ Eurostat Working Papers E/1997-3, Luxemburg 1997.

<sup>25)</sup> Siehe Kaiser, J. a. a. O.

<sup>26)</sup> Siehe Hanich, R./Krause, P. a. a. O.

<sup>27)</sup> Siehe Kramer, W. a. a. O., S. 21 f.

<sup>28)</sup> Siehe Kramer, W. a. a. O., S. 19 f., van Praag, E. M. S./Spil, J. S./van de Stadt, H. a. a. O., van Praag, B. M. S./Goedhart, T./Kapteyn, A. „The Poverty Line: A Pilot Survey in Europe“ in *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 62, 1980.

<sup>29)</sup> Frage im ECHP (1994): „Was wäre Ihrer Meinung nach das absolut niedrigste Nettoeinkommen pro Monat, das Ihr Haushalt benötigte, um finanziell zurechtkommen?“

<sup>30)</sup> Siehe Kramer, W. a. a. O., S. 17 ff., van Praag, B. M. S./Goedhart, T./Kapteyn, A. a. a. O., Danziger, S. et al. „The Direct Measurement of Welfare Levels: How Much Does it Cost to Make Ends Meet?“ in *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 66, 1984.

<sup>31)</sup> Siehe Kramer, W. a. a. O., S. 19, van Praag, B. M. S./Goedhart, T./Kapteyn, A. a. a. O., S. 465.

$$(4) \quad \ln Y_{\min} = \beta_0 + \beta_1 \ln Y + \sum_{i=1}^k \beta_i D_i$$

Mit  $Y_{\min}$  wird die Einschätzung der Befragten über ein minimales Einkommen bezeichnet und mit  $\beta$  die Parameter des Modells. Die subjektive Armutsgrenze läßt sich nun durch Gleichsetzen von  $Y$  und  $Y_{\min}$  ermitteln.<sup>32)</sup>

$$(5) \quad \ln Y = \frac{\beta_0 + \sum_{i=1}^k \beta_i D_i}{1 - \beta_1}$$

Aus dieser Formel lassen sich aufgrund der verwendeten demographischen Merkmale  $D$  Aussagen über die subjektiven Armutsgrenzen für unterschiedliche Haushaltstypen ableiten.

Im Gegensatz zu den relativen Armutsgrenzen können die Ansätze über subjektive Armutsgrenzen hinreichend theoretisch begründet werden und sind zur Bestimmung von Sozialnotgrenzen aufgrund theoretischer Überlegungen grundsätzlich geeignet.<sup>33)</sup> Als alleiniger Armutsindikator werden sie in der Regel jedoch nicht verwendet. Ihre Stärke liegt vielmehr darin, daß sie zur Ableitung von Äquivalenzskalen herangezogen werden können.

#### 4 Das Europäische Haushaltspanel als Grundlage der empirischen Analyse

Die nachfolgenden Berechnungen wurden mit den Daten der ersten beiden Erhebungswellen der deutschen Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel aus den Jahren 1994 und 1995 durchgeführt.<sup>34)</sup> In die Analyse gehen insgesamt 4 688 Haushalte mit über 9 000 Personen aus den beiden Wellen ein.

Weiter oben wurde bereits angesprochen, daß diese Datenbasis nicht alle für Armutsanalysen wünschenswerten Informationen enthält. Ein grundsätzliches Problem im Zusammenhang mit einer Untersuchung von Armut, das auch auf das Europäische Haushaltspanel zutrifft, ist die Nichterfassung von Wohnungslosen. Da es sich um eine Haushaltsstichprobe handelt, sind Personen ohne festen Wohnsitz a priori aus der Untersuchung ausgeschlossen, obwohl gerade diese Menschen in ihrer Existenz bedroht sind. Die Anzahl der Wohnungslosen, insbesondere solche, die ohne jegliche Unterkunft oder in nicht institutionellen Unterkünften untergebracht sind, kann sehr schlecht dokumentiert werden. Die Zahlen, die bisher für die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht worden sind, schwanken zum Teil erheblich und können methodisch angezweifelt werden.<sup>35)</sup>

Für die ausgewählten Verfahren zur Analyse der Armut sind die Angaben zum Nettoeinkommen und zu den Woh-

nungskosten von Bedeutung. Das Nettoeinkommen der Haushalte kann aus den Daten auf zwei unterschiedlichen Wegen ermittelt werden. Zum einen geben die Haushalte an, welches monatliche Nettoeinkommen ihnen zum Befragungszeitpunkt insgesamt zur Verfügung steht.<sup>36)</sup> Da eine solche Frage sehr häufig schwer zu beantworten ist, wird ein Teil der Angaben auf Schätzungen der Befragten beruhen. Darüber hinaus muß davon ausgegangen werden, daß bei dieser monatlichen Betrachtung einmalige jährliche Zahlungen unter Umständen nicht berücksichtigt werden, das Einkommen also möglicherweise deutlich unterschätzt wird. Validere Angaben für das Befragungsjahr 1994 können aus den detaillierten Retrospektivangaben der 1995 durchgeführten zweiten Welle erwartet werden, die für jede einzelne Befragungsperson erhoben und dann zu dem Haushaltseinkommen aggregiert werden. Allerdings gibt es auch hier aufgrund von Antwortausfällen oder -verweigerungen zum Teil fehlende Werte, so daß Zuschätzungen für einzelne Werte vorgenommen wurden. In Tabelle 2 werden die so gewonnenen Ergebnisse den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 gegenübergestellt.

Tabelle 2. Durchschnittliches Nettomonatseinkommen der privaten Haushalte nach Gebietsstand

Vergleich der Ergebnisse der 1. Welle der deutschen Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel (ECHP) 1994 und der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993

Gebietsstand	Nettomonatseinkommen in DM	
	ECHP 1994	EVS 1993
Deutschland	3 922	4 532
Europäisches Bundesgebiet	4 136	4 821
Neue Länder und Berlin, O. L.	3 057	3 342

Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel Welle 1 1994, Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993.

Die Werte aus dem Europäischen Haushaltspanel liegen unter den Angaben aus der EVS, da auch bei einer detaillierten Retrospektivabfrage verschiedener Einkommenskomponenten im Gegensatz zu der Erhebungsmethode bei der EVS wegen Erinnerungsfehlern eine Untererfassung nicht ausgeschlossen werden kann. Hinzu kommt eine unterschiedliche Abgrenzung des Einkommens in den beiden Erhebungen: In der EVS wird ein Mietwert für Wohnungseigentum angesetzt, der das Einkommen dieser Haushalte fiktiv erhöht. Wegen dieser Unterschiede ergeben sich aus dem Europäischen Haushaltspanel niedrigere Armutsgrenzen. Bei einer relativen Bestimmung von Armut können die Unterschiede in der Definition des Einkommens dazu führen, daß der Anteil der armen Haushalte in den beiden Erhebungen voneinander abweicht.

Eine andere Größe, die im weiteren Verlauf für die Bestimmung von Engel-Kurven von Bedeutung ist, sind die Kosten, die für Wohnraum aufgewendet werden. Wie bereits weiter oben angeführt, steht aus dem Europäischen Haushaltspanel für Mieterhaushalte die Angabe über die monatliche Gesamtmiete einschließlich aller Nebenkosten, die zusammen mit der Kaltmiete gezahlt werden müs-

<sup>32)</sup> Siehe Fußnote 31.

<sup>33)</sup> Siehe Kramer, W., a. O., S. 19.

<sup>34)</sup> Siehe Bechtold, S./Meyer, K., „Das Europäische Haushaltspanel: Darstellung der Erhebungskonzeption und erster Ergebnisse“ in WiSt 5/1996, S. 296 ff.

<sup>35)</sup> Siehe König, C., „Marktverhaltensstudie zur statistischen Erfassung von Wohnungslosigkeit“, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 1998.

<sup>36)</sup> Frage im ECHP (1994): „Wenn Sie alle Einkünfte in Ihrem Haushalt zusammenrechnen, wie hoch ist dann das gesamte monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes? Falls Sie den genauen Betrag nicht wissen, geben Sie bitte eine möglichst genaue Schätzung an.“

sen,<sup>37)</sup> und für Wohneigentümerhaushalte die monatlich zu zahlende Rate für Tilgung und Verzinsung von Hypothekendarlehen zur Verfügung. Da jedoch die Zahlung von Hypothekenzinsen und -tilgungen nicht mit Mietzahlungen vergleichbar ist, der Vermögensaspekt bei Haus- oder Wohnungsbesitz nicht vernachlässigt werden darf und die Aufwendungen von Wohneigentümern, deren Besitz schuldenfrei ist, unbekannt sind, wird – auch darauf wurde bereits eingegangen – die Berechnung von Engel-Kurven als Adaption an das Schwabe'sche Gesetz in diesem Aufsatz nur exemplarisch mit den Daten der Mieterhaushalte durchgeführt. 56% der durch das europäische Panel in Deutschland erfaßten Haushalte waren 1994 Haupt- oder Untermieter einer Wohnung und können daher in die Berechnung einbezogen werden.

Die übrigen Variablen, die in den nachfolgenden Analysen verwendet werden, sind der Haushaltstyp und die siedlungsstrukturellen Gebietstypen, in denen die Haushalte angesiedelt sind. Die unterschiedliche Zusammensetzung der Haushalte nach Größe und Struktur beeinflusst die Bedürfnisstruktur ihrer Mitglieder und damit die Armutsgrenze in hohem Ausmaß. Die Einteilung der siedlungsstrukturellen Gebietstypen folgt den Vorgaben des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung. Dabei wurde zwischen Agglomerationsräumen, verstäderten Räumen und ländlichen Räumen unterschieden. Eine weitere Unterteilung erscheint nicht sinnvoll, da sich die Lebensstandards in Deutschland aufgrund erhöhter Mobilität und umfassender Informationsmöglichkeiten weitgehend angepaßt haben. Es ist aber möglich, daß unterschiedliche Bedürfnisstrukturen existieren (z. B. Mobilität in ländlichen Regionen, Freizeitmöglichkeiten in Städten). Außerdem können sich die Kosten für einzelne Güter, beispielsweise für Mieten, unterscheiden.

## 5 Schätzungen der Armut

Ziel der folgenden empirischen Untersuchungen ist nicht die Ermittlung des Ausmaßes an Armut in Deutschland. Vielmehr sollen exemplarisch die Unterschiede in den Ergebnissen bei Anwendung der verschiedenen oben vorgestellten Konzepte betrachtet werden. Für die Engel-Kurven wird auf eine inhaltliche Interpretation der Ergebnisse völlig verzichtet und lediglich die Schätzung als solche beurteilt, da aus dem Europäischen Haushaltspanel keine Angaben zu den Haushaltsausgaben für Nahrungsmittel, sondern nur für das Gut Wohnen vorliegen, und dies zudem nur für Mieterhaushalte in befriedigender Abgrenzung. Darüber hinaus muß angenommen werden, daß die Mieten im Osten Anfang der 90er Jahre nicht den realen Marktpreisen gefolgt sind.

### 5.1 Untersuchungen in Deutschland für die Jahre 1993 bis 1995

Für die Bundesrepublik Deutschland existiert eine Reihe von Untersuchungen, die sich mit der Situation von Nied-

rigeinkommensbezieher befassen. Die Mehrzahl der Untersuchungen basiert auf dem Konzept der relativen Einkommensarmut.<sup>38)</sup> In diesen Darstellungen wird wegen der großen Einkommensunterschiede zumeist zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost unterschieden. Je nach Wahl des Mittelwertes oder der Äquivalenzskalen ergeben sich dabei differierende Ergebnisse.<sup>39)</sup> Tabelle 3 enthält die Resultate von Studien, die die Situation in den Jahren 1993 bis 1995 beschreiben und mit Daten aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS), dem Mikrozensus, dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) und dem Europäischen Haushaltspanel (ECHP) durchgeführt wurden.<sup>40)</sup>

Tabelle 3 Ergebnisse zu relativer Einkommensarmut in Deutschland für die Jahre 1993 bis 1995

Studien (Autor(en) Datenquelle Äquivalenzskala)	Anteil der Haushalte in % mit weniger als der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens	
	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Kaiser EVS 1993, BSHG-Skala	10,3	3,1
Kaiser EVS 1993, modifizierte OECD-Skala	12,5	3,8
Habich & Krause, SOEP 1994, BSHG-Skala	11,1	7,9
Hauser, SOEP 1994, ältere OECD-Skala	11,4	8,3
Vogel europ. Stichprobe des ECHP 1994, modifizierte OECD-Skala	10,9 (deutsches Durchschnittseinkommen) 7,6 (EU-Durchschnittseinkommen)	
Schubert & Eichhorn, Mikrozensus 1995, BSHG-Skala	13,7 (nur Niedersachsen)	

Während die Werte für die alten Bundesländer relativ eng zusammen liegen, weisen die Ergebnisse für die neuen Länder starke Unterschiede auf. Der Anteil der Haushalte, die jeweils als unter der Armutsgrenze lebend ermittelt werden, hängt unter anderem von dem Vergleichsmaßstab ab, an dem die Messung erfolgt. In der Studie von Vogel, die einen EU-weiten Überblick über verschiedene soziale Themen enthält, sinkt der Anteil der Armen deutlich, wenn das im Vergleich zum deutschen Durchschnittseinkommen geringere EU-Durchschnittseinkommen verwendet wird. Ähnliches ist bei den alten und den neuen Bundesländern zu erwarten. Die Unterschiede zwischen den beiden Teilen Deutschlands können daher nicht als verschiedene Armutssituationen interpretiert werden. Vielmehr sind beide Werte aufgrund der differierenden Mittelwerte nicht miteinander vergleichbar. Die Ergebnisse demonstrieren außerdem den Einfluß der verwendeten Äquivalenzskalen. Die aus dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) abgeleitete Skala, bei der zusätzliche Haushaltsmitglieder ein Gewicht erhalten, das zwischen 0,9 für Personen ab 21 Jahren und 0,45 für Kinder bis 7 Jahren liegt, führt – bezogen auf das Einkommen je Haushaltsmitglied – zu geringeren Armutsanteilen als die sehr viel flachere sogenannte modifizierte OECD-Skala, bei der zusätzliche Haushaltsmitglieder, die über 14 Jahre alt sind, einen Zuschlag von 0,5 und Kinder einen Zuschlag von 0,3 erhalten. Dies folgt aus der Studie von Kaiser, der beide Äquivalenzskalen anhand der EVS

<sup>37)</sup> Frage im ECHP (1994): "Wie hoch ist derzeit die monatliche Gesamtmiete einschließlich aller Nebenkosten, Abgaben und Gebühren, die Sie zusammen mit der Kaltmiete bezahlen müssen? Bitte geben Sie den Gesamtbetrag auch an, wenn die Kosten von staatlichen oder anderen Stellen übernommen werden."

<sup>38)</sup> Siehe Kaiser, J., a. a. O., Habich, R./Krause P., a. a. O., Hagenaars, A. J. M./de Vos K./Zaidi, M. A., a. a. O., Hauser, R., 1997, a. a. O., Vogel, J., a. a. O.

<sup>39)</sup> Siehe Kaiser, J., a. a. O., S. 657 f.

<sup>40)</sup> Siehe Schubert, H./Eichhorn, L., "Einkommensarmut und Einkommensreichtum in Niedersachsen", Statistische Landeshefte Niedersachsen 10/98, S. 577 ff., Kaiser, J., a. a. O., S. 657 f., Habich, R./Krause P., a. a. O., S. 518, Vogel, J., a. a. O., S. 67, Hauser, R., 1997, a. a. O., S. 72.



von 1993 untersucht hat. Derselbe Effekt zeigt sich bei Untersuchungen, die mit dem SOEP durchgeführt wurden, wenn die ältere OECD-Skala, die zusätzliche erwachsene Haushaltsmitglieder mit 0,7 und Kinder mit 0,5 gewichtet, mit der BSHG-Skala verglichen wird.

## 5.2 Armutsschätzungen auf der Grundlage der deutschen Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel für das Jahr 1994

Den folgenden Ergebnissen für die vorgestellten Armutsmaße liegen Angaben aus der deutschen Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel für das Jahr 1994 zugrunde.

### 5.2.1 Armutsgrenzen aus Engel-Kurven

Um Armutsgrenzen aus Engel-Kurven abzuleiten, die hier in Abwandlung des Engel'schen Gesetzes die Aufwendungen für das Gut Wohnen berücksichtigen, muß zunächst ein Grenzwert für den Anteil der Mietausgaben, die Mietbelastungsquote  $\Phi$  der Gleichung (2), festgelegt werden. Dazu ist es notwendig, die Mietzahlungen der einzelnen Haushalte näher zu betrachten. Die Mehrzahl der Mieterhaushalte, fast 60%, empfinden die Zahlungen für Wohnraum als eine Belastung des Haushaltsbudgets. Für über 15% ist die Miete sogar eine große Belastung.

Tabelle 4 Subjektive Einschätzung der Belastung von Mieterhaushalten durch Wohnkosten

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte	
	1.000	"..
Wohnkosten sind eine große Belastung	3.083	15,3
eine Belastung	8.687	43,2
kein Problem	8.157	40,5
Keine Angabe	?	?
Mieterhaushalte insgesamt	20.116	100

Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Welle 1, 1994.

Die durchschnittliche Mietbelastungsquote für das Jahr 1993 lag nach Angaben aus der Gebäude- und Wohnungsstichprobe 1993 (GWS) bei etwa 19% des Einkommens, wobei Einpersonenhaushalte eine höhere Belastung hatten als Mehrpersonenhaushalte, in denen oft mehrere Mitglieder erwerbstätig sind. Deutliche Unterschiede wurden zwischen den neuen Ländern und Berlin-Ost sowie dem früheren Bundesgebiet festgestellt. Während in den alten Bundesländern die Mietbelastungsquote mit 21% etwas höher als im gesamtdeutschen Schnitt lag, wurde mit 13% ein wesentlich niedrigerer Wert für die neuen Länder und Berlin-Ost ermittelt.<sup>41)</sup> Für Sozialhilfeempfänger, die hier stellvertretend für Niedrigeinkommensbezieher betrachtet werden, werden erwartungsgemäß höhere Belastungsquoten registriert. Rund 30% des Einkommens solcher Haushalte wird zur Zahlung von Mieten für Wohnraum verbraucht.<sup>42)</sup> Auch hierbei zeigen sich Unterschiede zwischen alten und neuen Bundes-

ländern. Während im Westen die Mieten rund 35% der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt ausmachen, liegt der Anteil im Osten bei knapp 24%.

Die vorangegangenen Angaben aus der GWS beziehen sich auf Brutto-Kalmmieten von Wohnungen. Aus dem Europäischen Haushaltspanel werden tendenziell höhere Werte ermittelt, da auch Bestandteile der Nebenkosten in den angegebenen Wohnkosten enthalten sind. Daraus ergeben sich auch höhere Belastungsquoten für Mieterhaushalte. Um die Gruppe der armen Haushalte durch Engel-Kurven zu bestimmen, wird im folgenden eine Belastungsquote von 40% für das frühere Bundesgebiet und 29% für die neuen Länder und Berlin-Ost als Armutsgrenze angenommen. Diese Werte ergeben sich aus der durch die GWS 1993 ermittelten durchschnittlichen Mietzahlung von Sozialhilfeempfängern plus einem Aufschlag von 5 Prozentpunkten für die Nebenkosten, der dem Unterschied zwischen den Angaben aus dem Europäischen Haushaltspanel und der GWS entspricht. Das  $\Phi$  aus Gleichung (2) erhält also den Wert 0,4 bzw. 0,29. Die Wahl dieses konkreten Wertes ist zwar recht plausibel, aber dennoch normativ. Mit ähnlicher Berechtigung könnte man eine höhere oder niedrigere Belastungsquote wählen. Dies hätte dann Konsequenzen für Umfang und Struktur der ausgewiesenen Armutspopulation. Je höher die Grenze angenommen wird, desto geringer wird die diagnostizierte Armut.

Zur Schätzung der Ausgabenfunktion wird auf die Gleichungen (1) und (3) zurückgegriffen. Die Regressionen werden als gewichtete KQ-Schätzung durchgeführt. Die Gleichung lautet:

$$(6) \quad \ln C = \hat{\alpha}_1 + \hat{\alpha}_2 \ln Y + \sum_{i=1}^k \hat{\alpha}_i D_i + \hat{u}$$

Die geschätzten Werte der Regressionskoeffizienten werden durch ein  $\hat{\phantom{x}}$  gekennzeichnet,  $\hat{u}$  bezeichnet das Residuum der Regression mit einem Erwartungswert von Null. Anhand von  $\Phi$  und  $\ln \hat{C}$  lassen sich wie in Gleichung (3) absolute Zahlen als Armutsgrenzen darstellen.

$$(7) \quad \ln \hat{Y}^* = \frac{\hat{\alpha}_1 + \sum_{i=1}^k \hat{\alpha}_i D_i - \ln \Phi}{1 - \hat{\alpha}_2}$$

Die Schätzungen berücksichtigten neben den verschiedenen Haushaltstypen auch zwei [0,1]-Variablen über die siedlungsstrukturellen Gebietstypen, in denen die Haushalte leben, sowie eine Dummy-Variable, die zwischen dem früheren Bundesgebiet sowie den neuen Ländern und Berlin-Ost unterscheidet. Die folgende Übersicht 1 enthält die Resultate der Schätzungen für die Mieterhaushalte. Auch wenn alle diese Angaben lediglich exemplarischen Wert haben, wurden doch zusätzlich noch diejenigen Haushalte, die weniger als 1.000 DM Jahresmiete zahlen, aus der Betrachtung ausgeschlossen, da davon ausgegangen werden kann, daß es sich hierbei nicht um marktgerechte Preise für Wohnraum handelt, also kein Zusammenhang zum Einkommen der Haushalte besteht. Da der Chow-Test auf strukturelle Unterschiede in den Parametern

<sup>41)</sup> Siehe Scheewe, P. „Mieten und Mietbelastung in Deutschland“ in WiSta 2/1997, S. 103 f.  
<sup>42)</sup> Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Datenreport 1997“, Bonn 1997, S. 398. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) „Zahlen – Fakten – Trends“, Monatlicher Pressedienst des Statistischen Bundesamtes April/Mai 1998.

tern des Modells zwischen Ost und West hinweist [ $F(14, 2402) = 2,004^{**}$ ], werden getrennte Schätzungen für beide Landesteile durchgeführt. Ein Breusch-Pagan-Test überprüft die homoskedastische Verteilung der Störgröße in der Varianz-Kovarianz-Matrix der Schätzung<sup>43)</sup>

Mit einem korrigierten  $R^2$  von nur 0,16 bzw. 0,21 kann man die Güte der Schätzergebnisse nicht als hoch bezeichnen. Die Annahme der Heteroskedastie wird zurückgewiesen, so daß die Standardabweichung der einzelnen Parameter und damit die t-Statistiken korrekt ausgewiesen werden. Abgesehen von der grundsätzlichen Problematik der hier vorliegenden Schätzung kann wegen des geringen Wertes für das Gütemaß  $R^2$  nicht ausgeschlossen werden, daß Verzerrungen aufgrund fehlender exogener Variablen vorliegen. Insbesondere die Existenz von unbeobachteten haushaltsspezifischen Heterogenitäten ist dabei zu beachten. Hierbei handelt es sich um Unterschiede in spezifischen Eigenschaften zwischen einzelnen Haushalten, die nicht oder nur ungenügend durch standardisierte Befragungen erfaßt werden können. In multivariaten Regressionen werden diese Eigenschaften in der Regel durch Dummy-Variablen berücksichtigt. Da in den vorliegenden Schätzungen jedoch genauso viele Fälle wie Haushalte eingehen, wäre die notwendige Anzahl der statistischen Freiheitsgrade nicht mehr gewährleistet.

Übersicht 1 enthält die Schätzwerte für die Regressionskoeffizienten der einzelnen Variablen der Schätzgleichung. In Klammern werden t-Statistiken ausgewiesen, die auf eine signifikante Abweichung der geschätzten Parameter von Null testen. Je größer der Wert der Statistik ist, desto wahrscheinlicher ist der Parameter von Null verschieden<sup>44)</sup>. Wie bereits mehrfach angemerkt, werden die Schätzergebnisse hier inhaltlich nicht interpretiert, da der Zu-

<sup>43)</sup> Siehe Greene, W. H. "Econometric Analysis", 2nd Edition, Eaglewood Cliffs, 1993, S. 394 f.

<sup>44)</sup> Siehe Greene, W. H. a. a. O., S. 161.

Tabelle 5: Armutsgrenzen aus auf Mietzahlungen basierenden Engel-Kurven für das Jahr 1994 nach Gebietsstand, siedlungsstrukturellen Gebietstypen und nach Haushaltstypen

1 000 DM

Haushaltstypen	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Grenzwert der Mietbelastungsquote 40 % des Nettomonatseinkommens			Grenzwert der Mietbelastungsquote 29 % des Nettomonatseinkommens		
	Agglomerationsräume	Verstädterte Räume	Ländliche Räume	Agglomerationsräume	Verstädterte Räume	Ländliche Räume
Einpersonenhaushalte im Alter von 65 Jahren und darüber	14,7	14,5	13,6	13,9	13,3	13,8
zwischen 30 und 64 Jahren	16,3	16,1	15,1	14,2	13,5	14,1
unter 30 Jahren	15,3	15,2	14,2	12,4	11,8	12,3
Einpersonenhaushalte mit einem Kind oder mehreren Kindern unter 16 Jahren	18,4	18,2	17,6	17,0	16,2	17,0
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	18,6	18,4	17,2	18,1	17,3	18,0
Kinderlose Paare mit mindestens einer Person von 65 Jahren und darüber	17,3	17,1	16,0	15,6	14,9	15,5
beiden Personen unter 65 Jahren	19,5	19,3	18,0	16,7	15,9	16,6
Paare mit Kindern mit einem Kind unter 16 Jahren	22,1	21,9	20,4	16,5	15,7	16,4
zwei Kindern unter 16 Jahren	22,8	22,6	21,0	20,3	19,4	20,3
drei oder mehr Kindern unter 16 Jahren	23,3	23,0	21,5	24,8	23,7	24,7
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	19,3	19,1	17,8	19,4	18,5	19,4
Sonstige Haushalte	22,9	22,7	21,1	15,5	14,8	15,5

<sup>1)</sup> Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Welle 1 und 2, 1994-1995

sammenhang zwischen den Ausgaben für das Gut Wohnen und der Einkommenshöhe nicht als gesichert angesehen werden kann. Sie haben im Rahmen dieses Aufsatzes lediglich exemplarischen Charakter. Zur grundsätzlichen Interpretierbarkeit derartiger Ergebnisse jedoch so viel: Ein negatives Vorzeichen ist dahingehend zu interpretieren, daß geringere Ausgaben des betreffenden

### Übersicht 1. Ergebnisse der Regression zur Bestimmung von Engel-Kurven aus Mietzahlungen durch gewichtete KQ-Schätzungen

Referenzgruppe: Paare mit zwei Kindern unter 16 Jahren in verstäderten Räumen

	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
Konstante	7,070***	(39,151)	7,544***	(24,284)
Einkommen des Haushaltes (log)	0,203***	(12,312)	0,110***	(3,842)
Einpersonenhaushalte im Alter von 65 Jahren und darüber	-0,350***	(7,341)	-0,338***	(5,510)
zwischen 30 und 64 Jahren	-0,267***	(6,567)	-0,319***	(5,582)
unter 30 Jahren	-0,315***	(6,956)	-0,441***	(5,497)
Einpersonenhaushalte mit einem Kind oder mehreren Kindern unter 16 Jahren	-0,170***	(3,187)	-0,159***	(2,431)
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	-0,163**	(2,064)	-0,104	(1,068)
Kinderlose Paare mit mindestens einer Person von 65 Jahren und darüber	-0,220***	(3,943)	-0,237***	(3,345)
beiden Personen unter 65 Jahren	-0,124***	(2,985)	-0,175***	(3,412)
Paare mit Kindern mit einem Kind unter 16 Jahren	-0,024	(0,494)	-0,189***	(3,363)
drei oder mehr Kindern unter 16 Jahren	0,017	(0,268)	0,177	(1,608)
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	-0,134**	(2,321)	-0,041	(0,594)
Sonstige Haushalte	0,003	(0,046)	-0,241***	(2,637)
Siedlungsstrukturelle Gebietstypen				
- Agglomerationsräume	0,008	(0,365)	0,043	(1,406)
- ländliche Räume	-0,055	(1,291)	0,039	(0,953)

Anzahl der Haushalte in der Schätzung

1 692

741

korrigiertes  $R^2$

0,215

0,164

Breusch-Pagan-Test

0,004

0,006

$\chi^2$  (Anzahl der Freiheitsgrade)

(14)

(14)

Absolutwerte der t-Statistiken in Klammern

\*\*\* \*\* \* signalisieren die Signifikanz der Parameter auf dem 99 %, 95 % bzw. 90 % Niveau

Haushaltstyps festgestellt wurden. Die sehr geringe Einkommenselastizität der Mieten in den neuen Bundesländern bestätigt, daß der Mietpreis dort nicht den Marktpreisen folgte.

Tabelle 5 enthält die aus den Schätzergebnissen abgeleiteten Armutsgrenzen aus der Berechnung der Engel-Kurven für die beiden Gebietsteile. Auch diese Werte werden inhaltlich nicht interpretiert.

### 5.2.2 Relative Einkommensarmut

Wie bei der Bestimmung der Armutsgrenzen aus den Engel-Kurven sind die Ergebnisse zur relativen Einkommensarmut abhängig von der Festlegung bestimmter Werte. Zum einen muß eine Äquivalenzskala gewählt werden, damit die einzelnen Einkommen der unterschiedlich strukturierten Haushalte vergleichbar gemacht werden können. Zum anderen ist es notwendig, den Mittelwert festzulegen, anhand dessen die Einkommensgrenze ermittelt wird, und abschließend wird der relative Abstand zu diesem mittleren Einkommen festgelegt, um die konkrete Armutsgrenze zu beschreiben.

In den Studien zur relativen Einkommensarmut werden in Deutschland häufig zwei verschiedene Äquivalenzskalen benutzt. Eine wird aus den Regelsatzproportionen des Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) abgeleitet, eine weitere, die auch in internationalen Untersuchungen sehr oft zu finden ist, ist die modifizierte OECD-Skala. Beide Maße unterscheiden sich in der Bewertung zusätzlicher Haushaltsmitglieder, das heißt es werden andere Annahmen über den Einkommensbedarf weiterer Haushaltsmitglieder getroffen, um den Lebensstandard der unterschiedlichen Haushaltstypen konstant zu halten. Die folgende Analyse wird mit der vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) verwendeten modifizierten OECD-Skala durchgeführt. Dabei wird für den ersten Erwachsenen ein Gewicht von 1 vergeben. Für jede weitere Person im Haushalt, die über 14 Jahre alt ist, erhöht sich der Faktor um 0,5. Alle Haushaltsmitglieder, die 14 Jahre und jünger sind, erhöhen den Faktor um 0,3. Das Nettoeinkommen des Haushaltes wird anschließend durch die Summe der Gewichte geteilt und somit mit den Einkommen der anderen Haushalte vergleichbar gemacht.<sup>45)</sup> Aus der modifizierten OECD-Skala ergibt sich eine andere Haushaltstypisierung als bei der Schätzung der Engel-Kurven, da das Alter der Haushaltsmitglieder nur in der Zweiteilung „14 Jahre und jünger“ und „über 14 Jahre“ differenziert wird.

Je nachdem, welcher Mittelwert als Referenzgröße gewählt wird, werden unterschiedliche Armutsgrenzen beschrieben. Der Median liegt bei der bestehenden Verteilung der Einkommen unter dem arithmetischen Mittel. Die Armutsgrenzen sind dann niedriger und es wird eine geringere Anzahl von Haushalten unter der Armutsgrenze ausgewiesen. In den meisten Studien wird allerdings das arithmetische Mittel benutzt, obwohl es durch die Extremwerte der Verteilung stärker beeinflusst wird als der Median. In diesem

Fall fließt die Einkommensverteilung einer Gesellschaft stärker in die Armutsanalyse ein.<sup>46)</sup> Hier wird jedoch auf den Median als den stabileren Wert zurückgegriffen, da er nur in geringem Maß davon beeinflusst wird, ob in einer Erhebung der obere und der untere Rand der Einkommensverteilung gut erfaßt ist.

Um Armutsgrenzen zu ermitteln, ist abschließend die Wahl eines relativen Einkommensabstandes zum mittleren Äquivalenzeinkommen notwendig. Üblicherweise wird dazu der 50 %-Wert verwendet. In einigen Studien werden zusätzlich der 40 %- und der 60 %-Wert oder andere Grenzen ausgewiesen, um die Sensitivität der Ergebnisse darzustellen. Die Analyse soll hier jedoch auf die Hälfte des Medians der Äquivalenzeinkommen beschränkt werden.

Tabelle 6 enthält die Ergebnisse für die Grenzen der relativen Einkommensarmut bei Gültigkeit der oben beschriebenen Annahmen. Auch hier sind die Analysen für Ost und West getrennt durchgeführt worden. Aufgrund der unterschiedlichen Einkommensverteilung in beiden Teilen Deutschlands ergeben sich stark divergierende Ergebnisse bei den Armutsgrenzen.

Tabelle 6 Relative Armutsgrenzen für das Jahr 1994 unter Verwendung der modifizierten OECD-Skala und der Hälfte des Medians des Äquivalenzeinkommens als Grenzwert

1 000 DM

Median des Äquivalenzeinkommens Haushaltstypen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Median des Äquivalenzeinkommens Haushaltstypen	29,1	21,9
- Einpersonenhaushalte	15,5	10,9
- Zweipersonenhaushalte mit beiden Personen über 14 Jahren einer Person von 14 Jahren oder jünger	21,8	16,4
- Paare mit Kindern mit einem Kind von 14 Jahren oder jünger	18,9	14,2
- zwei Kindern von 14 Jahren oder jünger	26,2	19,7
- drei Kindern von 14 Jahren oder jünger	30,5	23,0
- einem Kind über 14 Jahren	34,9	26,2
	29,1	21,9

Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Welle 1 und 2, 1994, 1995

### 5.2.3 Subjektive Einkommensarmut

Subjektive Einkommensgrenzen sind Ausdruck des Verhältnisses aus persönlichen Konsumwünschen und real vorhandenen Einkommen der Haushalte. Zu den persönlichen Konsumwünschen gehören nicht nur die freiwillig konsumierten Güter, sondern auch notwendige, die einerseits die Existenz sichern, andererseits die Teilnahme am sozialen Leben ermöglichen. Die subjektive Armutsgrenze ist dann das Einkommen, welches den Verbrauch eines solchen Güterbündels gerade erlaubt.

Aus Tabelle 7 kann entnommen werden, daß zwei Drittel der Haushalte keine Probleme haben, mit ihrem vorhandenen Einkommen zurechtzukommen. Ein Viertel der Haushalte sieht dagegen keinen Spielraum für Einkommenskurzungen, und über 8 % haben Schwierigkeiten, mit den vorhandenen Ressourcen zurechtzukommen.

<sup>45)</sup> Siehe Falk, J. a. a. O.

<sup>46)</sup> Siehe Kaiser, J. a. a. O., S. 658 f.

Tabelle 7: Subjektive Einschätzung der Einkommenssituation der Haushalte

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte	
	1 000	%
Wie kommen die Haushalte 1994 mit ihrem Einkommen zurecht?		
Sie haben große Schwierigkeiten/ haben Schwierigkeiten	2 966	8,3
kommen gerade so zurecht	8 566	23,8
kommen zurecht	9 061	25,2
kommen gut zurecht/ haben finanziell keinerlei Probleme	15 252	42,4
Keine Angabe	/	/
Haushalte insgesamt	35 939	100

Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Welle 1, 1994

Zur Ermittlung der subjektiven Armutsgrenzen wird auf die Gleichungen (4) und (5) zurückgegriffen. Das Ergebnis einer KQ-Schätzung der Gleichung (4) lautet dann:

$$(8) \quad \ln Y_{\min} = \hat{\beta}_1 + \hat{\beta}_2 \ln Y + \sum_{i=1}^k \hat{\beta}_i D_i + \hat{u}$$

Als Schätzwert für das minimale Einkommen  $\ln \hat{Y}_{\min}$  ergibt sich:

$$(9) \quad \ln \hat{Y}_{\min} = \hat{\beta}_1 + \hat{\beta}_2 \ln Y + \sum_{i=1}^k \hat{\beta}_i D_i$$

Setzt man  $\ln \hat{Y}_{\min}$  in Gleichung (4) ein, kann die subjektive Armutsgrenze für unterschiedliche Haushaltstypen und für verschiedene siedlungsstrukturelle Gebietstypen ermittelt werden:

$$(10) \quad \ln \hat{Y} = \frac{\hat{\beta}_1 + \sum_{i=1}^k \hat{\beta}_i D_i}{1 - \hat{\beta}_2}$$

In Übersicht 2 werden die ermittelten Parameter des Modells dargestellt. Die Güte der Schätzergebnisse ist bei einem korrigierten  $R^2$  von ungefähr 0,5 für eine Querschnittsuntersuchung recht hoch. Ein Chow-Test weist die Hypothese eines strukturellen Bruchs zwischen den alten und den neuen Bundesländern zurück.<sup>47)</sup> Die Ergebnisse für beide Landesteile unterscheiden sich also nur durch die Dummy-Variable, während die übrigen Parameter identisch sind. Heteroskedastizität konnte nicht ermittelt werden.

Der geschätzte Wert für den Regressionskoeffizienten des Nettohaushaltseinkommens liegt bei etwas unter 0,25 und kann dahingehend interpretiert werden, daß bei einer Verdopplung des Einkommens die subjektive Armutsgrenze um etwa 25% steigt. Dieser Wert ist niedriger als vergleichbare Werte aus anderen Untersuchungen.<sup>48)</sup>

Für Familien mit drei oder mehr Kindern unter 16 Jahren und Familien mit mindestens einem Kind über 16 Jahren ist

<sup>47)</sup> Siehe Greene, W. H., a. a. O., S. 211 f.

<sup>48)</sup> Siehe Kramer, W., a. a. O., S. 19.

Übersicht 2 Ergebnisse der Regression zur Bestimmung von subjektiven Armutsgrenzen durch gewichtete KQ-Schätzungen

	Referenzgruppe Paare mit zwei Kindern unter 16 Jahren in verstädterten Räumen	
Konstante	7,901***	(85,992)
Einkommen des Haushaltes (log)	0,236***	(28,124)
Einpersonenhaushalte im Alter von 65 Jahren und darüber	-0,579***	(24,340)
zwischen 30 und 64 Jahren	-0,428***	(20,624)
unter 30 Jahren	-0,629***	(24,077)
Einleternhaushalte mit einem Kind oder mehreren Kindern unter 16 Jahren	-0,304***	(10,376)
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	-0,246***	(6,548)
Kinderrisikose Paare mit mindestens einer Person von 65 Jahren und darüber	-0,276***	(11,170)
beiden Personen unter 65 Jahren	-0,145***	(7,346)
Paare mit Kindern mit einem Kind unter 16 Jahren	-0,064***	(2,840)
drei oder mehr Kindern unter 16 Jahren	0,063	(1,085)
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	0,008	(0,351)
Sonstige Haushalte	-0,121***	(3,857)
Siedlungsstrukturelle Gebietstypen		
- Agglomerationsräume	0,078***	(7,188)
- ländliche Räume	0,077***	(4,502)
Früheres Bundesgebiet	0,119***	(9,250)
Anzahl der Haushalte in der Schätzung	4 513	
korrigiertes $R^2$	0,490	
Breusch-Pagan-Test	0,020	
[ $\chi^2$ (Anzahl der Freiheitsgrade)]	(15)	
Chow-Test	1,384	
[F (Anzahl der Freiheitsgrade)]	(14, 4485)	

1) Absolutwerte der t-Statistiken in Klammern

\*\*\*, \*\* bzw. \* signalisieren die Signifikanz der Parameter auf dem 99%, 95% bzw. 90%-Niveau

der Wert des minimalen Einkommens, das die Haushalte benötigen, um finanziell zurechtzukommen, nicht signifikant von der Referenzgruppe, einer Familie mit zwei Kindern unter 16 Jahren, verschieden. Für alle anderen Haushaltstypen liegt der Wert jeweils niedriger als in der Referenzgruppe. Einzelhaushalte weisen dabei einen größeren Abschlag auf als Paare, wobei Rentnerhaushalte angeben, mit einem niedrigeren Einkommen zurechtzukommen zu können als Haushalte mit jüngeren Bewohnern. Den größten Abstand zur Referenzgruppe findet man jedoch bei Alleinlebenden, die unter 30 Jahre alt sind.

Im Vergleich zu den verstädterten Räumen weisen beide Variablen für die siedlungsstrukturellen Gebietstypen signifikant positive Unterschiede auf. Sowohl in Agglomerationen als auch in ländlichen Räumen ist ein höheres subjektives Mindesteinkommen erforderlich. Dies könnte auf erhöhte Mobilitätskosten in ländlichen Räumen und höhere Lebenshaltungskosten in Städten hindeuten.

Aus den Ergebnissen der Schätzung können nun anhand der Gleichung (10) subjektive Armutsgrenzen für das frühere Bundesgebiet sowie die neuen Länder und Berlin-Ost hergeleitet werden. Diese werden als Jahreseinkommen in 1 000 (Tsd.) DM in Tabelle 8 ausgewiesen. Die Werte schwanken zwischen 14,0 Tsd. DM pro Jahr für alleinstehende Personen unter 30 Jahren in verstädterten Räumen der neuen Länder und Berlin-Ost und jeweils 43,4 Tsd. DM für Familien mit drei oder mehr Kindern unter 16 Jahren in Agglomerationsräumen und ländlichen Räumen des früheren Bundesgebietes.

## 5.2.4 Vergleich der Äquivalenzskalen

Zwar wurden aus methodischen Gründen bei den einzelnen Analysen nicht die gleichen Abgrenzungen zwischen den betrachteten Haushaltstypen gewählt, es läßt sich aber

Tabelle 8. Subjektive Armutsgrenzen für das Jahr 1994 nach Gebietsstand, siedlungsstrukturellen Gebietstypen und nach Haushaltstypen

1 000 DM

Haushaltstypen	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	Agglomerationsräume	Verstädterte Räume	Ländliche Räume	Agglomerationsräume	Verstädterte Räume	Ländliche Räume
Einpersonenhaushalte im Alter von 65 Jahren und darüber	19,4	17,5	19,4	16,6	15,0	16,5
zwischen 30 und 64 Jahren	23,6	21,3	23,6	20,2	18,2	20,2
unter 30 Jahren	18,1	16,4	18,1	15,5	14,0	15,5
Einelternhaushalte mit einem Kind oder mehreren Kindern unter 16 Jahren mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	27,8	25,1	27,8	23,7	21,4	23,7
Kinderlose Paare mit mindestens einer Person von 65 Jahren und darüber	30,0	27,1	30,0	25,6	23,1	25,6
beiden Personen unter 65 Jahren	28,8	26,0	28,8	24,6	22,2	24,6
Paare mit Kindern mit einem Kind unter 16 Jahren	34,2	30,9	34,2	29,3	26,4	29,2
zwei Kindern unter 16 Jahren	38,0	34,3	38,0	32,5	29,4	32,5
drei oder mehr Kindern unter 16 Jahren	41,4	37,4	41,4	35,4	32,0	35,4
mindestens einem Kind von mindestens 16 Jahren	43,4	39,2	43,4	37,1	33,5	37,1
Sonstige Haushalte	41,8	37,8	41,8	35,8	32,3	35,7
	35,3	31,9	35,3	30,2	27,3	30,2

1) Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Wellen 1 und 2, 1994/1995

dennoch ein Vergleich zwischen der bei der Berechnung der relativen Armut verwendeten modifizierten OECD-Äquivalenzskala und der aus der Schätzung der subjektiven Armutsgrenzen ermittelbaren Skala durchführen. Bei der subjektiven Armutsgrenze erhöht ein zusätzlicher Erwachsener die geschätzte Armutsgrenze ungefähr um den Faktor 0,45, sofern nicht Personen unter 30 Jahren in die Analyse einbezogen werden. Für diese Gruppe ergibt sich ein weit höherer Aufschlag (0,9). Bei Berücksichtigung eines zusätzlichen Kindes steigt die Armutsgrenze nach den Schätzergebnissen für subjektive Armut deutlich geringer als bei der modifizierten OECD-Skala. Die Faktorerhöhung liegt zwischen 0,1 und 0,2 pro Kind. Der Aufschlag ist allerdings nicht konstant, sondern nimmt mit der Anzahl der Kinder ab.

Die relativen Änderungen der Armutsgrenzen für die subjektive Armut und die daraus abgeleitete Äquivalenzskala liegen also unter denen, die sich bei der Verwendung der modifizierten OECD-Skala ergeben. Dies gilt auch für die meisten anderen Skalen, die zur Armutsberechnung herangezogen werden.<sup>49)</sup> Die modifizierte OECD-Skala unterscheidet nicht zwischen Erwachsenen, die unter 30 Jahre sind und nach der Berechnung der subjektiven Armutsgrenzen ein höheres Gewicht als andere Erwachsene besitzen, und älteren Erwachsenen. Zusätzlich ist das Gewicht der Kinder nach diesen Berechnungen nicht konstant, sondern nimmt kontinuierlich bei jedem weiteren Kind ab.

<sup>49)</sup> Siehe Faik, J. a. O., S. 17

## 6 Ausmaß der Armut nach unterschiedlichen Methoden der Berechnung

Nach der Schätzung der verschiedenen Armutsgrenzen wird nun in diesem Kapitel beschrieben, welches Ausmaß an Armut sich aus diesen Grenzen ergibt. Tabelle 9 gibt den Anteil der Haushalte an, der nach dem jeweiligen Maß unter der Armutsgrenze liegt. Die Ergebnisse aus der Berechnung der Engel-Kurven werden jedoch auch hier nicht inhaltlich interpretiert.

Tabelle 9. Armutsanteile in Deutschland 1994 nach Haushalten und Personengruppen, Gebietsstand und unterschiedlichen Armutsmaßen

Armutsmaß	Prozent		
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
Anteil der armen Haushalte			
Engel-Kurven (nur Mieter)	11,8	12,1	10,9
Relative Armut	11,8	12,5	8,8
Subjektive Armut	23,5	22,6	27,4
Anteil der in armen Haushalten lebenden Personen			
Engel-Kurven (nur Mieter)	10,2	10,6	9,2
Relative Armut	12,6	13,1	10,9
Subjektive Armut	22,8	22,1	25,7
Anteil der in armen Haushalten lebenden Kinder und Jugendlichen (16 Jahre und jünger)			
Engel-Kurven (nur Mieter)	9,6	9,6	9,6
Relative Armut	15,2	15,2	15,1
Subjektive Armut	24,0	23,6	26,3

Quelle: Deutsche Stichprobe zum Europäischen Haushaltspanel, Wellen 1 und 2, 1994/1995

Der höchste Anteil an armen Haushalten wird bei der Verwendung von subjektiven Armutsgrenzen ermittelt. Der Wert liegt doppelt so hoch wie bei der relativen Armut. In den alten Bundesländern können für die relative Einkommensarmut höhere Armutsanteile als im Bundesdurchschnitt festgestellt werden. Demgegenüber ist die subjektive Einkommensarmut in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher als im Westen. Haushalte, die durch das relative Armutsmaß als arm beschrieben werden, sind in der Regel auch von subjektiver Armut betroffen. Lediglich in wenigen statistisch nicht ausweisbaren Fällen werden als relativ arm klassifizierte Haushalte nach dem subjektiven Armutsmaß als nicht-arm bezeichnet.

In Tabelle 9 werden auch die Anteile der Personen ausgewiesen, die in armen Haushalten leben. Für subjektive Armut werden geringere Anteilswerte ausgewiesen, wenn Personen statt Haushalten den Maßstab der Berechnung darstellen. Für die relative Armut erhöht sich dagegen der Anteil im Vergleich zu der Betrachtung von Haushalten. Dies deutet darauf hin, daß das subjektive Konzept eher kleinere Haushalte als arm einstuft, während bei relativer Armut dies eher für größere Haushalte zutrifft. Dies ist die Folge der relativ hohen Zuschläge der Äquivalenzskala für zusätzliche Haushaltsmitglieder.

Dieser Zusammenhang wird auch deutlich, wenn man nur den Anteil der armen Kinder und Jugendlichen an allen Kindern und Jugendlichen in Deutschland betrachtet. Insbesondere bei Verwendung des relativen Armutskonzeptes steigt der Anteilswert sehr stark, wenn nur Kinder und Jugendliche betrachtet werden. Für sie sind die Skalen-

aufschlage höher als bei den beiden anderen Maßen, so daß die Armutsgrenze durch ein zusätzliches Kind stärker ansteigt. Dadurch fallen Familien mit Kindern eher unter diese Armutsgrenze als bei den anderen Methoden. Für die subjektive Armut kann allerdings auch ein höherer Anteil an armen Kindern und Jugendlichen festgestellt werden. Zwar sind die Differenzen nicht so groß wie beim relativen Armutsmaß, aber Familien ohne Kinder scheinen subjektiv weniger eingeschränkt zu sein als Familien mit Kindern.

## 7 Zusammenfassung

Die vorliegende Studie zeigt, daß jede Definition von Armut abhängig von normativen oder subjektiven Entscheidungen über Notzustände ist. Auch sogenannte objektive Kriterien, wie zum Beispiel Warenkörbe, die den Regelsätzen der Sozialhilfe zugrunde liegen,<sup>50)</sup> lassen sich häufig auf normative Entscheidungen zurückführen. Daher kann es nicht von vornherein einen richtigen oder falschen Weg der Analyse geben. Es ist vielmehr notwendig, die Annahmen zu erläutern, die der Untersuchung zugrunde liegen und die Aspekte offenzulegen, die dargestellt werden sollen. In diesem Sinn werden auch die drei vorgestellten Methoden zur Berechnung von Armut bewertet.

Die Verwendung von Engel-Kurven basiert auf einem seit langem bekannten empirischen Zusammenhang zwischen den Ausgaben für Nahrungsmittel und dem Einkommen der Haushalte. Wegen der Verwendung von Daten des Europäischen Haushaltspanels war eine Beschränkung auf Mieterhaushalte notwendig, weshalb die hier vorgestellten Ergebnisse lediglich exemplarischen Charakter haben. Dies gilt um so mehr, als 1994 der Mietpreis in den neuen Ländern und Berlin-Ost nicht unbedingt marktgerecht bestimmt wurde. Besser geeignet zur Schätzung von Engel-Kurven sind Daten aus der Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte. Es bleibt jedoch festzuhalten, daß die Wahl eines bestimmten Verhältnisses zwischen Ausgaben für Nahrungsmittel bzw. wie hier für Mietzahlungen und Einkommen ebenfalls zu einem normativen Element in der Berechnung dieser Armutsgrenze führt.

Das Konzept der relativen Einkommensarmut besitzt nur einen sehr mittelbaren inhaltlichen Zusammenhang zu den Definitionen von Existenz- oder Sozialnot. Dennoch kann diese recht einfach zu berechnende Grenze zu nützlichen Ergebnissen führen. Zwar werden eher Niedrigeinkommensbezieher identifiziert, doch kann eine weiterführende sozialwissenschaftliche Analyse dieser Haushalte einen eigenständigen Wert besitzen, um Aspekte über die Ungleichverteilung von Einkommen zu ermitteln. Kinder und Jugendliche erhalten durch die hier verwendete modifizierte OECD-Skala ein hohes zusätzliches Gewicht, so daß besonders Familien mit Kindern von der so definierten relativen Armut betroffen sind. Das Alter der Haushaltsglieder oder deren Wohnort wird bei der hier verwendeten Äquivalenzskala nur unzureichend berücksichtigt.<sup>51)</sup> Da-

her sind relative Armutsmaße recht simplifizierend, zumal wenn wie hier – aber auch in den meisten anderen Studien – lediglich die laufenden monetären Zahlungen berücksichtigt werden und unentgeltliche Zuwendungen, Sachleistungen und selbst produzierte Güter und Erzeugnisse nicht einbezogen werden.

Die Bestimmung von subjektiver Einkommensarmut kann zwar durch theoretische Überlegungen gestützt werden, basiert aber auf rein persönlichen Einschätzungen der Haushalte. Möglicherweise wird dadurch nicht eine Sozialnotgrenze, sondern eher eine Anspruchsgrenze definiert. Zusätzlich handelt es sich bei den ermittelten Werten, wie bei Verwendung der anderen Methoden auch, um ein statistisches Mittel, das heißt es kann Haushalte geben, die als arm gelten, aber keine Probleme mit ihrem Einkommen haben und umgekehrt. Bei diesem Maß können für die neuen Länder und Berlin-Ost höhere Werte als für das frühere Bundesgebiet festgestellt werden, was möglicherweise darauf zurückgeführt werden kann, daß zwischen beiden Teilgebieten die Unterschiede bei den gesellschaftlichen Ansprüchen geringer sind als bei den Einkommen. Das bedeutet, daß die Haushalte im Beitrittsgebiet einen relativ hohen Anteil ihres Einkommens aufwenden müssen, um nicht von der Teilnahme am sozialen Leben ihrer Umgebung ausgeschlossen zu werden. Wenn dies so ist, sind sie stärker von subjektiver Armut betroffen.

Jede der vorgestellten Methoden kann also stark kritisiert werden. Allerdings kann daraus nicht geschlossen werden, daß es keine Armut in Deutschland gibt. Auch die Aussage, Armut sei durch die Sozialhilfe vermeidbar, ist normativ bestimmt, da die Berechnung von Sozialhilfe ebenfalls auf Annahmen über eine Sozialnotgrenze und ein Lohnabstandsgebot beruht.<sup>52)</sup> Daher können dieselben Kritikpunkte auch auf dieses Maß angewendet werden. Die Gewährung von Sozialhilfe basiert auf Gesetzesnormen und kann in diesem Sinne als herrschende politische Meinung interpretiert werden. Jede Definition von Armut ist allerdings auch immer eine Aussage darüber, wie man sich eine Gesellschaft vorstellt.<sup>53)</sup>

Armut erweist sich also als äußerst komplexe und schwierig darzustellende Materie. Eine Statistik oder eine Methode zur Berechnung von Notzuständen ist daher immer simplifizierend und nicht unbedingt differenzierend.<sup>54)</sup> Untersuchungen über Armut müssen am jeweiligen Ziel der Untersuchung ausgerichtet sein, das heißt es muß dargestellt werden, was unter Armut verstanden wird, damit daraus nicht nur ein Schlagwort wird, und die Wahl des Armutsmaßes muß adäquat und begründet sein. Nur so können sinnvolle Ergebnisse über die Armut in Deutschland ermittelt werden, die zu Fortschritten in der aktuellen Diskussion führen und der Politik Handlungsbedarf aufzeigen.

Sobald das notwendige Datenmaterial aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 vorliegt, wird in die-

<sup>50)</sup> Siehe hierzu Fußnote 16.

<sup>51)</sup> Diese Aussagen gelten auch für die meisten anderen Äquivalenzskalen. Siehe Faik, J., a. O., S. 17.

<sup>52)</sup> Siehe Kramer, W., a. O., S. 15 f.

<sup>53)</sup> Siehe Jakobs, H., a. O., S. 406.

<sup>54)</sup> Siehe Scheurle, U., a. O., S. 159.

ser Zeitschrift die begonnene Diskussion über verschiedene Armutskonzepte fortgesetzt. Es ist geplant – soweit dies aus den 1998 erhobenen Merkmalen möglich ist – die hier vorgestellten und auch noch weitere Meßverfahren auf das Datenmaterial anzuwenden und die Ergebnisse vergleichend darzustellen. Weiter ist geplant, auch mit Daten aus zurückliegenden Einkommens- und Verbrauchsstichproben aus verschiedenen Armutskonzepten Äquivalenzskalen abzuleiten und diese den häufig verwendeten OECD- und BSHG-Skalen gegenüberzustellen.

*Dr. Arnd Kölling*

# Eisenbahnverkehr 1998

## Vorbemerkung

Die Eisenbahnstatistik liefert Ergebnisse über die Verkehrsleistungen auf dem inländischen öffentlichen Eisenbahnschienennetz, über die Infrastruktur des öffentlichen Netzes und über die Güter- oder Personenverkehr ausführenden oder Schieneninfrastruktur betreibenden Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs <sup>1)</sup> Der Berichtskreis ist funktional abgegrenzt, das heißt es werden alle inländischen Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs erfaßt, die Eisenbahnverkehr als Haupt-, Neben- oder Hilfstätigkeit betreiben. Im Berichtsjahr 1998 galt dies für 115 Unternehmen. In den Berichtskreis der Eisenbahnstatistik somit nicht einbezogen sind diejenigen Eisenbahnunternehmen, die keiner allgemeinen Beförderungspflicht unterliegen und nicht das öffentliche Netz nutzen. Zu diesen Unternehmen zählen hauptsächlich Hafen- und Werksbahnen.

## 1 Personenverkehr

Die Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs beförderten im Jahr 1998 insgesamt 1 802 Mill. Fahrgäste. 146 Mill. Personen fuhren im Fernverkehr, während mit 1 656 Mill. über 90% der Fahrgäste die Eisenbahnen im Nahverkehr benutzten. Im Vergleich zu 1997 nahm die Zahl der Fahrgäste der Eisenbahnen insgesamt um 2,9% ab, der Fernverkehr stieg noch um 0,6%, während der Nahverkehr einen Rückgang von 3,1% hinnehmen mußte.

Tabelle 1. Personenverkehr der Eisenbahnen

Verkehrsart	1990	1995	1997	1998	1998
					gegenüber 1997
					%
Beförderte Personen <sup>1)</sup>	1 643	1 656	1 855	1 802	-2,9
Fernverkehr	-	139	145	146	+0,6
Nahverkehr	-	1 517	1 709	1 656	-3,1
Geleistete Personenkilometer	61 985	63 623	64 027	62 642	-2,2
Fernverkehr	-	30 944	30 989	30 414	-1,9
Nahverkehr	-	32 680	33 039	32 228	-2,5

<sup>1)</sup> Bis 1995 ohne Doppelzählungen, ab 1997 einschli. Doppelzählungen der Umsteiger zwischen Eisenbahnunternehmen

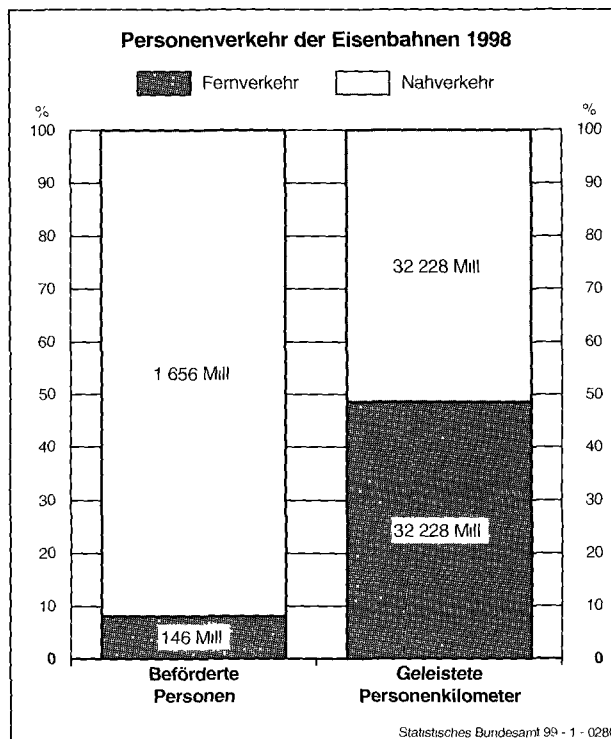
Bei den Ergebnissen ist zu beachten, daß jedes Eisenbahnunternehmen seine Fahrgäste angibt; das heißt steigt ein Reisender um und wechselt dabei das befördernde Unternehmen, so zählen beide Unternehmen den Reisenden als Fahrgast. Da immer mehr Eisenbahnunternehmen Teile des Nahverkehrs der Deutschen Bahn AG übernehmen, ergeben sich durch Umsteigeverkehre zwischen diesen neuen Gesellschaften und der Deutschen Bahn AG Doppelzählungen der Fahrgäste in größerem Umfang (rd. 120 Mill. Umsteiger pro Jahr). Dadurch kommt es im Vergleich zu früheren Perioden zu einer Erhöhung der Zahl der

<sup>1)</sup> Eisenbahnen dienen dem öffentlichen Verkehr, wenn sie nach ihrer Zweckbestimmung jedermann zur Personen- oder Güterbeförderung benutzen kann.

beförderten Personen. Um eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen von 1997 zu ermöglichen, wurden die Umsteiger dort entsprechend gezählt.

Die im Personenverkehr erbrachte Verkehrsleistung ging dabei um 2,2% auf 62,64 Mrd. Personenkilometer (Pkm) zurück, davon entfielen 30,41 Mrd. Pkm (-1,9%) auf den Fernverkehr und 32,23 Mrd. Pkm (-2,5%) auf den Nahverkehr.

Schaubild 1



## 2 Güterverkehr

Der über Jahre zu beobachtende rückläufige Trend im Eisenbahngüterverkehr setzte sich im Berichtsjahr 1998 weiter fort. Mit insgesamt 308,6 Mill. t lag die transportierte Gütermenge um 3,9% unter dem Ergebnis des Jahres 1997. Dabei waren die Güter des Montanbereichs die Hauptverursacher der Verkehrsverluste, weil die Transportaufträge aus diesem Sektor konjunkturbedingt zurückgingen.

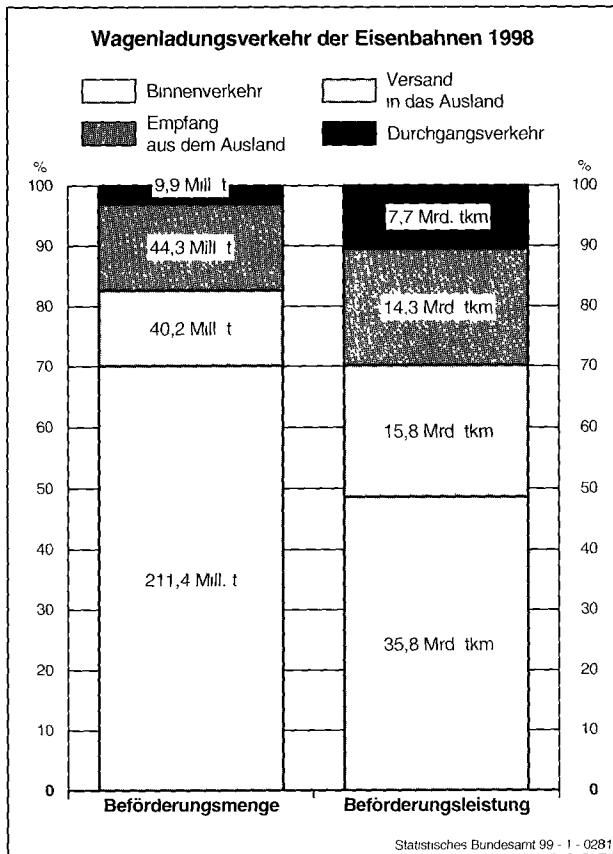
### 2.1 Wagenladungsverkehr nach Hauptverkehrsbeziehungen

Der weitaus größte Teil der Bahntransporte entfällt auf den frachtpflichtigen Wagenladungsverkehr. Dieser nahm von 1997 auf 1998 um 3,3% auf 305,7 Mill. t ab. Die bei diesen Transporten erbrachten Beförderungsleistungen stiegen jedoch um 1,2% und erreichten 73,56 Mrd. Tonnenkilometer (tkm).

Von den Gütern des frachtpflichtigen Verkehrs sind 211,4 Mill. t (-6,4%) im Binnenverkehr, also zwischen deutschen Be- und Entladeorten, befördert worden, die tonnenkilometrische Leistung fiel dabei um 3,2% auf 35,76 Mrd. tkm.



Schaubild 2



Im grenzüberschreitenden Verkehr stieg der Versand um 5,4%; insgesamt wurden 40,2 Mill. t in das Ausland transportiert. Der Empfang aus dem Ausland wuchs um 3,1% auf 44,3 Mill. t. Am stärksten stieg der Durchgangsverkehr durch das Bundesgebiet von Ausland zu Ausland mit 7,1%, hier wurden 9,9 Mill. t Güter transportiert.

Damit hat sich der Anteil des internationalen Eisenbahnverkehrs auf dem deutschen Netz seit 1991 bei der beförderten Tonnage von 22 auf 31% erhöht. Der Anteil an der

tonnenkilometrischen Leistung erreichte durch die im Vergleich zum Binnenverkehr meistens größeren Transportweiten 1998 sogar einen Anteil von 51% an der tkm-Gesamtleistung.

## 2.2 Wagenladungsverkehr nach Güterarten

Wie bereits erwähnt, mußten die Eisenbahnen die absolut größten Verkehrsverluste im Montangüterbereich hinnehmen, da in diesem Bereich die Transportnachfrage insgesamt stark abgenommen hat. Am größten war dieses Minus mit 6,7% bei den Kohletransporten. Die beförderte Menge sank auf 60,5 Mill. t. Bei den Transporten von „Eisen, Stahl und NE-Metallen“ fiel die Menge um 3,5 Mill. t (-6,1%) auf 54,7 Mill. t und bei „Erzen und Metallabfällen“ um 0,7 Mill. t (-2,1%) auf 33,2 Mill. t.

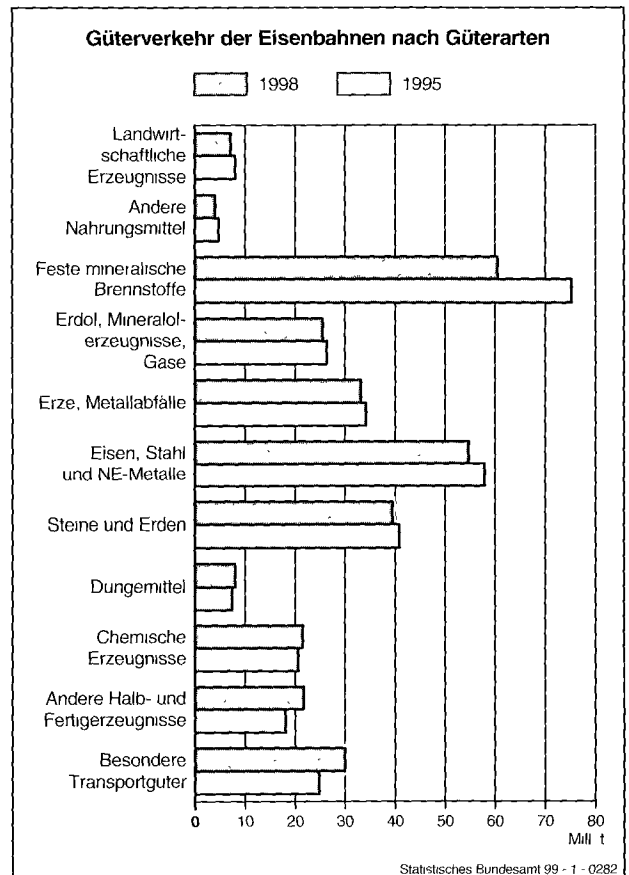
Neben diesen Verlusten mußten auch bei den Beförderungen von Mineralerzeugnissen Transportrückgänge von 3,3% auf 25,6 Mill. t hingenommen werden; diese waren größtenteils durch neue Raffineriekapazitäten in Sachsen-Anhalt bedingt, da das Rohöl dorthin durch Rohrfernleitungen gepumpt wurde und die Beförderung von Mineralerzeugnissen in diese Region bei den Eisenbahnen wegfiel.

Verkehrsgewinne wurden dagegen bei den „Landwirtschaftlichen Erzeugnissen“ (+8,1% auf 7,1 Mill. t), den „Anderen Nahrungsmitteln“ (+2,5% auf 4,0 Mill. t) und den „Düngemitteln“ (+0,8% auf 8,0 Mill. t), vor allem aber bei den „Chemischen Erzeugnissen“ (+2,8% auf 21,5 Mill. t)

Tabelle 2 Güterverkehr der Eisenbahnen

Gegenstand der Nachweisung	1990	1997	1998	1998 gegenüber 1997
Beförderungsmenge Mill. t				
Insgesamt	541,1	321,6	308,6	- 3,9
Wagenladungsverkehr	520,5	316,0	305,7	- 3,3
Binnenverkehr		225,7	211,4	- 6,1
Versand in das Ausland		36,1	40,2	+ 5,4
Empfang aus dem Ausland		43,0	44,3	+ 3,1
Durchgangsverkehr		9,2	9,9	+ 7,1
Stückgutverkehr	4,0	0,6	-	-
Dienstgutverkehr	16,5	4,9	2,9	- 41,4
Beförderungsleistung Mrd. tkm				
Insgesamt		73,76	74,05	+ 0,4
Wagenladungsverkehr		72,70	73,56	+ 1,2
Binnenverkehr		36,96	35,76	- 3,2
Versand in das Ausland		14,99	15,79	+ 5,3
Empfang aus dem Ausland		13,58	14,32	+ 5,5
Durchgangsverkehr		7,17	7,69	+ 7,2
Dienstgutverkehr		1,06	0,49	- 53,7

Schaubild 3



und den „Anderen Halb- und Fertigerzeugnissen“ (+ 13,9% auf 21,7 Mill. t) registriert

Im Gegensatz zu den Vorjahren konnte die Bahn bei den „Besonderen Transportgütern“<sup>2)</sup> keinen Verkehrsgewinn mehr erzielen; mit einem Minus von 1,4 Mill. t oder 4,5% wurden insgesamt 30,0 Mill. t von dieser Güterkategorie befördert, wobei ein großer Teil dieser Beförderungsmenge auf Transporte des kombinierten Verkehrs<sup>3)</sup> entfällt

Tabelle 3. Frachtpflichtiger Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen nach Güterabteilungen

Güterabteilungen	1990	1995	1997	1998	1998 gegenüber 1997
	Mill. t				%
Insgesamt	520,5	318,2	316,0	305,7	- 3,3
Landwirtschaftliche Erzeugnisse		8,0	6,6	7,1	+ 8,1
Anderer Nahrungsmittel		4,7	3,9	4,0	+ 2,5
Feste mineralische Brennstoffe		75,2	64,8	60,5	- 6,7
Erdöl, Mineralerzeugnisse, Gase		26,4	26,5	25,6	- 3,3
Erze, Metallabfälle		34,2	33,9	33,2	- 2,1
Eisen, Stahl und NE-Metalle		57,9	58,2	54,7	- 6,1
Steine und Erden		40,8	42,9	39,5	- 8,0
Düngemittel		7,4	7,9	8,0	+ 0,8
Chemische Erzeugnisse		20,6	20,9	21,5	+ 2,8
Anderer Halb- und Fertigerzeugnisse		18,1	19,0	21,7	+ 13,9
Besondere Transportgüter		24,8	31,4	30,0	- 4,5

### 2.3 Wagenladungsverkehr nach Bundesländern

Durchleuchtet man den Güterverkehr der Eisenbahnen nach Bundesländern, so stellt man fest, daß 38% des Ladungsaufkommens innerhalb der Landesgrenzen der einzelnen Bundesländer sowohl ein- als auch ausgeladen wurden. Damit zeigt sich, daß die Eisenbahn, ähnlich wie beim Personenverkehr, auch im Güterverkehr in hohem Umfang über relativ kurze Entfernungen genutzt wird

<sup>2)</sup> Transportgüter, die nach ihrer Art nicht einzugruppiert sind

<sup>3)</sup> Beförderung von Containern und Wechselbehältern sowie „Rollende Landstraße“

Tabelle 4. Frachtpflichtiger Wagenladungsverkehr der Eisenbahnen nach Ländern und Hauptverkehrsbeziehungen im Jahr 1998

Land	Verkehr innerhalb des Bundeslandes <sup>1)</sup>	1000 t		Ausland	
		Versand in das übrige/n Bundesgebiet	Empfang aus dem übrige/n Bundesgebiet	Versand in das Ausland	Empfang aus dem Ausland
Deutschland	116 606	94 801	94 801	40 165	44 271
Baden-Württemberg	4 900	4 726	9 133	4 614	4 361
Bayern	9 182	5 373	8 834	5 776	9 281
Berlin	502	1 838	4 802	101	892
Brandenburg	3 461	6 747	8 485	2 621	3 578
Bremen	195	2 374	5 417	1 408	1 257
Hamburg	134	12 249	6 982	1 763	1 599
Hessen	1 687	4 846	4 499	1 969	1 435
Mecklenburg-Vorpommern	763	2 880	2 186	670	482
Niedersachsen	8 253	8 621	14 881	3 022	1 765
Nordrhein-Westfalen	67 964	19 514	9 169	8 186	9 251
Rheinland-Pfalz	745	2 935	3 096	2 742	1 134
Saarland	10 262	3 441	2 182	1 216	3 769
Sachsen	1 432	4 671	5 605	2 295	3 393
Sachsen-Anhalt	6 212	10 965	3 415	1 480	753
Schleswig-Holstein	371	1 570	2 373	1 301	579
Thüringen	643	2 051	3 740	1 000	741

<sup>1)</sup> Versand = Empfang

Rund ein Drittel aller Güter wurde zwischen den Bundesländern transportiert, während 13% in das Ausland versandt wurden und 14% der gesamten Tonnage aus dem Ausland in Deutschland empfangen wurden

Ein besonders hohes Transportaufkommen innerhalb von Landesgrenzen zeigte sich bei den Ländern mit bedeutenden Kohle- und Stahlstandorten. So wurden zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen mit 67,9 Mill. t rund 60% des gesamten Eisenbahngüteraufkommens innerhalb des Landes befördert; bei „festen mineralischen Brennstoffen“ (27,6 Mill. t) und „Erzen und Metallabfällen“ (8,9 Mill. t) entfielen sogar 86% auf Transporte innerhalb der Landesgrenzen. Im Saarland wurde mit 10,3 Mill. t rund die Hälfte aller Güter innerhalb der Landesgrenzen transportiert

### 2.4 Container- und Huckepackverkehr

Wie bereits in den vergangenen Jahren meldeten die Eisenbahnen im Rahmen des kombinierten Verkehrs den Transport von Großcontainern und Wechselbehältern in Form einer zusammengefaßten Position, nach Jahren des kontinuierlichen Zuwachses konnte dieser zukunftsgerichtete Beförderungszweig bei den Eisenbahnen nur ein stagnierendes Aufkommen vorweisen, mit 1,9 Mill. beladenen Einheiten, die mit 24,1 Mill. t Gütern beladen waren, und 0,8 Mill. leeren Ladeeinheiten blieben die Zahlen im Vergleich zum Vorjahr annähernd unverändert. Die früher übliche Unterscheidung zwischen Großcontainern und Wechselbehältern kann nach Auskunft der Deutschen Bahn AG nicht mehr vorgenommen werden, da sich die „Seecontainer“ einerseits und die für den Landtransport üblichen „Wechselbehälter“ andererseits sowohl vom äußeren Erscheinungsbild als auch von der Ladetechnik im Bahntransport kaum mehr unterscheiden. Zusätzlich werden im internationalen Verkehr bei der Übergabe der Transporte an die Deutsche Bahn AG von den Nachbarbahnen diese Behälter ohne entsprechende Unterscheidungsmerkmale gemeldet, so daß der auskunftgebenden Deutschen Bahn AG über diesen Teil des kombinierten Verkehrs keine unterscheidbaren Daten vorliegen.

Im „Huckepackverkehr“ konnte im Jahr 1998 mit 355 700 (+ 3,8%) mit Ladung beförderten Lastkraftfahrzeugen und Sattelanhängern noch ein Mengen-Plus verbucht werden, bei einer Tonnage von 7,6 Mill. t Gütern ergab sich hier ein Zuwachs von 7,5%, während beim Transport von leeren Fahrzeugen mit 11 700 beförderten Einheiten hohe Rückgänge registriert wurden (- 39%). Diese Einbußen bei den Leerfahrten sind zum Teil auf die Öffnung des schweizerischen Straßennetzes für schwere Lastkraftwagen (bis 40 t anstatt bisher bis 28 t Gesamtgewicht) zurückzuführen.

### 3 Unternehmen

Aus erhebungstechnischen Gründen können die in den folgenden Abschnitten wiedergegebenen Ergebnisse teilweise nicht für das Berichtsjahr 1998, sondern nur für das Jahr 1997 dargestellt werden.<sup>4)</sup>

<sup>4)</sup> Die Ergebnisse der Unternehmensstatistik liegen als Jahresstatistik für 1998 erst zu einem späteren Zeitpunkt vor

Im Jahr 1997 gab es in Deutschland 115 Eisenbahnunternehmen, die überwiegend ihren Unternehmenssitz in den alten Bundesländern hatten

### 3.1 Einnahmen

Die Eisenbahnunternehmen erzielten im Jahr 1998 insgesamt 15,73 Mrd. DM an Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr (-4,3% gegenüber 1997); in diesem Betrag sind neben den Einnahmen aus dem Fahrkartenerwerb noch die Ausgleichszahlungen des Bundes<sup>5)</sup> enthalten. Die im Jahr 1998 im Rahmen der Neuordnung des Eisenbahnwesens für den Schienenpersonennahverkehr nach einem Verteilungsschlüssel über die Bundesländer zugewiesenen Bundesleistungen in Höhe von rund 7,8 Mrd. DM sind dagegen in den nachgewiesenen Einnahmen nicht enthalten.

Tabelle 5 Einnahmen der Eisenbahnen aus dem Schienenverkehr<sup>1)</sup>

Gegenstand der Nachweisung	1995	1997	1998	1998 gegenüber 1997
	Mrd. DM			%
Insgesamt	16 567	16 434	15 731	- 4,3
Personenverkehr <sup>2)</sup>	8 895	9 496	9 255	- 2,5
Güterverkehr <sup>3)</sup>	7 671	6 938	6 477	- 6,6

<sup>1)</sup> Ohne Umsatzsteuer - <sup>2)</sup> Einschl. Gepäckverkehr - <sup>3)</sup> Einschl. Expresgutverkehr

Von 1997 auf 1998 gingen die Einnahmen im Personenverkehr um 2,5% auf 9,26 Mrd. DM und im Güterverkehr um 6,6% auf 6,48 Mrd. DM zurück

### 3.2 Beschäftigte

Der seit Jahren bei den Eisenbahnunternehmen zu beobachtende Personalabbau setzte sich auch 1997 fort. Zum Jahresende 1997 beschäftigten die Eisenbahnunternehmen noch 256 596 Personen; das sind 21 529 Personen (-7,7%) weniger als 1996; im Personalbestand der Eisenbahnen enthalten sind die Beamten der ehemaligen Deutschen Bundesbahn/Deutschen Reichsbahn, die im Wege der Dienstleistungsüberlassung der Deutschen Bahn AG zur Verfügung gestellt wurden. Der Personalbestand der Eisenbahnunternehmen hat sich damit seit 1990 halbiert. Bei diesem Beschäftigtenrückgang muß aber berücksichtigt werden, daß er zum Teil auf Ausgründungen zurückzuführen ist. Bisherige Beschäftigte werden in rechtlich selbständigen Tochterunternehmen weiterbeschäftigt, die oftmals selbst keine Eisenbahnunternehmen sind (z. B. Paketdienste, Verlager, Reparatur- und Serviceunternehmen, Reinigungsunternehmen usw.).

### 3.3 Fahrzeugbestand

Zum Jahresende 1997 standen den Eisenbahnunternehmen des öffentlichen Verkehrs 3 770 Elektrolokomotiven und 5 314 Diesellokomotiven (einschl. Lokomotiven anderer Antriebsarten) zur Verfügung, das waren 72 Elektrolokomotiven (+1,9%) mehr und 285 Diesellokomotiven (-5,1%) weniger als Ende 1996.

<sup>5)</sup> Z. B. Zahlungen für die Beförderung von Schwerbehinderten

Die Maschinenleistung der Elektrolokomotiven betrug insgesamt 15,1 Mill. kW und durchschnittlich 4 014 kW je Elektrolokomotive. Die in den Diesellokomotiven installierte Leistung erreichte insgesamt 4,3 Mill. kW und lag je Einheit bei durchschnittlich 804 kW Maschinenleistung.

Bei den elektrischen Triebwagen nahm die Zahl der Einheiten um 286 auf 3 052 zu, der Bestand der Dieseltriebwagen stieg um 146 auf 1 221 Einheiten.

Tabelle 6. Fahrzeugbestand der Eisenbahnen<sup>1)</sup>

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1995	1996	1997
Einsatzbestand an Lokomotiven					
Insgesamt	Anzahl	12 263	9 458	9 237	9 084
Elektrische Lokomotiven	Anzahl	3 867	3 583	3 698	3 770
Diesellokomotiven <sup>2)</sup>	Anzahl	8 396	5 875	5 599	5 314
Maschinenleistung					
Elektrische Lokomotiven	1 000 kW	-	14 078	14 867	15 132
Diesellokomotiven <sup>2)</sup>	1 000 kW	-	4 468	4 330	4 271
Fahrzeuge für die Personenbeförderung und Gepäckwagen					
Insgesamt	Anzahl	23 920	20 058	19 452	20 646
Elektrische Triebwagen	Anzahl	2 461	2 880	2 766	3 052
Dieseltriebwagen <sup>3)</sup>	Anzahl	783	1 031	1 075	1 221
Reisezugwagen	Anzahl	19 235	14 791	14 228	14 137
Steuer- und Bewagen	Anzahl	1 441	1 356	1 383	2 236
Sitzplätze insgesamt	1 000	1 681	1 382	1 397	1 483
Gepäckwagen	Anzahl	2 232	419	373	559
Güterwagen					
Insgesamt	Anzahl	426 008	256 041	238 881	216 912
Eigentumsbestand	Anzahl	367 592	178 493	167 267	150 649
Gedeckte Güterwagen	Anzahl	125 521	62 463	52 344	42 706
Offene Güterwagen	Anzahl	130 461	60 004	53 556	49 034
Flache Güterwagen	Anzahl	80 813	53 298	58 735	56 303
Sonstige Güterwagen	Anzahl	-	2 728	2 632	2 606
Dienstgüterwagen	Anzahl	6 318	5 222	2 452	1 253
Privatbestand	Anzahl	52 098	77 548	71 614	66 263
Gedeckte Güterwagen	Anzahl	8 706	10 083	10 442	10 436
Offene Güterwagen	Anzahl	1 470	2 841	3 161	3 323
Flache Güterwagen	Anzahl	3 030	10 528	6 970	6 588
Sonstige Güterwagen	Anzahl	38 892	54 096	51 041	45 916
Ladekapazität insgesamt	1 000 t	15 741	-	-	-
Eigentumsbestand	1 000 t	13 165	7 099	6 070	5 981
Privatbestand	1 000 t	2 400	-	-	-
Dienstgüterwagen	1 000 t	176	205	99	43

<sup>1)</sup> Stand am Jahresende - <sup>2)</sup> Einschl. Fahrzeugen anderer Antriebsarten

Die Zahl der Fahrzeuge zur Personenbeförderung lag am Ende des Jahres 1997 mit 20 646 Einheiten um 1 194 Wagen (+6,1%) höher als im Jahr zuvor; die Zahl der darin installierten Sitzplätze nahm gleichzeitig um 86 000 auf 1 483 000 zu (+6,2%).

Für die Güterbeförderung standen den Eisenbahnunternehmen 1997 in Deutschland insgesamt 216 900 Güterwagen zur Verfügung, das waren 22 000 Einheiten oder 9,2% weniger als im Vorjahr.

Von diesen Güterwagen waren 150 600 im Eigentumsbestand der Eisenbahnen (-10%) und 66 300 als Privatgüterwagen<sup>6)</sup> bei den Eisenbahnunternehmen eingestellt (-7,5%). Die Güterwagen im Eigentumsbestand der Eisenbahnen hatten eine durchschnittliche Ladekapazität von 39,7 t, da der entsprechende Wert für die Ladekapazität der bei den Eisenbahnen eingestellten Privatgüterwagen nicht bekannt ist, kann die Gesamtladekapazität der bei den

<sup>6)</sup> Güterwagen, die nicht den Eisenbahnunternehmen gehören, aber in ihren Wagenpark eingestellt sind

deutschen Eisenbahnen eingesetzten Güterwagen nicht angegeben werden

### 3.4 Schienennetz

Zum Jahresende 1997 hatte das Schienennetz der Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs eine Betriebsstreckenlänge von insgesamt 42 168 km und war damit, vor allem bedingt durch die Aufgabe von Nebenstrecken, um 2 291 km kürzer als im Vorjahr. Die Länge der elektrifizierten Strecken, auf denen der größte Teil der Eisenbahnleistungen erbracht wird, stieg dagegen im gleichen Zeitraum um 233 km auf 19 153 km.

Tabelle 7: Unternehmen und feste Betriebseinrichtungen der Eisenbahnen<sup>1)</sup>

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1990	1995	1996	1997
Unternehmen insgesamt	Anzahl	105	103	102	115
Eigentumsstreckenlänge	km	44 122	46 756	46 300	44 823
Betriebsstreckenlänge	km	44 001	45 118	44 459	42 168
darunter					
elektrifiziert	km	16 120	18 551	18 920	19 153
eingleisig	km	3 216	4 074	4 024	4 242
mehrgleisig	km	12 904	14 477	14 896	14 911
Gesamtgleislänge	km	90 760	80 297	87 207	84 166
dar elektrifiziert	km	41 847			35 655
Bahnhöfe	Anzahl	5 828	5 768	5 640	5 620
Gleisanschlüsse	Anzahl	15 653	12 380	10 518	8 736
Hohengleiche Bahnübergänge	Anzahl	37 029	34 759	32 378	40 290
dar mit Schranken	Anzahl	15 606	15 218	13 916	13 639

<sup>1)</sup> Stand am Jahresende

## 4 Unfälle

Auf dem von Eisenbahnen des öffentlichen Verkehrs betriebenen Netz ereigneten sich im Jahr 1997 insgesamt 1 013 Bahnbetriebsunfälle, bei denen Personenschaden registriert wurde; 275 Personen fanden dabei den Tod und 1 082 wurden verletzt.<sup>7)</sup> Damit bewegt sich sowohl die Zahl der Unfälle als auch die Zahl der Getöteten und Verletzten seit Jahren in der gleichen Größenordnung.

Mit 150 Getöteten im Eisenbahnverkehr wurden mehr als die Hälfte aller Todesopfer in der Kategorie der sogenannten persönlichen Unfälle von Reisenden, Bahnbediensteten und Bahnfremden registriert; hier wurden auch die meisten Verletzten, nämlich 412, gezählt

Zu einer Kollision mit Wegbenutzern kam es auf höhen-gleichen Bahnübergängen in 277 Fällen; dabei starben 98 Menschen und 290 wurden verletzt.

Diejenigen Eisenbahnunfälle, an denen überwiegend nur Eisenbahnfahrzeuge beteiligt waren, forderten bei insgesamt 120 Entgleisungen, Zusammenstößen oder dem Aufprallen auf Gegenstände im Jahr 1997 insgesamt 11 Tote und 307 Verletzte.

*Dipl.- Kaufmann Roland Fischer*

<sup>7)</sup> Todesfälle durch Selbstmorde sind in diesen Zahlen nicht enthalten. Nach Angaben der Deutschen Bahn AG nehmen sich im Durchschnitt pro Tag drei bis vier Menschen auf den Bahngleisen das Leben, siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. März 1998

# Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern

## Vorbemerkung

In Deutschland ist allgemein anerkannt, daß das Strafrecht als Gesamtsystem Rechtsgüterschutz bezweckt und das „ethische Minimum“ der Gesellschaft garantieren soll<sup>1)</sup> In diesen Zusammenhang ist auch die im Einzelfall zu verhängende strafrechtliche Sanktion gestellt Sie dient – neben dem Schuldausgleich – auch dem Ziel, die Gesellschaft vor sozialschädlichem Verhalten zu bewahren und (weitere) Straftaten zu verhindern<sup>2)</sup> Neben generalpräventiven Elementen, wie der Stärkung des Rechtsbewußtseins bzw der allgemeinen Abschreckung vor Straftaten, geht es um spezialpräventive Wirkungen in Form der Abschreckung des Einzeltäters vor weiteren Straftaten bzw dessen Resozialisierung Insbesondere der Vollzug von Freiheitsstrafe hat die zentrale Aufgabe, dem Täter zu ermöglichen, „künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen“ (§ 2 Satz 1 Strafvollzugsgesetz)

Demnach kann als Gradmesser für den Erfolg spezialpräventiver Maßnahmen die Rückfälligkeit bzw die Legalbewahrung strafrechtlich sanktionierter Täter gelten

Um diesen Erfolg messen zu können, ist eine differenzierte und aussagekräftige statistische Erfassung der Rückfälligkeit von Straftätern unverzichtbar Die vorhandenen Daten aus den laufenden Rechtspflegestatistiken, die im wesentlichen retrospektiv auf Vorbestraftenanteile abstellen, sind hierfür jedoch nicht ausreichend

In Deutschland wurden in den letzten Jahrzehnten außerhalb der amtlichen Statistik vermehrt Rückfalluntersuchungen durchgeführt, die von einem bestimmten Erfassungszeitraum an prospektiv die Rückfälligkeit weiterverfolgten Die bisherigen Untersuchungen, die allesamt an die Datensammlung des Bundeszentralregisters in Berlin anknüpften, haben bislang aber nur eingeschränkte oder spezifische Aussagen zu einzelnen Ländern, einzelnen Vollzugsanstalten oder bestimmten Sanktionsformen sowie zu verschiedenen Tätergruppen erbracht<sup>3)</sup>

Um die Datensituation über die Rückfälligkeit von Straftätern und zur Bewertung der spezialpräventiven Maßnahmen des Strafrechts zu verbessern, hat das Statistische Bundesamt im Auftrag des Bundesministeriums der Justiz eine Sondererhebung nach § 7 Absatz 1 Bundesstatistikgesetz durchführen lassen, mit der erstmals ein allgemei-

nes, systematisches Bild über die Rückfälligkeit nach Freiheitsstrafe und anderen Sanktionen gewonnen werden soll Der vorliegende Beitrag skizziert das Konzept dieser Rückfallstatistik, beschreibt den Stand der Erhebung und deutet erste Tendenzen an. Einleitend werden die vorliegenden Informationen über die Rückfälligkeit von Straftätern aus den laufenden amtlichen Rechtspflegestatistiken sowie – stellvertretend für bisherige prospektive Rückfalluntersuchungen – die Rückfallstatistik vorgestellt, die bis 1990 vom Bundeszentralregister in Berlin durchgeführt wurde

## 1 Rückfallstatistische Informationen im bestehenden System der amtlichen Rechtspflegestatistiken

Im derzeitigen System der amtlichen Rechtspflegestatistiken stehen einige globale Eckzahlen zur Rückfälligkeit von Straftätern aus drei Erhebungen – der Strafverfolgungsstatistik, der Strafvollzugsstatistik und der Bewährungshilfestatistik – zur Verfügung Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstatistik stellen dabei auf Vorbestraftenanteile ab und beleuchten die Rückfälligkeit retrospektiv. Die Bewährungshilfestatistik liefert ergänzend auch Angaben über Personen, bei denen die Strafaussetzung zur Bewährung – meist wohl wegen erneuter Straftaten – widerrufen wurde.

Mit den Ergebnissen der Strafverfolgungs- und der Strafvollzugsstatistik kann der Anteil der Verurteilten bzw der Strafgefangenen beziffert werden, die bereits eine frühere Verurteilung aufweisen. Der Vorbestraftenanteil darf aber nicht mit der einer empirisch nachgewiesenen Rückfälligkeit von strafrechtlich sanktionierten Personen oder gar mit einer allgemeinen Rückfallwahrscheinlichkeit verwechselt werden

Die tatsächliche Rückfälligkeit kann nur beziffert werden, wenn – ausgehend von einer ersten strafrechtlichen Sanktion – über einen bestimmten Zeitraum Rückfälligkeit und Legalbewahrung aller strafrechtlich sanktionierten Personen beobachtet wurden. Die retrospektiv angelegten Statistiken zur Strafverfolgung und zum Strafvollzug bilden dagegen nur den „negativen“ Bereich der Rückfälligkeit ab.

### 1.1 Strafverfolgungsstatistik

Nach den Ergebnissen der Strafverfolgungsstatistik waren 1997 insgesamt 47% der im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost) verurteilten Personen (353 400 von 758 600) mindestens einmal vorbestraft; 16% der Verurteilten (119 300) hatten bereits fünf und mehr Vorstrafen aufzuweisen<sup>4)</sup>

Dabei war der Anteil der mindestens einmal Vorbestraften bei den Personen, die 1997 wegen Raubdelikten verurteilt

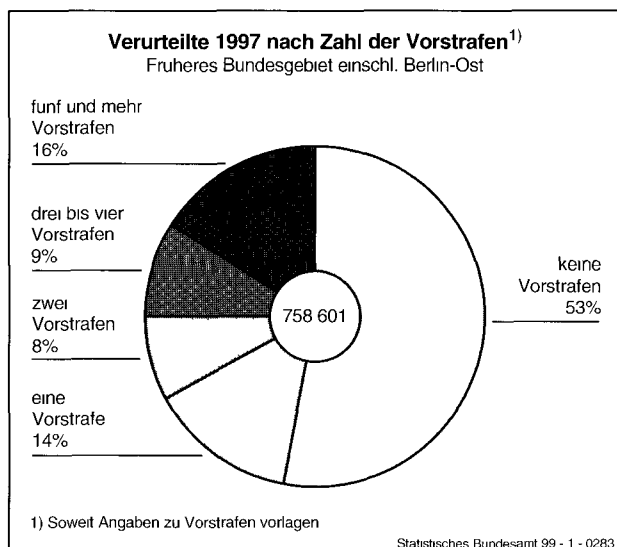
<sup>1)</sup> Siehe Roxin, C. „Strafrecht Allgemeiner Teil“, 3. Auflage, Berlin u. a. 1995, S. 36 ff.

<sup>2)</sup> Der Bundesgerichtshof hat zur Berücksichtigung der präventiven Zwecke innerhalb der schuldangemessenen Strafzumessung die sog. Schuldrahmentheorie entwickelt, siehe Schäfer, G. „Praxis der Strafzumessung“, 2. Auflage, München 1995.

<sup>3)</sup> Siehe Kerner, H.-J./Wirth, W. „Legalbewahrung im Spiegel kriminologischer Evaluationsforschung“ in Kerner/Dolde/Mey (Hrsg.) „Jugendstrafvollzug und Bewahrung“, Bonn 1996, S. 1 ff.

<sup>4)</sup> Die Anteile beziehen sich auf die Verurteilten, für die Angaben über frühere Verurteilungen (das sind vor allem Strafen, aber auch andere strafrechtliche Sanktionen, z. B. Erziehungsmaßregeln und Zuchtmittel nach dem Jugendgerichtsgesetz) vorlagen. Die Vorstrafen werden in der Strafverfolgungsstatistik nicht deliktspezifisch erfaßt. Wieviele Verurteilte einschlagig vorbestraft sind, das heißt bereits früher wegen einer vergleichbaren Straftat verurteilt worden sind, läßt sich aus der Strafverfolgungsstatistik nicht beantworten.

Schaubild 1



wurden, mit 58 % überdurchschnittlich hoch. Unter dem Durchschnitt lag mit 36 % der Vorbestraftenanteil bei den Personen, die 1997 im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost) wegen Straßenverkehrsdelikten verurteilt wurden.

Tabelle 1 Verurteilte nach (der Zahl der) Vorstrafen und Art der Straftat (Früheres Bundesgebiet<sup>1)</sup>)

Jahr Art der Straftat (o. V. = ohne Straftaten im Straßenverkehr)	Verurteilte insgesamt	Darunter mit Angaben zu Vorstrafen	Ohne Vorstrafen	Mindestens eine Vorstrafe	
				Anzahl	%
1980	732 481	698 275	418 437	279 838	40,1
1985	719 924	698 279	372 524	325 755	46,7
1990	692 363	671 029	374 530	296 499	44,2
1995	759 989	740 862	410 395	330 467	44,6
1996	763 690	742 408	402 185	340 223	45,8
1997	780 530	758 601	405 202	353 399	46,6
1997 nach Art der Straftat					
Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung (o. V.) und im Amt	19 932	19 277	9 226	10 051	52,1
Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung	6 105	5 913	3 043	2 870	48,5
Anderer Straftaten gegen die Person (o. V.)	69 236	67 010	31 082	35 928	53,6
Diebstahl und Unterschlagung	170 258	165 122	72 779	92 343	56,9
Raub und Erpressung, rauberscher Angriff auf Kraftfahrer	10 388	9 899	4 180	5 719	57,8
Anderer Vermögensdelikte	134 708	130 910	64 759	66 151	50,5
Gemeingefährliche einschließlich Umweltstraftaten (o. V.)	9 540	9 226	4 262	4 964	53,8
Straftaten im Straßenverkehr	250 219	245 229	157 831	87 398	35,6
Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen	110 144	106 015	58 040	47 975	45,3

<sup>1)</sup> Seit 1995 einschl. Berlin-Ost

Gegenüber 1980, als insgesamt 40 % der Verurteilten mindestens einmal vorbestraft waren, ist der Vorbestraftenanteil um 7 Prozentpunkte angestiegen. Diese zahlenmäßige Entwicklung ist vermutlich auch durch eine geänderte staatsanwaltschaftliche und gerichtliche Erledigungspraxis mit beeinflusst, da heute in stärkerem Umfang als vor zwanzig Jahren Verfahren gegen Ersttäter nach §§ 153, 153a Strafprozeßordnung (StPO) bzw. §§ 45, 47 Jugendgerichtsgesetz (JGG) eingestellt werden. Damit ergibt sich

automatisch in der Strafverfolgungsstatistik ein höherer Anteil von (vorbestraften) Wiederholungstatlern. Aufgrund der Erledigungsziffern aus der Geschäftsstatistik der Staatsanwaltschaften wird angenommen, daß die justitielle Erledigungspraxis den Vorbestraftenanteil bei den Verurteilten beeinflusst. Dieser Einfluß läßt sich allerdings auf der Datengrundlage der Strafverfolgungsstatistik nicht quantifizieren.

## 1.2 Strafvollzugsstatistik

Die Freiheits- bzw. die Jugendstrafe sind die schwersten Sanktionen des Strafrechts. Sie werden insbesondere bei schweren und/oder wiederholten Straftaten verhängt. Unter den Strafgefangenen ist daher der Vorbestraftenanteil höher als unter den Verurteilten. Von den 51 600 Strafgefangenen, die am 31. März 1997 eine Haftstrafe in einem deutschen Gefängnis verbüßten, waren 61 % vorbestraft. Mit 51 % gut die Hälfte der Strafgefangenen war bereits vorher zu einer freiheitsentziehenden Strafe verurteilt worden. Bei 40 % der Strafgefangenen, die am 31. März 1997 in einer Strafanstalt einsaßen, insgesamt bzw. bei 66 % der vorbestraften Strafgefangenen war bereits vorher eine freiheitsentziehende Strafe vollstreckt worden, diese saßen zum wiederholten Male im Gefängnis ein. Allerdings dürften all diese Angaben deutlich unter der tatsächlichen Vorbelastung der Gefangenen liegen. Aufgrund der spezifischen Erhebung der Daten durch die Vollzugsbehörde bei Haftbeginn (zum Teil nur mittels Befragung der Gefangenen) kommt es zu einer Untererfassung, wie ein Vergleich mit empirischen Studien zeigt <sup>5)</sup>

Tabelle 2 Strafgefangene und Sicherungsverwahrte am 31. März 1997 nach Art des Vollzugs, Art der Vorstrafen und Wiedereinlieferungsabstand

Art der Vorstrafen	Wiedereinlieferungsabstand	Insgesamt	Nach Art des Vollzugs		
			Freiheitsstrafe	Jugendstrafe	Sicherungsverwahrung
Deutschland					
Strafgefangene und Sicherungsverwahrte insgesamt		51 642	45 718	5 724	200
ohne Vorstrafe		20 318	16 373	3 934	11
mit (mindestens einer) Vorstrafe		31 324	29 345	1 790	189
Anteil der Strafgefangenen und Sicherungsverwahrten mit (mindestens einer) Vorstrafe in %		60,7	64,2	31,3	94,5
Art der Vorstrafen					
Nur Geldstrafe		5 011	4 893	118	-
Nur Jugendstrafe		3 084	1 565	1 515	4
Nur Freiheitsstrafe		5 631	5 573	30	28
Strafenverbindungen mit freiheitsentziehenden Strafen		17 598	17 314	127	157
Wiedereinlieferungsabstand					
Die Wiedereinlieferung in die Strafanstalt zur Verbüßung der aktuellen Strafe erfolgte im Jahr nach der (letzten) Entlassung					
Insgesamt		20 789	19 767	837	185
1 Jahr		6 354	5 746	520	88
2 Jahr		4 183	3 923	213	47
3 bis 5 Jahr		5 829	5 690	99	40
6 Jahr und später		4 423	4 408	5	10

Insgesamt 23 % aller Strafgefangenen bzw. 38 % der vorbestraften Strafgefangenen (11 900) hatten 1997 bereits fünf und mehr Vorstrafen aufzuweisen. Ein direkter Ver-

<sup>5)</sup> Siehe Jehle, J.-M. „Aussagemöglichkeiten und Vorschläge zur Verbesserung der sog. Rückfallstatistik“ in Jehle, J.-M. (Hrsg.) „Datensammlungen und Akten in der Strafrechtspraxis“, Wiesbaden 1989, S. 245 ff.

gleich mit den Zahlen der Strafverfolgungsstatistik ist – wegen der unterschiedlichen Anlage der Strafvollzugsstatistik als Stichtagsstatistik – nicht möglich.

Die Strafvollzugsstatistik bildet vor allem schwere und wiederholte Formen von Kriminalität ab. Die vorgestellten Zahlen illustrieren kriminelle Karrieren von Personen, die über Jahre hinweg wiederholt straffällig (und in den jährlich erstellten Statistiken zu Strafverfolgung und Strafvollzug erfaßt) wurden. Dagegen kann der Bereich der einmaligen Delinquenz in diesen Statistiken aus den genannten methodischen Gründen nicht adäquat dargestellt werden.

### 1.3 Bewährungshilfestatistik

Die amtliche Bewährungshilfestatistik unterscheidet die in einem Berichtsjahr beendeten Unterstellungen unter Bewährungshilfe danach, ob diese durch Bewährung oder durch Widerruf der Strafaussetzung, insbesondere nach weiteren Straftaten, abgeschlossen wurden. Im Gegensatz zur Strafverfolgungs- und Strafvollzugsstatistik liefert die Bewährungshilfestatistik damit auch prospektiv Angaben zu Personen, die nach einer bestimmten strafrechtlichen Sanktion zumindest in der Bewährungszeit nicht erneut erheblich straffällig wurden.<sup>6)</sup>

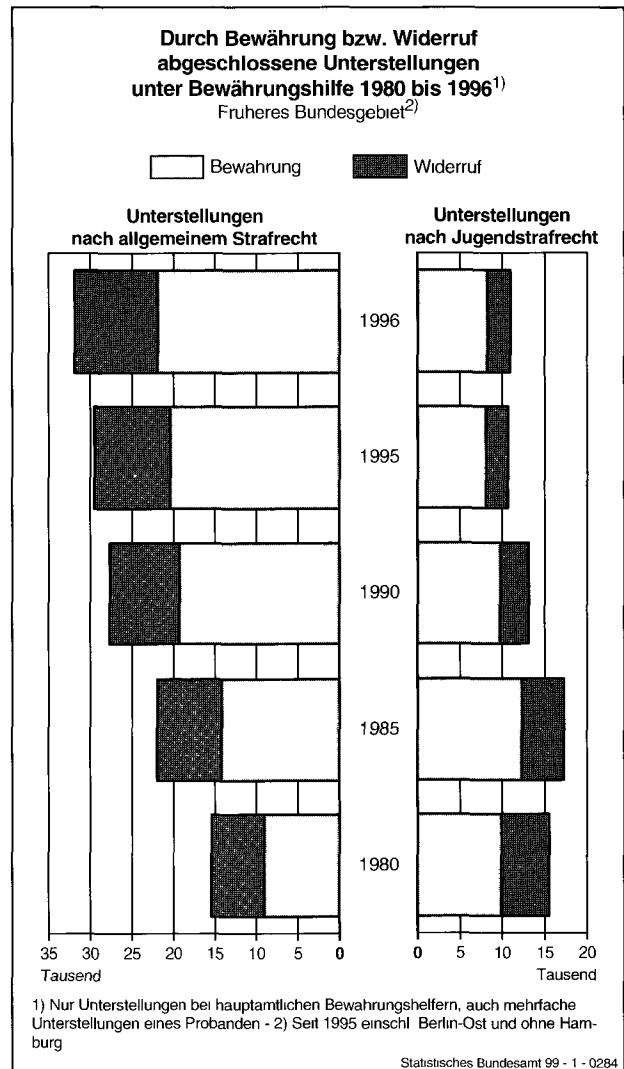
Nach den Ergebnissen der Bewährungshilfestatistik 1996 wurden gut 70 % der insgesamt 42 900 Unterstellungen im früheren Bundesgebiet (einschl. Berlin-Ost) ohne Bewährungswiderruf abgeschlossen. Dabei lag diese Quote bei den nach Jugendstrafrecht beendeten Unterstellungen mit 75 % über der entsprechenden Quote für die nach allgemeinem Strafrecht beendeten Unterstellungen (69 %).

Die Ergebnisse der Bewährungshilfestatistik gelten allerdings nur für den eng begrenzten Kreis der strafrechtlich sanktionierten Personen, die zu Freiheitsentzug auf Bewährung verurteilt wurden. Aussagen zur Rückfälligkeit von Personen mit Freiheitsstrafe ohne Strafaussetzung, Geldstrafe oder Maßnahmen nach dem Jugendgerichtsgesetz können auf Grundlage der Bewährungshilfestatistik nicht getroffen werden.

Selbst Strafaussetzungen zur Bewährung werden in der Bewährungshilfestatistik nur insoweit abgedeckt, wie die Verurteilten einem hauptamtlichen Bewährungshelfer unterstellt wurden. Zwar werden in der Regel alle jungen Menschen, deren Jugendstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, einem Bewährungshelfer unterstellt. Ein Erwachsener, dessen Freiheitsstrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde, wird dagegen nur dann einem Bewährungshelfer unterstellt, „wenn dies angezeigt ist, um ihn von Straftaten abzuhalten“<sup>7)</sup>. Eine Unterstellung unter Bewährungshilfe nach allgemeinem Strafrecht erfolgt demnach vor allem dann, wenn die Prognose über das zukünftige rechtskonforme Sozialverhalten, die das Gericht vor Aussetzung

<sup>6)</sup> In der Bewährungshilfestatistik wird nicht die erneute Straffälligkeit als solche erfaßt, sondern nur der Widerruf der Bewährung, der nicht bei jeder neuen Straftat zwingend ist. Auch können hinter den Fällen, in denen die Bewährung „aus anderen Gründen“ beendet wird, durchaus auch Mißerfolge stehen. Deshalb können die Ergebnisse der Bewährungshilfestatistik nicht als exaktes Maß für die Legalbewährung gelten.  
<sup>7)</sup> § 56d Abs. 1 Strafgesetzbuch i d F. der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 945, ber. S. 1160).

Schaubild 2



einer freiheitsentziehenden Strafe zur Bewahrung stellen muß, weniger günstig ausfällt

Unterstellungen unter ehrenamtliche Bewahrungshelfer sind in die Bewahrungshilfestatistik nicht einbezogen.

## 2 Rückfalldaten des Bundeszentralregisters bis 1990

Um repräsentative und systematische Aussagen über die Rückfälligkeit nach strafrechtlichen Sanktionen treffen zu können, bedarf es einer Datensammlung, in der zu allen strafrechtlich sanktionierten Personen Informationen darüber verfügbar sind, ob diese in einem bestimmten Zeitraum erneut straffällig wurden. Eine solche Datensammlung stellt das Bundeszentralregister (BZR) dar, das von der Generalbundesanwaltschaft beim Bundesgerichtshof geführt wird.

Das BZR dient insbesondere der Strafverfolgungstätigkeit der Justiz. In das BZR werden Verurteilungen (mit Tatzeit, Art der Straftat und Art der Entscheidung) und darauf bezogene spätere Entscheidungen, wie der Widerruf einer Strafaussetzung zur Bewahrung oder die Aufhebung einer Unterstellung nach erfolgreicher Bewahrungszeit, einge-

tragen. Die im Bundeszentralregister verfügbaren Informationen, beispielsweise über Vorstrafen, sind für die Gerichte eine wichtige Entscheidungsgrundlage zur Strafzumessung. Die Eintragungen des Bundeszentralregisters werden außerdem in die sogenannten Polizeilichen Führungszeugnisse übernommen.

Da die personenbezogenen Eintragungen im BZR für einen durch gesetzliche Tilgungsvorschriften festgesetzten Mindestzeitraum von (in der Regel) fünf Jahren bestehen bleiben, läßt sich für diesen Zeitraum individuell Rückfälligkeit darstellen. Die zusätzlich erfaßten persönlichen Merkmale der Verurteilten erlauben zudem differenzierte Aussagen beispielsweise für einzelne Altersgruppen.

In den Jahren 1986 bis 1990 hat der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof die im BZR verfügbaren Informationen zur Rückfälligkeit von Straftätern statistisch aufbereitet und kommentiert veröffentlicht. In den Veröffentlichungen zu den jeweiligen Erstellungsjahren der sogenannten Rückfallstatistik wurde für den Zeitraum der letzten 5 Jahre die Legalbewahrung bzw. die Rückfälligkeit von Personen untersucht, bei denen „im 6. Jahr vor dem Erstellungsjahr der Statistik die Vollstreckung einer früher verhängten Strafe (Freiheits- bzw. Jugendstrafe, Strafverurteilung oder Sicherungsverwahrung) erledigt wurde“<sup>8)</sup>. Dabei entspricht die Erledigung der Strafvollstreckung bei vollverbüßten freiheitsentziehenden Strafen der Straffentlassung.

Die 1990 vom Generalbundesanwalt veröffentlichte Rückfallstatistik für das Basisjahr 1984 zeigt, daß 51 % der insgesamt 90 100 zu freiheitsentziehenden Strafen Verurteilten, deren Strafvollstreckung im Jahr 1984 erledigt wurde, im Zeitraum von 5 Jahren, also bis Ende 1989, erneut abgeurteilt wurden. Von den insgesamt 46 100 Rückfalligen wurden 16 200 (35 %) bei der erneuten Aburteilung zu Geldstrafen und 29 700 Personen (65 %) zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Die Rückfallstatistik 1990 zeigte eine starke Abhängigkeit der Rückfallquoten von Alter und Geschlecht der Verurteilten. Frauen und ältere Personen wiesen unterdurchschnittliche Rückfallquoten auf. So wurde bei 40 % der im Basisjahr zu einer freiheitsentziehenden Strafe verurteilten Frauen, dagegen bei 52 % der Männer im Berichtszeitraum eine erneute Verurteilung eingetragen.

Strafhohe und Rückfallquote sind nicht linear voneinander abhängig. Am häufigsten wurden die Personen rückfällig, die im Bezugsjahr 1984 eine ein- bis zweijährige Freiheitsstrafe verbüßt hatten. Unterdurchschnittliche Rückfallquoten ergaben sich sowohl für die zu Freiheitsstrafen von bis zu einem Jahr wie für die zu Freiheitsstrafen von mehr als fünf Jahren Verurteilten.

An den vom Bundeszentralregister erstellten Rückfalldaten wird insbesondere die Beschränkung der jeweiligen Auswahlgesamtheiten auf die Personen mit freiheitsentziehenden Sanktionen kritisiert. Die große Zahl der ambulan-

ten Sanktionen<sup>9)</sup>, darunter vor allem die Geldstrafen, bleibt unberücksichtigt. Im Bereich des Jugendstrafrechts mit seinen differenzierteren Sanktionsmöglichkeiten führt die Beschränkung auf die Jugendstrafe als Bezugsentscheidung zu einer tendenziellen Überzeichnung der Rückfallquote. Ein entscheidender Einwand richtet sich auch gegen die Festlegung, den Meßzeitraum mit dem Vollstreckungsende beginnen zu lassen – mit der Folge, daß alle Rückfälle während der Bewährungszeit bei ausgesetzten Strafen bzw. Strafresten nicht erfaßt werden<sup>10)</sup>. Dieser Mangel war Anlaß, über eine veränderte Rückfallerhebung anhand der BZR-Daten nachzudenken.

### 3 Erhebung nach § 7 BStatG zur Rückfälligkeit von Straftätern

Um den Mangel an allgemeinen und repräsentativen Daten zur Rückfälligkeit insbesondere nach ambulanten strafrechtlichen Sanktionen zu beheben, hat das Bundesministerium der Justiz das Statistische Bundesamt beauftragt, auf der Grundlage von § 7 Absatz 1 des Bundesstatistikgesetzes eine Sonderauswertung des Datenbestandes im Bundeszentralregister durchzuführen. Das Konzept dieser Sonderauswertung wurde von der Kriminologischen Zentralstelle Wiesbaden erarbeitet. Es stützt sich u. a. auf die Erfahrungen einer Expertenrunde aus Kriminologen und Strafrechtspolitikern sowie Vertretern des Bundeszentralregisters mit den zwischen 1986 und 1990 vom BZR durchgeführten Rückfallstatistiken (Bezugsjahre 1980 bis 1984).<sup>11)</sup> Wesentlicher Unterschied gegenüber den Rückfallstatistiken des BZR ist die Einbeziehung von Geldstrafen und freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung<sup>12)</sup> sowie den Zuchtmitteln<sup>13)</sup> und Erziehungsmaßregeln<sup>14)</sup> nach Jugendstrafrecht. Die erweiterte Rückfallstatistik soll vor allem ermöglichen, freiheitsentziehende und ambulante Sanktionen bezüglich der Rückfallquoten zu vergleichen und somit der Strafrechtspolitik wichtige Informationen zur Bewertung der spezialpräventiven Maßnahmen zur Verfügung zu stellen.

#### 3.1 Rechtsgrundlage und Organisation

Nach § 7 Absatz 1 des Bundesstatistikgesetzes dürfen zur Erfüllung eines kurzfristig auftretenden Datenbedarfs für politische Entscheidungen Bundesstatistiken ohne Auskunftspflicht durchgeführt werden, wenn dies eine oberste Bundesbehörde fordert. Das Bundesministerium der Justiz erteilte auf dieser Grundlage 1995 dem Statistischen Bundesamt den Auftrag, im Wege einer Sonderauswertung von Bundeszentralregisterdaten Ergebnisse zur Rückfälligkeit von Straftätern zu ermitteln. Dabei verknüpfte es seine Anforderung mit der weitergehenden Frage, ob

<sup>9)</sup> Als ambulante Sanktionen werden die nicht mit Freiheitsentzug verbundenen Sanktionen des Strafrechts bezeichnet. Hierzu zählen insbesondere Geldstrafen, Maßnahmen nach dem JGG, Entziehung der Fahrerlaubnis.

<sup>10)</sup> Siehe Jehle, J.-M., a. a. O.

<sup>11)</sup> Kriminologische Zentralstelle Wiesbaden: „Vorbereitung der Rückfallstatistik“, Thesenpapier, Wiesbaden, Oktober 1994.

<sup>12)</sup> Unterbringung in einer Psychiatrischen Klinik (§ 63 Strafgesetzbuch – StGB), in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) in Sicherungsverwahrung (§ 66 StGB).

<sup>13)</sup> Verwarnung (§ 14 JGG), Auflagen (§ 15 JGG), Jugendarrest (§ 16 JGG).

<sup>14)</sup> Weisungen (§ 10 JGG), Hilfen zur Erziehung (§ 12 JGG).

<sup>8)</sup> Der Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, Dienststelle Bundeszentralregister (Hrsg.): „Rückfallstatistik '90“ (für das Basisjahr 1984), Berlin 1990.



das vorliegende Konzept der Erhebung nach § 7 BStatG auch für eine regelmäßige Rückfallstatistik geeignet sei

Im Dezember 1995 beauftragte das Statistische Bundesamt die Dienststelle Bundeszentralregister des Generalbundesanwalts mit der Bereitstellung eines Datensatzes, in dem die strafrechtlich relevanten Sanktionen des Basisjahres 1991 sowie alle eventuellen Folgeentscheidungen bis 1995 enthalten sein sollten. Die im wesentlichen aus Texten bestehenden Einträge im BZR mußten zunächst in statistisch weiterverarbeitbare Informationen über gerichtliche Entscheidungen, Straftatbestände und Sanktionen transformiert werden. Hiermit wurde die Universität Konstanz, ausführende Stelle Prof. Dr. Heinz, Lehrstuhl für Kriminologie und Strafrecht, beauftragt, die bereits über einschlägige Erfahrungen mit der Auswertung der Daten des BZR verfügte.

Die fachliche Betreuung der gesamten Rückfallstatistik sowie die Aufbereitung der Daten und die Präsentation der Ergebnisse lag bei Prof. Dr. Jehle, Universität Göttingen, der maßgeblich das Konzept der Rückfallstatistik nach § 7 BStatG erarbeitet hatte, in Verbindung mit der kriminologischen Zentralstelle Wiesbaden.

### 3.2 Auswertungskonzept

Das Absammelkonzept der modifizierten Rückfallstatistik nach § 7 BStatG sieht im wesentlichen vor, daß alle Personendatensätze, für die im BZR eine strafrechtliche Entscheidung für das Bezugsjahr eingetragen ist, in die Datenauswertung einbezogen werden. Als interessierende Bezugsentscheidungen sind dabei Verurteilungen zu Freiheitsstrafen, Strafarrest<sup>15)</sup> und Jugendstrafen, zu Geldstrafen, zu freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung, zu Zuchtmitteln und Erziehungsmaßregeln nach Jugendstrafrecht sowie zusätzlich jugendgerichtliche Entscheidungen auf Absehen von der Verfolgung (§ 45 Jugendgerichtsgesetz – JGG) und Verfahrenseinstellungen nach § 47 JGG zu berücksichtigen.

Bei Verurteilungen zu Freiheits-/Jugendstrafen bzw. zu Strafarrest und zu freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung, soweit die Sanktionen zur Bewährung ausgesetzt wurden, sowie bei Geldstrafen und bei Maßnahmen nach dem JGG ist Anknüpfungspunkt das Entscheidungsdatum des ersten Urteils. Demgegenüber muß bei freiheitsentziehenden Strafen ohne Strafaussetzung zur Bewährung an das Entlassungsdatum<sup>16)</sup> aus dem Vollzug angeknüpft werden, weil die Rückfallstatistik die Bewahrung in Freiheit und nicht im Justizvollzug messen soll. Gleiches gilt für vollverbüßte Freiheitsstrafen, denen eine widerrufenen Strafaussetzung vorausging.

<sup>15)</sup> Strafarrest ist die im Wehrstrafgesetz angedrohte mildeste Freiheitsstrafe, die ausschließlich gegen Soldaten und gegen militärische Vorgesetzte, die nicht Soldaten sind, verhängt werden kann.

<sup>16)</sup> Da das Entlassungsdatum selbst nicht im BZR eingetragen wird, gilt bei vollverbüßten freiheitsentziehenden Strafen das Vollstreckungsende als Entlassungsdatum, bei den Strafaussetzungen muß man anknüpfend an die diesbezügliche gerichtliche Entscheidung ein fiktives Entlassungsdatum zugrunde legen.

Im einzelnen werden folgende Bezugsentscheidungen unterschieden.

#### – Freiheitsstrafe

- mit Straf(rest)aussetzung
- mit Widerruf
- ohne Widerruf
- mit Bewährungsaufsicht
- ohne Bewährungsaufsicht
- ohne Straf(rest)aussetzung,

dabei wird die Freiheitsstrafe nach folgenden Schwere-kategorien untergliedert.

- bis unter 6 Monate
- 6 bis einschl. 12 Monate
- über 1 bis einschl. 2 Jahre
- über 2 bis einschl. 5 Jahre
- über 5 Jahre (ohne lebenslang)
- lebenslang,

#### – Jugendstrafe

- mit Straf(rest)aussetzung
- mit Widerruf
- ohne Widerruf
- mit Bewährungsaufsicht
- ohne Bewährungsaufsicht
- ohne Straf(rest)aussetzung,

dabei wird die Jugendstrafe nach folgenden Schwere-kategorien untergliedert

- 6 bis einschl. 12 Monate
- über 1 bis einschl. 2 Jahre
- über 2 bis einschl. 5 Jahre
- über 5 Jahre bis einschl. 10 Jahre,

#### – Strafarrest

- mit Straf(rest)aussetzung
- mit Widerruf
- ohne Widerruf
- mit Bewährungsaufsicht
- ohne Bewährungsaufsicht
- ohne Straf(rest)aussetzung,

#### – Freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung

Unterbringung in Psychiatrischem Krankenhaus (§ 63 StGB)

Unterbringung in Entziehungsanstalt (§ 64 StGB)

Unterbringung in Sicherungsverwahrung (§ 66 StGB),

#### – Geldstrafe,

dabei wird die Geldstrafe nach folgenden Schwere-kategorien untergliedert:

- bis 15 Tagessätze
- 16 bis 30 Tagessätze
- 31 bis 50 Tagessätze
- 51 bis 90 Tagessätze
- über 90 Tagessätze,

- Sonstige Entscheidungen
  - Entziehung der Fahrerlaubnis
  - Fahrverbot,
- Weisungen nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG)
  - Verwarnung (§ 14 JGG)
  - Auflagen
    - Wiedergutmachungspflicht (§ 15,1 Nr 1 JGG)
    - Entschuldigungspflicht (§ 15,1 Nr 2 JGG)
    - Geldauflage (§ 15,1 Nr 4 JGG)
  - Jugendarrest
    - Freizeitarrrest (§ 16,2 JGG)
    - Kurzarrrest (§ 16,3 JGG)
    - Dauerarrrest (§ 16,4 JGG),
- Sonstige Entscheidungen nach JGG
  - Absehen von der Verfolgung (§ 45 JGG)
    - ohne Beteiligung des Jugendrichters
    - mit Beteiligung des Jugendrichters
  - Einstellung des Verfahrens (§ 47 JGG)

Als Bezugsentscheidung gilt die erste Entscheidung im Bezugsjahr. Sind mehrere Entscheidungen im Bezugsjahr ergangen, gelten die weiteren als Folgeentscheidungen. Ist innerhalb des Untersuchungszeitraums (von 5 Jahren) im BZR eine Folgeentscheidung eingetragen, gilt die Person als rückfällig im Sinne des Konzepts der Rückfallstatistik. Eine differenzierte Auswertung sieht das Konzept nur für die jeweils schwerste Folgeentscheidung vor.

Als Auswertungsmerkmale sind – neben der Folgeentscheidung – die Art der Straftat sowie die im BZR verfügbaren persönlichen Angaben zum Geschlecht, zum Alter bei der Bezugsentscheidung und zur Staatsangehörigkeit (deutsch/ nichtdeutsch) vorgesehen.

### 3.3 Transformation der BZR-Einträge

Im April 1997 übermittelte das BZR – nach einer zwischenzeitlichen Umstellung seines Betriebssystems – einen Datensatz mit über 730 000 Personen, für die eine Bezugsentscheidung gemäß des Absammelkonzepts eingetragen war, an die Universität Konstanz. Deren Aufgabe bestand nun darin, den Lieferdatensatz in numerische SPSS-lesbare Variablen umzusetzen. Hierzu entwickelte sie ein Programm, das die im BZR als Texte gespeicherten Informationen zu Personen und Entscheidungsteilen nach bekannten Textbausteinen absucht.<sup>17)</sup> Als problematisch und zeitaufwendig erwiesen sich dabei unterschiedliche Abkürzungen, Schreibweisen und Fehler. Sie erforderten zum Teil größere manuelle Eingriffe. Insgesamt wurden für die weitere statistische Bearbeitung die Daten so transformiert, daß die Bezugsentscheidungen den im Konzept der Rückfallstatistik vorgeschlagenen Auswertungstabellen zugeordnet und die Folgeentscheidungen nach der

Schwere der Straftat hierarchisiert werden konnten.<sup>18)</sup> Die so strukturierten Informationen wurden in eine Datenbank zur Auswertung übernommen.

## 3.4 Vorläufige Ergebnisse

### 3.4.1 Vollständigkeit und Zuverlässigkeit der Daten

Bei der Untersuchung handelt es sich um eine Totalerhebung eines Jahrgangs, allerdings ist die Vollständigkeit der Daten und damit die Aussagekraft der bisher vorliegenden Ergebnisse der Rückfallstatistik (für das Bezugsjahr 1991) aus einer Reihe von Gründen eingeschränkt. Verantwortlich dafür sind im wesentlichen Probleme bei der Aufbereitung, die wegen der Tilgungsvorschriften des BZR auch nachträglich nicht zu beheben waren. Wie Vergleiche mit der Strafverfolgungsstatistik ergaben, waren im BZR-Datensatz – vermutlich infolge unvollständiger Meldungen bezüglich der Straferledigung – insbesondere die kurzen unbedingten (d. h. nicht zur Bewahrung ausgesetzten) Freiheitsstrafen untererfaßt. Die entdeckte Untererfassung konnte wegen der zwischenzeitlich erfolgten (gesetzlich vorgeschriebenen) Löschungen im BZR jedoch nicht mehr korrigiert werden.

Zusätzlich zeigte ein regionaler Eckwertevergleich, daß der BZR-Datensatz für die neuen Bundesländer offenbar zu wenig Entscheidungen enthielt. Die Bearbeiter der Rückfallstatistik führen dies darauf zurück, daß sich die Strafjustiz im Osten Deutschlands im Basisjahr 1991 noch im Aufbau befand. Die Meldungen über Aburteilungen seien im Basisjahr vermutlich noch nicht routinemäßig an das Bundeszentralregister gemeldet worden. Die daraus resultierende Untererfassung beeinträchtigt insbesondere spezifische regionale Analysen.

Gleichwohl lassen sich aus dem aufbereiteten Datenmaterial schon jetzt Aussagen zu einigen zentralen Trends ableiten, die das Informationsangebot zur Rückfälligkeit nach strafrechtlichen Sanktionen deutlich verbessern.<sup>19)</sup> Weiterhin erlaubt die Untersuchung den Schluß, daß eine Rückfallstatistik mit BZR-Daten prinzipiell in der gewählten differenzierten Form durchführbar ist. Angesichts der aufgetretenen Untererfassung einzelner Bezugsentscheidungen sowie der Entscheidungen aus den neuen Ländern empfiehlt es sich, die Rückfallstatistik nach einem leicht modifizierten Konzept für ein späteres Basisjahr zu wiederholen, um der Strafrechtspolitik repräsentative und zugleich aktuelle Daten zur Verfügung stellen zu können.

### 3.4.2 Zentrale Trends

Wegen der festgestellten Untererfassung einzelner Sanktionen und von Entscheidungen aus den neuen Ländern wurde mit dem Bundesministerium der Justiz als Auftraggeber der Erhebung nach § 7 BStatG vereinbart, den Er-

<sup>17)</sup> Das dazugehörige Lexikon besteht unter anderem aus den in Frage kommenden Gesetzen und Entscheidungen.

<sup>18)</sup> Die Ermittlung der schwersten Straftat erfolgte analog zum Verfahren der Strafverfolgungsstatistik, wo die Straftaten nach der gesetzlichen Strafandrohung in Strafrahmengruppen klassifiziert werden.

<sup>19)</sup> Siehe Jehle, J.-M. „Rückfallstatistik, Erhebung nach § 7 BStatG“, unveröffentlichter Projektbericht, Wiesbaden 1998.

gebnisteil des Abschlußberichts vorerst nicht zu veröffentlichen, da die ermittelten Zahlen und Quoten im Detail als nicht genügend valide eingestuft werden. Einige Trendaussagen zur Rückfälligkeit von Straftatern lassen sich anhand der vorliegenden Ergebnisse dennoch treffen

- Etwa jede(r) dritte Abgeurteilte bzw. aus der Haft Entlassene wird innerhalb eines Rückfallzeitraums von vier Jahren wegen einer erneuten Straftat wieder abgeurteilt
- Mit der Wiederverurteilung sind überwiegend ambulante Sanktionen (z. B. Geldstrafe), nur ausnahmsweise Freiheitsentziehende Sanktionen verbunden
- Es bestehen erhebliche Unterschiede nach Alter, Geschlecht und Nationalität: Männer werden gegenüber Frauen in erheblich höherem Maße, Deutsche etwas mehr als Nichtdeutsche rückfällig, je jünger die Täter, desto höher ist ihre Rückfallquote
- Untersucht man den „Erfolg“ der verhängten Sanktionen, so zeigt sich die Tendenz: Je schwerer die Ausgangssanktion, desto eher und schwerer erfolgt auch eine Wiederverurteilung

Anders ausgedrückt: Die Legalbewährung zeigt ein günstigeres Ergebnis

- bei der großen Masse der ambulanten gegenüber den selteneren Freiheitsentziehenden Sanktionen,
- bei bedingt gegenüber unbedingt verhängten Jugend- und Freiheitsstrafen,
- bei ausgesetzten Freiheitsstrafen ohne Bewährungsaufsicht gegenüber denen mit Bewährungsaufsicht.

Hinsichtlich der Dauer der Freiheitsentziehung werden allerdings unterschiedliche Tendenzen offenbar: Bei einer mittleren Dauer tritt die höchste Rückfallquote auf, während die kürzeren etwas und die längeren Freiheitsentziehungen deutlich niedrigere Werte aufweisen

- Bei ausgewählten Delikten und Deliktgruppen ergibt sich ein differenzielles Rückfallrisiko, das stark variiert – je nach Sanktionsschwere der Ausgangsentscheidung
- Mißt man die kriminelle Vorgeschichte der Betroffenen anhand der Häufigkeit und Schwere von früheren Eintragungen, so zeigt sich:

Je ausgeprägter die strafrechtliche Vorbelastung, desto wahrscheinlicher ist auch, daß sich die kriminelle Karriere fortsetzt. Dabei lassen sich verschiedene Typen bilden; die beiden Extremformen sind der „resistente Wiederholungstäter“ mit hoher Rückfallwahrscheinlichkeit und der „Ersttäter“, der zumeist Einmaltäter bleiben wird

### 3.5 Ausblick

Das Bundesministerium der Justiz hat im April 1999 das Statistische Bundesamt mit einer erneuten Auswertung der BZR-Daten zur Rückfälligkeit nach strafrechtlichen Sanktionen beauftragt. Bezugsjahr ist 1994. Die verbesserte und aktuellere Rückfallstatistik wird von den gleichen

Stellen und Wissenschaftlern wie die vorausgegangene Erhebung durchgeführt

Das Absammelkonzept ist gemäß der in der ersten Aufbereitung gesammelten Erfahrungen modifiziert worden. Während im alten Absammelkonzept die Bezugsentscheidungen positiv abgegrenzt (d. h. konkret benannt) waren, sind im neuen Absammelkonzept die Kriterien für den im BZR zu selektierenden Datensatz negativ definiert. Künftig wird vorgegeben, welche Daten für die Sonderauswertung nicht benötigt werden. Den Ansatzpunkt wird dabei das im BZR erfaßte Entscheidungsjahr bilden: Nicht in den Auswertungsdatensatz übernommen werden die Daten zu allen Personen, deren erste strafrechtlich relevante Eintragung im BZR zeitlich nach dem Basisjahr oder deren letzte strafrechtlich relevante Eintragung vor dem Basisjahr erfolgt ist

Unter der Voraussetzung, daß die vom BZR neu abzusammelnden Rohdaten rechtzeitig bereitgestellt werden können, ist Ende April 2000 mit der Vorlage des Abschlußberichts zur neuen Rückfallstatistik nach § 7 BStatG zu rechnen. Eine anschließende Präsentation der wichtigsten Ergebnisse in dieser Zeitschrift ist vorgesehen

*Prof. Dr. Jörg-Martin Jehle, Universität Göttingen/  
Dipl.-Sozialwissenschaftler Stefan Brings*

# Studierende im Wintersemester 1998/99

Die Daten der amtlichen Studentenstatistik stellen eine wichtige Grundlage für die Bildungs- und Finanzplanung von Bund und Ländern dar. Ferner dienen sie zur Information von zahlreichen anderen Nutzern hochschulstatistischer Ergebnisse. Auskunftspflichtig sind alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen – unabhängig von ihrer Trägerschaft – sowie die Hochschulen des Bundes. Die Angaben werden den Verwaltungsunterlagen der Hochschulen entnommen. Rechtsgrundlage der Erhebung ist das Hochschulstatistikgesetz vom 2. November 1990<sup>1)</sup>.

Um dem Anspruch der Nutzer an die Aktualität der Daten Rechnung zu tragen, gibt das Statistische Bundesamt bereits kurz nach Beginn des Wintersemesters erste, auf der Basis von Schnellmeldungen ermittelte Studierenden- und Studienanfängerzahlen (in der Untergliederung nach Geschlecht, Bundesländern und Hochschularten) heraus. Darüber hinaus werden noch während oder kurz nach Ende des Wintersemesters tiefer gegliederte Bundesergebnisse über die Studierenden und Studienanfänger (z. B. nach einzelnen Hochschulstandorten, Fachgruppen) im sogenannten Vorbericht veröffentlicht. Bei den Vorberichtsdaten handelt es sich ebenso wie bei den Zahlen aus den Schnellmeldungen um „Vorabergebnisse“, die von den später publizierten endgültigen Ergebnissen geringfügig abweichen können.

Im folgenden Beitrag sollen nun die wichtigsten Eckdaten des Vorberichts für das Wintersemester 1998/99 dargestellt und kommentiert werden.<sup>2)</sup> Außerdem werden ausgewählte Entwicklungen seit Inkrafttreten des Hochschulstatistikgesetzes für ganz Deutschland analysiert.<sup>3)</sup>

## Zahl der Hochschulen weiterhin steigend

Im Wintersemester 1998/99 gab es in Deutschland 344 staatlich anerkannte Hochschulen. Darunter befanden sich 86 Universitäten (25,0%), 7 Gesamthochschulen<sup>4)</sup> (2,0%), 6 Pädagogische Hochschulen<sup>5)</sup> (1,7%), 16 Theologische Hochschulen (4,7%), 46 Kunsthochschulen (13,4%) und 152 Fachhochschulen (44,2%). Außerdem gab es 31 Verwaltungsfachhochschulen (9,0%), die für die Ausbildung des Nachwuchses für den gehobenen öffentlichen Dienst zuständig sind.

Tabelle 1 Hochschulen nach Hochschularten

Hochschulart	Wintersemester						
	1992/93	1993/94	1994/95	1995/96	1996/97	1997/98	1998/99
Universitäten	85	81	82	83	84	84	86
Gesamthochschulen	7	7	7	7	7	7	7
Pädagogische Hochschulen	11	8	6	6	6	6	6
Theologische Hochschulen	19	17	17	17	16	16	16
Kunsthochschulen	43	45	46	46	46	46	46
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	125	127	136	138	145	147	152
Verwaltungsfachhochschulen	28	30	31	30	30	31	31
Hochschulen insgesamt	318	315	325	327	334	337	344

Seit dem Wintersemester 1997/98 hat sich somit die Gesamtzahl der Hochschulen um 7 erhöht (2 Universitäten und 5 Fachhochschulen).

## 1,81 Mill. Studierende

An den deutschen Hochschulen waren im Wintersemester 1998/99 nach vorläufigen Ergebnissen insgesamt 1,81 Mill. Studentinnen und Studenten immatrikuliert. Der Anteil der Frauen betrug 44,5% (806 803) 165 609 bzw. 9,1% der Studierenden hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. In der Zahl der ausländischen Studierenden sind allerdings auch die sogenannten Bildungsinländer enthalten. Das sind Personen, die bereits ihre Schulausbildung in Deutschland absolviert und hier die Hochschulzugangsberechtigung<sup>6)</sup> erworben haben<sup>7)</sup>.

Tabelle 2 Studierende im Wintersemester 1998/99<sup>1)</sup> nach Hochschularten

Hochschulart	Studierende			Dar. Ausländer/-innen	
	insgesamt 1 000	dar. Frauen		1 000	%
		1 000	%		
Universitäten	1 181,8	563,9	47,7	112,9	9,6
Gesamthochschulen	143,7	57,3	39,9	13,8	9,6
Pädagogische Hochschulen <sup>2)</sup>	17,7	13,0	73,3	0,5	2,6
Theologische Hochschulen	2,5	0,9	37,4	0,4	17,0
Kunsthochschulen	30,3	16,7	55,3	6,0	19,7
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	403,7	140,1	34,7	32,0	7,9
Verwaltungsfachhochschulen	33,6	14,8	44,1	0,0	0,1
Insgesamt	1 813,3	806,8	44,5	165,6	9,1

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis – <sup>2)</sup> Da für die Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg keine aktuellen Daten vorlagen, wurden die endgültigen Ergebnisse des Wintersemesters 1997/98 eingesetzt.

1,35 Mill. (74,2%) der insgesamt 1,81 Mill. Studierenden des Wintersemesters 1998/99 besuchten eine wissenschaftliche Hochschule (Universität, Gesamthochschule, Pädagogische Hochschule<sup>8)</sup> oder Theologische Hochschule), 30 276 (1,7%) Studierende waren an einer Kunst-

<sup>1)</sup> Gesetz über die Statistik für das Hochschulwesen (Hochschulstatistikgesetz – HStatG) vom 2. November 1990 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

<sup>2)</sup> Die Vorberichtsergebnisse sind – ergänzt um zusätzliche Auswertungs- und Druckoptionen – seit dem Wintersemester 1996/97 auch auf Diskette erhältlich. Ausgewählte Daten stehen außerdem im Internet unter der Adresse <http://www.statistik-bund.de/basis/d/hochdowt.htm> zum kostenlosen Abrufen bereit.

<sup>3)</sup> Das HStatG trat am 1. Juni 1992 in Kraft. Der Betrachtungszeitraum für die Entwicklung der Studierendenzahlen im gesamten Bundesgebiet beginnt somit mit dem Wintersemester 1992/93, für die Studienanfänger mit dem Studienjahr 1993/94 (Sommersemester 1993 und Wintersemester 1993/94).

<sup>4)</sup> Gesamthochschulen existieren nur in Hessen und Nordrhein-Westfalen.

<sup>5)</sup> Pädagogische Hochschulen gibt es nur noch in Baden-Württemberg.

<sup>6)</sup> Z. B. allgemeine Hochschulreife („Abitur“), fachgebundene Hochschulreife.

<sup>7)</sup> Gut ein Drittel aller in Deutschland studierenden Ausländer/-innen zählen zu den Bildungsinländern.

<sup>8)</sup> Da für die Pädagogischen Hochschulen keine aktuellen Daten für das Wintersemester 1998/99 vorlagen, wurden jeweils die endgültigen Ergebnisse des Wintersemesters 1997/98 verwendet.

hochschule eingeschrieben und 437 319 (24,1 %) an einer Fach- bzw. Verwaltungsfachhochschule

Wie Tabelle 2 zeigt, variiert der Anteil der Studentinnen bei den einzelnen Hochschularten deutlich. Diese geschlechtsspezifischen Unterschiede lassen sich größtenteils aus den unterschiedlichen Ausrichtungen bzw. Fächerangeboten der Hochschulen erklären. Den größten Frauenanteil verzeichneten mit 73,3% die Pädagogischen Hochschulen, mit 34,7% war er an den Fachhochschulen am geringsten. An den Kunsthochschulen studierten mehrheitlich Frauen (55,3%), an Universitäten (47,7%), Verwaltungsfachhochschulen (44,1%) und Gesamthochschulen (39,9%) waren sie in der Minderheit.

### Leichter Rückgang der Studierendenzahl

Verglichen mit dem Höchststand an Studierenden im Wintersemester 1994/95 (1,87 Mill. Studierende) waren im Wintersemester 1998/99 3,2% (59 142) Studentinnen und Studenten weniger eingeschrieben. Der Frauenanteil hingegen nahm im selben Zeitraum um 3,7 Prozentpunkte zu. Auch der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Studierenden ist vom Wintersemester 1992/93 bis 1998/99 kontinuierlich von 6,8 auf 9,1% gestiegen.

Tabelle 3. Entwicklung der Studierendenzahl

Wintersemester	Studierende			Dar. Ausländer/-innen	
	insgesamt	dar. Frauen		1 000	%
		1 000	%		
1992/93	1 834,3	728,9	39,7	124,6	6,8
1993/94	1 867,3	751,1	40,2	134,4	7,2
1994/95	1 872,5	764,8	40,8	141,5	7,6
1995/96	1 857,9	774,6	41,7	146,5	7,9
1996/97	1 838,1	783,4	42,6	152,2	8,3
1997/98	1 824,1	794,5	43,6	158,5	8,7
1998/99 <sup>1)</sup>	1 813,3	806,8	44,5	165,6	9,1

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

Im Vergleich zum Wintersemester 1997/98 gab es im Berichtsemester 10 759 (-0,6%) Studierende weniger. Während die Zahl der männlichen Studenten um 23 095 (-2,2%) zurückging, nahm die der Studentinnen um 12 336 (+1,6%) zu. Im Wintersemester 1998/99 studierten 4,5% (7 135) mehr Ausländer/-innen an deutschen Hochschulen als im vorangegangenen Wintersemester.

Betrachtet man die Entwicklung der Studierendenzahlen in den einzelnen Bundesländern, so ergibt sich folgendes Bild. Innerhalb des vergangenen Jahres war mehrheitlich

Tabelle 4. Deutsche und ausländische Studierende in den Wintersemestern 1992/93 bis 1998/99<sup>1)</sup>

Studierende	Wintersemester												
	1992/93	1993/94	1993/94 gegenüber 1992/93	1994/95	1994/95 gegenüber 1993/94	1995/96	1995/96 gegenüber 1994/95	1996/97	1996/97 gegenüber 1995/96	1997/98	1997/98 gegenüber 1996/97	1998/99 <sup>1)</sup>	1998/99 gegenüber 1997/98
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	
Studierende insgesamt	1 834,3	1 867,3	+ 1,8	1 872,5	+ 0,3	1 857,9	- 0,8	1 838,1	- 1,1	1 824,1	- 0,8	1 813,3	- 0,6
Männer	1 105,5	1 116,1	+ 1,0	1 107,7	- 0,8	1 083,3	- 2,2	1 054,7	- 2,6	1 029,6	- 2,4	1 006,5	- 2,2
Frauen	728,9	751,1	+ 3,1	764,8	+ 1,8	774,6	+ 1,3	783,4	+ 1,1	794,5	+ 1,4	806,8	+ 1,6
Deutsche Studierende	1 709,7	1 732,9	+ 1,4	1 731,0	- 0,1	1 711,4	- 1,1	1 685,9	- 1,5	1 665,6	- 1,2	1 647,7	- 1,1
Männer	1 027,6	1 033,8	+ 0,6	1 022,9	- 1,1	996,9	- 2,5	966,4	- 3,1	939,4	- 2,8	914,4	- 2,7
Frauen	682,1	699,1	+ 2,5	708,2	+ 1,3	714,6	+ 0,9	719,5	+ 0,7	726,2	+ 0,9	733,3	+ 1,0
Ausländische Studierende	124,6	134,4	+ 7,9	141,5	+ 5,3	146,5	+ 3,5	152,2	+ 3,9	158,5	+ 4,1	165,6	+ 4,5
Männer	77,9	82,4	+ 5,7	84,9	+ 3,0	86,4	+ 1,8	88,3	+ 2,2	90,2	+ 2,1	92,1	+ 2,1
Frauen	46,7	52,0	+ 11,4	56,6	+ 8,8	60,1	+ 6,1	63,9	+ 6,4	68,2	+ 6,8	73,5	+ 7,7

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

Tabelle 5. Entwicklung der Studierendenzahl nach Ländern

Land	Wintersemester 1997/98	Wintersemester 1998/99 <sup>1)</sup>	Veränderung 1998/99 gegenüber 1997/98
	1 000	%	%
Baden-Württemberg	208,5	198,1	- 5,0
Bayern	238,3	233,2	- 2,1
Berlin	133,9	130,9	- 2,2
Brandenburg	25,4	27,6	+ 8,8
Bremen	25,2	25,8	+ 2,3
Hamburg	66,2	65,9	- 0,4
Hessen	150,7	149,6	- 0,7
Mecklenburg-Vorpommern	22,7	24,2	+ 6,9
Niedersachsen	154,1	155,8	+ 1,1
Nordrhein-Westfalen	517,0	517,2	+ 0,0
Rheinland-Pfalz	81,2	80,6	- 0,7
Saarland	21,8	21,1	- 3,2
Sachsen	73,5	75,3	+ 2,3
Sachsen-Anhalt	30,8	32,8	+ 6,5
Schleswig-Holstein	43,9	42,2	- 3,8
Thüringen	31,2	33,2	+ 6,3
Deutschland	1 824,1	1 813,3	- 0,6

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis

eine Abnahme oder Stagnation bei den Studierendenzahlen in den alten Bundesländern und Berlin zu verzeichnen, lediglich in Bremen (+2,3%) und Niedersachsen (+1,1%) gab es im Vergleich zum Wintersemester 1997/98 leichte Zuwächse. Die neuen Länder konnten hingegen durchgehend steigende Zahlen vermelden. Die prozentual stärksten Rückgänge bei den Studierendenzahlen mußte Baden-Württemberg mit -5,0% (-10 336 Studierende) hinnehmen<sup>9)</sup>, die prozentual stärksten Zunahmen ergaben sich in Brandenburg (+8,8% bzw. +2 224 Studierende) und Mecklenburg-Vorpommern (+6,9% bzw. +1 565 Studierende).

Untersucht man die mittelfristige Entwicklung der Studierendenzahlen nach Hochschularten, so fällt auf, daß insbesondere die Zahl der Studierenden an den Verwaltungsfachhochschulen in den letzten Jahren stark rückläufig war.<sup>10)</sup> Im Vergleich mit dem Wintersemester 1994/95 gab es im Wintersemester 1998/99 an den Verwaltungsfachhochschulen im Bundesgebiet 19 686 Studierende weniger. Das entspricht einer Abnahme der Studierendenzahl um 36,9%. Im gleichen Zeitraum verminderte sich der Anteil

<sup>9)</sup> Der Rückgang dürfte u. a. mit der Einführung von Studiengebühren für Langzeitstudenten in Baden-Württemberg zusammenhängen. Siehe Das unabhängige Hochschulmagazin 1-2/1999, S. 10.

<sup>10)</sup> Da die Bundes- und Landesbehörden weniger Stellen für die Ausbildung im gehobenen Dienst bereitstellen, nehmen zwangsläufig die Studentenzahlen an den Verwaltungsfachhochschulen ab.

Tabelle 6 Studierende nach Hochschularten in den Wintersemestern 1992/93 bis 1998/99<sup>1)</sup>

Hochschulart	Studierende im Wintersemester													
	1992/93		1993/94		1994/95		1995/96		1996/97		1997/98		1998/99 <sup>1)</sup>	
	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%	1 000	%
Universitäten	1218,7	66,4	1227,6	65,7	1225,7	65,5	1211,8	65,2	1202,2	65,4	1191,5	65,3	1181,8	65,2
Gesamthochschulen	140,1	7,6	146,1	7,8	147,3	7,9	146,7	7,9	145,6	7,9	145,0	8,0	143,7	7,9
Pädagogische Hochschulen <sup>2)</sup>	23,3	1,3	20,8	1,1	18,4	1,0	19,0	1,0	18,7	1,0	17,7	1,0	17,7	1,0
Theologische Hochschulen	3,2	0,2	2,8	0,2	2,9	0,2	2,6	0,1	2,5	0,1	2,5	0,1	2,5	0,1
Kunsthochschulen	29,3	1,6	29,8	1,6	29,5	1,6	29,2	1,6	29,4	1,6	29,8	1,6	30,3	1,7
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	372,4	20,3	387,0	20,7	395,4	21,1	398,8	21,5	397,2	21,6	399,3	21,9	403,7	22,3
Verwaltungsfachhochschulen	47,3	2,6	53,1	2,8	53,3	2,8	49,7	2,7	42,6	2,3	38,2	2,1	33,6	1,9
Insgesamt	1834,3	100	1867,3	100	1872,5	100	1857,9	100	1838,1	100	1824,1	100	1813,3	100

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis – <sup>2)</sup> Da für die Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg keine aktuellen Daten für das Wintersemester 1998/99 vorlagen, wurden die endgültigen Ergebnisse des Wintersemesters 1997/98 eingesetzt

der Studierenden an Verwaltungsfachhochschulen an allen Studierenden von 2,8 auf 1,9%

Einen kontinuierlichen Zuwachs konnten dagegen die Fachhochschulen verbuchen. Sie hatten im Wintersemester 1998/99 31 249 (+8,4%) Studierende mehr als im Wintersemester 1992/93. Damit stieg der Anteil der Fachhochschulstudenten in diesem Zeitraum von 20,3 auf 22,3% an. Möglicherweise ist diese Zunahme auf eine stärkere Orientierung der Studierenden an den gestiegenen Arbeitsmarktchancen für Fachhochschulabgänger<sup>11)</sup> zurückzuführen. So hat „der Wunsch nach beruflicher Sicherheit“<sup>12)</sup> bei der Studien- und Berufswahl der Studienanfänger einen deutlich höheren Stellenwert erlangt. Außerdem spielen die Neugründungen von Fachhochschulen – vor allem auch in den neuen Bundesländern – und die steigenden Studierendenzahlen in den neuen Ländern eine Rolle.

An den Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Theologischen Hochschulen ging in den letzten Jahren die Zahl der Studierenden zurück, an den Kunsthochschulen stagnierte sie. Die Anteilswerte für die genannten Hochschularten blieben nahezu unverändert.

### „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ wiederum beliebteste Fächergruppe

Eine Basis für Aussagen über mittelfristige Arbeitsmarktentwicklungen bildet die Zahl der Studierenden in den einzelnen Fächergruppen<sup>13)</sup>

Die besetzungstärkste Fächergruppe – gemessen an der jeweiligen Studierendenzahl – war, wie schon im Vorjahr, die Gruppe der „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ mit 562 606 (31,0%), gefolgt von den „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (420 181 bzw. 23,2%) sowie den „Ingenieurwissenschaften“ (307 199 bzw. 16,9%). 275 342 (34,1%) Studentinnen waren in der Fächergruppe „Sprach- und Kulturwissenschaften“ immatrikuliert, sie nahm damit die Spitzenposition bei den Frauen ein. Am zweithäufigsten belegten Studentinnen die Fächer „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (242 027 bzw. 30,0%). Bei den Männern waren mit 31,9% (320 579) weiterhin, wie schon in den vergangenen Jahren, die „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ die bedeutendste Fächergruppe, danach folgten die „Ingenieurwissenschaften“ mit 24,7% (248 975). Etwas mehr als ein Zehntel der Studierenden (10,7% bzw. 194 489) belegten im Wintersemester 1998/99

<sup>11)</sup> „... zwischen 1995 und 1997 konnten vor allem Fachhochschulabsolventen erneut Arbeitsplätze hinzugewinnen.“ Materialien aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Sonderreihe „Akademiker/innen – Studium und Arbeitsmarkt“, Heft 17/1998, Studium und Arbeitsmarkt im Überblick, S. 60  
<sup>12)</sup> HIS-Ergebnispiegel 1997, S. 39

<sup>13)</sup> Unter der Darstellungseinheit „Fächergruppe“ werden nach der Systematik der Studentenstatistik verschiedene sog. „Studienbereiche“ zusammengefaßt, die wiederum aus mehreren Studienfächern bestehen. In der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ befindet sich z. B. der Studienbereich „Maschinenbau/Verfahrenstechnik“, der u. a. auch das Studienfach „Fernwerktechnik“ beinhaltet.

Tabelle 7 Studierende in den Wintersemestern 1992/93 bis 1998/99<sup>1)</sup> nach Fächergruppen

1 000

Fächergruppe	Studierende im Wintersemester													
	1992/93		1993/94		1994/95		1995/96		1996/97		1997/98		1998/99 <sup>1)</sup>	
	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen	ins-gesamt	dar Frauen
Sprach- und Kulturwissenschaften	363,4	232,5	378,7	243,0	388,8	250,4	400,0	258,3	409,7	265,1	415,6	270,5	420,2	275,3
Sport	24,7	11,1	24,1	10,8	24,5	10,9	24,5	11,1	26,2	11,7	27,0	12,0	28,2	12,7
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	525,4	213,6	549,9	224,5	560,9	230,2	565,4	234,0	563,8	235,8	566,3	239,7	562,6	242,0
Mathematik	299,4	98,6	298,6	97,9	293,6	95,9	286,1	94,3	278,3	92,7	273,6	92,9	271,4	94,1
Naturwissenschaften	106,3	45,3	105,4	47,6	102,0	46,7	99,1	46,3	97,6	46,5	95,8	46,5	96,3	47,9
Humanmedizin	8,1	5,3	8,4	5,7	8,3	5,8	8,2	5,9	8,1	6,0	8,1	6,2	8,1	6,3
Veterinärmedizin	39,3	18,8	39,2	18,8	38,9	18,9	38,7	19,1	39,0	19,8	38,5	19,7	37,5	19,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	388,3	54,5	384,1	55,8	375,0	57,5	356,9	57,8	336,2	57,5	318,9	57,6	307,2	58,2
Ingenieurwissenschaften	77,5	46,2	78,5	46,9	80,3	48,4	78,7	47,8	78,9	48,2	79,8	49,2	79,9	49,7
Kunst, Kunstwissenschaft	1834,3	728,9	1867,3	751,1	1872,5	764,8	1857,9	774,6	1838,1	783,4	1824,1	794,5	1813,3	806,8
Insgesamt <sup>2)</sup>	195,4	129,9	209,0	137,3	218,5	142,4	217,5	141,0	221,0	143,0	217,6	141,2	194,5	127,9
dar Lehramt														

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis – <sup>2)</sup> Einschli. „Sonstige Fächer und ungeklärt“

Tabelle 8 Studierende im Wintersemester 1998/99<sup>1)</sup> nach Fächergruppen

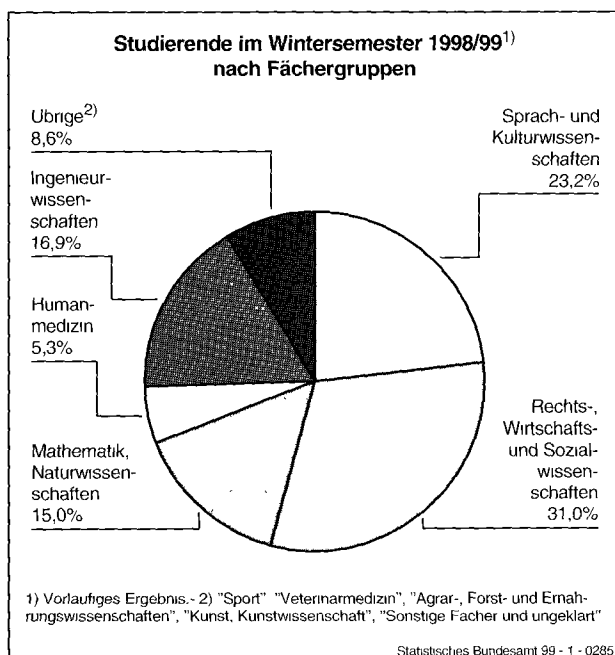
Fächergruppe	Studierende			Dar. Ausländer/-innen	
	insgesamt	dar. Frauen		1 000	‰
		1 000	‰		
Sprach- und Kulturwissenschaften	420,2	275,3	65,5	41,3	9,8
Sport	28,2	12,7	45,1	1,3	4,6
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	562,6	242,0	43,0	45,6	6,1
Mathematik, Naturwissenschaften	271,4	94,1	34,7	22,1	8,1
Humanmedizin	96,3	47,9	49,8	9,8	10,1
Veterinärmedizin	8,1	6,3	77,6	0,4	5,5
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	37,5	19,7	52,5	2,6	7,0
Ingenieurwissenschaften	307,2	58,2	19,0	32,9	10,7
Kunst, Kunstwissenschaft	79,9	49,7	62,1	9,2	11,5
insgesamt <sup>2)</sup>	1 813,3	806,6	44,5	165,6	9,1
dar. Lehramt	194,5	127,9	65,8	4,8	2,5

<sup>1)</sup> Vorläufiges Ergebnis - <sup>2)</sup> Einschl. „Sonstige Fächer und ungeklärt“

einen Lehramtsstudiengang, der Anteil der Studentinnen lag dabei bei knapp zwei Dritteln (65,8% bzw. 127 895)

Bei den ausländischen Studierenden war ebenfalls die Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (45 613 bzw. 27,5%) am beliebtesten. Auf Platz zwei lagen die „Sprach- und Kulturwissenschaften“ (41 312 bzw. 25,0%) vor den „Ingenieurwissenschaften“ (32 904 bzw. 19,9%)

Schaubild 1

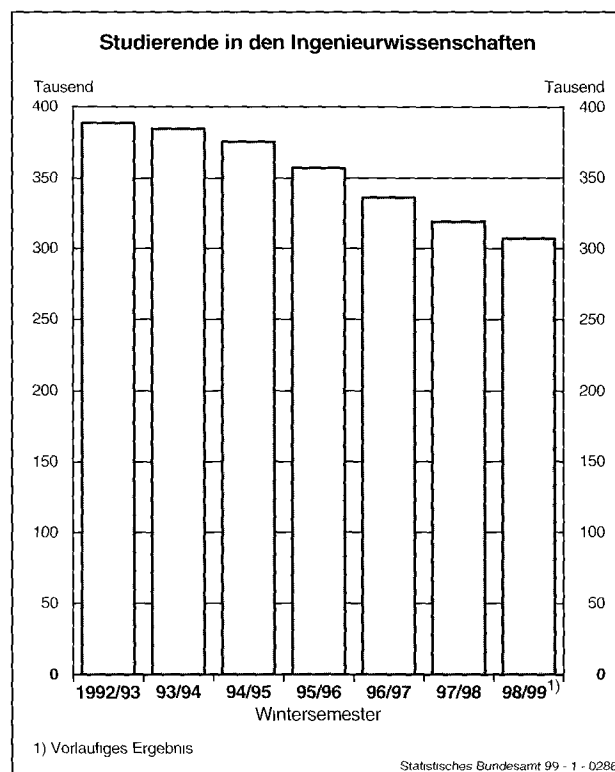


Gegenüber dem vorangegangenen Wintersemester konnten die „Sprach- und Kulturwissenschaften“ einen leichten Anstieg der Studierendenzahlen um 1,1% (4 547) verzeichnen. In den „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (-0,7% bzw. -3 689) sowie den „Ingenieurwissenschaften“ (-3,7% bzw. -11 670) waren hingegen weniger Studierende eingeschrieben.

Der Fächergruppe „Ingenieurwissenschaften“ gilt aufgrund des deutlichen Rückgangs der Studierendenzahl in

den letzten Jahren besondere Aufmerksamkeit. Im Wintersemester 1992/93 waren noch 388 273 Studierende eingeschrieben, im Wintersemester 1998/99 nur noch 307 199 (-81 074 bzw. -20,9%)

Schaubild 2



### Zahl der Studienanfänger/-innen um 3,5% gestiegen

Aktuelle Trends beim Hochschulstudium, wie sie u. a. für Bildungs- und Finanzplanungen und Arbeitsmarktberrechnungen von besonderer Bedeutung sind, lassen sich am besten an den Studienanfängerzahlen, das heißt den Erstimmatrikulierten identifizieren. Es handelt sich dabei um diejenigen Studierenden, die sich im 1. Hochschul-

Tabelle 9 Studienanfänger/-innen im Studienjahr 1998/99<sup>1)</sup> nach Hochschularten

Hochschulart	Studienanfänger/-innen			Dar. Ausländer/-innen	
	insgesamt	dar. Frauen		1 000	‰
		1 000	‰		
Universitäten	164,1	85,9	52,3	31,2	19,0
Gesamthochschulen	16,8	8,0	47,6	3,0	18,1
Padagogische Hochschulen <sup>2)</sup>	2,5	2,1	81,8	0,2	9,7
Theologische Hochschulen	0,4	0,2	39,4	0,1	27,0
Kunsthochschulen	3,7	2,0	55,4	1,3	35,8
Fachhochschulen (ohne Verwaltungshochschulen)	74,3	29,4	39,6	7,3	9,8
Verwaltungshochschulen	9,8	4,4	45,0	0,0	0,2
insgesamt	271,6	131,9	48,6	43,2	15,9

<sup>1)</sup> Sommersemester 1998 und Wintersemester 1998/99, Wintersemester 1998/99 vorläufiges Ergebnis - <sup>2)</sup> Da für die Padagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg keine aktuellen Daten vorlagen, wurden die endgültigen Ergebnisse des Wintersemesters 1997/98 eingesetzt.

semester befinden und somit erstmals ein Studium an einer deutschen Hochschule aufgenommen haben

Im Studienjahr<sup>14)</sup> 1998/99 haben insgesamt 271 575 Studienanfänger ein Hochschulstudium in Deutschland begonnen, darunter 131 847 Frauen (48,6%). Mit 60,4% (164 140) hat sich die Mehrzahl der Studienanfänger dafür entschieden, ein Studium an einer Universität aufzunehmen. Insgesamt immatrikulierten sich an den wissenschaftlichen Hochschulen<sup>15)</sup> sogar 183 840 neue Studentinnen und Studenten, das sind 67,7% aller Studienanfänger. 74 278 (27,4%) der Erstimmatrikulierten wählten ein Fachhochschulstudium, 9 799 (3,6%) schrieben sich bei einer Verwaltungsfachhochschule und 3 658 (1,4%) an einer Kunsthochschule ein

Die Zahl der Studentinnen und Studenten im 1. Hochschulsemester (siehe auch Tabelle 10) hat seit dem Studienjahr 1995/96 um 3,5% (9 168) zugenommen, nachdem sie zwischen 1993/94 und 1995/96 noch um 6,2% zurückgegangen war. Der Anteil der ausländischen Studienanfänger/-innen ist seit 1993/94 (12,5%) um 3,4 Prozentpunkte auf 15,9% angestiegen.

Von 1997/98 auf 1998/99 hat die Gesamtzahl der Studienanfänger im 1. Hochschulsemester um 4 130 (1,5%) zugenommen. Die Zahl der Studienanfängerinnen ist im Vorjahresvergleich um 1 789 (1,4%) und die Zahl der aus-

ländischen Studienanfänger/-innen um 3 065 (7,6%) angestiegen

### Erstmals wieder mehr Studienanfänger in den Ingenieurwissenschaften

Im Studienjahr 1998/99 hat die Zahl der Studierenden im 1. Hochschulsemester in den „Ingenieurwissenschaften“ gegenüber dem Vorjahr erstmals wieder zugenommen (+ 1 684 bzw. + 3,7%). Der seit Anfang der 90er Jahre rückläufige Trend bei den Erstsemestern in dieser Fachgruppe hat sich somit nicht weiter fortgesetzt. Schaubild 3 stellt die Entwicklung der Studienanfängerzahlen in den „Ingenieurwissenschaften“ graphisch dar (in diesem Zusammenhang siehe auch Schaubild 2)

Die meisten der insgesamt 271 575 Studienanfänger/-innen schrieben sich jedoch auch im Studienjahr 1998/99 wieder für ein Fach der Fächergruppe „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ (97 568 bzw. 35,9%) ein, ein Fünftel (20,6% bzw. 55 844) der Erstimmatrikulierten haben sich für die „Sprach- und Kulturwissenschaften“ entschieden und 17,2% (46 806) für ein ingenieurwissenschaftliches Studium. Die Rangfolge der Fachgruppenwahl bei den Studienanfängern entsprach damit bis auf „Humanmedizin“ und „Kunst, Kunstwissenschaft“ der Rangfolge bei den Studierenden insgesamt. Allerdings konnten die „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissen-

<sup>14)</sup> Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester, hier Sommersemester 1995 und Wintersemester 1998/99  
<sup>15)</sup> Universitäten, Gesamthochschulen, Pädagogische Hochschulen und Theologische Hochschulen

Schaubild 3

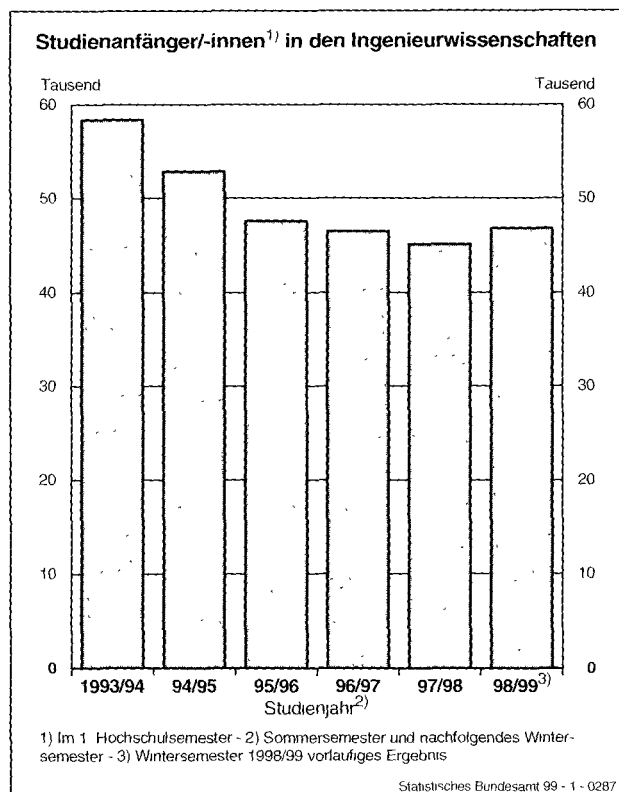


Schaubild 4

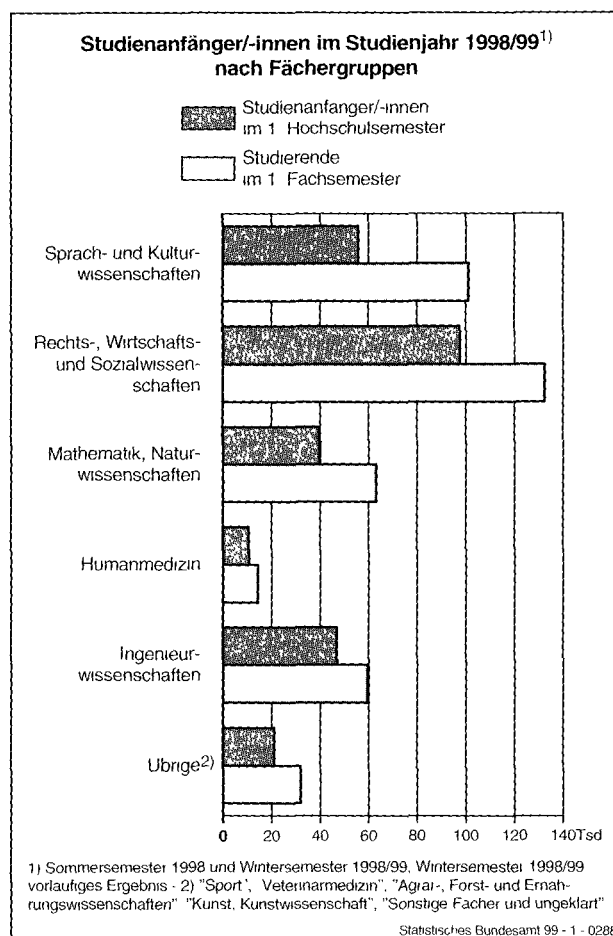




Tabelle 10 Studienanfänger/-innen im 1 Hochschulsemester und Studierende im 1 Fachsemester nach Fachgruppen

1 000

Fachgruppe/Studienbereich bzw angestrebte Lehramtsprüfung	Studienjahr)											
	1993/94		1994/95		1995/96		1996/97		1997/98		1998/99)	
	insgesamt	dar Frauen	insgesamt	dar Frauen	insgesamt	dar Frauen	insgesamt	dar Frauen	insgesamt	dar Frauen	insgesamt	dar Frauen
Studienanfänger/-innen im 1 Hochschulsemester												
Sprach- und Kulturwissenschaften	54,9	38,2	54,6	38,5	56,1	40,2	58,2	41,4	56,8	40,9	55,8	40,4
Sport	2,5	1,3	2,7	1,3	3,1	1,6	3,4	1,7	3,3	1,5	3,3	1,5
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	96,0	44,5	93,9	42,3	93,3	43,9	94,6	44,7	95,3	46,0	97,6	47,8
Mathematik												
Naturwissenschaften	38,8	14,5	35,8	13,4	34,0	13,9	35,7	14,5	37,5	15,2	39,6	15,5
Humanmedizin	11,3	5,5	10,9	5,5	10,9	5,8	11,4	5,9	11,1	5,8	10,7	5,8
Humanmedizin (ohne Zahnmedizin)	9,5	4,6	9,3	4,7	9,3	4,9	9,7	5,0	9,4	5,0	9,1	5,0
Zahnmedizin	1,8	0,9	1,7	0,9	1,7	0,9	1,7	0,9	1,6	0,9	1,6	0,9
Veterinärmedizin	1,0	0,8	0,9	0,7	1,0	0,8	1,0	0,7	1,0	0,8	0,9	0,7
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	6,7	3,3	6,2	3,2	6,2	3,3	6,7	3,7	7,0	3,8	6,4	3,6
Ingenieurwissenschaften	58,4	9,9	52,9	9,5	47,6	9,4	46,5	9,2	45,1	9,3	46,8	9,9
Kunst, Kunstwissenschaft	9,0	6,1	9,8	6,2	9,8	6,3	9,7	6,3	10,0	6,5	9,9	6,4
Sonstige Fächer und ungeklärt	0,3	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1	0,3	0,1	0,4	0,1	0,6	0,2
Insgesamt	273,6	124,2	267,9	120,8	262,4	125,3	267,5	128,1	267,4	130,1	271,6	131,9
dar Lehramt	29,1	20,5	29,0	20,5	29,1	20,8	29,3	20,6	26,3	18,6	21,3	15,5
Studierende im 1 Fachsemester												
Sprach- und Kulturwissenschaften	97,1	63,1	98,5	64,4	103,4	68,1	105,9	69,7	103,6	69,9	101,2	69,1
Sport	4,2	2,0	4,4	2,1	4,8	2,4	5,3	2,5	5,3	2,4	5,0	2,3
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	133,1	56,6	129,3	54,4	125,6	55,7	127,8	57,4	131,5	60,1	132,4	62,5
Mathematik												
Naturwissenschaften	58,7	20,7	55,4	19,5	54,5	20,7	57,7	21,9	60,0	23,2	63,1	24,1
Humanmedizin	14,1	6,6	13,8	6,8	13,8	7,1	14,3	7,3	13,8	7,3	14,3	7,7
Humanmedizin (ohne Zahnmedizin)	11,8	5,7	11,6	5,7	11,6	6,0	12,1	6,2	11,7	6,1	12,1	6,5
Zahnmedizin	2,3	1,1	2,2	1,1	2,2	1,1	2,2	1,1	2,2	1,1	2,2	1,2
Veterinärmedizin	1,2	0,9	1,1	0,8	1,3	1,0	1,4	1,0	1,5	1,1	1,4	1,1
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	8,4	4,1	8,0	4,0	8,3	4,2	8,4	4,4	8,7	4,6	8,5	4,6
Ingenieurwissenschaften	71,6	12,1	66,3	11,9	60,8	12,0	59,6	12,0	57,9	12,1	59,4	12,9
Kunst, Kunstwissenschaft	15,3	9,4	15,8	9,7	15,7	9,9	16,0	10,1	16,5	10,5	16,2	10,4
Sonstige Fächer und ungeklärt	0,3	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1	0,3	0,1	0,4	0,2	0,8	0,3
Insgesamt	404,0	175,8	392,8	173,7	388,5	181,4	396,8	186,4	399,2	191,4	402,4	195,0
dar Lehramt	47,3	31,6	47,3	31,9	48,5	33,1	49,6	33,4	46,4	31,9	39,0	27,4

1) Sommersemester und nachfolgendes Wintersemester -- ) Wintersemester 1998/99 vorläufiges Ergebnis

schaften" ihren Vorsprung in der Präferenzrangfolge der Studienanfänger/-innen, unter anderem auf Kosten der „Sprach- und Kulturwissenschaften“, weiter leicht ausbauen. Im Studienjahr 1997/98 betrug ihr Anteil an den Studienanfängern noch 35,6%, derjenige der „Sprach- und Kulturwissenschaften“ 21,2% und der Anteil der „Ingenieurwissenschaften“ 16,9%

7,9% (21 320) aller Studierenden im 1 Hochschulsemester strebten im Studienjahr 1998/99 einen Lehramtsabschluß an, das ist eine Abnahme von 4 983 oder 19,0% gegenüber dem Vorjahr.

Ergänzend zu den Studierenden im 1 Hochschulsemester werden auch die Studierenden im 1 Fachsemester nachgewiesen, deren Zahl u a die Grundlage für Aussagen über die zukünftige fächerbezogene Arbeitsplatznachfrage bildet. Es handelt sich bei den Studentinnen und Studenten im 1 Fachsemester um Studienanfänger des jeweiligen Studiengangs. Diese können sich entweder erstmals an einer Hochschule immatrikuliert haben oder aber aus einem anderen Studienfach übergewechselt sein und sich dann bereits in einem höheren Hochschulsemester befinden. Studierende im 1 Hochschulsemester sind daher in der Regel auch im 1 Fachsemester eingeschrieben, Ausnahmen ergeben sich bei Studienanfängern mit Vor- bzw. Berufskennnissen, die in höhere Fachsemester eingestuft werden können

402 368 Studentinnen und Studenten befanden sich im Studienjahr 1998/99 in ihrem 1 Fachsemester (siehe auch Tabelle 10), das entspricht etwa 22% aller Studierenden. Der Anteil der Frauen an den Studierenden im 1. Fachsemester betrug 48,5% (194 980), derjenige der Ausländer/-innen 12,4% (49 747). Die größte Zahl derer, die sich im 1 Fachsemester ihres jetzigen Studiengangs befanden, war in den „Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ immatrikuliert (32,9% bzw 132 400), gefolgt von den „Sprach- und Kulturwissenschaften“ mit 25,2% (101 197)

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre seit dem Studienjahr 1993/94, so ist festzustellen, daß die Zahl der Studierenden im 1. Fachsemester zwischen den Studienjahren 1993/94 bis 1995/96 von 404 038 auf den Stand von 388 517 zurückgegangen war und seither wieder angestiegen ist. Im Vergleich zum Vorjahr war 1998/99 eine leichte Zunahme von 0,8% (+ 3 214) festzustellen.

Dipl.-Volkswirtin Natalie Zifonun

# Preise im Mai 1999

## Ausgewählte Preisindizes 1995 = 100

Nachdem es im Vormonat mit der zum 1. April wirksam gewordenen Einführung der „Ökosteuern“ zu einem Anstieg der Preisniveaus auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen gekommen war, verlief die Preisentwicklung im Mai 1999 wieder in ruhigeren Bahnen. So wiesen sowohl der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) als auch der Index der Einzelhandelspreise und der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte keine Veränderungen gegenüber dem Vormonat auf und der Index der Großhandelsverkaufspreise stieg von April auf Mai 1999 lediglich um 0,3%. Das insgesamt günstige Preis-klima in Deutschland zeigt sich vor allem an den Jahres-veränderungsraten der hier dargestellten Preisindizes. Die Jahresveränderungsrate des Erzeugerpreisindex, des Großhandelspreisindex und des Einzelhandelspreisindex wiesen im Mai 1999 ein negatives Vorzeichen auf, und für den Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte wurde im Berichtsmonat lediglich ein Anstieg um 0,4% gegenüber Mai 1998 festgestellt.

	Veränderungen Mai 1999 gegenüber	
	April 1999	Mai 1998
Deutschland		
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte insgesamt	-	- 1,7
ohne Mineralerzeugnisse	+ 0,1	- 2,0
Mineralerzeugnisse	- 1,2	+ 1,2
Index der Großhandelsverkaufspreise insgesamt	+ 0,3	- 2,5
ohne Mineralerzeugnisse	+ 0,1	- 3,2
Mineralerzeugnisse	+ 1,6	+ 7,2
ohne Saisonwaren	+ 0,3	- 2,3
Saisonwaren	- 0,9	- 6,8
Index der Einzelhandelspreise	-	- 0,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte insgesamt	-	+ 0,4
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,2	+ 0,3
Heizöl und Kraftstoffe	- 2,5	+ 3,4
ohne Saisonwaren	-	+ 0,4
Saisonwaren	+ 0,6	+ 0,6

Die Preise für Mineralerzeugnisse entwickelten sich auf den einzelnen Wirtschaftsstufen gegenüber dem Vormonat unterschiedlich: Auf der Erzeugerstufe und auf der Letztverbraucherstufe wirkten sie preisdämpfend, während sie auf der Großhandelsstufe fast alleine für den Indexanstieg gegenüber dem Vormonat verantwortlich waren. Die Saisonwaren hatten dagegen keinen spürbaren Einfluss auf die Entwicklung der Gesamtindizes.

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) in Deutschland blieb von April auf Mai 1999 unverändert. Im April war der Index noch um 0,6% gestiegen und hatte damit eine im Oktober 1997 begonnene Phase rückläufiger oder stagnierender Preise unterbrochen. Im Vergleich zum Vorjahresmonat ist der Index um 1,7% zurückgegangen. Im April 1999 hatte die Jahresrate ebenfalls -1,7% betragen, im März dagegen -2,3%. Für die negative Jahresrate des Erzeugerpreisindex waren im Berichtsmonat vor allem die Entwicklung der Preise für Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerb- licher Produkte <sup>1)</sup>	Groß- handels- ver- kaufs- preise <sup>2)</sup>	Einzel- handels- preise <sup>3)</sup>	Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte		
				Deutschland	Früheres Bundes- gebiet	Neue Lan- der und Berlin-Ost
1994 D	98,3	101,6	99,3	98,3	98,4	98,1
1995 D	100	103,7	100	100	100	100
1996 D	98,8	103,1	100,7	101,4	101,3	101,9
1997 D	99,9	105,6	102,1	103,3	103,2	104,2
1998 D	99,5	103,4	102,7	104,3	104,1	105,3
1998 Marz	100,0	105,2	102,3	104,0	103,8	104,9
April	100,0	105,2	102,8	104,1	103,9	105,0
Mar	100,0	104,8	103,0	104,4	104,2	105,4
Jun	99,9	104,4	103,0	104,5	104,4	105,5
Juli	99,7	103,5	102,8	104,8	104,6	105,7
Aug	99,5	102,6	102,6	104,6	104,5	105,6
Sept	99,4	101,9	102,7	104,4	104,2	105,4
Okt	98,9	100,9	102,6	104,2	104,0	105,2
Nov	98,5	100,5	102,7	104,2	104,1	105,3
Dez	98,3	100,9	102,6	104,3	104,1	105,3
1999 Jan	97,8	101,2	102,4	104,1	103,9	105,0
Febr	97,7	100,7	102,3	104,3	104,1	105,3
Marz	97,7	101,4	102,5	104,4	104,3	105,3
April	98,3	101,9	102,7	104,8	104,6	105,6
Mai	98,3	102,2	102,7	104,8	104,7	105,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %						
1998 Marz	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2
April	-	-	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Mai	-	- 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4
Juni	- 0,1	- 0,4	-	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
Juli	- 0,2	- 0,9	- 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Aug	- 0,2	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1
Sept	- 0,1	- 0,7	+ 0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,2
Okt	- 0,5	- 1,0	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2
Nov	- 0,4	- 0,4	+ 0,1	-	+ 0,1	+ 0,1
Dez	- 0,2	+ 0,4	- 0,1	+ 0,1	-	-
1999 Jan	- 0,5	+ 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3
Febr	- 0,1	- 0,5	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3
Marz	-	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	-
April	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Mai	-	+ 0,3	-	-	+ 0,1	+ 0,1
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %						
1994 D	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,6
1995 D	+ 1,7	+ 2,1	+ 0,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,9
1996 D	- 1,2	- 0,6	+ 0,7	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,9
1997 D	+ 1,1	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,3
1998 D	- 0,4	- 2,1	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9	+ 1,1
1998 Marz	+ 0,7	+ 0,2	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3
April	+ 0,3	-	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,4
Mai	+ 0,1	- 2,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Juni	- 0,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Juli	- 0,4	- 2,0	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9
Aug	- 0,8	- 3,5	-	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7
Sept	- 1,0	- 4,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Okt	- 1,4	- 4,7	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5
Nov	- 1,8	- 4,5	-	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,7
Dez	- 1,9	- 4,5	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5
1999 Jan	- 2,3	- 4,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Febr	- 2,4	- 4,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Marz	- 2,3	- 3,6	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4
April	- 1,7	- 3,1	- 0,1	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6
Mai	- 1,7	- 2,5	- 0,3	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Originalbasis 1991 = 100 - 3) Einschl. Umsatzsteuer

und -Metallerzeugnisse (-7,4%), Energie (-5,4%) sowie Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes (-3,3%) verantwortlich.

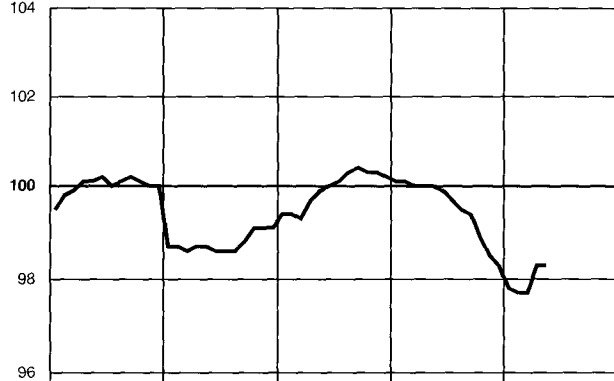
Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich von April auf Mai 1999 um 0,3%. Im April waren die Großhandelsverkaufspreise im Vergleich zum Vormonat noch um 0,5%, im März um 0,7% gestiegen.

Trotz dieser Preissteigerungen ist der Index der Großhandelsverkaufspreise im Vergleich zum Mai 1998 gefallen,

**Ausgewählte Preisindizes**  
Deutschland

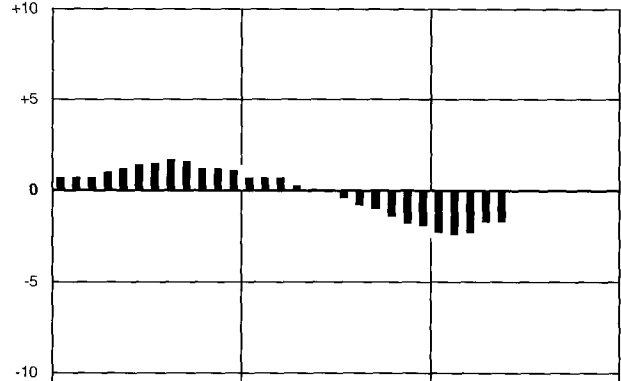
1995 = 100  
Log Maßstab

**Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**



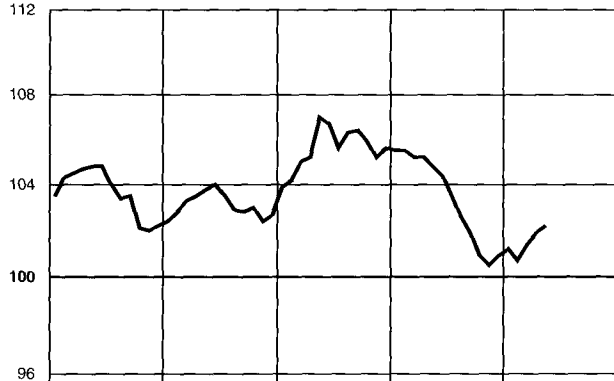
Veränderung gegenüber  
dem Vorjahr in %  
Arithm Maßstab

**Erzeugerpreise gewerblicher Produkte**



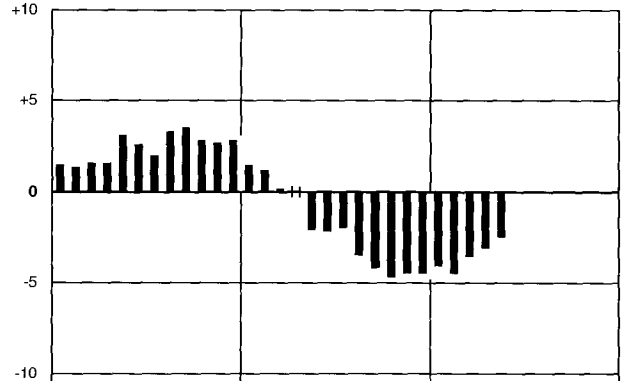
1991 = 100

**Großhandelsverkaufspreise**



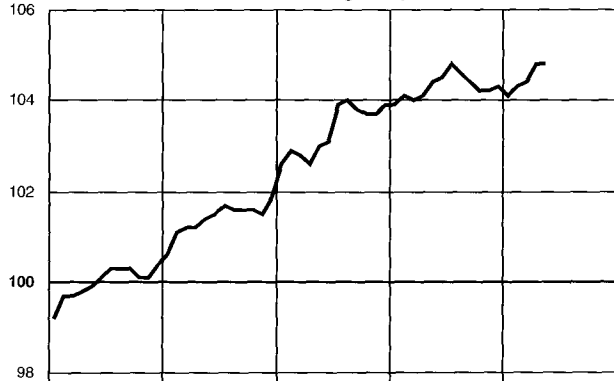
+10

**Großhandelsverkaufspreise**



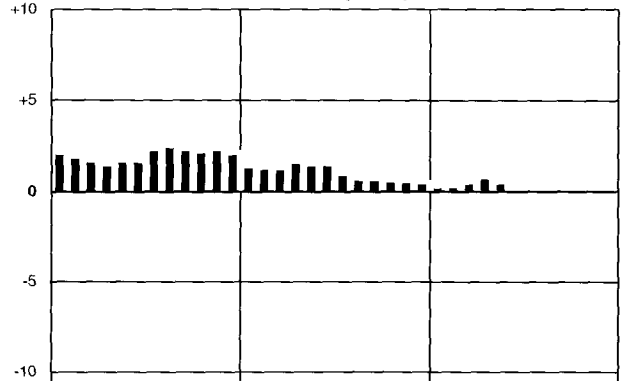
1995 = 100

**Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte**



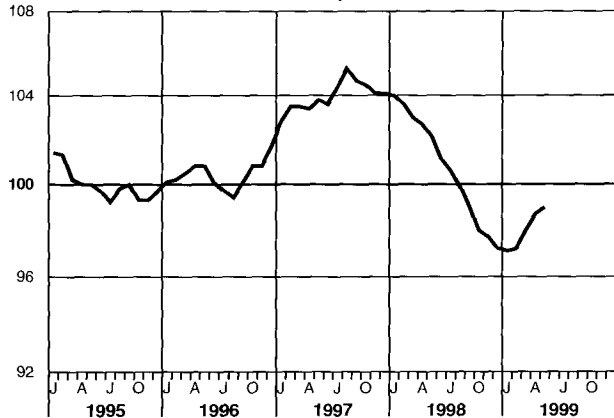
+10

**Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte**



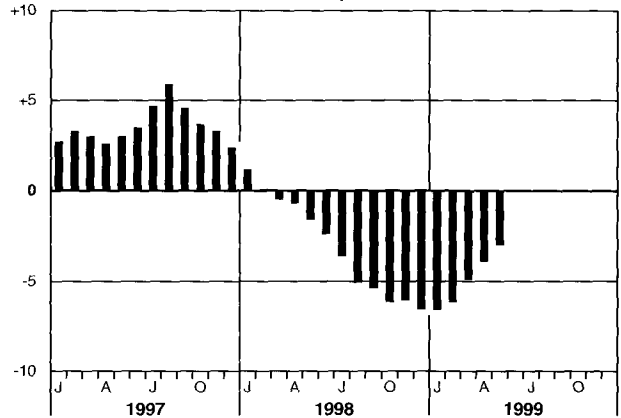
1995 = 100

**Einfuhrpreise**



+10

**Einfuhrpreise**



J A J O J A J O J A J O J A J O J A J O  
1995 1996 1997 1998 1999

J A J O J A J O J A J O  
1997 1998 1999

Schaubild 2

**Ausgewählte Reihen aus dem Preisindex  
für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte  
im Mai 1999**

Deutschland  
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

Gesamindex		+0,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-1,0	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren		+0,2
Bekleidung und Schuhe		+0,4
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe		+1,2
Einrichtungsgegenstände u. a. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung		+0,4
Gesundheitspflege	-3,6	
Verkehr		+1,6
Nachrichtenübermittlung	-9,2	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	-0,1	
Bildungswesen		+4,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen		+1,4
Andere Waren und Dienstleistungen		+1,8

Statistisches Bundesamt 99 - 1 - 0289

und zwar um 2,5%. Dies ist allerdings ein geringerer Rückgang innerhalb Jahresfrist als in den neun Monaten zuvor. Zuletzt waren die Preise im Großhandel im Jahresvergleich um 3,1% (von April 1998 auf April 1999) bzw. um 3,6% (von März 1998 auf März 1999) zurückgegangen.

Im Großhandel mit Rohstoffen und Halbwaren sind die Preise im Mai 1999 gegenüber dem April im Durchschnitt um 0,9% gestiegen. Sie wurden insbesondere im Großhandel mit Altmaterial und Reststoffen deutlich erhöht (+ 4,6%). Im Großhandel mit Fertigwaren gingen die Preise dagegen leicht zurück (-0,1%). Dies ist im wesentlichen auf die Entwicklung im Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren zurückzuführen (-0,4%).

Im einzelnen wiesen die Teilindizes für die Wirtschaftsgruppen des Großhandels folgende Monats- bzw. Jahresveränderungsraten auf:

Deutschland	Veränderungen Mai 1999 gegenüber	
	April 1999	Mai 1998
	%	
<b>Großhandel mit</b>		
Rohstoffen und Halbwaren	+ 0,9	- 3,5
Getreide, Futter- und Düngemitteln, Tieren	+ 0,4	- 7,0
textilen Rohstoffen und Halbwaren, Häuten usw.	+ 0,2	- 16,0
technischen Chemikalien, Rohdrogen, Kautschuk	+ 0,3	- 2,6
festen Brennstoffen, Mineralerzeugnissen	+ 1,5	+ 5,4
Erzen, Stahl, NE-Metalle usw.	+ 1,7	- 9,4
Holz, Baustoffen, Installationsbedarf	-	- 0,6
Altmaterial, Reststoffen	+ 4,6	- 21,3
<b>Fertigwaren</b>	- 0,1	- 2,0
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren	- 0,4	- 5,3
Textilien, Bekleidung, Schuhen, Lederwaren	+ 0,1	+ 0,5
Metalwaren, Einrichtungsgegenständen	+ 0,1	- 0,5
feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck usw.	+ 0,4	- 0,2
Fahrzeugen, Maschinen, technischem Bedarf	- 0,1	- 0,1
pharmazeutischen, kosmetischen u. a. Erzeugnissen	+ 0,1	+ 1,9
Papier, Druckerzeugnissen, Waren verschiedener Art (o. a. S.)	+ 0,1	- 0,9

Der Index der Einzelhandelspreise ist im Mai 1999 im Vergleich zum Vormonat unverändert geblieben. In den beiden Monaten zuvor war er um 0,2% gestiegen. Im Vergleich zum Mai 1998 ist der Index dagegen um 0,3% zurückgegangen. Im April hatte die entsprechende Jahresrate -0,1% und im März +0,2% betragen.

Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Deutschland ist im Mai 1999 im Vergleich zum Vormonat unverändert geblieben, gegenüber einer Zunahme im Vormonatsvergleich von +0,4% im April und von +0,1% im März. Gegenüber Mai 1998 lagen im Mai 1999 die Preise um 0,4% höher.

Deutliche Preisrückgänge bei Telefondienstleistungen (-11,4%), Zentralheizung, Fernwärme u. a. (-7,3%) und Pauschalreisen (-2,2%) hatten einen wesentlichen Anteil am günstigsten Konsumpreisklima. Fleisch und Fleischwaren (-3,3%), Obst (-3,1%) sowie Kaffee (-6,9%) trugen entscheidend zum Rückgang der Preise für die Gütergruppe Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (-0,1%) bei.

Die nachstehende Übersicht stellt die Preisindizes für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte für Deutschland in der Gliederung nach dem Verwendungszweck dar:

**Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte  
auf Basis 1995 = 100**

Veränderung in %

Deutschland	Veränderungen Mai 1999 gegenüber	
	April 1999	Mai 1998
Gesamindex	-	+ 0,4
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-	- 1,0
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,1	+ 0,2
Bekleidung und Schuhe	+ 0,1	+ 0,4
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	-	+ 1,2
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. a.	+ 0,1	+ 0,4
Gesundheitspflege	-	- 3,6
Verkehr	- 0,6	+ 1,6
Nachrichtenübermittlung	- 0,2	- 9,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 0,4	- 0,1
Bildungswesen	-	+ 4,5
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 0,6	+ 1,4
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	+ 1,8

Der für das frühere Bundesgebiet berechnete Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Mai 1999 gegenüber April leicht um 0,1%. Gegenüber dem Vorjahr waren die Preise um 0,5% höher.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost erhöhten sich die Preise im Mai gegenüber dem Vormonat ebenfalls um 0,1% und damit gleichläufig zum früheren Bundesgebiet. Im Jahresvergleich nahmen sie dagegen mit +0,3% etwas weniger stark zu. Hierzu trugen vor allem der

leichte Preisrückgang bei Bekleidung und Schuhen (-0,1% gegenüber einem Anstieg von + 0,4% im früheren Bundesgebiet) sowie der deutliche Preisrückgang bei der Gesundheitspflege (-8,6% gegenüber -3,0% für das frühere Bundesgebiet) bei.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich im einzelnen folgende Veränderungen zum Vormonat bzw zum entsprechenden Vorjahresmonat:

Deutschland	Veränderungen Mar 1999 gegenüber	
	April 1999	Mar 1998
	%	
<b>Erzeugerpreise gewerblicher Produkte</b>		
Fischerzeugnisse	- 0,5	+ 11,9
Leichtes Heizöl	- 1,2	+ 11,9
Dieselmotoren	- 1,9	+ 5,4
Motorenbenzin	- 2,2	+ 2,7
Chemische Grundstoffe	+ 0,1	- 7,8
Chemiefasern	- 1,4	- 7,9
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 2,2	- 8,0
Butter	- 1,0	- 12,5
Walzstahl	- 0,2	- 13,9
Frisches Schweinefleisch	+ 1,7	- 14,4
Gerösteter Kaffee	- 1,1	- 14,5
Betonstahlmatten	+ 6,6	- 16,1
<b>Großhandelsverkaufspreise</b>		
Fischerzeugnisse	+ 7,3	+ 13,4
Glas und Glaswaren	+ 5,1	+ 5,8
Gießereierzeugnisse	- 4,5	- 11,9
Fischmehl und Mischfuttermittel	- 3,3	- 12,7
Frischobst	- 11,9	- 13,2
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	- 7,7	- 22,6
Gekühltes Fleisch	- 4,1	- 30,1
Lebendes Schlachttier	- 6,3	- 35,5
Rohkaffee	- 11,0	- 37,5
Stahlschrott	- 16,0	- 40,9

*Dipl.-Volkswirt Hubert Vorholt*

# Übersicht

## über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

### Allgemeines, Methoden, Klassifikationen

	Heft	Seite
Unterschiedliche Verfahrensweisen der Statistischen Ämter in der Europäischen Union bei der Saisonbereinigung	1	23
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998	2	111
Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	4	253
Armutsmaße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999	4	293
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer	4	306
Zur Messung der Rückfälligkeit von Straftätern	6	498
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland	3	197
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung	5	406
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995	4	325
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995	4	329
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe	4	257
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998	6	449

### Bevölkerung

Größe und Ursachen des Bevölkerungszuwachses im Vereinigten Wirtschaftsgebiet	4	253
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Ehescheidungen 1997	1	39
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163

### Wahlen

Europawahl 1999	4	282
-----------------	---	-----

### Erwerbstätigkeit

Armutsmaße für die Bundesrepublik Deutschland	6	479
Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflußfaktoren	1	28
Erste Ergebnisse des Mikrozensus 1998	3	163

### Unternehmen und Arbeitsstätten

Gewerbeanzeigen 1998	5	359
Insolvenzen 1998	4	299

### Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Programm und Organisation der Landwirtschaftszählung 1999	3	179
---	---	-----

### Produzierendes Gewerbe

Auswirkungen des neuen Konzepts der Produktionserhebungen auf die Berechnung der Produktionsindizes ab 1999	4	293
---	---	-----

### Binnenhandel, Gastgewerbe und Tourismus

Handel, Gastgewerbe und Tourismus im Gesamtsystem der Wirtschaftsstatistik	5	365
Entwicklung im Binnenhandel im Jahr 1998	5	367
Branchenentwicklung im Gastgewerbe 1998	5	379

### Außenhandel

Entwicklungen im deutschen Außenhandel 1998	2	77
Erfassung der indirekten Importe (Rotterdam-Effekt) in der Außenhandelsstatistik	2	85
Methodische Überlegungen zum Außenhandel der Bundesländer	4	306
Außenhandel 1998 nach Ländern	4	312

	Heft	Seite
<b>Verkehr</b>		
Schätzung des Transports gefährlicher Güter im Eisenbahnverkehr, in der Binnenschifffahrt und im Seeverkehr 1997 . . . . .	5	384
Unternehmen der Binnenschifffahrt 1998 . . . . .	5	392
Gewerblicher Luftverkehr 1998 . . . . .	5	399
<b>Rechtspflege</b>		
Zur Messung der Rückfalligkeit von Straftätern . . . . .	6	498
Strafverfolgungsstatistik 1997 . . . . .	3	189
<b>Bildung und Kultur</b>		
Wissenschafts- und Technologiestatistiken in Deutschland . . . . .	3	197
Methodik zur Berechnung der Bildungsausgaben Deutschlands im Rahmen der internationalen Bildungsberichterstattung . . . . .	5	406
Studierende im Wintersemester 1998/99 . . . . .	6	505
<b>Gesundheitswesen</b>		
Verständlich, anschaulich, umfassend: Der erste Gesundheitsbericht für Deutschland . . . . .	2	92
<b>Sozialleistungen</b>		
Ergebnisse der Sozialhilfe- und Asylbewerberleistungsstatistik 1997 . . . . .	2	96
<b>Finanzen und Steuern</b>		
Kommunalfinanzen 1999 . . . . .	5	415
Öffentliche Finanzen 1998 . . . . .	4	318
Entwicklung der öffentlichen Schulden seit 1991 . . . . .	5	417
<b>Wirtschaftsrechnungen und Versorgung</b>		
Das Stichprobenverfahren der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 . . . . .	2	111
Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern . . . . .	1	46
Haus- und Grundbesitz sowie Wohnverhältnisse privater Haushalte in Deutschland . . . . .	3	210
Armutmaße für die Bundesrepublik Deutschland . . . . .	6	479
<b>Löhne und Gehälter</b>		
Arbeitskosten im Produzierenden Gewerbe und ausgewählten Dienstleistungsbereichen 1996 . . . . .	2	116
Ergebnisse der Lohnstatistik für 1998 . . . . .	5	422
<b>Preise</b>		
Zur Neuberechnung des Index der Erzeugerpreise forstwirtschaftlicher Produkte auf Basis 1995 . . . . .	2	129
Die Berechnung der Wägungsschemata für die Preisindizes für die Lebenshaltung . . . . .	3	171
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte auf Basis 1995 . . . . .	4	325
Neuberechnung des Verbraucherpreisindex für Telekommunikationsdienstleistungen auf Basis 1995 . . . . .	4	329
Preisentwicklung im Jahr 1998 . . . . .	1	55
Preise im Januar 1999 . . . . .	2	138
Februar 1999 . . . . .	3	221
März 1999 . . . . .	4	337
April 1999 . . . . .	5	433
Mai 1999 . . . . .	6	511
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>		
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1999 – Anlaß, Konzeptänderungen und neue Begriffe . . . . .	4	257
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1998 . . . . .	6	449
Bruttoinlandsprodukt 1998 . . . . .	1	13
<b>Umwelt</b>		
Erlöse und Konzessionsabgaben in der Energie- und Wasserwirtschaft . . . . .	2	134
<b>Gastbeiträge</b>		
Verbrauch der privaten Haushalte in der Europäischen Union: – Wichtigste Trends und Struktur der Ausgaben – . . . . .	2	142
Konzept einer Ausgaben- und Finanzierungsrechnung für die Gesundheitsberichterstattung des Bundes . . . . .	3	225

# Tabellenteil

## Inhalt

	Seite	Periodizität
<b>Statistische Monatszahlen</b>		
Grundzahlen/Veränderungen . . . . .	318*	
Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung . . . . .	342*	
Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts . . . . .	345*	
 <b>Ausgewählte Tabellen</b>		
<b>Produzierendes Gewerbe</b>		
Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe . . . . .	346*	monatlich
Beschäftigte und Umsatz der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden sowie im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Abteilungen . . . . .	352*	“
Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe . . . . .	353*	“
 <b>Finanzen und Steuern</b>		
Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte; Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern . . . . .	357*	vierteljährlich
 <b>Preise</b>		
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes . . . . .	359*	monatlich
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz) . . . . .	360*	“
Preisindex für die Lebenshaltung . . . . .	363*	“
Kaufwerte für Bauland . . . . .	364*	vierteljährlich



# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998	1999				
					Dez	Jan.	Febr.	Marz	April	Mai
<b>Bevölkerung<sup>1)</sup></b>										
<b>Erwerbstätigkeit</b>										
<b>Erwerbstätigkeit<sup>2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Erwerbstätige im Inland <sup>3)</sup>	1 000	36 149 p	35 859 p	35 999 p	36 213 p	.	.	...	...	...
Erwerbstätige Inländer <sup>4)</sup>	1 000	36 089 p	35 797 p	35 935 p	36 163 p	.	.	...	...	...
<b>Arbeitsmarkt<sup>5)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Arbeitslose	1 000	3 965	4 384	4 279	4 197	4 455	4 465	4 288	4 145	3 998 p
dar: Männer	1 000	2 112	2 342	2 273	2 252	2 441	2 466	2 327	2 206	2 104 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	107	114	108	103	103	103	94	84	76 p
Ausländer/-innen	1 000	496	548	535	538	555	556	541	526	506 p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	11,5	12,7	12,3	12,0	12,8	12,8	12,3	11,9	11,4 p
Offene Stellen	1 000	327	337	422	345	395	451	496	508	502 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	277	183	115	107	145	161	167	136	137 p
<b>Früheres Bundesgebiet<sup>7)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	2 796	3 021	2 904	2 885	3 025	3 023	2 897	2 799	2 695 p
dar: Männer	1 000	1 617	1 741	1 641	1 635	1 740	1 750	1 650	1 569	1 499 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	83	82	75	73	74	74	70	63	57 p
Ausländer/-innen	1 000	482	522	505	506	522	522	508	493	474 p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	10,1	11,0	10,5	10,4	10,9	10,9	10,4	10,1	9,6 p
Offene Stellen	1 000	270	282	342	290	331	372	409	422	423 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	206	133	81	81	114	123	125	103	107 p
<b>Neue Länder und Berlin-Ost<sup>7)</sup></b>										
Arbeitslose	1 000	1 169	1 364	1 375	1 313	1 430	1 442	1 392	1 346	1 303 p
dar: Männer	1 000	495	602	632	617	701	716	677	637	605 p
Jugendliche unter 20 Jahren	1 000	25	32	33	30	29	29	25	21	19 p
Ausländer/-innen	1 000	14	26	30	32	33	33	33	33	32 p
Arbeitslosenquote <sup>6)</sup>	%	16,7	19,5	19,5	18,6	20,3	20,4	19,7	19,1	18,3 p
Offene Stellen	1 000	57	56	79	55	63	79	87	86	78 p
Kurzarbeiter/-innen	1 000	71	49	34	26	31	39	42	33	30 p
<b>Unternehmen und Arbeitsstätten</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Insolvenzen</b>	Anzahl	31 471	33 398	.	3 202	..	...	..	...	..
Unternehmen	Anzahl	25 530	27 474	...	2 615	..	...	...	...	..
Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	3 643	3 598	...	329	..	...	...	...	..
Baugewerbe	Anzahl	7 041	7 788	..	687	..	..	...	...	..
Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Anzahl	5 967	6 111	..	611	..	...	...	...	..
Gastgewerbe	Anzahl	1 476	1 679	..	177	..	...	...	...	..
Sonstige Wirtschaftszweige	Anzahl	7 403	8 298	..	811	..	...	...	...	..
Ubrige Gemeinschaftsdner <sup>8)</sup>	Anzahl	5 941	5 924	..	587	..	...	...	...	..
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Insolvenzen</b>	Anzahl	23 078	24 212	..	2 403	..	..	..	..	...
dar: Unternehmen	Anzahl	18 111	19 348	..	1 895	...	..	...	...	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Insolvenzen</b>	Anzahl	8 393	9 186	..	799	...	..	...	...	..
dar: Unternehmen	Anzahl	7 419	8 126	..	720	..	..	..	...	..
		1996	1997	1998	1998					1999
					Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
<b>Deutschland</b>										
<b>Gewerbeanzeigen</b>										
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	780 013	802 935	811 377	59 480	66 000	64 929	63 432	65 872	72 715
dar: echte Neuerichtungen <sup>9)</sup>	Anzahl	217 210	210 091	215 207	16 075	17 756	17 522	17 246	16 828	18 528
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	647 889	681 864	696 214	48 887	54 090	54 224	56 709	77 190	74 341
dar: Stilllegung eines echten Betriebes <sup>9)</sup>	Anzahl	104 689	111 331	119 475	8 507	9 312	9 442	9 810	13 085	13 041
Gewerbeummeldungen	Anzahl	170 004	178 395	184 818	13 322	15 101	15 091	15 756	14 817	16 189

1) Angaben über die Bevölkerung sind in gesonderten Tabellen ab S. 342\* f dargestellt - 2) Revidierte Durchschnittsrechnungen der Erwerbstätigen. - 3) Mit Arbeitsort in Deutschland, (Inlandskonzept) - 4) Mit Wohnort in Deutschland (Inländerkonzept). - Methodische Erläuterungen hierzu im Sonderband Reihe S 20 der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ und in WiSta 6/1999 - 5) Ergebnisse der Bundesanstalt für Arbeit - 6) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigte, Beamter/ Beamtinnen und Arbeitslose) - 7) Durch die Neugliederung Berliner Arbeitsämter ab Juli 1997, die sich auf die regionale Zuordnung zwischen dem Bundesgebiet West und dem Bundesgebiet Ost auswirkt, sind die Angaben - die ab Januar 1997 Neuberechnet wurden - mit den Werten vor 1997 nur eingeschränkt vergleichbar - 8) Natürliche Personen, Nachlasskonkurse - 9) Gründung bzw. vollständige Aufgabe eines Betriebes, der entweder in ein Register eingetragen ist oder die Handwerkszunft besitzt oder mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt



# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998				1999	
					Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	15 760	15 227	..			14 942			
Schweine	1 000	24 283	24 795	..			26 299			
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder	1 000	4 283	4 274	3 984 p	354	367	357	346	323	288
Kalber	1 000	494	479	464 p	38	42	41	41	31	29
Schweine	1 000	38 650	37 724	40 514 p	3 503	3 683	3 805	3 418	3 644	3 359
Schlachtmenge	1 000 t	4 992	4 893	5 093 p	442	465	473	433	449	407
dar.: Rinder	1 000 t	1 363	1 336	1 266 p	112	116	113	111	104	92
Kalber	1 000 t	61	57	55 p	5	5	5	5	4	4
Schweine	1 000 t	3 547	3 481	3 751 p	323	342	353	315	341	310
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup>	1 000	574 128	590 675	596 719 p	50 245	47 017	43 841	49 882	49 169	46 590
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup>	t	597 487	643 360	681 381 p	59 755	59 456	57 498	55 603	56 098	54 612
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	12 879 <sup>5)</sup>	12 437 <sup>5)</sup>	..			12 229 <sup>5)</sup>			
Schweine	1 000	21 061	21 470	..			22 717			
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder	1 000	3 931	3 883	3 596 p	322	331	322	313	292	258
Kälber	1 000	485	464	449 p	37	41	40	39	30	28
Schweine	1 000	33 089	32 247	34 807 p	3 010	3 177	3 274	2 949	3 122	2 878
Schlachtmenge	1 000 t	4 388	4 284	4 461 p	388	408	414	381	393	355
dar.: Rinder	1 000 t	1 260	1 224	1 155 p	103	105	103	102	95	84
Kalber	1 000 t	61	55	54 p	5	5	5	5	4	4
Schweine	1 000 t	3 048	2 987	3 234 p	279	296	305	273	293	267
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup>	1 000	401 818	405 569	405 151 p	33 691	31 010	30 705	32 344	32 993	32 384
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup>	t	416 129	448 834	469 755 p	40 806	40 396	38 843	38 690	38 740	36 850
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Viehbestand <sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kälber)	1 000	2 880 <sup>5)</sup>	2 789 <sup>5)</sup>	..			2 712 <sup>5)</sup>			
Schweine	1 000	3 222	3 325	..			3 582			
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder	1 000	352	390	388 p	32	36	34	32	31	29
Kälber	1 000	10	15	15 p	1	1	2	1	1	1
Schweine	1 000	5 561	5 476	5 707 p	493	506	531	468	523	481
Schlachtmenge	1 000 t	604	609	631 p	54	57	59	52	57	52
dar.: Rinder	1 000 t	103	112	111 p	9	10	10	9	9	8
Kalber	1 000 t	1	1	1 p	0	0	0	0	0	0
Schweine	1 000 t	499	494	517 p	45	46	48	42	48	43
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup>	1 000	172 310	185 106	191 569 p	16 554	16 007	13 136	17 538	16 176	14 207
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup>	t	181 358	194 525	211 626 p	18 948	19 059	18 655	16 914	17 358	17 761
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Produktionsindex für das Prod. Gewerbe <sup>4)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe	1995 = 100	99,5	102,2	105,8	112,7	113,0	111,6	100,4	95,5	96,5
Energieversorgung	1995 = 100	105,9	105,2	105,4	98,4	108,1	116,4	118,6	117,6	111,0
<b>Deutschland</b>										
Elektrizitätserzeugung	Mill. kWh	549 990	547 097	..	43 388	47 185	49 654	50 914	..	..
Inlandsversorgung mit Elektrizität	Mill. kWh	499 798	500 507	..	40 291	43 772	45 913	46 461	..	..
Gaserzeugung	Mill. kWh	371 701	373 719	..	26 867	30 788	33 846	37 490	..	..
Inlandsversorgung mit Gas	Mill. kWh	1 037 814	979 116	..	66 861	85 472	111 525	103 104	..	..

1) 1995 bis 1997 Viehzählung im Dezember – 2) In Bruterien mit einem Fassungsvermögen der Brutanlagen von 1 000 Eiern und mehr – 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind. 2 000 Tieren im Monat – 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert – 5) Ohne Berlin

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
<b>Land- und Forstwirtschaft, Fischerei</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Viehbestand<sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kalber) . . . . .	- 3,4	...	- 1,9	.	.	.	.	.	.	.
Schweine . . . . .	+ 2,1	...	+ 6,1	.	.	.	.	.	.	.
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder . . . . .	- 0,2	- 6,8 p	- 4,3	+ 4,7	- 7,1	- 7,3	- 2,8	- 3,0	- 6,7	- 10,9
Kalber . . . . .	- 3,1	- 3,1 p	+ 11,4	- 12,7	- 16,0	- 9,3	- 1,3	- 1,7	- 24,8	- 4,0
Schweine . . . . .	- 2,4	+ 7,5 p	+ 16,7	+ 7,5	+ 9,7	+ 13,7	+ 3,3	- 10,2	+ 6,6	- 7,8
Schlachtmenge . . . . .	- 2,0	+ 4,1 p	+ 11,8	+ 7,8	+ 5,7	+ 8,3	+ 1,8	- 8,4	+ 3,8	- 9,4
dar.: Rinder . . . . .	- 2,0	- 5,2 p	- 1,6	+ 7,6	- 5,3	- 5,7	- 2,3	- 1,5	- 6,8	- 10,9
Kalber . . . . .	- 7,9	- 3,1 p	+ 14,6	- 9,7	- 12,0	- 4,6	- 3,7	- 4,0	- 22,1	- 2,8
Schweine . . . . .	- 1,9	+ 7,8 p	+ 16,9	+ 8,2	+ 9,9	+ 13,5	+ 3,3	- 10,8	+ 8,1	- 9,0
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup> . . . . .	+ 2,9	+ 1,0 p	+ 4,4	+ 0,2	- 4,4	+ 1,8	- 6,8	+ 13,8	- 1,4	- 5,2
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup> . . . . .	+ 7,7	+ 5,9 p	+ 8,8	+ 3,5	- 0,8	+ 4,4	- 3,3	- 3,3	+ 0,9	- 2,7
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Viehbestand<sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kalber) . . . . .	- 3,4 <sup>5)</sup>	..	- 1,7 <sup>5)</sup>	.	.	.	.	.	.	.
Schweine . . . . .	+ 1,9	..	+ 5,8	.	.	.	.	.	.	.
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder . . . . .	- 1,2	- 7,4 p	- 4,9	+ 4,1	- 7,4	- 7,9	- 2,5	- 2,8	- 7,0	- 11,4
Kälber . . . . .	- 4,2	- 3,2 p	+ 10,9	- 12,9	- 16,0	- 8,9	- 2,1	- 1,4	- 24,4	- 3,9
Schweine . . . . .	- 2,5	+ 7,9 p	+ 18,2	+ 8,0	+ 10,2	+ 14,2	+ 3,0	- 9,9	+ 5,8	- 7,8
Schlachtmenge . . . . .	- 2,4	+ 4,1 p	+ 12,4	+ 7,9	+ 5,9	+ 8,2	+ 1,6	- 8,0	+ 3,0	- 9,6
dar.: Rinder . . . . .	- 2,9	- 5,6 p	- 2,2	+ 7,1	- 5,3	- 6,2	- 2,1	- 1,1	- 6,9	- 11,5
Kalber . . . . .	- 8,7	- 2,7 p	+ 14,9	- 9,9	- 11,8	- 4,2	- 3,9	- 4,2	- 21,7	- 2,8
Schweine . . . . .	- 2,0	+ 8,3 p	+ 18,3	+ 8,6	+ 10,5	+ 13,9	+ 3,0	- 10,5	+ 7,3	- 9,0
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup> . . . . .	+ 0,9	- 0,1 p	+ 4,7	- 1,2	- 4,3	+ 2,2	- 1,0	+ 5,3	+ 2,0	- 1,8
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup> . . . . .	+ 7,9	+ 4,7 p	+ 5,1	+ 1,1	- 2,6	+ 2,7	- 3,8	- 0,4	+ 0,1	- 4,9
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Viehbestand<sup>1)</sup></b>										
Rinder (einschl. Kalber) . . . . .	- 3,1 <sup>5)</sup>	..	- 2,8 <sup>5)</sup>	.	.	.	.	.	.	.
Schweine . . . . .	+ 3,2	..	+ 7,7	.	.	.	.	.	.	.
<b>Gewerbliche Schlachtungen</b>										
Rinder . . . . .	+ 10,9	- 0,6 p	+ 1,9	+ 10,8	- 5,0	- 1,7	- 5,3	- 5,1	- 3,8	- 6,4
Kalber . . . . .	+ 54,3	+ 1,8 p	+ 24,7	- 9,8	- 16,6	- 19,0	+ 22,8	- 8,2	- 33,8	- 6,2
Schweine . . . . .	- 1,5	+ 4,2 p	+ 8,1	+ 4,5	+ 7,1	+ 10,8	+ 4,9	- 11,7	+ 11,6	- 8,0
Schlachtmenge . . . . .	+ 0,7	+ 3,7 p	+ 8,0	+ 7,0	+ 4,5	+ 8,5	+ 3,3	- 11,1	+ 9,3	- 8,5
dar.: Rinder . . . . .	+ 8,5	- 0,4 p	+ 4,8	+ 13,7	- 5,2	- 1,1	- 4,4	- 5,0	- 4,7	- 5,0
Kälber . . . . .	+ 49,5	- 18,6 p	+ 3,6	- 3,9	- 19,7	- 23,3	+ 9,1	+ 1,0	- 39,2	- 3,4
Schweine . . . . .	- 1,0	+ 4,7 p	+ 8,6	+ 5,7	+ 6,6	+ 10,7	+ 5,0	- 12,4	+ 12,6	- 9,1
<b>Geflügel</b>										
Eingelegte Bruteier <sup>2)</sup> . . . . .	+ 7,4	+ 3,5 p	+ 3,8	+ 2,9	- 4,6	+ 0,9	- 17,9	+ 33,5	- 7,8	- 12,2
Geschlachtetes Geflügel <sup>3)</sup> . . . . .	+ 7,3	+ 8,8 p	+ 17,3	+ 9,4	+ 3,5	+ 8,0	- 2,1	- 9,3	+ 2,6	+ 2,3
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Produktionsindex für das Prod. Gew.<sup>4)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,9	- 0,3	+ 0,1	- 1,9	- 1,2	- 10,0	- 4,9	+ 1,0
Energieversorgung . . . . .	- 0,7	+ 0,2	- 0,2	+ 0,3	- 2,2	+ 3,6	+ 7,7	+ 1,9	- 0,8	- 5,6
<b>Deutschland</b>										
Elektrizitätserzeugung . . . . .	+ 3,3	...	+ 0,6	+ 1,2	..	..	+ 5,2	+ 2,5	...	...
Inlandsversorgung mit Elektrizität . . . . .	+ 1,3	...	+ 2,7	+ 2,7	..	..	+ 4,9	+ 1,20	...	...
Gaserzeugung . . . . .	+ 0,5	..	+ 1,0	+ 1,5	..	..	+ 9,9	+ 10,8	...	...
Inlandsversorgung mit Gas . . . . .	- 5,7	..	+ 5,0	- 10,3	...	..	+ 30,5	- 7,6	...	...

1) 1995 bis 1997: Viehzählung im Dezember - 2) In Brutereien mit einem Fassungsvermögen der Brutenlagen von 1 000 Eiern und mehr - 3) In Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mind 2 000 Tieren im Monat - 4) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 5) Ab Dezember 1996 ohne Berlin

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998		1999			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	Marz	April
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe<sup>1)2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	6 520	6 311	6 405	6 435	6 400	6 376	6 365	6 368	6 335
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	1 000	2 352	2 290	2 320	2 334	2 329	2 324	2 323	2 326	2 319
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	4 168	4 021	4 085	4 101	4 071	4 052	4 042	4 042	4 016
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1 000	167	148	138	135	134	131	130	130	129
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 000	6 353	6 163	6 267	6 299	6 266	6 245	6 235	6 238	6 206
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1 000	2 970	2 874	2 867	2 879	2 862	2 826	2 824	2 831	2 818
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1 000	2 165	2 102	2 147	2 163	2 155	2 173	2 165	2 163	2 150
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	327	308	305	305	302	298	299	298	296
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	1 059	1 027	1 086	1 088	1 081	1 079	1 077	1 076	1 071
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill. Std	6 483	6 283	6 440	563	492	505	509	575	534
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	215 263	210 694	217 073	22 767	18 546	16 724	16 329	17 542	17 726
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	196 067	193 952	199 255	21 523	17 987	15 810	16 038	16 228	16 343
Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t	42 781	40 780	35 959	–	8 674 <sup>a)</sup>	–	–	8 344 <sup>b)</sup>	–
Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	10 388	10 028	10 303	–	3 044 <sup>a)</sup>	–	–	2 727 <sup>b)</sup>	–
Gasverbrauch . . . . .	Mill. kWh	326 728	331 331	329 473	–	87 471 <sup>a)</sup>	–	–	88 836 <sup>b)</sup>	–
Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	209 236	215 128	218 763	18 570	17 054	17 606	17 153	19 014	17 910
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	5 932	5 748	5 817	5 837	5 806	5 788	5 777	5 779	5 748
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	1 000	2 167	2 115	2 142	2 154	2 150	2 146	2 145	2 147	2 141
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	3 765	3 633	3 675	3 682	3 656	3 642	3 632	3 631	3 607
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1 000	138	124	117	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 000	5 794	5 624	5 699	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1 000	2 715	2 624	2 609	2 617	2 602	2 569	2 567	2 572	2 559
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1 000	1 977	1 929	1 966	1 979	1 973	1 991	1 983	1 981	1 970
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	302	285	281	280	277	275	275	274	272
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	938	911	960	961	954	954	952	951	947
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill. Std	5 812	5 636	5 750	502	439	450	454	512	477
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	200 129	195 726	201 137	21 167	17 115	15 469	15 096	16 205	16 413
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	185 254	183 384	188 262	20 411	16 967	14 944	15 148	15 340	15 448
Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t	32 987	32 713	30 667	–	7 682 <sup>a)</sup>	–	–	7 506 <sup>b)</sup>	–
Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	9 391	9 087	8 740	–	2 527 <sup>a)</sup>	–	–	2 330 <sup>b)</sup>	–
Gasverbrauch . . . . .	Mill. kWh	282 898	288 243	283 413	–	75 149 <sup>a)</sup>	–	–	76 408 <sup>b)</sup>	–
Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	187 738	192 806	195 241	16 530	15 135	15 649	15 267	16 832	15 938
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	588	563	588	598	594	587	588	589	587
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	1 000	185	175	178	179	179	177	178	178	177
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	1 000	403	388	410	419	415	410	410	411	410
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1 000	29	24	20	–	–	–	–	–	–
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1 000	559	539	567	–	–	–	–	–	–
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1 000	255	251	257	262	260	257	258	259	259
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1 000	187	173	181	184	182	182	182	182	180
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	25	24	24	25	25	24	24	24	24
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1 000	121	115	125	127	127	124	124	125	125
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	Mill. Std	671	648	691	60	53	56	55	63	58
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	15 134	14 969	15 936	1 600	1 431	1 254	1 233	1 337	1 313
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	10 813	10 569	10 993	1 112	1 020	866	890	888	895
Kohleverbrauch . . . . .	1 000 t	9 795	8 067	5 293	–	993 <sup>a)</sup>	–	–	838 <sup>b)</sup>	–
Heizölverbrauch . . . . .	1 000 t	997	941	1 563	–	516 <sup>a)</sup>	–	–	397 <sup>b)</sup>	–
Gasverbrauch . . . . .	Mill. kWh	43 830	43 087	46 060	–	12 322 <sup>a)</sup>	–	–	12 428 <sup>b)</sup>	–
Stromverbrauch . . . . .	Mill. kWh	21 498	22 322	23 521	2 041	1 919	1 957	1 886	2 182	1 971

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben, bis einschl. 1998 endgültige Ergebnisse – 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe, sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung – Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtsreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert – 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in der übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen – 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) Verbrauch im 4. Vj 1998 – b) Verbrauch im 1. Vj 1999.

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe <sup>1) 2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte . . . . .	- 3,2	- 0,2	+ 0,5	+ 0,3	± 0,0	- 0,6	- 0,4	- 0,2	± 0,0	- 0,5
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	- 2,6	- 0,3	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,2	± 0,0	+ 0,1	- 0,3
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	- 3,5	- 0,1	+ 0,4	± 0,0	- 0,3	- 1,1	- 0,5	- 0,2	± 0,0	- 0,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 11,3	- 6,9	- 6,4	- 6,5	- 6,6	- 7,0	- 2,7	- 0,6	+ 0,2	- 0,6
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	- 3,0	± 0,0	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	± 0,0	- 0,5
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	- 3,2	- 0,9	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 1,2	- 1,3	- 0,1	+ 0,3	- 0,5
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	- 2,9	+ 0,5	+ 2,4	+ 1,9	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,8	- 0,4	- 0,1	- 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 5,6	- 1,8	- 2,0	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 1,1	+ 0,3	- 0,5	- 0,7
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 3,0	+ 0,9	- 0,5	- 0,3	- 0,5	- 0,9	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,4
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	- 3,1	+ 0,6	- 2,7	- 2,7	+ 0,5	- 1,7	+ 2,7	+ 0,8	+ 13,0	- 7,1
Bruttolohn- und -gehaltssumme . . . . .	- 1,6	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,3	+ 4,3	+ 2,6	- 11,0	- 0,5	+ 4,3	+ 0,9
Kohleverbrauch . . . . .	- 4,7	- 11,8	-	-	- 14,3 <sup>a)</sup>	-	-	-	- 3,8 <sup>b)</sup>	-
Heizölverbrauch . . . . .	- 3,5	- 0,5	-	-	+ 1,8 <sup>a)</sup>	-	-	-	- 10,4 <sup>b)</sup>	-
Gasverbrauch . . . . .	+ 1,4	- 0,6	-	-	- 0,4 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 1,6 <sup>b)</sup>	-
Stromverbrauch . . . . .	+ 2,8	+ 1,5	- 2,9	- 2,1	± 0,0	- 1,8	+ 3,2	- 2,6	+ 10,8	- 5,8
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte . . . . .	- 3,1	- 0,3	+ 0,4	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,3	- 0,2	± 0,0	- 0,5
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	- 2,4	- 0,2	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	- 0,3
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	- 3,5	- 0,4	+ 0,1	- 0,3	- 0,7	- 1,3	- 0,4	- 0,3	± 0,0	- 0,7
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 9,9	- 5,5	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	- 2,9	- 0,2	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	- 3,4	- 1,1	- 0,6	- 0,7	- 1,0	- 1,5	- 1,3	- 0,1	+ 0,2	- 0,5
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	- 2,5	+ 0,4	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,4	+ 0,8	+ 0,9	- 0,4	- 0,1	- 0,6
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 5,7	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 2,8	- 3,2	- 1,0	+ 0,2	- 0,4	- 0,7
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 2,9	+ 1,1	- 0,5	- 0,5	- 0,7	- 1,1	± 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,5
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	- 3,0	+ 0,4	- 3,0	- 3,1	+ 0,1	- 2,0	+ 2,4	+ 1,0	+ 12,8	- 7,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme . . . . .	- 1,6	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 4,3	+ 2,6	- 10,8	- 0,6	+ 4,3	+ 1,0
Kohleverbrauch . . . . .	- 0,8	- 6,3	-	-	- 5,7 <sup>a)</sup>	-	-	-	- 2,3 <sup>b)</sup>	-
Heizölverbrauch . . . . .	- 3,2	- 7,1	-	-	- 0,4 <sup>a)</sup>	-	-	-	- 7,8 <sup>b)</sup>	-
Gasverbrauch . . . . .	+ 1,9	- 1,8	-	-	- 1,2 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 1,7 <sup>b)</sup>	-
Stromverbrauch . . . . .	+ 2,7	+ 1,1	- 3,7	- 2,7	- 0,7	- 2,2	+ 3,4	- 2,4	+ 10,3	- 5,3
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte . . . . .	- 4,2	+ 1,1	+ 2,2	+ 2,2	+ 2,0	+ 1,0	- 1,1	+ 0,1	+ 0,2	- 0,4
Tätige Inhaber und Angestellte <sup>3)</sup> . . . . .	- 5,5	- 1,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,1	- 1,2	+ 0,3	+ 0,3	- 0,4
Arbeiter/-innen <sup>4)</sup> . . . . .	- 3,7	+ 2,2	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,6	+ 1,4	- 1,1	± 0,0	+ 0,2	- 0,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 17,7	- 14,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	- 3,5	+ 1,8	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	- 1,7	+ 2,0	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,7	+ 1,8	- 1,2	+ 0,3	+ 0,7	- 0,2
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	- 7,5	+ 1,2	+ 3,0	+ 2,8	+ 2,2	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,2	- 1,0
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 4,7	+ 2,0	- 1,1	- 0,9	- 2,0	- 3,2	- 3,1	+ 0,6	- 1,1	- 0,8
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 4,3	- 0,8	- 0,1	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	- 2,0	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
Geleistete Arbeiterstunden . . . . .	- 3,5	+ 3,0	- 0,1	+ 0,6	+ 4,2	+ 1,0	+ 5,2	- 1,2	+ 14,5	- 8,0
Bruttolohn- und -gehaltssumme . . . . .	- 1,6	+ 3,4	+ 2,6	+ 5,2	+ 5,4	+ 2,6	- 13,5	+ 0,1	+ 4,8	- 0,8
Kohleverbrauch . . . . .	- 17,6	- 34,4	-	-	- 52,9 <sup>a)</sup>	-	-	-	- 15,6 <sup>b)</sup>	-
Heizölverbrauch . . . . .	- 5,6	+ 64,0	-	-	+ 16,3 <sup>a)</sup>	-	-	-	- 23,1 <sup>b)</sup>	-
Gasverbrauch . . . . .	- 1,7	+ 6,7	-	-	+ 4,7 <sup>a)</sup>	-	-	-	+ 0,9 <sup>b)</sup>	-
Stromverbrauch . . . . .	+ 3,8	+ 5,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 6,2	+ 1,8	+ 2,0	- 3,6	+ 15,7	- 9,6

1) Jahresangaben sowie Monatsangaben bis einschl. 1998, endgültige Ergebnisse. - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigungszahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtskreise berechnet worden - 3) Einschl. mithelfender Familienangehöriger sowie Auszubildender in kaufmännischen und in den übrigen nichtgewerblichen Ausbildungsberufen - 4) Einschl. Auszubildender in gewerblichen Ausbildungsberufen

a) 1 Vj 1999 gegenüber 1 Vj 1998 - b) 1 Vj 1999 gegenüber 4 Vj 1998

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998		1999			
					Nov	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index des Auftrageingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	1995 = 100	99,7	106,7	111,2	109,0	103,2	100,8	105,8	122,9	110,0
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	98,0	106,8	108,8	107,1	97,4	100,2	100,8	119,9	108,1
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	101,3	108,4	116,3	112,7	114,9	101,6	109,5	123,8	114,4
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,2	106,2	113,5	121,6	105,8	108,9	113,7	133,5	115,8
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	98,2	98,3	97,8	84,7	80,3	88,3	109,0	121,9	92,2
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe 1)</b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	99,8	102,5	106,0	112,1	100,3	95,5	96,0	111,6	104,6
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1995 = 100	94,3	91,1	84,8	91,3	76,9	81,2	74,5	89,0	85,8
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	100,4	104,4	109,5	115,4	105,0	98,8	101,4	116,0	107,3
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	99,5	105,0	109,1	112,8	95,2	101,5	101,2	116,0	108,5
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	101,0	105,2	113,2	120,7	126,5	93,8	100,4	116,5	108,6
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	101,1	101,9	108,3	121,1	95,0	99,6	109,3	118,3	108,8
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	100,6	100,9	100,6	106,6	96,2	96,6	94,5	105,7	97,7
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>										
Steinkohle (Forderung) . . . . .	1 000 t	48 194	46 792	41 500	3 933	3 187	.	.	.	.
Braunkohle, roh (Forderung) . . . . .	1 000 t	187 180	178 203	165 402	14 344	14 655	.	.	.	.
Erdöl, roh . . . . .	1 000 t	2 849	2 821	2 895	240	241	.	.	.	.
Zement (ohne Zementklinker) . . . . .	1 000 t	35 872	35 945	36 610	2 940	1 933	.	.	.	.
Roheisen für die Stahlherzeugung . . . . .	1 000 t	27 347	30 466	29 711	2 298	1 918	.	.	.	.
Stahlrohblöcke und -brammen . . . . .	1 000 t	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Flüssigstahl unlegiert . . . . .	1 000 t	31 921	35 633	33 687	2 690	2 055	.	.	.	.
Synthetische Filamente und Spinnfasern . . . . .	1 000 t	393	424	409	33	30	.	.	.	.
Motorenbenzin . . . . .	1 000 t	24 854	24 392	25 162	2 017	2 077	.	.	.	.
Heizöl . . . . .	1 000 t	38 222	35 282	36 703	2 842	3 413	.	.	.	.
Schnittholz . . . . .	1 000 m <sup>3</sup>	14 267	14 730	14 972	1 256	972	.	.	.	.
<b>Personenkraftwagen</b>										
<b>mit Fremdzündung</b>										
von 1 500 cm <sup>3</sup> oder weniger . . . . .	1 000 St	746	730	912	91	65	.	.	.	.
von mehr als 1 500 cm <sup>3</sup> . . . . .	1 000 St.	2 915	2 977	3 226	316	257	.	.	.	.
<b>mit Selbstzündung</b>										
Fernsehempfangsgeräte 2) . . . . .	1 000 St.	6 875	.	1 816	178	115	.	.	.	.
Digitale Datenverarbeitungsgeräte . . . . .	1 000 St	1 659	1 872	2 870	348	302	.	.	.	.
Digitale Verarbeitungseinheiten . . . . .	1 000 St	1 241	1 744	2 347	261	265	.	.	.	.
Ein- oder Ausgabeneinheiten . . . . .	1 000 St.	4 108	4 482	3 963	376	357	.	.	.	.
Andere Geräte für die Datenverarbeitung . . . . .	1 000 St	69	65	.	.	.	.	.	.	.
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungs- geräte und ihre Einheiten . . . . .	1 000 DM	2 516 259	2 614 531	3 119 608	319 892	292 262	.	.	.	.
Baumwollgarn . . . . .	t	126 537	135 066	129 495	11 352	8 493	.	.	.	.
Würste u.a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch . . . . .	t	1 917 337	1 895 471	.	166 972	166 520	.	.	.	.
Zigaretten . . . . .	Mill. St	192 462	181 644	.	16 978	13 703	.	.	.	.
<b>Gesamtumsatz 3) 4) 5)</b>										
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	Mill. DM	29 335,3	25 605,7	25 285,6	1 950	1 794	1 760,6	1 592,9	1 868,8	1 889,4
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	Mrd. DM	2 050,0	2 160,6	2 247,5	195,0	190,9	161,3	170,8	209,4	185,4
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	943 476	985 536	973 783	81 859	72 397	70 007	71 903	87 607	80 008
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	649 500	705 478	780 842	71 220	77 132	53 201	60 088	76 359	66 156
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	87 933	87 158	90 027	8 315	7 398	6 582	7 097	8 556	7 246
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	398 388	408 032	426 172	35 578	35 740	33 243	33 322	38 738	33 912
dar : Auslandsumsatz 6) . . . . .	Mill. DM	617 255	696 767	753 165	65 234	64 051	53 931	59 236	72 814	63 406

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Ab 1995 einschl. Videomonitoren und Videoprojektoren - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1997	1998	Jan 99	Febr 99	März 99	April 99	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1996	1997	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	
<b>Produzierendes Gewerbe</b>											
<b>Deutschland</b>											
<b>Index des Auftragsingangs für das Verarbeitende Gewerbe</b>	+ 7,0	+ 4,2	- 7,7	- 4,5	- 2,6	- 2,4	- 2,3	+ 5,0	+ 16,2	- 10,5	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 9,0	+ 1,9	- 8,6	- 7,4	- 1,5	- 3,7	+ 2,9	+ 0,6	+ 18,9	- 9,8	
Investitionsgüterproduzenten	+ 7,0	+ 7,3	- 9,3	- 3,1	- 5,8	- 1,4	- 11,6	+ 7,8	+ 13,1	- 7,6	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 2,9	+ 6,9	+ 0,2	+ 2,5	+ 2,9	- 2,0	+ 2,9	+ 4,4	+ 17,4	- 13,3	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,1	- 0,5	- 4,2	- 4,0	- 2,0	+ 0,8	+ 10,0	+ 23,4	+ 11,8	- 24,4	
<b>Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe<sup>1)</sup></b>											
Produzierendes Gewerbe	+ 2,7	+ 3,4	+ 0,2	- 2,1	- 2,2	- 1,3	- 4,8	+ 0,5	+ 16,3	- 6,3	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 3,4	- 6,9	- 0,1	- 5,3	+ 2,8	+ 5,9	+ 5,6	- 8,3	+ 19,5	- 3,6	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 4,0	+ 4,9	- 0,1	- 1,8	- 2,4	- 1,6	- 5,9	+ 2,6	+ 14,4	- 7,5	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 5,5	+ 3,9	- 1,0	- 2,9	- 1,4	- 1,5	+ 6,6	- 0,3	+ 14,6	- 6,5	
Investitionsgüterproduzenten	+ 4,2	+ 7,6	+ 2,0	- 2,4	- 6,4	- 1,4	- 25,8	+ 7,0	+ 16,0	- 6,8	
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,8	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,7	- 3,3	+ 0,1	+ 4,8	+ 9,7	+ 8,2	- 8,0	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 0,3	- 0,3	- 2,1	+ 0,1	+ 0,8	- 2,3	+ 0,4	- 2,2	+ 11,9	- 7,6	
<b>Produktion ausgewählter Erzeugnisse</b>											
Steinkohle (Förderung)	- 2,9	- 11,3									
Braunkohle, roh (Förderung)	- 4,8	- 7,2									
Erdöl, roh	- 1,0	+ 2,6									
Zement (ohne Zementklinker)	+ 0,2	+ 1,9									
Roheisen für die Stahlerzeugung	+ 11,4										
Stahlrohblöcke und -brammen											
Flüssigstahl unlegiert	+ 11,6										
Synthetische Filamente und Spinnfasern	+ 8,1	- 3,6									
Motorenbenzin	- 1,9	+ 3,2									
Heizöl	- 7,7	+ 4,0									
Schnittholz	+ 3,2	+ 1,6									
Personenkraftwagen mit Fremdzündung											
von 1 500 cm <sup>3</sup> oder weniger	- 2,1										
von mehr als 1 500 cm <sup>3</sup>	+ 2,1										
mit Selbstzündung	- 3,4										
Fernsehempfangsgeräte <sup>2)</sup>											
Digitale Datenverarbeitungsgeräte	+ 12,8										
Digitale Verarbeitungseinheiten	+ 40,5										
Ein- oder Ausgabeneinheiten	+ 9,0										
Andere Geräte für die Datenverarbeitung	- 5,8										
Teile und Zubehör für Datenverarbeitungsgeräte und ihre Einheiten	+ 3,9										
Baumwollgam	+ 6,7	- 4,1									
Würste u.a. Erzeugnisse, Zubereitungen aus Fleisch	- 1,1										
Zigaretten	- 5,6										
<b>Gesamtumsatz<sup>3) 4) 5)</sup></b>	+ 5,1	+ 3,2	- 2,9	- 1,2	+ 3,1	- 0,1	- 15,4	+ 5,8	+ 22,5	- 11,3	
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	- 12,7	- 9,1	- 8,8	- 8,7	- 8,4	- 5,1	- 1,9	- 9,5	+ 17,3	+ 1,1	
Verarbeitendes Gewerbe	+ 5,4	+ 3,3	- 2,8	- 1,1	+ 3,2	± 0,0	- 15,5	+ 5,9	+ 22,6	- 11,4	
Vorleistungsgüterproduzenten	+ 4,5	- 1,5	- 9,2	- 6,7	- 1,3	- 3,4	- 3,3	+ 2,7	+ 21,8	- 8,7	
Investitionsgüterproduzenten	+ 8,6	+ 9,8	+ 7,1	+ 6,7	+ 9,0	+ 6,6	- 31,0	+ 13,0	+ 27,1	- 13,4	
Gebrauchsgüterproduzenten	- 0,9	+ 2,8	- 3,5	- 2,1	+ 0,3	- 3,0	- 11,0	+ 7,8	+ 20,6	- 15,3	
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 2,4	+ 3,2	- 3,2	- 1,5	+ 3,4	- 3,4	- 7,0	+ 0,2	+ 16,3	- 12,5	
dar: Auslandsumsatz <sup>6)</sup>	+ 12,9	+ 8,0	- 1,0	+ 0,5	+ 7,2	+ 1,8	- 15,8	+ 9,8	+ 22,9	- 12,9	

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert. - 2) Ab 1995 einschl Videomonitoren und Videoprojektoren. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 sind die Veränderungsdaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf Basis vergleichbarer Berichtszeiträume berechnet worden - 4) Ohne Umsatzsteuer - 5) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl 1997 endgültige Ergebnisse, Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 6) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren



# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998		1999			
					Nov	Dez.	Jan.	Febr.	Marz	April
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	1995 = 100	99,9	106,7	110,4	108,0	102,0	99,7	105,3	122,1	109,3
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	97,7	106,0	107,4	105,6	96,2	98,7	99,3	118,3	106,5
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	102,5	109,7	116,6	112,8	113,9	101,3	110,6	124,1	115,3
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,1	105,9	112,2	119,7	104,2	107,2	112,6	132,6	114,3
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	97,9	97,8	97,2	83,5	79,2	87,9	108,7	121,5	91,7
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe<sup>1)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	99,5	102,2	105,8	111,6	100,4	95,5	96,5	111,6	104,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1995 = 100	94,9	92,3	86,6	93,0	78,8	83,7	76,5	91,1	87,8
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	100,0	103,8	108,5	114,1	104,0	98,0	100,8	115,0	106,3
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	99,3	104,5	108,2	111,5	94,3	100,8	100,4	115,0	107,4
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	100,8	104,9	112,9	120,2	126,6	93,2	100,3	115,7	108,2
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	100,8	101,3	107,2	119,7	93,5	98,0	108,3	117,0	107,7
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	99,7	99,4	99,0	104,9	94,1	96,2	94,2	104,8	96,4
<b>Gesamtumsatz<sup>2) 3) 4)</sup></b> . . . . .	Mrd DM	1 947,6	2 044,0	2 113,9	183,2	179,3	151,8	160,9	196,8	174,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	Mill DM	23 096	20 822	19 080	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	Mrd. DM	1 924,5	2 023,2	2 094,8	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	881 481	919 796	902 425	75 647	67 128	64 898	66 725	81 115	74 065
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	616 846	669 086	737 339	67 169	72 604	50 156	56 945	72 321	62 556
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill. DM	83 335	82 291	84 663	7 805	6 965	6 147	6 651	8 026	6 805
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill DM	365 904	372 836	389 465	32 544	32 594	30 595	30 599	35 384	30 927
dar. Auslandsumsatz <sup>5)</sup> . . . . .	Mill. DM	601 197	675 746	725 025	62 647	61 358	51 814	57 025	70 040	61 004
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	1995 = 100	95,5	106,8	124,3	126,0	124,0	118,9	113,3	135,8	120,9
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,1	119,5	133,1	134,1	118,3	126,5	126,8	147,1	134,4
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	84,2	91,2	112,3	111,1	128,2	107,0	93,2	120,0	102,1
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	105,6	113,4	145,1	167,8	146,3	152,8	141,3	156,4	153,5
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	104,5	110,4	113,7	114,1	108,4	98,6	116,6	133,2	105,2
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe<sup>1)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	102,0	105,6	109,0	117,2	98,7	95,3	90,7	111,4	107,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	1995 = 100	91,0	84,8	75,2	82,5	67,0	68,2	64,0	77,9	75,2
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	1995 = 100	105,9	115,8	127,1	136,4	121,2	113,4	112,5	134,1	125,4
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	102,4	111,6	124,5	132,5	108,3	113,2	114,4	132,1	126,1
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	103,9	110,9	119,9	130,9	124,7	104,8	101,7	131,9	116,5
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	108,7	121,4	142,3	163,5	140,8	149,8	142,4	159,1	145,0
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	1995 = 100	110,5	118,9	120,5	127,9	123,0	101,0	98,1	117,1	113,0
<b>Gesamtumsatz<sup>2) 3) 4)</sup></b> . . . . .	Mrd. DM	131,7	142,2	156,9	13,8	13,4	11,2	11,5	14,4	13,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	Mill DM	6 240	4 783	4 206	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	Mrd DM	125,5	137,4	152,7	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	Mill DM	61 995	65 740	71 358	6 213	5 270	5 109	5 178	6 493	5 943
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	Mill DM	32 654	36 392	43 503	4 051	4 528	3 045	3 144	4 038	3 600
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill DM	4 597	4 867	5 364	511	433	436	446	531	441
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	Mill DM	32 483	35 195	36 707	3 034	3 146	2 648	2 724	3 354	2 985
dar. Auslandsumsatz <sup>5)</sup> . . . . .	Mill DM	16 058	21 021	28 140	2 588	2 693	2 117	2 211	2 774	2 402

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4 1 1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Jan. 98	Febr. 98	März 98	April 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	+ 6,8	+ 3,5	- 8,8	- 4,6	- 2,6	- 2,8	- 2,3	+ 5,6	+ 16,0	- 10,5
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	+ 8,5	+ 1,3	- 9,2	- 8,0	- 1,7	- 4,0	+ 2,6	+ 0,6	+ 19,1	- 10,0
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	+ 7,0	+ 6,3	- 11,1	- 2,4	- 5,3	- 1,8	- 11,1	+ 9,2	+ 12,2	- 7,1
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 2,7	+ 5,9	- 0,7	+ 2,3	+ 3,0	- 3,0	+ 2,9	+ 5,0	+ 17,8	- 13,8
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 0,1	- 0,6	- 4,0	- 4,3	- 2,3	+ 1,1	+ 11,0	+ 23,7	+ 11,8	- 24,5
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe<sup>1)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	+ 2,7	+ 3,5	+ 0,1	- 1,9	- 2,3	- 1,4	- 4,9	+ 1,0	+ 15,6	- 6,5
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 2,7	- 6,2	+ 0,1	- 5,7	+ 2,2	+ 7,1	+ 6,2	- 8,6	+ 19,1	- 3,6
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	+ 3,8	+ 4,5	- 0,1	- 1,8	- 2,5	- 1,8	- 5,8	+ 2,9	+ 14,1	- 7,6
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	+ 5,2	+ 3,5	- 1,3	- 3,2	- 1,6	- 1,7	+ 6,9	- 0,4	+ 14,5	- 6,6
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	+ 4,1	+ 7,6	+ 1,7	- 2,4	- 6,9	- 1,5	- 26,4	+ 7,6	+ 15,4	- 6,5
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 0,5	+ 5,8	+ 2,8	+ 0,7	- 3,5	- 0,1	+ 4,8	+ 10,5	+ 8,0	- 7,9
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 0,3	- 0,4	- 1,3	+ 1,0	+ 1,2	- 1,9	+ 2,2	- 2,1	+ 11,3	- 8,0
<b>Gesamtumsatz<sup>2) 3) 4)</sup></b> . . . . .	+ 5,0	+ 2,8	- 3,4	- 1,3	+ 2,9	- 0,2	- 15,3	+ 6,0	+ 22,3	- 11,4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 9,8	- 8,4	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	+ 5,1	+ 2,9	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	+ 4,4	- 2,2	- 10,0	- 7,1	- 1,7	- 3,7	- 3,3	+ 2,8	+ 21,6	- 8,7
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	+ 8,5	+ 9,4	+ 6,6	+ 6,6	+ 8,9	+ 6,3	- 30,9	+ 13,5	+ 27,0	- 13,5
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	- 1,3	+ 2,4	- 4,3	- 2,4	± 0,0	- 3,3	- 11,8	+ 8,2	+ 20,7	- 15,2
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 1,9	+ 3,3	- 2,9	- 1,4	+ 3,3	- 3,3	- 6,1	± 0,0	+ 15,6	- 12,6
dar: Auslandsumsatz <sup>5)</sup> . . . . .	+ 12,4	+ 7,2	- 1,6	+ 0,2	+ 6,8	+ 1,6	- 15,6	+ 10,1	+ 22,8	- 12,9
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Index des Auftragseingangs für das</b>										
<b>Verarbeitende Gewerbe</b> . . . . .	+ 11,8	+ 16,4	+ 10,5	- 4,4	- 3,9	+ 3,2	- 4,1	- 4,7	+ 19,9	- 11,0
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	+ 15,9	+ 11,4	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,8	- 0,3	+ 6,9	+ 0,2	+ 16,0	- 8,6
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	+ 8,3	+ 23,1	+ 25,9	- 15,2	- 11,8	+ 6,0	- 16,5	- 12,9	+ 28,8	- 14,9
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 7,4	+ 28,0	+ 21,9	+ 6,8	+ 3,1	+ 20,1	+ 4,4	- 7,5	+ 10,7	- 1,9
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 5,6	+ 3,0	- 9,8	+ 3,6	+ 4,9	- 6,1	- 9,0	+ 18,3	+ 14,2	- 21,0
<b>Produktionsindex für das</b>										
<b>Produzierende Gewerbe<sup>1)</sup></b>										
Produzierendes Gewerbe . . . . .	+ 3,5	+ 3,2	+ 1,8	- 2,6	- 1,1	- 0,6	- 3,4	- 4,8	+ 22,8	- 3,9
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 6,8	- 11,3	- 1,6	- 2,9	+ 5,6	- 0,1	+ 1,8	- 6,2	+ 21,7	- 3,5
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	+ 9,3	+ 9,8	+ 2,6	- 1,0	+ 0,1	+ 0,4	- 6,4	- 0,8	+ 19,2	- 6,5
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	+ 9,0	+ 11,6	+ 5,0	+ 3,1	+ 0,9	+ 1,7	+ 4,5	+ 1,1	+ 15,5	- 4,5
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	+ 6,7	+ 8,1	+ 6,1	- 4,1	+ 3,0	+ 1,8	- 16,0	- 3,0	+ 29,7	- 11,7
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 11,7	+ 17,2	+ 17,7	+ 4,3	- 1,2	+ 7,6	+ 6,4	- 4,9	+ 11,7	- 8,9
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 7,6	+ 1,3	- 11,1	- 8,3	- 3,6	- 6,1	- 17,9	- 2,9	+ 19,4	- 3,5
<b>Gesamtumsatz<sup>2) 3) 4)</sup></b> . . . . .	+ 7,9	+ 8,9	+ 3,7	+ 0,2	+ 5,8	+ 2,0	- 16,0	+ 2,3	+ 25,4	- 10,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden . . . . .	- 23,3	- 12,1	-	-	-	-	-	-	-	-
Verarbeitendes Gewerbe . . . . .	+ 9,5	+ 9,7	-	-	-	-	-	-	-	-
Vorleistungsgüterproduzenten . . . . .	+ 6,0	+ 8,1	+ 2,5	- 2,2	+ 4,0	- 0,1	- 3,1	+ 1,4	+ 25,4	- 8,5
Investitionsgüterproduzenten . . . . .	+ 11,5	+ 17,2	+ 16,7	+ 7,5	+ 10,1	+ 12,2	- 32,8	+ 3,3	+ 28,4	- 10,9
Gebrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 5,9	+ 9,8	+ 8,1	+ 2,8	+ 4,2	+ 2,0	+ 0,7	+ 2,4	+ 18,8	- 17,0
Verbrauchsgüterproduzenten . . . . .	+ 8,4	+ 1,8	- 6,8	- 3,5	+ 4,7	- 4,6	- 15,8	+ 2,9	+ 23,1	- 11,0
dar: Auslandsumsatz <sup>5)</sup> . . . . .	+ 30,9	+ 33,8	+ 16,6	+ 7,1	+ 16,2	+ 6,5	- 21,4	+ 4,5	+ 25,5	- 13,4

1) Arbeitstäglich bereinigter Wert - 2) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr, einschl. Handwerk, ohne Baugewerbe sowie ohne Elektrizität-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung - Kombinierte Betriebe werden demjenigen Wirtschaftszweig zugerechnet, in dem der Schwerpunkt des Betriebes, gemessen an der Beschäftigtenzahl, liegt. Näheres siehe auch Fachserie 4, Reihe 4.1.1. Ab Januar 1998 wurde der Berichtskreis um eine größere Zahl von Betrieben aktualisiert, d. h. vergrößert. - 3) Ohne Umsatzsteuer - 4) Jahresangaben, sowie Monatsangaben bis einschl. 1997 endgültige Ergebnisse; Monatsangaben ab 1998 vorläufige Ergebnisse - 5) Umsatz mit Abnehmern im Ausland und - soweit einwandfrei erkennbar - Umsatz mit deutschen Exporteuren

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998			1999		
					Okt	Nov.	Dez.	Jan.	Febr	Marz
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau 1)</b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	1 312	1 221	1 156	1 177	1 163	1 129	1 062	1 034	1 062
dar.: Angestellte . . . . .	1 000	220	213	207	207	206	204	200	200	199
Arbeiter/-innen . . . . .	1 000	1 038	953	890	911	898	866	804	777	805
Geleistete Arbeitsstunden . . . . .	Mill. Std	1 562	1 480	1 395	135	122	84	81	72	114
im Hochbau . . . . .	Mill. Std	1 064	1 004	947	91	82	58	57	51	76
Wohnungsbau . . . . .	1 000 Std	646 458	629 648	602 582	58 467	51 841	36 483	35 170	31 146	47 958
Gewerblicher Hochbau . . . . .	1 000 Std	317 485	283 441	260 400	24 145	22 235	16 572	16 387	15 251	21 362
Öffentlicher Hochbau . . . . .	1 000 Std	99 866	90 411	84 143	8 106	7 452	5 115	4 943	4 578	6 869
im Tiefbau . . . . .	1 000 Std	498 396	476 178	447 936	44 667	40 028	26 315	24 036	21 436	37 336
Straßenbau . . . . .	1 000 Std	145 664	142 516	137 291	14 584	12 327	7 379	6 395	5 369	11 272
Gewerblicher Tiefbau . . . . .	1 000 Std	180 362	169 085	158 058	15 239	14 123	10 044	9 441	8 736	13 619
Sonstiger öffentlicher Tiefbau . . . . .	1 000 Std	172 370	164 577	152 587	14 844	13 578	8 892	8 200	7 331	12 445
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	47 363	43 749	40 821	3 559	4 007	3 306	2 762	2 404	3 021
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	14 772	14 325	13 948	1 120	1 447	1 196	1 078	1 061	1 078
Gesamtumsatz . . . . .	Mill. DM	220 743	213 517	203 954	19 721	19 686	19 822	10 350	10 395	14 065
dar.: Baugewerblicher Umsatz . . . . .	Mill. DM	217 305	210 354	200 894	19 427	19 416	19 547	10 214	10 248	13 837
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	893	834	802	815	807	788	747	729	749
dar.: Angestellte . . . . .	1 000	160	155	152	152	152	150	149	148	148
Arbeiter/-innen . . . . .	1 000	689	635	604	617	609	591	553	536	556
Geleistete Arbeitsstunden . . . . .	Mill. Std	1 038	988	951	92	83	57	54	49	79
im Hochbau . . . . .	Mill. Std	703	665	644	62	56	39	38	34	53
Wohnungsbau . . . . .	1 000 Std	435 672	420 420	415 015	40 387	35 925	24 959	23 880	21 284	34 325
Gewerblicher Hochbau . . . . .	1 000 Std	203 894	186 592	176 975	16 329	15 101	11 213	10 976	10 423	14 886
Öffentlicher Hochbau . . . . .	1 000 Std	62 950	57 729	52 311	4 922	4 604	3 111	3 004	2 721	4 205
im Tiefbau . . . . .	1 000 Std	335 603	323 474	306 223	30 243	27 066	18 091	16 124	15 055	25 869
Straßenbau . . . . .	1 000 Std	102 467	99 437	93 957	9 821	8 372	5 142	4 269	3 745	7 790
Gewerblicher Tiefbau . . . . .	1 000 Std	111 665	107 655	102 981	9 890	9 151	6 681	6 219	6 007	9 024
Sonstiger öffentlicher Tiefbau . . . . .	1 000 Std	121 471	116 382	109 285	10 532	9 543	6 268	5 636	5 303	9 055
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	34 571	31 890	30 233	2 618	3 086	2 437	2 043	1 749	2 246
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	11 197	10 858	10 689	855	1 152	921	829	814	829
Gesamtumsatz . . . . .	Mill. DM	156 109	152 897	149 142	14 330	14 218	14 506	7 930	7 808	10 464
dar.: Baugewerblicher Umsatz . . . . .	Mill. DM	153 628	150 547	146 834	14 107	14 014	14 296	7 825	7 697	10 283
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	418	387	354	361	355	342	315	305	313
dar.: Angestellte . . . . .	1 000	60	58	55	54	54	53	52	51	51
Arbeiter/-innen . . . . .	1 000	349	318	286	294	288	275	251	241	249
Geleistete Arbeitsstunden . . . . .	Mill. Std	524	491	445	44	39	27	27	23	34
im Hochbau . . . . .	Mill. Std	361	339	303	29	26	19	19	17	23
Wohnungsbau . . . . .	1 000 Std	210 786	209 228	187 567	18 080	15 916	11 524	11 290	9 862	13 633
Gewerblicher Hochbau . . . . .	1 000 Std	113 591	96 849	83 425	7 816	7 134	5 359	5 411	4 828	6 476
Öffentlicher Hochbau . . . . .	1 000 Std	36 916	32 682	31 832	3 184	2 848	2 004	1 939	1 857	2 664
im Tiefbau . . . . .	1 000 Std	162 793	152 704	141 713	14 424	12 962	8 224	7 912	6 381	11 467
Straßenbau . . . . .	1 000 Std	43 197	43 079	43 334	4 763	3 955	2 237	2 126	1 624	3 482
Gewerblicher Tiefbau . . . . .	1 000 Std	68 697	61 430	55 077	5 349	4 972	3 363	3 222	2 729	4 585
Sonstiger öffentlicher Tiefbau . . . . .	1 000 Std	50 899	48 195	43 302	4 312	4 035	2 624	2 564	2 028	3 390
Bruttolohnsumme . . . . .	Mill. DM	12 792	11 859	10 589	940	921	869	719	655	775
Bruttogehaltssumme . . . . .	Mill. DM	3 575	3 468	3 258	266	294	276	249	247	249
Gesamtumsatz . . . . .	Mill. DM	64 634	60 621	54 811	5 391	5 468	5 317	2 421	2 588	3 602
dar.: Baugewerblicher Umsatz . . . . .	Mill. DM	63 677	59 807	54 061	5 321	5 402	5 251	2 389	2 551	3 554
<b>Deutschland</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	92,1	84,3	84,1	84,8	75,1	75,8	59,8	69,5	93,4
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	95,8	84,6	79,8	.	.	76,6	.	.	.
Produktionsindex <sup>3)</sup> . . . . .	1995 = 100	93,5	89,6	86,8	100,1	91,5	63,0	63,4	55,5	85,0
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	91,0	86,0	86,7	89,3	75,3	78,6	64,1	74,5	101,6
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	95,7	86,8	81,9	.	.	78,1	.	.	.
Produktionsindex <sup>3)</sup> . . . . .	1995 = 100	92,5	88,9	87,4	100,9	91,6	63,3	63,2	56,1	86,9
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	94,7	80,2	77,7	74,0	74,6	69,3	49,6	57,9	74,0
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	96,0	78,6	74,1	.	.	72,5	.	.	.
Produktionsindex <sup>3)</sup> . . . . .	1995 = 100	96,8	92,2	84,9	97,4	91,2	61,9	63,9	53,5	78,1
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Handwerk <sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte . . . . .	1 000	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer) . . . . .	Mill. DM	.	.	.	.	.	.	.	.	.

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993) – 2) Wertindex. – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr 99	März 99	Dez. 98	Jan 99	Febr. 99	März 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	März 98	Nov. 98	Dez 98	Jan. 99	Febr. 99
<b>Produzierendes Gewerbe</b>										
<b>Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>1)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
Beschäftigte	- 6,9	- 5,4	- 5,3	- 4,4	- 4,1	- 7,7	- 2,9	- 5,9	- 2,7	+ 2,7
dar.: Angestellte	- 3,3	- 3,0	- 2,5	- 2,6	- 2,2	- 5,2	- 1,0	- 1,6	- 0,5	- 0,2
Arbeiter/-innen	- 8,2	- 6,6	- 6,7	- 5,6	- 5,3	- 8,3	- 3,5	- 7,2	- 3,4	+ 3,6
Geleistete Arbeitsstunden	- 5,3	- 5,7	- 10,3	- 1,9	- 12,6	- 3,4	- 30,5	- 4,7	- 10,1	+ 56,8
im Hochbau	- 5,7	- 5,6	- 8,3	- 2,6	- 12,4	- 5,3	- 28,7	- 2,9	- 9,8	+ 49,5
Wohnungsbau	- 2,6	- 4,3	- 6,6	+ 1,5	- 11,1	- 5,3	- 29,6	- 3,6	- 11,4	+ 54,0
Gewerblicher Hochbau	- 10,7	- 8,1	- 9,7	- 8,6	- 13,6	- 5,7	- 25,5	- 1,1	- 6,9	+ 40,1
Öffentlicher Hochbau	- 9,5	- 6,9	- 15,0	- 9,6	- 17,2	- 4,5	- 31,4	- 3,4	- 7,4	+ 50,0
im Tiefbau	- 4,5	- 5,9	- 14,4	+ 0,0	- 12,8	+ 0,7	- 34,3	- 8,7	- 10,8	+ 74,2
Straßenbau	- 2,2	- 3,7	- 17,7	+ 4,7	- 16,1	+ 7,3	- 40,1	- 13,3	- 16,0	+ 109,9
Gewerblicher Tiefbau	- 6,3	- 6,5	- 9,8	- 0,9	- 8,1	- 0,3	- 28,9	- 6,0	- 7,5	+ 55,9
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,5	- 7,3	- 16,3	- 2,4	- 15,6	- 3,7	- 34,5	- 7,8	- 10,6	+ 69,8
Bruttolohnsumme	- 7,6	- 6,7	- 9,2	- 7,6	- 8,0	- 3,5	- 17,5	- 16,5	- 13,0	+ 25,7
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 2,6	- 0,8	- 2,5	- 1,6	- 2,5	- 17,3	- 9,9	- 1,6	+ 1,6
Gesamtumsatz	- 3,3	- 4,5	- 8,2	- 5,5	- 6,0	- 18,2	+ 0,7	- 47,8	+ 0,4	+ 35,3
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 3,2	- 4,5	- 8,2	- 5,3	- 5,9	- 18,2	+ 0,7	- 47,7	+ 0,3	+ 35,0
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Beschäftigte	- 6,7	- 3,8	- 3,9	- 3,0	- 2,7	- 6,1	- 2,4	- 5,2	- 2,5	+ 2,8
dar.: Angestellte	- 3,2	- 2,0	- 1,7	- 1,5	- 1,3	- 3,7	- 1,0	- 1,2	- 0,4	- 0,1
Arbeiter/-innen	- 7,9	- 4,8	- 5,2	- 4,0	- 3,8	- 6,7	- 3,0	- 6,4	- 3,2	+ 3,8
Geleistete Arbeitsstunden	- 4,8	- 3,8	- 9,4	- 1,4	- 12,5	- 2,6	- 30,6	- 5,9	- 8,3	+ 60,2
im Hochbau	- 5,4	- 3,1	- 7,3	- 1,8	- 12,7	- 4,0	- 29,4	- 3,6	- 9,1	+ 55,2
Wohnungsbau	- 3,5	- 1,3	- 5,8	+ 2,4	- 11,4	- 3,7	- 30,5	- 4,3	- 10,9	+ 61,3
Gewerblicher Hochbau	- 8,5	- 5,2	- 8,2	- 8,1	- 13,0	- 3,9	- 25,7	- 2,1	- 5,0	+ 42,8
Öffentlicher Hochbau	- 8,3	- 9,4	- 15,2	- 9,3	- 20,7	- 7,2	- 32,4	- 3,4	- 9,4	+ 54,5
im Tiefbau	- 3,6	- 5,3	- 13,6	- 0,4	- 11,9	+ 0,6	- 33,2	- 10,9	- 6,6	+ 71,8
Straßenbau	- 3,0	- 5,5	- 17,1	+ 2,7	- 16,5	+ 6,4	- 38,6	- 17,0	- 12,3	+ 108,0
Gewerblicher Tiefbau	- 3,6	- 4,3	- 7,3	+ 0,6	- 6,3	+ 0,3	- 27,0	- 6,9	- 3,4	+ 50,2
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 4,2	- 6,1	- 16,7	- 3,8	- 14,2	- 3,8	- 34,3	- 10,1	- 5,9	+ 70,8
Bruttolohnsumme	- 7,8	- 5,2	- 8,4	- 6,1	- 7,7	- 2,3	- 21,0	- 16,2	- 14,4	+ 28,4
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 1,5	+ 0,6	- 0,8	- 0,3	- 0,8	- 20,1	- 9,9	- 1,9	+ 1,9
Gesamtumsatz	- 2,1	- 2,5	- 8,0	- 2,6	- 5,5	- 16,1	+ 2,0	- 45,3	- 1,5	+ 34,0
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 2,0	- 2,5	- 8,0	- 2,3	- 5,4	- 16,2	+ 2,0	- 45,3	- 1,6	+ 33,6
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Beschäftigte	- 7,4	- 8,7	- 8,2	- 7,5	- 7,1	- 11,3	- 3,9	- 7,7	- 3,2	+ 2,5
dar.: Angestellte	- 3,8	- 5,4	- 4,9	- 5,6	- 4,9	- 9,1	- 1,0	- 3,0	- 0,7	- 0,5
Arbeiter/-innen	- 8,7	- 10,2	- 9,8	- 8,9	- 8,5	- 11,8	- 4,6	- 8,9	- 3,8	+ 3,3
Geleistete Arbeitsstunden	- 6,2	- 9,5	- 12,2	- 2,7	- 12,8	- 5,4	- 30,2	- 2,1	- 13,6	+ 49,3
im Hochbau	- 6,2	- 10,6	- 10,4	- 4,2	- 11,9	- 8,3	- 27,1	- 1,3	- 11,2	+ 37,6
Wohnungsbau	- 0,7	- 10,4	- 8,4	- 0,3	- 10,4	- 9,2	- 27,6	- 2,0	- 12,6	+ 38,2
Gewerblicher Hochbau	- 14,7	- 13,9	- 12,8	- 9,5	- 14,8	- 9,6	- 24,9	+ 1,0	- 10,8	+ 34,1
Öffentlicher Hochbau	- 11,5	- 2,6	- 14,7	- 9,9	- 11,4	- 0,1	- 29,6	- 3,2	- 4,2	+ 43,5
im Tiefbau	- 6,2	- 7,2	- 16,1	+ 0,9	- 15,0	+ 0,9	- 36,6	- 3,8	- 19,4	+ 79,7
Straßenbau	- 0,3	+ 0,6	- 19,1	+ 8,8	- 15,2	+ 9,3	- 43,4	- 5,0	- 23,6	+ 114,4
Gewerblicher Tiefbau	- 10,6	- 10,3	- 14,6	- 3,6	- 11,6	- 1,6	- 32,4	- 4,2	- 15,3	+ 68,4
Sonstiger öffentlicher Tiefbau	- 5,3	- 10,2	- 15,3	+ 0,6	- 19,0	- 3,3	- 35,0	- 2,3	- 20,9	+ 67,2
Bruttolohnsumme	- 7,3	- 10,7	- 11,4	- 11,8	- 8,9	- 7,0	- 5,6	- 17,3	- 8,9	+ 18,3
Bruttogehaltssumme	- 3,0	- 6,0	- 5,3	- 7,6	- 5,8	- 7,7	- 6,3	- 9,8	- 0,6	+ 0,5
Gesamtumsatz	- 6,2	- 9,6	- 8,8	- 14,1	- 7,6	- 23,6	- 2,8	- 54,5	+ 6,9	+ 39,2
dar.: Baugewerblicher Umsatz	- 6,1	- 9,6	- 8,7	- 14,1	- 7,5	- 23,3	- 2,8	- 54,5	+ 6,8	+ 39,3
<b>Deutschland</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup>	- 8,5	- 0,2	- 3,1	+ 3,5	+ 3,0	- 1,4	+ 0,9	- 21,1	+ 16,2	+ 34,4
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup>	- 11,7	- 5,7	+ 1,5	.	.	.	- 6,1	.	.	...
Produktionsindex <sup>3)</sup>	- 4,2	- 3,1	- 10,0	+ 4,4	- 9,5	- 2,2	- 31,1	+ 0,6	- 12,5	+ 53,2
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup>	- 5,5	+ 0,8	- 2,0	+ 7,0	+ 6,4	+ 4,1	+ 4,4	- 18,4	+ 16,2	+ 36,4
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup>	- 9,3	- 5,6	- 0,4	.	.	.	- 6,4	.	.	...
Produktionsindex <sup>3)</sup>	- 3,9	- 1,7	- 9,3	+ 4,8	- 9,2	- 1,6	- 30,9	- 0,2	- 11,2	+ 54,9
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
Index des Auftragseingangs <sup>2)</sup>	- 15,3	- 3,1	- 5,5	- 5,7	- 6,2	- 15,5	- 7,1	- 28,4	+ 16,7	+ 27,8
Index des Auftragsbestands <sup>2)</sup>	- 18,1	- 5,7	+ 7,6	.	.	.	- 5,8	.	.	...
Produktionsindex <sup>3)</sup>	- 4,8	- 7,9	- 12,3	+ 2,4	- 10,4	- 4,6	- 32,1	+ 3,2	- 16,3	+ 46,0
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Handwerk <sup>4)</sup></b>										
Beschäftigte	.	.	.	.	.	.	.	.	.	...
Gesamtumsatz (ohne Umsatzsteuer)	...	...	..	.	.	..	.	.	.	...

1) Gliederung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ (WZ 1993). – 2) Wertindex – 3) Arbeitstäglich bereinigter Wert – 4) Ergebnisse für Unternehmen, die in die Handwerksrolle eingetragen sind. Enthält auch Angaben von Handwerksunternehmen, die nicht zum Produzierenden Gewerbe zählen

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998		1999			
					Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	213 230	221 185	232 367	16 546	20 071	14 848	14 675	19 646	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	254 121	243 647	234 635	17 048	20 562	15 217	14 624	19 537	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	113 677	107 673	102 830	7 538	8 923	6 663	6 404	8 514	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	40 037	40 265	43 465	3 280	3 274	2 580	2 873	3 525	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	219 163	205 237	223 032	17 150	20 002	14 510	16 136	17 811	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	58 623	53 389	53 395	4 446	4 712	3 547	3 728	4 525	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	576 238	528 096	477 706	34 903	46 262	31 749	28 652	37 567	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m <sup>3</sup>	243 754	255 995	234 487	13 696	135 173	7 330	6 111	5 932	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m <sup>3</sup>	207 075	212 828	207 356	10 019	122 038	4 896	5 293	5 081	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	559 488	578 179	500 718	28 185	285 702	15 223	12 775	12 351	...
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	152 913	162 224	180 409	13 101	14 919	11 802	11 891	15 678	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	185 849	185 126	191 677	14 080	16 198	12 894	12 497	16 635	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	82 598	81 467	83 986	6 227	7 073	5 648	5 476	7 278	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	31 589	32 937	36 825	2 782	2 527	2 178	2 476	2 985	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	151 626	151 265	175 022	14 535	15 509	11 855	13 061	14 914	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	38 940	37 524	39 713	3 590	3 342	2 662	2 861	3 507	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	390 083	372 728	363 692	26 861	33 212	25 259	23 127	29 813	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m <sup>3</sup>	188 884	188 999	185 025	9 963	110 128	5 806	4 831	4 764	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m <sup>3</sup>	143 563	152 743	158 569	6 130	94 761	3 470	4 324	3 804	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	416 122	400 350	372 265	19 460	218 496	11 275	9 516	9 455	...
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
Genehmigte Wohngebäude	Anzahl	60 317	58 941	51 958	3 445	5 152	3 046	2 784	3 968	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	68 273	58 521	42 958	2 968	4 364	2 323	2 127	2 902	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	31 079	26 205	18 844	1 312	1 850	1 015	928	1 236	...
Genehmigte Nichtwohngebäude	Anzahl	8 448	7 328	6 640	498	747	402	397	540	...
Rauminhalt	1 000 m <sup>3</sup>	67 537	53 973	48 010	2 615	4 493	2 655	3 075	2 897	...
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	Mill. DM	19 682	15 865	13 682	855	1 370	885	866	1 018	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	186 155	155 368	114 014	8 042	13 050	6 490	5 525	7 754	...
<b>Baufertigstellungen</b>										
Wohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m <sup>3</sup>	54 869	66 996	49 462	3 733	25 045	1 524	1 280	1 168	...
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	1 000 m <sup>3</sup>	63 513	60 085	48 787	3 889	27 277	1 426	969	1 277	...
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	143 366	177 829	128 453	8 725	67 206	3 948	3 259	2 896	...
<b>Binnenhandel<sup>1)</sup>, Gastgewerbe<sup>1)</sup>, Tourismus</b>										
<b>Deutschland</b>										
Großhandel (Umsatzwerte) <sup>2)3)</sup>	1995 = 100	97,9	100,9	101,9	102,3	101,3	84,1	86,8	113,3	97,4
Einzelhandel (Umsatzwerte) <sup>3)</sup>	1995 = 100	100,2	99,1	99,7	106,2	126,4	91,2	86,7	108,1	95,8
Gastgewerbe (Umsatzwerte) <sup>3)</sup>	1995 = 100	97,5	97,1	95,1	86,9	94,9	81,4	79,5	89,6	91,5
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Tourismus</b>										
Ankünfte <sup>4)</sup>	1 000	75 734	77 305	80 289	5 930	4 886	4 678	5 213	6 178	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	13 193	13 833	14 461	952	843	797	974	1 074	...
Übernachtungen <sup>4)</sup>	1 000	254 818	241 153	245 773	14 896	13 798	13 618	15 176	17 317	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	29 345	30 400	31 654	2 020	1 848	1 780	2 365	2 391	...
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Tourismus</b>										
Ankünfte <sup>4)</sup>	1 000	14 546	15 319	16 141	1 090	1 049	798	888	1 145	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	1 005	1 058	1 133	73	57	42	49	80	...
Übernachtungen <sup>4)</sup>	1 000	45 174	46 017	48 771	2 884	2 850	2 366	2 766	3 188	...
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	1 000	2 906	2 987	2 814	183	140	110	127	205	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1997	1998 <sup>1)</sup>	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	Jan. 99	Febr. 99	März 99	April 99	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1996	1997	Jan 98	Febr. 98	März 98	April 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	
<b>Bautätigkeit und Wohnungen</b>											
<b>Deutschland</b>											
<b>Baugenehmigungen</b>											
Genehmigte Wohngebäude	+ 3,7	+ 5,1	+ 5,5	+ 7,1	- 0,3	..	- 26,0	- 1,2	+ 33,9	..	
Rauminhalt	- 4,1	- 3,7	+ 1,0	+ 0,1	- 3,8	..	- 26,0	- 3,9	+ 33,6	..	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 5,3	- 4,5	+ 0,1	- 1,6	- 3,4	..	- 25,3	- 3,9	+ 32,9	..	
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 0,6	+ 7,9	- 0,1	+ 10,1	+ 2,7	..	- 21,2	+ 11,4	+ 22,7	..	
Rauminhalt	+ 6,4	+ 8,7	+ 16,8	+ 16,3	+ 20,3	..	- 27,5	+ 11,2	+ 10,4	..	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 8,9	± 0,0	+ 5,5	- 2,9	+ 27,8	..	- 24,7	+ 5,1	+ 21,4	..	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 8,4	- 9,5	+ 0,4	- 6,0	- 2,6	..	- 31,4	- 9,8	+ 31,1	..	
<b>Baufertigstellungen</b>											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 5,0	- 8,4	+ 1,9	- 6,9	- 12,8	..	- 94,6	- 16,6	- 2,9	..	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 2,8	- 2,6	- 14,7	+ 15,4	- 2,5	..	- 96,0	+ 8,1	- 4,0	..	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 3,3	- 13,4	- 5,9	- 10,9	- 16,3	..	- 94,7	- 16,1	- 3,3	..	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>											
<b>Baugenehmigungen</b>											
Genehmigte Wohngebäude	+ 6,1	+ 11,2	+ 9,9	+ 13,7	- 0,9	..	- 20,9	+ 0,8	+ 31,8	..	
Rauminhalt	- 0,4	+ 3,5	+ 8,2	+ 9,0	- 4,0	..	- 20,4	- 3,1	+ 33,1	..	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 1,4	+ 3,1	+ 7,3	+ 8,1	- 2,6	..	- 20,1	- 3,1	+ 32,9	..	
Genehmigte Nichtwohngebäude	+ 4,3	+ 11,8	+ 3,0	+ 16,6	+ 0,1	..	- 13,8	+ 13,7	+ 26,6	..	
Rauminhalt	- 0,2	+ 15,7	+ 22,8	+ 20,4	+ 27,0	..	- 23,6	+ 10,2	+ 14,2	..	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 3,6	+ 5,8	+ 6,4	+ 2,8	+ 27,8	..	- 20,3	+ 7,5	+ 22,6	..	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 4,4	- 2,4	+ 8,1	+ 6,4	- 3,8	..	- 23,9	- 8,4	+ 28,9	..	
<b>Baufertigstellungen</b>											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 0,1	- 2,1	+ 10,0	+ 3,7	- 11,0	..	- 94,7	- 16,8	- 1,4	..	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	+ 6,4	+ 3,8	- 21,0	+ 43,1	- 7,6	..	- 96,3	+ 24,6	- 12,0	..	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 3,8	- 7,0	- 0,1	+ 0,2	- 16,1	..	- 94,8	- 15,6	- 0,6	..	
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>											
<b>Baugenehmigungen</b>											
Genehmigte Wohngebäude	- 2,3	- 11,8	- 8,6	- 14,2	+ 2,3	..	- 40,9	- 8,6	+ 42,5	..	
Rauminhalt	- 14,3	- 26,6	- 26,5	- 32,3	- 3,1	..	- 46,8	- 8,4	+ 36,4	..	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 15,7	- 28,1	- 27,0	- 35,6	- 7,5	..	- 45,1	- 8,6	+ 33,1	..	
Genehmigte Nichtwohngebäude	- 13,3	- 9,4	- 14,3	- 18,5	+ 20,0	..	- 46,2	- 1,2	+ 36,0	..	
Rauminhalt	- 20,1	- 11,0	- 4,1	+ 1,8	- 5,2	..	- 40,9	+ 15,8	- 5,8	..	
Veranschlagte Kosten des Bauwerkes	- 19,4	- 13,8	+ 2,9	- 18,1	+ 27,5	..	- 35,4	- 2,1	+ 17,5	..	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	- 16,5	- 26,6	- 21,4	- 36,8	+ 2,1	..	- 50,3	- 14,9	+ 40,3	..	
<b>Baufertigstellungen</b>											
Wohngebäude (Rauminhalt)	+ 22,1	- 26,2	- 20,3	- 32,8	- 19,3	..	- 93,9	- 16,0	- 8,8	..	
Nichtwohngebäude (Rauminhalt)	- 5,4	- 18,8	+ 5,9	- 38,1	+ 16,4	..	- 94,8	- 32,0	+ 31,8	..	
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	+ 24,0	- 27,8	- 19,3	- 32,8	- 16,8	..	- 94,1	- 17,5	- 11,1	..	
<b>Binnenhandel<sup>1)</sup>, Gastgewerbe<sup>1)</sup>, Tourismus</b>											
<b>Deutschland</b>											
Großhandel (Umsatzwerte) <sup>2) 3)</sup>	+ 3,1	+ 1,0	- 9,4	- 7,6	+ 1,0	- 6,7	- 17,0	+ 3,2	+ 30,5	- 14,0	
Einzelhandel (Umsatzwerte) <sup>3)</sup>	- 1,2	+ 0,6	- 2,1	± 0,0	+ 7,2	- 4,7	- 27,8	- 4,9	+ 24,7	- 11,4	
Gastgewerbe (Umsatzwerte) <sup>3)</sup>	- 0,4	- 2,1	- 0,5	- 3,2	- 0,4	- 0,8	- 14,2	- 2,3	+ 12,7	+ 2,1	
<b>Früheres Bundesgebiet</b>											
<b>Tourismus</b>											
Ankünfte <sup>4)</sup>	+ 2,1	+ 3,9	+ 6,9	+ 7,0	+ 5,0	..	- 4,3	+ 11,4	+ 18,5	..	
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 4,9	+ 4,5	+ 5,2	+ 12,2	+ 4,2	..	- 5,5	+ 22,2	+ 10,3	..	
Übernachtungen <sup>4)</sup>	- 5,4	+ 1,9	+ 8,3	+ 6,4	+ 6,9	..	- 1,3	+ 11,4	+ 14,1	..	
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 3,6	+ 4,1	+ 5,4	+ 11,0	+ 4,9	..	- 3,7	+ 32,8	+ 1,1	..	
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>											
<b>Tourismus</b>											
Ankünfte <sup>4)</sup>	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,8	+ 4,5	+ 10,7	..	- 23,9	+ 11,3	+ 28,9	..	
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 5,3	+ 7,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 13,5	..	- 26,3	+ 16,2	+ 63,7	..	
Übernachtungen <sup>4)</sup>	+ 1,9	+ 6,0	+ 9,6	+ 9,1	+ 12,8	..	- 17,0	+ 16,9	+ 15,2	..	
dar.: Gäste mit Wohnsitz außerhalb der Bundesrepublik	+ 2,8	- 5,8	- 3,3	- 4,4	+ 15,0	..	- 21,4	+ 15,2	+ 61,3	..	

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Umsatzsteuer. - 3) In jeweiligen Preisen - 4) In allen Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998			1999		
					Okt	Nov.	Dez	Jan.	Febr.	März
<b>Außenhandel<sup>1) 2)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b> . . . . .	Mill. DM	690 399	772 149	821 042 r	71 960 r	67 186 r	69 907	60 342	64 203	72 533
<i>Warengruppen</i>										
Ernährungswirtschaft . . . . .	Mill. DM	71 405	74 872	72 756	6 193	5 410	6 396	5 571	5 017	5 670
Gewerbliche Wirtschaft . . . . .	Mill. DM	584 269	647 257	673 222	59 204	55 558	56 989	49 274	53 321	60 431
Rohstoffe . . . . .	Mill. DM	36 045	38 339	31 790	2 606	2 169	2 280	2 133	2 089	2 281
Halbwaren . . . . .	Mill. DM	62 845	73 293	66 504	5 403	5 016	5 018	4 653	4 449	4 701
Fertigwaren . . . . .	Mill. DM	485 378	535 626	574 928	51 195	48 373	49 691	42 488	46 782	53 449
<i>Ländergruppen (Ursprungslander)</i>										
EU-Länder . . . . .	Mill. DM	388 558	424 430	440 746	38 060	35 883	37 580	32 679	34 384	38 204
EFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	41 781	46 324	46 650	4 046	3 800	4 039	3 411	3 660	4 201
NAFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	55 520	65 466	74 695	6 439	6 100	6 985	5 328	6 431	7 164
ASEAN-Länder <sup>3)</sup> . . . . .	Mill. DM	18 488	22 223	22 944	2 138	1 784	1 846	1 618	1 798	1 796
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b> . . . . .	Mill. DM	788 937	888 616	949 623 r	83 976 r	82 495 r	75 496	69 045	75 443	84 109
<i>Warengruppen</i>										
Ernährungswirtschaft . . . . .	Mill. DM	41 841	43 960	43 846	3 939	3 454	3 487	3 227	3 219	3 190
Gewerbliche Wirtschaft . . . . .	Mill. DM	720 712	821 023	869 207	76 771	75 830	69 131	62 964	69 116	77 776
Rohstoffe . . . . .	Mill. DM	7 018	7 200	6 682	536	590	510	416	534	568
Halbwaren . . . . .	Mill. DM	39 822	44 032	41 714	3 283	3 544	2 965	2 669	3 150	3 211
Fertigwaren . . . . .	Mill. DM	674 872	769 791	820 811	72 953	71 696	65 657	59 879	65 432	73 996
<i>Ländergruppen (Bestimmungsländer)</i>										
EU-Länder . . . . .	Mill. DM	453 715	493 554	535 475	48 198	46 347	41 855	41 378	44 784	46 492
EFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	45 153	48 368	52 305	4 610	5 141	4 246	3 620	4 111	5 098
NAFTA-Länder . . . . .	Mill. DM	68 181	88 727	103 327	9 039	9 081	8 556	7 439	8 037	9 949
ASEAN-Länder <sup>3)</sup> . . . . .	Mill. DM	22 089	23 735	17 385	1 307	1 432	1 311	981	1 201	1 421
Einfuhr- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß (+) . . . . .	Mill. DM	+ 98 538	+116 467	+ 128 581 r	+ 12 016 r	+ 15 309 r	+ 5 589	+ 8 703	+ 11 240	+ 11 576
<b>Verkehr</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Güterverkehr</b>										
<i>Beförderungsaufkommen</i>										
Eisenbahnverkehr . . . . .	1 000 t	319 436	321 578	308 581	25 304	25 917	21 550	21 933	22 455	26 451
Binnenschifffahrt . . . . .	1 000 t	227 019	233 455	236 365	20 448	18 801	18 298	17 380	16 280	...
Seeverkehr . . . . .	1 000 t	202 519	209 550	214 045	18 289	17 598	17 305	16 457	15 942	...
Luftverkehr <sup>4)</sup> . . . . .	1 000 t	1 859	2 004	1 927	176	177	162	139	149	175
Rohöl-Rohrfernleitungen <sup>5)</sup> . . . . .	1 000 t	89 365	87 385	90 717	8 010	6 988	7 594	7 989	6 695	...
Straßengüterverkehr <sup>6) 7)</sup> . . . . .	1 000 t	3 014 946	2 980 981	2 968 023	296 327	257 377	172 724	162 511	163 523	...
<i>Beförderungsleistung im Inland</i>										
Eisenbahnverkehr . . . . .	Mill. tkm	69 714	73 987	74 050	6 258	6 483	5 296	5 362	5 726	6 624
Binnenschifffahrt . . . . .	Mill. tkm	61 292	62 153	64 267	5 444	5 003	5 005	4 900	4 395	...
Rohöl-Rohrfernleitungen <sup>5)</sup> . . . . .	Mill. tkm	14 500	13 151	14 849	1 355	1 131	1 234	1 292	1 136	...
Straßengüterverkehr <sup>6)</sup> . . . . .	Mill. tkm	236 584	245 882	257 447	24 628	22 258	17 281	18 191	19 128	...
<b>Personenverkehr</b>										
<i>Beförderte Personen</i>										
Eisenbahnverkehr . . . . .	Mill.	1 709,0	1 854,9	1 801,9	163,1	155,0	148,1	153,7	149,3	162,4
Luftverkehr . . . . .	Mill.	93,2	99,3	103,9	10,3	7,7	6,7	6,8	6,8	7,9
Öffentlicher Straßenverkehr . . . . .	Mill.	7 834,5	7 847,6	7 807,4			2 091,0 a)			
<b>Kraftfahrzeuge<sup>8)</sup></b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge dar.: Personenkraftwagen . . . . .	1 000	4 045,7	4 132,8	4 350,4	363,0	329,6	325,3	306,9	305,8	4 492
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge dar.: Personenkraftwagen . . . . .	1 000	3 496,3	3 528,2	3 736,0	327,3	297,2	290,6	273,3	269,3	367,5
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden . . . . .	Anzahl	373 082	380 835	377 257 r	34 419 r	29 665 r	26 703 r	25 811 r	23 842 p	28 265 p
getötete Personen . . . . .	Anzahl	8 758	8 549	7 792 r	687 r	588 r	585 r	552 r	464 p	534 p
schwerverletzte Personen . . . . .	Anzahl	116 456	115 414	108 890 r	9 449 r	7 946 r	7 732 r	7 289 r	32 233 p	37 518 p
leichtverletzte Personen . . . . .	Anzahl	376 702	385 680	388 429 r	36 167 r	31 167 r	28 097 r	27 196 r		
Unfälle mit nur Sachschaden . . . . .	1 000	1 896,5	1 851,5	1 880,4 r	178,9 r	182,0 r	182,7 r	155,9 r	167,3 p	158,3 p
dar.: schwerwiegende Unfälle . . . . .	1 000	152,5	140,7	136,0 r	13,5 r	13,0 r	13,0 r	11,7 r	12,4 p	9,9 p
		1996	1997	1998	1998			1999		
					Aug	Sept.	Okt.	Nov	Dez	Jan
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Bargeldumlauf<sup>9)</sup></b> . . . . .	Mrd. DM	246,8	247,0	242,6	241,7	238,8	239,1	241,2	242,6	..
<b>Deutsche Bundesbank<sup>9)</sup></b>										
<i>Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva<sup>10)</sup></i>										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva <sup>10)</sup> . . . . .	Mrd. DM	121,0	116,8	135,1	132,6	133,4	134,1	140,3	135,1	..
Kredite an inländische Kreditinstitute . . . . .	Mrd. DM	226,2	235,2	216,0	210,2	204,3	203,0	196,5	216,0	...

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen - 2) Einschl. nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis, sowie ab 1995 einschl. Zuschätzung für Befreiungen - 3) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 4) Einschl. Doppelzählungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung). - 5) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn. - 6) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 7) Nur inländische Lkw. (einschl. tkm im Ausland). - 8) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 9) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main. Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt - 10) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse

a) 4 Vj 1998

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99	März 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Dez. 97	Jan. 98	Febr. 98	März 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Febr. 99
<b>Außenhandel <sup>1)</sup></b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Einfuhr (Spezialhandel)</b>	+ 11,8	+ 6,3	+ 6,3	- 11,6	- 1,7	+ 1,7	+ 4,0	- 13,7	+ 6,4	+ 13,0
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 4,9	- 2,8	- 0,7	- 17,4	- 13,3	- 8,3	+ 18,2	- 12,9	- 10,0	+ 13,0
Gewerbliche Wirtschaft	+ 10,8	+ 4,0	+ 3,5	- 10,7	- 1,0	+ 2,7	+ 2,6	- 13,5	+ 8,2	+ 13,3
Rohstoffe	+ 6,4	- 17,1	- 32,5	- 22,3	- 18,5	- 29,7	+ 5,1	- 6,4	- 2,1	+ 9,2
Halbwaren	+ 16,6	- 9,3	- 16,9	- 27,7	- 23,1	- 17,2	+ 0,0	- 7,3	- 4,4	+ 5,7
Fertigwaren	+ 10,4	+ 7,3	+ 8,9	- 7,6	+ 2,8	+ 7,1	+ 2,7	- 14,5	+ 10,1	+ 14,3
Ländergruppen (Ursprungslander)										
EU-Länder	+ 9,2	+ 3,8	+ 2,9	- 13,9	- 5,4	+ 2,1	+ 4,7	- 13,0	+ 5,2	+ 11,1
EFTA-Länder	+ 10,9	+ 0,7	+ 0,1	- 8,4	- 3,0	- 5,9	+ 6,3	- 15,5	+ 7,3	+ 14,8
NAFTA-Länder	+ 17,9	+ 14,1	+ 30,7	- 6,5	+ 8,4	+ 7,8	+ 14,5	- 23,7	+ 20,7	+ 11,4
ASEAN-Länder <sup>2)</sup>	+ 20,2	+ 3,2	+ 0,3	- 23,4	+ 1,2	- 11,1	+ 3,5	- 12,4	+ 11,1	- 0,1
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>	+ 12,6	+ 6,9	- 2,9	- 5,9	- 2,2	+ 1,1	- 8,5	- 8,5	+ 9,3	+ 11,5
Warengruppen										
Ernährungswirtschaft	+ 5,1	- 0,3	- 9,0	- 19,3	- 14,5	- 11,9	+ 0,9	- 7,5	- 0,2	- 0,9
Gewerbliche Wirtschaft	+ 13,9	+ 5,9	- 3,8	- 5,3	- 1,2	+ 1,7	- 8,8	- 8,9	+ 9,8	+ 12,5
Rohstoffe	+ 2,6	- 7,2	- 14,0	- 30,6	- 9,4	- 5,9	- 13,6	- 18,4	+ 28,3	+ 6,5
Halbwaren	+ 13,4	- 5,3	- 28,1	- 30,4	- 14,5	- 14,1	- 16,3	- 10,0	+ 18,0	+ 1,9
Fertigwaren	+ 14,1	+ 6,6	- 2,2	- 3,5	- 0,4	+ 2,6	- 8,4	- 8,8	+ 9,3	+ 13,1
Ländergruppen (Bestimmungsländer)										
EU-Länder	+ 8,8	+ 8,5	- 1,3	- 4,3	- 0,3	+ 2,4	- 9,7	- 1,1	+ 8,2	+ 3,8
EFTA-Länder	+ 7,1	+ 8,1	+ 7,4	- 3,4	- 0,2	+ 8,8	- 17,4	- 14,7	+ 13,6	+ 24,0
NAFTA-Länder	+ 30,1	+ 16,5	+ 6,0	+ 3,6	- 2,1	+ 2,1	- 5,8	- 13,1	+ 8,0	+ 23,8
ASEAN-Länder <sup>2)</sup>	+ 7,5	- 26,8	- 34,9	- 42,4	- 11,8	- 11,0	- 8,5	- 25,2	+ 22,4	+ 18,3
<b>Verkehr</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Güterverkehr</b>										
Beforderungsaufkommen										
Eisenbahnverkehr	+ 0,7	- 4,0	- 13,1	- 16,3	- 11,5	- 9,8	- 16,8	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2
Binnenschifffahrt	+ 2,8	+ 1,2	- 0,2	- 13,4	- 8,5	...	- 2,7	+ 0,9	+ 0,9	...
Seeverkehr	+ 3,5	+ 2,1	- 4,1	- 6,1	- 2,2	...	- 1,7	+ 1,0	+ 1,0	...
Luftverkehr <sup>3)</sup>	+ 7,8	- 3,8	- 3,9	- 1,3	- 1,0	- 1,1	- 8,4	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,2
Rohol-Rohrfernleitungen <sup>4)</sup>	- 2,2	+ 3,8	- 2,3	+ 6,2	- 1,6	...	+ 8,7	+ 1,1	+ 0,8	...
Straßengüterverkehr <sup>5) 6)</sup>	- 1,1	- 0,4	+ 0,4	+ 4,5	- 3,8	...	- 32,9	+ 0,9	+ 1,0	...
Beförderungsleistung im Inland										
Eisenbahnverkehr	+ 6,1	+ 0,1	- 7,4	- 11,6	- 4,6	- 8,0	- 18,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,2
Binnenschifffahrt	+ 1,4	+ 3,4	+ 9,4	- 11,8	- 8,0	...	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,9	...
Rohol-Rohrfernleitungen <sup>4)</sup>	- 9,3	+ 12,9	+ 0,4	+ 13,3	+ 0,1	...	+ 9,1	+ 1,0	+ 0,9	...
Straßengüterverkehr <sup>5)</sup>	+ 3,9	+ 4,7	+ 7,3	+ 0,4	+ 3,4	...	- 22,4	+ 1,1	+ 1,1	...
<b>Personenverkehr</b>										
Beforderte Personen										
Eisenbahnverkehr	+ 8,5	- 2,9	- 3,6	+ 6,0	+ 3,3	+ 10,1	- 4,5	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,1
Luftverkehr	+ 6,6	+ 4,6	+ 7,3	+ 8,4	+ 10,0	- 0,8	- 13,6	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,2
Öffentlicher Straßenverkehr	+ 0,0	- 0,5	- 1,1 <sup>a)</sup>	...	...	...	+ 19,4 <sup>b)</sup>	...	...	...
<b>Kraftfahrzeuge <sup>7)</sup></b>										
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	+ 2,2	+ 5,3	+ 9,5	+ 4,8	- 5,1	- 12,9	- 1,3	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,5
dar.: Personenkraftwagen	+ 0,9	+ 5,9	+ 9,7	+ 4,5	- 3,9	- 15,7	- 2,2	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,4
Besitzumschreibungen gebrauchter Kraftfahrzeuge	- 1,2	+ 0,4	+ 4,6	- 0,0	- 8,1	+ 8,6	- 3,3	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,5
dar.: Personenkraftwagen	- 2,6	+ 0,9	+ 4,9	- 0,3	- 6,0	+ 7,2	- 3,4	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,4
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
Unfälle mit Personenschaden	+ 2,1	- 0,9	- 1,7 r	- 3,5 r	+ 1,7 p	+ 0,4 p	- 10,0 r	+ 1,0 r	+ 0,9 p	+ 1,2 p
getotete Personen	- 2,4	- 8,9 r	- 18,4 r	- 12,1 r	- 14,1 p	- 13,7 p	- 0,5 r	+ 0,9 r	+ 0,8 p	+ 1,2 p
schwerverletzte Personen	- 0,9	- 5,7 r	- 4,4 r	- 11,0 r	+ 4,3 p	- 0,3 p	- 2,7 r	+ 0,9 r	+ 0,9 p	+ 1,2 p
leichtverletzte Personen	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,7 r	+ 0,9 r	...	...	+ 9,9 r	+ 1,0 r	...	...
Unfälle mit nur Sachschaden	- 2,4	+ 1,6 r	+ 8,0 r	+ 5,7 r	+ 27,5 p	+ 3,0 p	+ 0,4 r	+ 0,9 r	+ 1,1 p	+ 0,9 p
dar.: schwerwiegende Unfälle	- 7,7	- 3,3	+ 1,7 r	+ 3,6 r	+ 27,1 p	- 10,5 p	- 0,2 r	+ 0,9 r	+ 1,1 p	+ 0,8 p
	1997	1998	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98	Jan. 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Okt. 97	Nov. 97	Dez. 97	Jan. 98	Sept. 98	Okt. 98	Nov. 98	Dez. 98
<b>Geld und Kredit</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Bargeldumlauf <sup>8)</sup></b>	+ 0,1	- 1,8	- 2,0	- 1,8	- 1,8	...	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,6	...
<b>Deutsche Bundesbank <sup>9)</sup></b>										
Währungsreserven und sonstige Auslandsaktiva <sup>9)</sup>	- 3,5	+ 15,7	+ 17,5	+ 22,6	+ 15,7	...	+ 0,5	+ 4,6	- 3,7	...
Kredite an inländische Kreditinstitute	+ 4,0	- 8,2	- 9,4	- 12,6	- 8,2	...	- 0,6	- 3,2	+ 9,9	...

1) Ab 1996 werden nur noch Werte für Deutschland nachgewiesen. - 2) ASEAN-Länder einschl. Vietnam, Laos und Myanmar - 3) Einschl. Doppelzahlungen des Umladeverkehrs (Einladung/Ausladung) - 4) Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn - 5) Quelle: Bundesamt für Güterverkehr, Köln, Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 6) Nur inländische Lkw (einschl. lkm im Ausland) - 7) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg - 8) Quelle: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main Zeitreihen ab Juni 1990 auf das gesamte Währungsgebiet der D-Mark umgestellt - 9) Gegenüber früheren Darstellungen infolge methodischer Änderung veränderte Ergebnisse.

a) 4. Vj 1998 gegenüber 4. Vj 1997 - b) 4. Vj 1998 gegenüber 3. Vj 1998











# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998	1999				
					Dez.	Jan.	Febr.	Marz	April	Mai
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einkaufspreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Betriebsmittel</b>	1991 = 100	105,6	107,5	103,6	100,9	101,0	101,0	101,8	102,5	...
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	1991 = 100	103,7	105,9	100,6	97,1	97,1	97,2	98,1	99,0	...
Neubauten und neue Maschinen	1991 = 100	111,8	112,7	113,4	113,8	114,0	114,0	114,1	114,3	...
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Produkte</b>	1991 = 100	91,1	92,5	87,1	86,2	83,5	84,2	84,8p	83,8p	...
Pflanzliche Produkte	1991 = 100	86,0	84,3	82,9	86,8	87,0	86,9	87,6 r	87,6	...
Tierische Produkte	1991 = 100	93,8	96,7	89,2	85,9	81,8	82,8	83,4p	81,8p	...
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten</b>	1995 = 100	89,2	95,1	102,0	104,9	108,0	107,4	108,8	...	...
<b>Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes<sup>2)</sup></b>	1991 = 100	98,8	100,7	98,3	95,7	...	...	...	...	...
Inländischer Herkunft	1991 = 100	100,2	101,0	99,8	98,3	...	...	...	...	...
Ausländischer Herkunft	1991 = 100	95,3	100,1	94,6	89,4	...	...	...	...	...
<b>Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup></b>	1995 = 100	98,8	99,9	99,5	98,3	97,8	97,7	97,7	98,3	98,3
ohne Mineralerzeugnisse	1995 = 100	98,5	99,6	99,5	98,3	97,8	97,8	97,7	97,9	98,0
ohne Energie und Wasser	1995 = 100	99,5	100,2	100,0	99,0	98,8	98,7	98,7	99,2	99,1
darunter:										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	1995 = 100	96,6	98,1	96,6	94,3	93,5	93,3	93,4	94,5	94,6
Energieproduzenten	1995 = 100	94,2	97,8	94,4	90,7	89,1	88,9	89,5	92,1	92,3
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	1995 = 100	98,0	98,2	97,9	96,4	96,1	95,9	95,8	95,9	96,0
Investitionsgüterproduzenten	1995 = 100	101,1	101,8	102,7	102,9	102,9	102,9	102,9	103,0	103,0
Konsumgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,0	102,4	101,9	101,8	101,6	101,5	101,5	101,4
Gebrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	101,0	101,4	101,7	101,8	102,0	102,0	102,0	102,2	102,2
Verbrauchsgüterproduzenten	1995 = 100	100,9	102,1	102,5	101,9	101,7	101,6	101,4	101,3	101,3
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1995 = 100	74,4	78,3	75,8	72,5	71,8	71,9	72,4	73,8	73,6
Kohle und Torf <sup>3)</sup>	1995 = 100	59,9	63,2	61,1	57,8	57,8	57,8	58,5	59,1	58,5
Erdöl und Erdgas	1995 = 100	106,1	125,6	118,5	107,8	101,5	101,6	102,2	112,7	114,0
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	1995 = 100	99,9	99,4	97,7	97,4	96,9	97,2	97,0	97,4	97,3
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	1995 = 100	100,1	100,8	100,6	99,7	99,5	99,4	99,5	99,9	99,8
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1995 = 100	101,0	103,0	102,6	100,9	100,5	100,2	100,0	99,9	99,7
Tabakerzeugnisse	1995 = 100	100,8	103,4	104,6	105,7	105,8	105,8	105,8	105,6	105,7
Textilien	1995 = 100	99,5	100,2	100,2	99,7	99,4	99,3	99,2	99,3	99,2
Bekleidung	1995 = 100	100,4	100,7	101,5	101,7	101,6	101,7	101,8	101,7	101,7
Leder und Lederwaren	1995 = 100	101,5	102,4	102,7	102,6	102,7	102,7	102,8	102,4	102,4
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	1995 = 100	97,0	97,8	98,8	98,6	98,4	98,2	97,9	97,6	97,7
Papier	1995 = 100	94,1	91,9	93,3	92,3	91,9	91,8	91,5	91,3	91,3
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespriele Ton-, Bild- und Datenträger	1995 = 100	102,4	102,0	102,0	102,0	102,1	101,9	101,5	101,6	101,7
Kokereierzeugnisse, Mineralölzeugnisse	1995 = 100	107,5	110,4	100,3	95,9	95,2	94,2	98,1	106,6	105,2
Chemische Erzeugnisse	1995 = 100	96,6	97,6	97,0	95,5	95,1	94,7	94,5	94,8	94,8
Gummi- und Kunststoffwaren	1995 = 100	99,2	98,7	98,8	98,0	97,8	97,5	97,7	97,6	97,6
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	1995 = 100	99,4	98,9	98,2	98,2	98,1	97,9	97,7	97,9	97,9
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	1995 = 100	95,0	96,6	98,0	93,1	92,0	91,7	91,6	91,9	92,0
Metallerzeugnisse	1995 = 100	100,9	101,1	101,8	101,8	101,8	101,9	101,8	101,8	101,9
Maschinen	1995 = 100	101,6	102,5	103,3	103,5	103,7	103,8	103,9	104,1	104,1
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	1995 = 100	96,5	92,5	87,8	85,0	84,2	83,8	83,7	84,1	82,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.	1995 = 100	100,5	99,7	99,7	99,1	98,9	99,5	99,3	99,4	99,8
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	1995 = 100	99,1	98,5	97,7	96,4	96,0	95,5	95,3	94,7	94,8
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren	1995 = 100	101,5	103,0	103,8	104,1	104,2	104,3	104,4	104,3	104,6
Kraftwagen und Kraftwagenteile	1995 = 100	100,9	101,6	102,6	103,0	102,9	103,0	103,0	103,0	103,1
Sonstige Fahrzeuge	1995 = 100	100,7	100,5	100,9	101,2	101,3	101,1	101,2	101,3	101,3
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	1995 = 100	101,8	102,7	104,0	104,6	104,9	105,0	105,0	105,2	105,4
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	1995 = 100	94,8	98,4	97,0	93,9	92,1	92,1	91,8	92,9	93,6
Energie <sup>4)</sup>	1995 = 100	94,0	97,7	95,9	92,5	90,5	90,5	90,2	91,4	92,1
Wasser	1995 = 100	105,4	109,5	112,4	112,7	113,6	113,7	113,7	113,6	113,8

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Ohne Preisrepresentanten für Torf - 4) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum									
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat			
	1997	1998	Febr 99	März 99	April 99	Mai 99	Febr 99	März 99	April 99	Mai 99
	gegenüber		gegenüber				gegenüber			
	1996	1997	Febr 98	März 98	April 98	Mai 98	Jan 99	Febr. 99	März 99	April 99
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einkaufspreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Betriebsmittel</b>	+ 1,8	- 3,6	- 5,5	- 4,5	- 3,2	...	± 0,0	+ 0,8	+ 0,7	
Waren und Dienstleistungen für die laufende Produktion	+ 2,1	- 5,0	- 7,3	- 6,1	- 4,5	..	+ 0,1	+ 0,9	+ 0,9	..
Neubauten und neue Maschinen	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	...	± 0,0	+ 0,1	+ 0,2	...
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> landwirtschaftlicher Produkte</b>	+ 1,5	- 5,8	- 9,8	- 8,5p	- 7,8p	...	+ 0,8	+ 0,7p	- 1,2p	..
Pflanzliche Produkte	- 2,0	- 1,5	- 2,8	- 1,7r	- 1,7	..	- 0,1	+ 0,8r	± 0,0	..
Tienschliche Produkte	+ 3,1	- 7,8	- 13,1	- 11,8p	+ 10,9p	...	+ 1,2	+ 0,7p	- 1,9p	..
<b>Index der Erzeugerpreise<sup>1)</sup> forstwirtschaftlicher Produkte aus den Staatsforsten</b>	+ 6,6	+ 7,3	+ 3,5	+ 6,1	...	...	- 0,6	+ 1,3	..	...
<b>Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes<sup>2)</sup></b>	+ 1,9	- 2,4	..	..	..	...	..	..	..	..
Inländischer Herkunft	+ 0,8	- 1,2	..	..	..	...	..	..	..	..
Ausländischer Herkunft	+ 5,0	- 5,5	..	..	..	...	..	..	..	..
<b>Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup></b>	+ 1,1	- 0,4	- 2,4	- 2,3	- 1,7	- 1,7	- 0,1	± 0,0	+ 0,6	± 0,0
ohne Mineralölzeugnisse	+ 1,1	- 0,1	- 2,1	- 2,2	- 2,1	- 2,0	- 0,1	- 0,1	+ 0,2	+ 0,1
ohne Energie und Wasser	+ 0,7	- 0,2	- 1,7	- 1,6	- 1,1	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 0,5	- 0,1
darunter										
Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten	+ 1,6	- 1,5	- 4,6	- 4,3	- 3,2	- 2,9	- 0,2	+ 0,1	+ 1,2	+ 0,1
Energieproduzenten	+ 3,8	- 3,5	- 7,6	- 6,5	- 4,1	- 3,7	- 0,2	+ 0,7	+ 2,9	+ 0,2
Vorleistungsgüterproduzenten (ohne Energie)	+ 0,2	- 0,3	- 2,8	- 2,9	- 2,7	- 2,3	- 0,2	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1
Investitionsgüterproduzenten	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,0	± 0,0	+ 0,1	± 0,0
Konsumgüterproduzenten	+ 1,1	+ 0,4	- 0,9	- 1,0	- 1,0	- 1,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,0	- 0,1
Gebrauchsgüterproduzenten	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,0	± 0,0	+ 0,2	± 0,0
Verbrauchsgüterproduzenten	+ 1,2	+ 0,4	- 1,1	- 1,2	- 1,3	- 1,4	- 0,1	- 0,2	- 0,1	± 0,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	+ 5,2	- 3,2	- 8,1	- 6,9	- 5,7	- 5,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,9	- 0,3
Kohle und Torf <sup>3)</sup>	+ 5,5	- 3,3	- 10,1	- 8,5	- 6,8	- 7,0	± 0,0	+ 1,2	+ 1,0	- 1,0
Erdöl und Erdgas	+ 18,4	- 5,7	- 16,0	- 15,3	- 12,3	- 11,4	+ 0,1	+ 0,6	+ 10,3	+ 1,2
Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse	- 0,5	- 1,7	- 0,8	- 0,7	- 0,4	- 0,6	+ 0,3	- 0,2	+ 0,4	- 0,1
Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes	+ 2,0	- 0,2	- 1,6	- 1,4	- 1,0	- 1,1	- 0,1	+ 0,1	+ 0,4	- 0,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	+ 2,0	- 0,4	- 3,3	- 3,4	- 3,4	- 3,4	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Tabakerzeugnisse	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,5	+ 0,6	+ 0,0	± 0,0	- 0,2	+ 0,1
Textilien	+ 0,7	± 0,0	- 1,3	- 1,3	- 1,1	- 1,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,1	- 0,1
Bekleidung	+ 0,3	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	± 0,0
Leder und Lederwaren	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	± 0,0	+ 0,1	- 0,4	± 0,0
Holz- und Holzwaren (ohne Möbel)	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,1	- 0,6	- 1,4	- 1,6	- 0,2	- 0,3	- 0,3	+ 0,1
Papier	- 2,3	+ 1,5	- 1,8	- 2,2	- 2,6	- 2,6	- 0,1	- 0,3	- 0,2	± 0,0
Verlags- und Druckerzeugnisse, bespielt	- 0,4	± 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1
Ton-, Bild- und Datenträger	- 0,4	± 0,0	- 0,3	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,4	+ 0,1	+ 0,1
Kokereierzeugnisse, Mineralölzeugnisse	+ 2,7	- 9,1	- 9,4	- 3,6	+ 4,5	+ 4,3	- 1,1	+ 4,1	+ 8,7	- 1,3
Chemische Erzeugnisse	+ 1,0	- 0,6	- 4,0	- 4,2	- 3,2	- 2,4	- 0,4	- 0,2	+ 0,3	± 0,0
Gummi- und Kunststoffwaren	- 0,5	- 0,2	- 1,0	- 0,8	- 0,9	- 0,9	- 0,3	+ 0,2	- 0,1	± 0,0
Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden	- 0,5	- 0,7	- 0,4	- 0,6	- 0,3	- 0,5	- 0,2	- 0,2	+ 0,2	± 0,0
Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse	+ 1,7	+ 1,4	- 7,9	- 8,1	- 8,2	- 7,4	- 0,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,1
Metallierzeugnisse	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,3	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Maschinen	+ 1,0	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,2	± 0,0
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	- 4,1	- 5,1	- 6,7	- 6,3	- 5,6	- 6,9	- 0,5	- 0,1	+ 0,5	- 1,9
Geräte der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u. a.	- 0,8	± 0,0	- 0,2	- 0,4	- 0,6	- 0,2	+ 0,6	- 0,2	+ 0,1	+ 0,4
Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente	- 0,6	- 0,8	- 2,8	- 3,1	- 3,4	- 3,2	- 0,5	- 0,2	- 0,6	+ 0,1
Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungstechnische und optische Erzeugnisse, Uhren	+ 1,5	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,1
Sonstige Fahrzeuge	- 0,2	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,2	- 0,2	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,2
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	+ 3,8	- 1,4	- 6,0	- 6,3	- 5,5	- 4,9	± 0,0	- 0,3	+ 1,2	+ 0,8
Energie <sup>4)</sup>	+ 3,9	- 1,8	- 6,7	- 7,0	- 6,1	- 5,4	± 0,0	- 0,3	+ 1,3	+ 0,8
Wasser	+ 3,9	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,1	± 0,0	- 0,1	+ 0,2

1) Ohne Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer bzw. ohne Einfuhrumsatzsteuer - 3) Ohne Preisrepresentanten für Torf. - 4) Elektrischer Strom, Erdgas, Fernwärme

# Statistische Monatszahlen

## Grundzahlen

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998	1998	1999				
					Dez	Jan.	Febr.	Marz	April	Mai
<b>Preise</b>										
<b>Deutschland</b>										
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>										
Wohngebäude <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,8	99,1	98,7	.	.	98,3	.	.	.
Bürogebäude <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,1	99,6	98,9	.	.	98,5	.	.	.
Gewerbliche Betriebsgebäude <sup>2)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,3	99,8	99,3	.	.	98,6	.	.	.
Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	98,3	96,6	95,7	.	.	95,3	.	.	...
Brücken im Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,4	98,0	97,4	.	.	96,5	.	.	.
Ortskanäle <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	98,4	96,6	95,6	.	.	95,2	.	.	...
Klaranlagen <sup>1)</sup> . . . . .	1995 = 100	100,0	99,3	99,3	.	.	99,1	.	.	...
<b>Index der Großhandelsverkaufspreise<sup>2)</sup></b>	1991 = 100	103,1	105,6	103,4	100,9	101,2	100,7	101,4	101,9	102,2
dar.: Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getranken, Tabakwaren . . . . .	1991 = 100	102,8	108,7	106,7	103,5	104,9	103,9	104,8	103,9	103,5
<b>Index der Einzelhandelspreise<sup>3)</sup></b>	1995 = 100	100,7	102,1	102,7	102,6	102,4	102,3	102,5	102,7	...
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art . . . . .	1995 = 100	100,5	101,5	102,3	102,0	102,2	102,1	102,1	102,2	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getranken, Tabakwaren . . . . .	1995 = 100	100,9	102,8	104,0	103,6	103,9	103,9	103,8	103,9	...
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>4)</sup> . . . . .	1995 = 100	99,5	110,3	113,2	113,2	108,8	108,8	108,8	108,8	...
Sonstiger Facheinzelhandel . . . . .	1995 = 100	100,5	100,7	101,1	101,4	101,3	101,3	101,4	101,4	...
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) . . . . .	1995 = 100	103,4	104,3	101,4	100,0	100,3	99,9	102,2	104,2	...
Einzelhandel mit Kraftwagen . . . . .	1995 = 100	101,0	100,8	102,1	102,7	102,4	102,6	102,7	102,7	...
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	100,6	100,5	101,0	101,5	101,5	101,5	101,5	101,4	.
Einzelhandel mit Kraftradern, Teilen und Zubehör	1995 = 100	100,7	100,8	101,5	101,9	101,9	101,9	101,9	101,9	...
Tankstellen . . . . .	1995 = 100	102,0	103,2	102,1	101,6	101,6	101,3	101,8	104,1	...
<b>Preisindex für die Lebenshaltung<sup>5)</sup></b>										
aller privaten Haushalte . . . . .	1995 = 100	101,4	103,3	104,3	104,3	104,1	104,3	104,4	104,8	104,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke . . . . .	1995 = 100	100,6	102,0	103,0	102,1	103,0	103,0	102,9	103,2	103,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren . . . . .	1995 = 100	100,8	102,7	104,7	105,6	105,5	105,5	105,5	105,5	105,6
Bekleidung und Schuhe . . . . .	1995 = 100	100,7	101,1	101,5	102,0	101,7	101,6	101,8	101,8	101,9
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe . . . . .	1995 = 100	102,4	105,1	106,0	105,9	106,1	106,1	106,4	107,4	107,4
Einrichtungsgegenstände u.ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung . . . . .	1995 = 100	100,7	101,1	101,8	102,0	102,0	102,0	102,0	102,1	102,2
Gesundheitspflege . . . . .	1995 = 100	101,5	108,7	114,4	114,6	110,6	110,4	110,4	110,5	110,5
Verkehr . . . . .	1995 = 100	102,4	104,3	104,7	104,6	104,4	104,6	104,9	107,0	106,4
Nachrichtenübermittlung . . . . .	1995 = 100	100,9	97,9	97,3	96,2	89,5	89,0	90,0	88,7	88,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur . . . . .	1995 = 100	100,4	102,5	103,1	103,2	102,8	104,4	104,1	101,7	102,1
Bildungswesen . . . . .	1995 = 100	103,7	107,8	112,9	116,1	116,4	117,2	117,3	117,2	117,2
Beherbergungs- und Gaststättendienst- leistungen . . . . .	1995 = 100	101,1	102,1	103,6	103,3	103,2	103,9	103,7	104,3	104,9
Andere Waren und Dienstleistungen . . . . .	1995 = 100	100,5	102,3	102,8	103,2	103,6	104,0	104,0	104,3	104,5
<b>Früheres Bundesgebiet</b>										
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte<sup>5)</sup></b> . . . . .	1995 = 100	101,3	103,2	104,1	104,1	103,9	104,1	104,3	104,6	104,7
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>										
<b>Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte<sup>5)</sup></b> . . . . .	1995 = 100	101,9	104,2	105,3	105,3	105,0	105,3	105,3	105,6	105,7
<b>Deutschland</b>										
<b>Index der Einfuhrpreise</b> . . . . .	1995 = 100	100,4	104,0	100,7	97,2	97,1	97,2	98,0	98,7	...
dar. Güter aus EU-Ländern . . . . .	1995 = 100	100,4	102,4	100,1	97,6	97,3	97,2	97,8	98,1	...
Güter aus Drittländern . . . . .	1995 = 100	100,3	105,8	101,5	96,7	96,8	97,2	98,3	99,5	...
<b>Index der Ausfuhrpreise</b> . . . . .	1995 = 100	100,0	101,5	101,4	100,4	100,1	100,2	100,3	100,4	...
dar.: Güter für EU-Länder . . . . .	1995 = 100	99,8	101,3	101,3	100,1	99,8	99,7	99,8	99,9	...
Güter für Drittländer . . . . .	1995 = 100	100,4	101,8	101,7	100,7	100,7	100,8	101,0	101,2	.

1) Einschl. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93). - 4) In Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/96.

# Statistische Monatszahlen

Veränderungen in %

Gegenstand der Nachweisung	Vergleich zum										
	Vorjahr		Vorjahresmonat				Vormonat				
	1997	1998	Febr. 99	März 99	April 99	Mai 99	Febr. 99	Marz 99	April 99	Mai 99	
	gegenüber		gegenüber				gegenüber				
	1996	1997	Febr. 98	März 98	April 98	Mai 98	Jan. 99	Febr. 99	Marz 99	April 99	
<b>Preise</b>											
<b>Deutschland</b>											
<b>Preisindizes für Bauwerke</b>											
Wohngebäude <sup>1)</sup> . . . . .	- 0,7	- 0,4	± 0,0	.	.	..	- 0,3 a)	.	.	..	..
Bürogebäude <sup>2)</sup> . . . . .	- 0,5	- 0,7	- 0,6	.	.	..	- 0,2 a)	.	.	..	..
Gewerbliche Betriebsgebäude <sup>2)</sup> . . . . .	- 0,5	- 0,5	- 0,8	.	.	..	- 0,5 a)	.	.	..	..
Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	- 1,7	- 0,9	- 0,3	.	.	..	- 0,1 a)	.	.	..	..
Brücken im Straßenbau <sup>1)</sup> . . . . .	- 1,4	- 0,6	- 0,7	.	.	..	- 0,7 a)	.	.	..	..
Ortskanäle <sup>1)</sup> . . . . .	- 1,8	- 1,0	- 0,2	.	.	..	- 0,1 a)	.	.	..	..
Kläranlagen <sup>1)</sup> . . . . .	- 0,7	± 0,0	- 0,2	.	.	..	- 0,2 a)	.	.	..	..
<b>Index der Großhandelsverkaufspreise<sup>2)</sup></b> . . . . .	+ 2,4	- 2,1	- 4,5	- 3,6	- 3,1	- 2,5	- 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,3	..
dar.. Großhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	+ 5,7	- 1,8	- 5,5	- 4,5	- 5,3	- 5,3	- 1,0	+ 0,9	- 0,9	- 0,4	..
<b>Index der Einzelhandelspreise<sup>3)</sup></b> . . . . .	+ 1,4	+ 0,6	- 0,2	+ 0,2	- 0,1	..	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2	..	..
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art . . . . .	+ 1,0	+ 0,8	- 0,1	± 0,0	- 0,2	..	- 0,1	± 0,0	+ 0,1	..	..
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren . . . . .	+ 1,9	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,1	..	± 0,0	- 0,1	+ 0,1	..	..
Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>4)</sup> . . . . .	+ 10,9	+ 2,6	- 3,6	- 3,6	- 4,4	..	± 0,0	± 0,0	± 0,0	..	..
Sonstiger Facheinzelhandel . . . . .	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	..	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	..	..
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) . . . . .	+ 0,9	- 2,8	- 2,5	+ 0,5	+ 1,7	..	- 0,4	+ 2,3	+ 2,0	..	..
Einzelhandel mit Kraftwagen . . . . .	- 0,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,9	..	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0	..	..
Einzelhandel mit Kraftwagenteilen und Zubehör . . . . .	- 0,1	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,4	..	± 0,0	± 0,0	- 0,1	..	..
Einzelhandel mit Krafträdern, Teilen und Zubehör . . . . .	+ 0,1	+ 0,7	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,4	..	± 0,0	± 0,0	± 0,0	..	..
Tankstellen . . . . .	+ 1,2	- 1,1	- 0,7	+ 0,1	+ 1,8	..	- 0,3	+ 0,5	+ 2,3	..	..
<b>Preisindex für die Lebenshaltung<sup>5)</sup></b>											
aller privaten Haushalte . . . . .	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,4	± 0,0	..
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke . . . . .	+ 1,4	+ 1,0	- 0,4	- 0,2	- 0,4	- 1,0	± 0,0	- 0,1	+ 0,3	± 0,0	..
Alkoholische Getränke, Tabakwaren . . . . .	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,4	+ 0,2	± 0,0	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	..
Bekleidung und Schuhe . . . . .	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	- 0,1	+ 0,2	± 0,0	+ 0,1	..
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe . . . . .	+ 2,6	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,7	+ 1,3	+ 1,2	± 0,0	+ 0,3	+ 0,9	± 0,0	..
Einrichtungsgegenstände u. a. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung . . . . .	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,4	± 0,0	± 0,0	+ 0,1	+ 0,1	..
Gesundheitspflege . . . . .	+ 7,1	+ 5,2	+ 3,2	- 3,2	- 3,6	- 3,6	- 0,2	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	..
Verkehr . . . . .	+ 1,9	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 2,2	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 2,0	- 0,6	..
Nachrichtenübermittlung . . . . .	- 3,0	- 0,6	- 9,5	- 7,3	- 9,0	- 9,2	- 0,6	+ 1,1	- 1,4	- 0,2	..
Freizeit, Unterhaltung und Kultur . . . . .	+ 2,1	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,1	+ 1,6	- 0,3	- 2,3	+ 0,4	..
Bildungswesen . . . . .	+ 4,0	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,7	+ 4,5	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	± 0,0	..
Beherbergungs- und Gaststattdienstleistungen . . . . .	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,7	- 0,2	+ 0,6	+ 0,6	..
Andere Waren und Dienstleistungen . . . . .	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 0,4	± 0,0	+ 0,3	+ 0,2	..
<b>Früheres Bundesgebiet</b>											
<b>Preisindex für die Lebenshaltung</b>											
aller privater Haushalte <sup>5)</sup> . . . . .	+ 1,9	+ 0,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	..
<b>Neue Länder und Berlin-Ost</b>											
<b>Preisindex für die Lebenshaltung</b>											
aller privater Haushalte <sup>5)</sup> . . . . .	+ 2,3	+ 1,1	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,3	± 0,0	+ 0,3	+ 0,1	..
<b>Deutschland</b>											
<b>Index der Einfuhrpreise</b> . . . . .	+ 3,6	- 3,2	- 6,2	- 4,9	- 3,9	..	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,7	..	..
dar. Güter aus EU-Ländern . . . . .	+ 2,0	- 2,2	- 5,1	- 3,9	- 3,4	..	- 0,1	+ 0,6	+ 0,3	..	..
Güter aus Drittländern . . . . .	+ 5,5	- 4,1	- 7,4	- 5,8	- 4,4	..	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,2	..	..
<b>Index der Ausfuhrpreise</b> . . . . .	+ 1,5	- 0,1	- 1,8	- 1,7	- 1,6	..	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	..	..
dar.. Güter für EU-Länder . . . . .	+ 1,5	± 0,0	- 2,2	- 2,1	- 2,0	..	- 0,1	+ 0,1	+ 0,1	..	..
Güter für Drittländer . . . . .	+ 1,4	- 0,1	- 1,5	- 1,3	- 1,0	..	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	..	..

1) Enschl. Umsatzsteuer - 2) Ohne Umsatzsteuer - 3) Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) - 4) In Verkaufsräumen - 5) Abgrenzung nach der COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose) in der für den Verbraucherpreisindex (VPI) geltenden Fassung 6/98

a) Februar 1999 gegenüber November 1998



# Statistische Monatszahlen

## Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

### Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998 <sup>1)</sup>		1999 <sup>1)</sup>			
					3. Vj	4. Vj	Jan	Febr	März	April
<b>Absolute Zahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	1 000	82 012	82 057	82 037	82 030	82 037	82 034 s	82 022 s	82 011 s	82 020 s
dar.: Ausländer/-innen <sup>2)</sup> . . . . .	1 000	7 314	7 366	7 320	7 322	7 320	7 319	7 315	7 312	7 323
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	Anzahl	427 297	422 776	416 574	146 514	.	12 361	15 621	23 224	27 910
Ehescheidungen . . . . .	Anzahl	175 550	187 802	.	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	796 013	812 173	782 251	209 545	.	60 907	59 165	65 880	61 466
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	106 229	107 182	.	25 926	.	.	.	.	.
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	135 700	145 833	.	41 972	.	.	.	.	.
Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	882 843	860 389	850 919	200 395	.	76 486	77 343	86 475	67 214
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	13 394	13 678	.	3 339	.	.	.	.	.
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	Anzahl	3 962	3 951	.	904	.	.	.	.	.
Totgeborene <sup>4)</sup> . . . . .	Anzahl	3 573	3 510	3 014	789	.	231	228	246	275
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) . . . . .	Anzahl	- 86 830	- 48 216	- 68 668	+ 9 150	.	- 15 579	- 18 178	- 20 595	- 5 748
Deutsche . . . . .	Anzahl	- 179 665	- 141 720	.	- 13 437	.	.	.	.	.
Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 92 835	+ 93 504	.	+ 22 587	.	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>5)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	Anzahl	959 691	840 633	802 456	227 956	214 557	.	.	.	.
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	707 954	615 298	605 500	169 182	161 595	.	.	.	.
Fortzüge . . . . .	Anzahl	677 494	746 969	755 358	231 223	182 913	.	.	.	.
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	559 064	637 066	638 955	198 509	150 415	.	.	.	.
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) . . . . .	Anzahl	+ 282 197	+ 93 664	+ 47 098	- 3 267	+ 31 644	.	.	.	.
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 148 890	- 21 768	- 33 455	- 29 327	+ 11 180	.	.	.	.
<b>Verhältniszahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b>										
Ausländer/-innen <sup>2)</sup> . . . . .	% der Bevölkerung	8,9	9,0	8,9	8,9	8,9	8,9 s	8,9 s	8,9 s	8,9 s
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	5,2	5,2	5,1 <sup>7)</sup>	.	.	1,8 <sup>7)</sup>	2,5 <sup>7)</sup>	3,3 <sup>7)</sup>	4,1 <sup>7)</sup>
Ehescheidungen . . . . .	je 10 000 Einwohner/-innen	21,4	22,9	.	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	9,7	9,9	9,5 <sup>7)</sup>	.	.	8,7 <sup>7)</sup>	9,4 <sup>7)</sup>	9,5 <sup>7)</sup>	9,1 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	je 1 000 Ausländer/-innen	14,5	14,6	.	14,0	.	.	.	.	.
	% aller Lebendgeb.	13,3	13,2	.	12,4	.	.	.	.	.
Zusammengefaßte Geburtenziffer <sup>6)</sup> . . . . .		1 316	.	.	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	% aller Lebendgeb.	17,0	18,0	.	20,0	.	.	.	.	.
Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	10,8	10,5	10,4 <sup>7)</sup>	.	.	11,0 <sup>7)</sup>	12,3 <sup>7)</sup>	12,4 <sup>7)</sup>	10,0 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	je 1 000 Ausländer/-innen	1,8	1,9	.	1,8	.	.	.	.	.
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	.	0,4	.	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>5)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Zuzüge	73,8	73,2	75,5	74,2	75,3	.	.	.	.
Fortzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Fortzüge	82,5	85,3	84,6	85,9	82,2	.	.	.	.
<b>Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	%	+ 0,2	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0 s	- 0,0 s	- 0,0 s	+ 0,0 s
dar.: Ausländer/-innen <sup>2)</sup> . . . . .	%	+ 2,0	+ 0,7	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,3
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	%	- 0,8	- 1,1	- 1,2	+ 2,3	.	- 4,3	- 0,8	+ 4,4	- 7,4
Ehescheidungen . . . . .	%	+ 3,6	+ 7,0	.	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	%	+ 4,0	+ 2,0	- 3,4	- 2,7	.	- 3,5	- 3,4	- 0,7	- 4,7
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 6,5	+ 0,9	.	- 6,1	.	.	.	.	.
Gestorbene <sup>3)</sup> . . . . .	%	- 0,2	- 2,5	- 0,7	- 0,0	.	+ 4,0	+ 7,5	+ 7,7	- 6,8
<b>Wanderungen<sup>5)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	%	- 12,4	- 12,4	- 4,5	- 0,9	+ 11,9	.	.	.	.
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 10,7	- 13,1	- 1,6	- 0,3	+ 13,9	.	.	.	.
Fortzüge . . . . .	%	- 3,0	+ 10,3	+ 1,1	+ 3,2	- 5,5	.	.	.	.
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 1,5	+ 14,0	+ 0,3	+ 2,7	- 8,7	.	.	.	.

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ergebnisse der Auszählungen des Ausländerzentralregisters - 3) Ohne Totgeborene - 4) Seit 1 4 1994 geringere Gewichtsgrenze ( Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm) - 5) Emschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 6) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 7) Bevölkerung geschätzt.

# Statistische Monatszahlen

## Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

### Früheres Bundesgebiet

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998 <sup>1)</sup>		1999 <sup>1)</sup>			
					3. Vj	4. Vj	Jan.	Febr.	März	April
<b>Absolute Zahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . .	1 000	66 583	66 688	66 747	66 717	66 747	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	Anzahl	373 245	369 396	361 741	125 014	...	10 865	13 652	20 480	24 466
Ehescheidungen . . . . .	Anzahl	152 798 <sup>6)</sup>	161 265 <sup>6)</sup>	...	...	...	...	...	...	...
Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	702 688	711 915	681 991	181 307	...	52 275	51 415	57 328	53 403
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	103 402	104 323	...	25 200	...	...	...	...	...
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	96 140	101 615	...	28 674	...	...	...	...	...
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	708 332	692 844	686 729	161 141	...	61 334	62 831	70 836	54 090
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	12 967	13 247	...	3 230	...	...	...	...	...
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	Anzahl	3 463	3 466	...	763	...	...	...	...	...
Totgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	3 100	3 047	2 564	654	...	202	191	214	239
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) . . . . .	Anzahl	- 5 644	+ 19 071	- 4 738	+ 20 166	...	- 9 059	- 11 416	- 13 508	- 687
Deutsche . . . . .	Anzahl	- 96 079	- 72 005	...	- 1 804	...	...	...	...	...
Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 90 435	+ 91 076	...	+ 21 970	...	...	...	...	...
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	Anzahl	828 326	737 404	715 654	205 231	190 755	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	611 205	537 218	538 008	151 636	142 939	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	Anzahl	595 247	662 009	681 180	213 556	158 977	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	491 165	564 214	578 525	182 857	133 142	...	...	...	...
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) . . . . .	Anzahl	+233 079	+ 75 395	+ 34 474	- 8 325	+ 31 778	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . .	Anzahl	+120 040	- 26 996	- 40 517	- 31 221	+ 9 797	...	...	...	...
<b>Verhältniszahlen</b>										
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	5,6	5,5	5,4 <sup>7)</sup>	...	...	1,9 <sup>7)</sup>	2,7 <sup>7)</sup>	3,6 <sup>7)</sup>	4,5 <sup>7)</sup>
Ehescheidungen . . . . .	je 10 000 Einwohner/-innen	22,5 <sup>6)</sup>	23,7 <sup>6)</sup>	...	...	...	...	...	...	...
Lebendgeborene . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	10,5	10,7	10,2 <sup>7)</sup>	...	...	9,2 <sup>7)</sup>	10,0 <sup>7)</sup>	10,1 <sup>7)</sup>	9,7 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Lebendgeb.	14,7	14,7	...	13,9	...	...	...	...	...
Zusammengefaßte Geburtenziffer <sup>5)</sup> . . . . .		1 396	...	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	% aller Lebendgeb.	13,7	14,3	...	15,8	...	...	...	...	...
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	10,6	10,4	10,3 <sup>7)</sup>	...	...	10,8 <sup>7)</sup>	12,3 <sup>7)</sup>	12,5 <sup>7)</sup>	9,9 <sup>7)</sup>
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	% aller Lebendgeb.	0,5	0,5	...	0,4	...	...	...	...	...
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Zuzüge	73,8	72,9	75,2	73,9	74,9	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . .	% aller Fortzüge	82,5	85,2	84,9	85,6	83,7	...	...	...	...
<b>Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . .	%	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	...	...	...	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	%	- 0,8	- 1,0	- 1,8	+ 0,9	...	- 5,2	- 1,1	+ 3,2	- 7,8
Ehescheidungen . . . . .	%	+ 4,7 <sup>6)</sup>	+ 5,5 <sup>6)</sup>	...	...	...	...	...	...	...
Lebendgeborene . . . . .	%	+ 3,1	+ 1,3	- 4,2	- 3,7	...	- 5,2	- 4,1	- 1,0	- 5,5
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	+ 6,4	+ 0,9	...	- 6,3	...	...	...	...	...
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	%	+ 0,3	- 2,2	- 0,5	+ 0,2	...	+ 4,1	+ 7,5	+ 8,2	- 6,9
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	%	- 16,8	- 11,0	- 2,9	+ 0,3	+ 12,5	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	- 11,9	- 12,1	+ 0,1	+ 1,0	+ 14,5	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	%	- 5,6	+ 11,2	+ 2,9	+ 6,5	- 6,3	...	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . .	%	- 3,8	+ 14,9	+ 2,5	+ 6,7	- 8,4	...	...	...	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene. - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 Gramm). - 4) Einschl. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“ - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 6) Früheres Bundesgebiet einschl. Berlin-Ost - 7) Bevölkerung geschätzt

# Statistische Monatszahlen

## Bevölkerungsstand und Bevölkerungsbewegung

### Neue Länder und Berlin-Ost

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1996	1997	1998 <sup>1)</sup>	1998 <sup>1)</sup>		1999 <sup>1)</sup>			
					3. Vj	4. Vj	Jan.	Febr.	März	April
<b>Absolute Zahlen</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	1 000	15 429	15 369	15 290	15 313	15 290	.	...	...	.
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	Anzahl	54 052	53 380	54 833	21 500	..	1 496	1 969	2 744	3 444
Ehescheidungen . . . . .	Anzahl	22 752 <sup>6)</sup>	26 537 <sup>6)</sup>	.	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	93 325	100 258	100 260	28 238	.	8 632	7 750	8 552	8 063
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	2 827	2 859	...	726	..	.	.	.	.
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	Anzahl	39 560	44 218	..	13 298	..	.	.	.	.
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	Anzahl	174 511	167 545	164 190	39 254	..	15 152	14 512	15 639	13 124
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	427	431	.	109	.	.	.	.	.
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	Anzahl	499	485	.	141	.	.	.	.	.
Totgeborene <sup>3)</sup> . . . . .	Anzahl	473	463	450	135	.	29	37	32	36
Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-) . . . . .	Anzahl	- 81 186	- 67 287	- 63 930	- 11 016	.	- 6 520	- 6 762	- 7 087	- 5 061
Deutsche . . . . .	Anzahl	- 83 586	- 69 715	.	- 11 633	.	.	.	.	.
Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 2 400	+ 2 428	...	+ 617	..	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	Anzahl	131 365	103 229	86 802	22 725	23 802	..	...	...	...
dar.: Ausländer . . . . .	Anzahl	96 749	78 080	67 492	17 546	18 656	...	...	...	...
Fortzüge . . . . .	Anzahl	82 247	84 960	74 178	17 667	23 936	..	...	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	67 899	72 852	60 430	15 652	17 273	...	.	.	.
Überschuß der Zu- (+) bzw. Fortzüge (-) . . . . .	Anzahl	+ 49 118	+ 18 269	+ 12 624	+ 5 058	- 134	...	..	..	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	Anzahl	+ 28 850	+ 5 228	+ 7 062	+ 1 894	+ 1 383	...	..	...	...
<b>Verhältniszahlen</b>										
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	3,5	3,5	3,6 <sup>7)</sup>	.	...	1,2 <sup>7)</sup>	1,7 <sup>7)</sup>	2,1 <sup>7)</sup>	2,7 <sup>7)</sup>
Ehescheidungen . . . . .	je 10 000 Einwohner/-innen	16,0 <sup>6)</sup>	18,8 <sup>6)</sup>	.	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	6,0	6,5	6,5 <sup>7)</sup>	.	...	6,6 <sup>7)</sup>	6,6 <sup>7)</sup>	6,6 <sup>7)</sup>	6,4 <sup>7)</sup>
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Lebendgeb.	3,0	2,9	.	2,6	.	.	.	.	.
Zusammengefaßte Geburtenziffer <sup>5)</sup> . . . . .		948	..	...	X	X	X	X	X	X
Nichtehelich Lebendgeborene . . . . .	% aller Lebendgeb	42,4	44,1	...	47,1	.	.	.	.	.
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	je 1 000 Einwohner/-innen	11,3	10,9	10,7 <sup>7)</sup>	..	.	11,7 <sup>7)</sup>	12,4 <sup>7)</sup>	12,0 <sup>7)</sup>	10,4 <sup>7)</sup>
Gestorbene im 1. Lebensjahr . . . . .	% aller Lebendgeb	0,5	0,5	...	0,5	.	.	.	.	.
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Zuzüge	73,6	75,6	77,8	77,2	78,4	..	..	...	..
Fortzüge . . . . .										
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	% aller Fortzüge	82,6	85,7	81,5	88,6	72,2	...	...	...	...
<b>Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>										
<b>Bevölkerungsstand</b> . . . . .	%	- 0,3	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	.	...	.	...
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung</b>										
Eheschließungen . . . . .	%	- 0,2	- 1,2	+ 2,8	+ 11,3	..	+ 3,2	+ 0,6	+ 14,4	- 4,7
Ehescheidungen . . . . .	%	+ 5,9 <sup>6)</sup>	+ 16,6 <sup>6)</sup>	..	.	.	.	.	.	.
Lebendgeborene . . . . .	%	+ 11,3	+ 7,4	+ 1,8	+ 4,2	.	+ 7,7	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,7
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 12,7	+ 1,1	.	- 0,3	...	.	.	.	.
Gestorbene <sup>2)</sup> . . . . .	%	- 2,0	- 4,0	- 1,4	- 0,9	.	+ 3,8	+ 7,6	+ 5,5	- 6,6
<b>Wanderungen<sup>4)</sup></b>										
Zuzüge . . . . .	%	+ 0,5	- 21,4	- 15,9	- 10,6	+ 7,6	...	..	...	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	- 2,3	- 19,3	- 13,6	- 10,4	+ 9,5	...	..	..	...
Fortzüge . . . . .	%	+ 22,0	+ 3,3	- 12,7	- 25,3	+ 0,4	.	...	..	...
dar.: Ausländer/-innen . . . . .	%	+ 18,9	+ 7,3	- 17,1	- 28,4	- 10,8	...	..	...	...

1) Vorläufiges Ergebnis - 2) Ohne Totgeborene - 3) Seit 1.4.1994 geringere Gewichtsgrenze (Geburtsgewicht mindestens 500 g) - 4) Einschli. Herkunfts-/Zielgebiet „ungeklärt“ und „ohne Angabe“. - 5) Summe der altersspezifischen Geburtenziffern. Sie gibt an, wieviele Kinder 1 000 Frauen im Laufe ihres Lebens zur Welt bringen würden, wenn die gegenwärtigen Geburtenverhältnisse konstant blieben - 6) Neue Länder ohne Berlin-Ost. - 7) Bevölkerung geschätzt.

# Statistische Monatszahlen

## Entstehung und Verwendung des Bruttoinlandsprodukts<sup>1)</sup>

### Deutschland

Gegenstand der Nachweisung	Jahreszahlen				Vierteljahreszahlen			
	1995	1996	1997	1998	1998			1999
					2. Vj	3. Vj	4. Vj	
<b>in jeweiligen Preisen</b>								
<b>Mrd. DM</b>								
<b>Entstehung des Bruttoinlandsprodukts</b>								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 314,5	3 378,0	3 466,8	3 580,6	883,8	909,8	931,1	868,4
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,3	44,5	44,7	45,5	11,9	11,6	10,7	10,9
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	835,5	838,4	865,6	912,0	224,9	229,5	240,7	212,0
Baugewerbe	222,4	211,7	202,9	190,0	48,6	51,5	46,3	41,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	586,4	584,0	597,5	610,6	151,6	156,3	158,1	144,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	907,2	961,3	1 008,8	1 060,9	261,9	271,7	272,9	269,5
Öffentliche und private Dienstleister	720,6	738,1	747,5	761,6	184,8	189,2	202,4	189,0
<b>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts</b>								
Konsum	2 696,9	2 770,0	2 821,6	2 883,1	708,8	715,6	763,5	711,1
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 947,0	1 996,9	2 046,6	2 103,4	520,5	525,9	551,5	519,0
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	52,5	56,7	59,4	61,2	15,0	15,3	16,1	15,3
Konsumausgaben des Staates	697,4	716,4	715,6	718,5	173,2	174,4	195,9	176,8
Bruttoanlageinvestitionen	790,6	778,7	783,4	792,7	202,9	206,7	208,0	176,4
Ausrüstungen	253,9	258,5	270,0	297,0	73,5	72,7	86,3	69,3
Bauten	506,0	487,6	478,4	457,9	120,1	124,3	111,9	97,6
Sonstige Anlagen	30,6	32,6	34,9	37,8	9,3	9,8	9,8	9,6
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	11,4	- 1,2	17,3	59,1	9,7	30,7	- 7,4	26,0
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	24,9	39,3	53,5	64,6	19,1	12,0	20,0	13,8
Exporte	862,8	910,9	1 023,4	1 089,5	276,5	269,5	278,7	258,7
Importe	837,8	871,6	969,8	1 024,9	257,4	257,5	258,6	244,9
Bruttoinlandsprodukt	3 523,8	3 586,8	3 675,8	3 799,4	940,5	965,0	984,2	927,3
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 4,0	+ 1,9	+ 2,6	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,4	+ 3,0	+ 1,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,7	+ 5,2	+ 0,3	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2	- 1,6	- 3,6
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 2,0	+ 0,3	+ 3,2	+ 5,4	+ 2,9	+ 5,7	+ 3,9	- 2,3
Baugewerbe	+ 0,4	- 4,8	- 4,2	- 6,3	- 10,8	- 7,2	- 6,4	- 4,2
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 4,8	- 0,4	+ 2,3	+ 2,2	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,9	- 0,0
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5,4	+ 6,0	+ 4,9	+ 5,2	+ 4,7	+ 5,4	+ 5,6	+ 5,9
Öffentliche und private Dienstleister	+ 5,0	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,0	+ 2,6
Konsum	+ 4,0	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,2	+ 1,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 2,3
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 3,7	+ 2,6	+ 2,5	+ 2,8	+ 1,7	+ 3,1	+ 2,9	+ 2,7
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 9,5	+ 8,1	+ 4,7	+ 3,0	+ 3,7	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,6
Konsumausgaben des Staates	+ 4,2	+ 2,7	- 0,1	+ 0,4	+ 0,7	+ 1,3	- 0,9	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 0,7	- 1,5	+ 0,6	+ 1,2	- 2,2	+ 0,6	+ 1,3	+ 0,8
Exporte	+ 7,8	+ 5,6	+ 12,3	+ 6,5	+ 8,2	+ 3,8	+ 1,0	- 2,3
Importe	+ 6,4	+ 4,0	+ 11,3	+ 5,7	+ 7,1	+ 3,4	+ 1,6	- 2,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 3,8	+ 1,8	+ 2,5	+ 3,4	+ 2,3	+ 3,4	+ 3,2	+ 1,9
<b>in Preisen von 1995</b>								
<b>Mrd. DM</b>								
<b>Entstehung des Bruttoinlandsprodukts</b>								
Bruttowertschöpfung insgesamt	3 314,5	3 351,9	3 428,8	3 522,1	874,5	895,1	903,6	857,5
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	42,3	45,5	45,1	46,2	12,0	11,9	11,2	11,3
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	835,5	826,0	853,3	897,8	220,4	225,4	238,7	211,1
Baugewerbe	222,4	213,3	207,7	197,7	50,7	53,6	48,5	43,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	586,4	582,1	586,6	615,8	153,1	157,0	159,4	148,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	907,2	955,0	997,3	1 031,8	254,8	263,7	265,7	256,6
Öffentliche und private Dienstleister	720,6	730,1	728,8	732,8	183,6	183,4	180,0	186,8
<b>Verwendung des Bruttoinlandsprodukts</b>								
Konsum	2 696,9	2 722,9	2 733,9	2 770,6	686,5	687,0	718,9	689,8
Konsumausgaben der privaten Haushalte	1 947,0	1 962,0	1 975,3	2 011,8	498,0	500,8	527,8	496,1
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	52,5	54,6	56,4	57,0	14,0	14,3	14,9	13,9
Konsumausgaben des Staates	697,4	706,3	702,2	701,8	174,5	172,0	176,2	179,8
Bruttoanlageinvestitionen	790,6	783,1	788,2	802,2	204,7	209,5	210,8	179,8
Ausrüstungen	253,9	258,3	268,4	295,5	72,7	72,5	86,1	69,2
Bauten	506,0	491,2	482,9	464,5	121,6	126,0	113,7	99,4
Sonstige Anlagen	30,6	33,6	37,0	42,2	10,4	11,0	11,0	11,1
Vorratsveränderungen und Nettozugang an Wertsachen	11,4	2,1	20,0	59,9	8,2	30,5	- 1,9	23,1
Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	24,9	42,2	70,5	61,3	19,5	10,5	14,9	9,0
Exporte	862,8	908,4	1 007,7	1 073,7	271,8	265,2	276,5	258,1
Importe	837,8	866,2	937,2	1 012,4	252,3	254,7	261,6	249,1
Bruttoinlandsprodukt	3 523,8	3 550,4	3 612,6	3 694,0	918,9	937,5	942,7	901,6
<b>Veränderung gegenüber dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres in %</b>								
Bruttowertschöpfung insgesamt	+ 2,2	+ 1,1	+ 2,3	+ 2,7	+ 1,7	+ 2,6	+ 2,4	+ 1,0
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 4,8	+ 7,4	- 0,8	+ 2,5	+ 1,6	+ 3,0	+ 3,3	+ 1,7
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	+ 1,1	- 1,1	+ 3,3	+ 5,2	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,9	- 1,0
Baugewerbe	- 1,8	- 4,1	- 2,7	- 4,8	- 8,8	- 5,7	- 5,6	- 4,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	+ 0,4	- 0,7	+ 2,5	+ 3,2	+ 1,8	+ 2,9	+ 3,1	+ 1,6
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	+ 5,2	+ 5,3	+ 4,4	+ 3,5	+ 3,4	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,6
Öffentliche und private Dienstleister	+ 2,3	+ 1,3	- 0,2	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,5
Konsum	+ 1,8	+ 1,0	+ 0,4	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,7
Konsumausgaben der privaten Haushalte	+ 1,9	+ 0,8	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,2
Konsumausgaben der privaten Organisationen o. E.	+ 5,7	+ 4,1	+ 3,4	+ 1,1	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,2	+ 0,4
Konsumausgaben des Staates	+ 1,5	+ 1,3	- 0,6	- 0,1	+ 1,6	- 0,8	- 2,2	+ 0,4
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,7	- 0,9	+ 0,6	+ 1,8	- 1,8	+ 1,3	+ 1,9	+ 1,4
Exporte	+ 5,8	+ 5,3	+ 10,9	+ 6,5	+ 7,6	+ 4,1	+ 2,5	- 0,8
Importe	+ 5,7	+ 3,4	+ 8,2	+ 8,0	+ 7,9	+ 6,5	+ 7,2	+ 2,2
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 1,2	+ 2,0	+ 2,0	+ 0,7

1) Ab 1996 vorläufiges Ergebnis (Rechenstand Juni 1999)

# Produzierendes Gewerbe

## Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>

### Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs- güterproduzenten	Investi- tions- güterproduzenten	Ge- brauchs- güterproduzenten	Ver- brauchs- güterproduzenten				
1996	99,7	98,0	101,3	103,2	98,2	97,1	97,4	101,6	95,3
1997	106,7	106,8	108,4	106,2	98,3	97,0	97,3	107,4	97,3
1998	111,2	108,8	116,3	113,5	97,8	97,4	99,2	104,3	98,7
1997 November	108,0	110,5	109,0	107,9	86,0	98,4	55,8	103,4	100,7
1997 Dezember	103,6	100,7	113,8	96,2	83,9	79,6	48,4	67,2	86,3
1998 Januar	109,2	109,6	112,0	108,7	92,2	96,9	81,0	83,5	89,2
1998 Februar	110,8	108,8	113,0	110,9	113,6	106,1	176,4	119,9	92,3
1998 März	126,2	121,7	131,4	129,7	124,4	117,1	159,8	149,4	113,7
1998 April	112,7	112,2	116,0	118,2	91,5	100,2	72,8	116,3	101,3
1998 Mai	106,4	106,1	111,3	108,6	80,8	93,0	50,0	86,5	97,0
1998 Juni	113,3	112,7	119,5	109,6	92,1	92,9	58,8	73,8	101,4
1998 Juli	114,2	111,3	121,3	114,5	97,4	93,6	99,9	94,0	101,6
1998 August	97,8	96,4	99,6	92,3	107,2	80,0	164,4	126,4	89,8
1998 September	118,7	112,6	127,3	119,8	115,0	106,8	144,1	140,4	107,0
1998 Oktober	112,4	109,6	116,6	122,3	94,8	103,6	74,0	112,0	107,0
1998 November	109,0	107,1	112,7	121,6	84,7	99,2	58,3	79,1	101,0
1998 Dezember	103,2	97,4	114,9	105,8	80,3	79,5	50,3	70,4	82,9
1999 Januar	100,8	100,2	101,6	108,9	88,3	85,3	77,3	83,0	88,1
1999 Februar	105,8	100,8	109,5	113,7	109,0	93,9	164,3	106,5	87,6
1999 März	122,9	119,9	123,8	133,5	121,9	109,0	152,3	164,5	106,0
1999 April	110,0	108,1	114,4	115,8	92,2	92,8	70,0	100,8	100,1

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) <sup>4)</sup>
1996	97,0	100,1	97,5	95,2	97,7	97,1	94,4	95,2	93,9
1997	100,9	97,7	105,6	106,9	102,7	101,5	95,0	110,1	104,5
1998	99,1	101,8	103,0	101,3	106,2	105,6	94,9	105,2	100,3
1997 November	105,5	109,8	100,1	102,2	105,8	103,5	95,5	117,0	115,9
1997 Dezember	93,5	105,4	101,5	103,3	88,5	87,5	75,8	103,2	99,7
1998 Januar	103,6	96,0	109,6	113,3	100,2	99,0	86,6	119,4	117,8
1998 Februar	100,3	93,6	106,0	109,3	102,9	102,2	85,5	115,2	111,6
1998 März	107,6	106,0	118,1	117,8	115,5	114,3	101,7	122,9	122,7
1998 April	102,3	98,0	106,5	107,2	108,2	107,7	100,5	111,6	110,2
1998 Mai	96,0	95,6	101,6	101,6	105,3	105,6	96,0	104,4	100,1
1998 Juni	101,4	99,2	109,5	105,8	110,4	110,1	102,4	116,5	101,8
1998 Juli	102,9	99,3	105,3	102,1	114,2	114,5	103,8	104,8	99,5
1998 August	91,7	93,6	92,0	89,5	96,6	96,8	87,5	88,3	83,9
1998 September	97,0	107,2	102,2	95,8	112,1	111,2	102,6	99,0	89,5
1998 Oktober	98,1	109,8	100,5	95,4	112,2	111,8	104,6	98,7	92,1
1998 November	97,9	113,7	93,4	88,0	106,9	106,1	94,3	98,9	93,5
1998 Dezember	90,9	109,9	91,6	90,0	89,3	88,4	73,8	82,7	80,9
1999 Januar	93,8	95,3	96,6	93,0	96,4	95,8	83,7	93,6	79,6
1999 Februar	96,3	96,8	97,0	94,0	97,2	95,2	77,8	91,8	84,7
1999 März	111,2	112,5	111,2	105,4	114,0	112,7	101,9	108,9	104,4
1999 April	99,2	102,5	103,4	98,8	107,2	106,8	96,4	95,9	85,6

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung) – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs <sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe <sup>2)</sup>  
 Deutschland  
 1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,9	94,7	97,8	94,7	100,4	92,3	103,6	109,4
1997	99,9	92,1	106,5	105,3	105,5	101,4	118,7	113,7
1998	106,3	96,0	109,9	108,2	115,1	115,3	125,5	113,2
1997								
November	104,3	92,2	111,0	112,6	106,7	117,0	122,6	129,9
Dezember	88,5	79,3	109,4	103,0	107,5	115,4	126,3	126,0
1998								
Januar	98,1	84,9	111,2	115,9	120,4	108,6	118,3	102,7
Februar	102,6	81,4	106,5	103,4	105,9	109,4	125,0	114,4
März	114,1	99,4	125,4	120,6	129,2	121,9	138,7	134,6
April	106,4	97,5	112,5	102,5	121,7	113,8	125,7	111,0
Mai	102,3	98,1	104,4	102,4	111,7	118,0	114,1	119,8
Juni	113,6	107,0	121,0	130,4	108,4	125,9	125,9	104,0
Juli	110,5	104,7	111,7	107,1	111,9	120,9	142,5	116,9
August	106,0	98,0	94,9	103,0	96,0	105,8	107,3	102,3
September	110,4	98,2	110,3	107,8	122,9	115,4	119,7	153,7
Oktober	110,9	98,5	103,1	94,0	109,5	113,2	122,2	102,1
November	108,8	99,4	105,3	108,6	105,6	115,4	120,7	100,8
Dezember	91,9	84,3	112,6	103,0	138,0	115,4	146,0	96,2
1999								
Januar	97,8	83,1	97,4	97,3	96,2	106,7	114,5	92,7
Februar	96,9	86,9	97,7	107,5	95,6	89,3	113,4	107,1
März	112,6	106,4	113,8	112,0	118,9	117,7	136,3	113,5
April	103,7	101,8	103,0	104,2	102,8	117,3	122,2	87,9

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.a.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,7	99,2	100,7	106,8	137,0	107,2	109,1	111,3	81,8	100,2
1997	105,1	107,3	104,9	109,2	123,4	109,6	120,5	122,3	98,2	97,9
1998	107,3	111,9	103,7	116,8	130,9	111,8	135,3	136,2	127,8	101,3
1997										
November	113,5	118,1	106,6	109,8	131,6	116,0	121,3	118,9	65,5	105,0
Dezember	104,4	111,1	102,9	104,9	104,9	120,7	112,6	111,3	182,6	85,1
1998										
Januar	106,2	111,4	104,0	108,0	111,5	110,4	125,2	126,2	126,0	101,2
Februar	106,1	112,2	10,6	112,8	132,0	104,5	129,0	129,6	130,8	104,2
März	119,6	124,3	117,0	117,4	121,7	128,1	151,5	154,6	167,1	116,0
April	107,8	113,9	96,6	105,1	113,9	107,5	141,7	147,0	118,1	102,2
Mai	100,4	107,3	92,6	108,8	113,2	103,8	129,0	128,4	131,1	94,1
Juni	105,8	111,9	100,6	117,5	139,3	118,1	131,4	129,1	102,9	98,8
Juli	110,2	116,4	103,1	111,0	125,5	124,6	141,1	143,3	135,2	96,4
August	92,9	95,5	89,6	106,6	123,9	94,4	111,4	109,9	74,8	87,6
September	119,5	125,3	124,5	134,3	148,9	115,2	141,5	140,8	215,3	107,3
Oktober	105,4	107,2	99,2	113,8	129,9	111,5	146,0	147,4	144,9	111,9
November	109,1	110,9	106,7	132,9	140,4	111,2	142,5	146,6	79,5	110,1
Dezember	103,5	105,9	109,9	133,1	170,8	112,8	133,0	130,9	107,3	86,3
1999										
Januar	98,4	101,6	101,4	113,5	120,8	106,8	130,7	131,9	58,4	98,2
Februar	103,8	101,2	112,8	120,8	162,3	105,6	138,2	140,7	104,2	100,5
März	125,8	137,7	121,6	142,7	179,1	125,9	163,2	165,4	94,3	114,2
April	103,0	104,1	99,2	129,7	158,0	107,3	147,7	148,5	114,2	99,8

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr

Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>

Früheres Bundesgebiet

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)	
		Vor- leistungs-	Investi- tions-	Ge- brauchs-	Ver- brauchs-					
		güterproduzenten								
1996	99,9	97,7	102,5	103,1	97,9	96,6	97,5	102,1	93,6	
1997	106,7	106,0	109,7	105,9	97,8	95,9	97,4	107,9	94,6	
1998	110,4	107,4	116,6	112,2	97,2	95,5	99,6	104,2	94,2	
1997	November	107,6	109,6	109,9	107,0	85,0	96,6	55,0	103,9	97,3
	Dezember	103,5	100,1	114,7	95,9	83,3	78,7	48,0	66,3	84,1
1998	Januar	109,3	108,7	114,0	108,0	91,6	95,1	81,0	82,9	85,9
	Februar	110,4	107,9	113,3	110,1	113,6	104,7	178,4	120,4	88,9
	März	125,3	120,3	131,1	128,8	124,3	115,1	161,5	149,8	109,0
	April	112,4	110,9	117,4	117,8	90,7	98,7	72,7	116,7	98,2
	Mai	105,8	104,8	111,8	108,1	79,9	91,3	49,7	85,9	93,1
	Juni	112,5	111,1	120,2	108,1	91,0	90,9	58,9	72,6	96,5
	Juli	113,7	109,7	122,8	113,1	96,7	92,1	100,6	93,5	96,2
	August	96,5	95,0	98,3	90,6	107,2	78,8	165,9	126,9	84,6
	September	118,1	110,5	129,1	118,0	114,8	104,0	145,2	141,0	101,2
	Oktober	110,6	108,0	114,6	120,2	94,0	101,3	73,7	112,8	101,9
	November	108,0	105,6	112,8	119,7	83,5	96,2	57,4	78,8	95,7
	Dezember	102,0	96,2	113,9	104,2	79,2	77,3	49,9	69,1	78,9
1999	Januar	99,7	98,7	101,3	107,2	87,9	82,9	77,7	83,1	82,4
	Februar	105,3	99,3	110,6	112,6	108,7	91,5	166,3	107,4	82,3
	März	122,1	118,3	124,1	132,6	121,5	105,9	153,4	166,7	100,5
	April	109,3	106,5	115,3	114,3	91,7	90,3	70,1	101,5	94,8

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung		
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) <sup>4)</sup>	
1996	96,5	100,1	97,4	95,6	97,2	96,4	93,0	94,7	93,6	
1997	100,2	96,9	105,2	107,0	101,7	100,3	91,8	109,7	104,2	
1998	97,5	100,6	102,5	101,1	104,8	104,3	90,6	104,1	100,0	
1997	November	104,5	108,8	99,4	101,8	104,7	102,2	91,0	115,8	114,7
	Dezember	92,5	105,1	100,4	102,2	87,9	86,9	73,6	103,5	100,4
1998	Januar	102,2	94,6	109,3	113,5	99,8	98,7	84,6	119,0	118,2
	Februar	98,9	92,8	105,3	108,4	102,4	101,7	83,0	114,5	111,6
	März	105,6	104,7	117,4	117,1	114,4	113,2	97,2	122,1	122,8
	April	100,3	96,8	105,7	106,1	107,0	106,4	96,5	110,1	108,9
	Mai	94,8	94,7	101,2	101,8	104,0	104,0	91,8	103,2	100,0
	Juni	99,5	98,0	109,1	105,7	108,7	108,3	96,8	115,8	101,8
	Juli	100,9	98,0	104,9	102,2	112,4	112,6	97,7	103,3	99,0
	August	90,3	92,0	91,9	90,2	95,0	95,3	82,0	87,3	84,5
	September	95,6	105,6	101,9	95,8	109,6	108,7	97,0	97,2	88,8
	Oktober	96,5	108,4	100,2	95,7	110,3	109,8	99,4	97,0	90,9
	November	96,5	112,2	92,8	87,8	105,7	104,8	89,9	97,6	92,7
	Dezember	88,7	109,1	90,5	88,8	88,6	87,8	70,7	81,5	80,8
1999	Januar	92,0	94,2	95,8	91,6	95,6	95,4	80,1	91,9	79,4
	Februar	95,4	95,5	95,9	92,5	96,1	94,2	74,6	90,7	84,9
	März	109,6	110,6	110,3	103,7	112,6	111,3	97,2	107,4	104,7
	April	97,6	100,8	103,0	98,7	105,4	104,9	91,1	94,4	85,2

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes) – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)\* – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

**Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>**  
**Früheres Bundesgebiet**  
**1995 = 100**

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Ver- wendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	96,5	93,1	98,2	94,6	100,5	93,1	103,6	107,8
1997	99,1	90,3	106,8	105,4	105,2	101,3	118,6	109,2
1998	104,9	92,1	110,2	108,2	114,4	115,8	124,5	104,7
1997	November	103,5	88,7	111,5	113,1	105,4	116,1	121,8
	Dezember	87,9	77,9	110,0	102,9	107,0	115,6	127,1
1998	Januar	97,5	84,3	111,9	116,5	120,0	109,4	117,9
	Februar	101,2	76,8	106,7	103,5	105,7	109,4	122,9
	März	112,7	96,1	125,9	121,2	126,3	122,6	138,3
	April	105,1	94,4	113,0	102,2	120,8	114,2	124,6
	Mai	100,8	94,9	104,6	102,1	110,8	118,7	113,1
	Juni	110,5	99,4	121,7	130,5	109,0	123,7	126,1
	Juli	109,0	101,2	111,8	106,9	111,2	122,0	140,8
	August	104,4	92,1	94,3	103,2	95,2	107,2	102,5
	September	109,3	94,5	110,5	107,6	123,5	116,5	118,8
	Oktober	110,0	96,2	103,1	93,6	107,6	115,0	121,3
	November	107,7	95,2	105,4	107,9	104,2	116,2	121,2
	Dezember	90,5	80,1	113,1	103,3	138,0	115,0	147,0
1999	Januar	96,1	79,5	97,3	96,6	93,7	108,0	114,1
	Februar	95,6	84,3	97,8	107,6	95,5	88,4	112,5
	März	110,6	100,7	113,7	112,0	119,1	117,6	134,3
	April	102,2	98,1	103,1	104,0	101,2	118,1	121,7

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.a.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraft- wagen und Kraft- wagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	98,9	99,6	100,7	106,4	136,4	106,5	109,4	111,7	91,9	99,7
1997	105,5	109,7	103,7	107,1	122,4	108,5	120,7	122,5	112,0	97,3
1998	106,7	113,9	100,8	113,8	128,8	109,9	133,7	134,5	143,0	100,3
1997	November	114,6	121,4	106,7	108,0	130,8	115,1	120,8	118,2	71,1
	Dezember	104,8	114,0	102,0	101,2	99,3	120,2	112,6	111,2	210,9
1998	Januar	106,5	113,6	102,4	103,9	109,5	108,7	125,0	126,0	153,8
	Februar	106,7	114,8	100,2	109,8	129,8	103,2	128,3	128,7	141,0
	März	119,1	124,9	116,9	114,8	120,3	126,5	150,8	153,8	171,4
	April	107,9	116,3	96,4	101,8	111,1	105,7	140,9	146,5	142,4
	Mai	100,2	109,3	89,4	106,1	111,4	101,5	128,1	127,9	149,6
	Juni	104,4	114,2	93,8	114,5	137,3	116,2	129,3	127,0	121,3
	Juli	110,8	119,3	101,4	107,9	123,5	123,1	139,0	140,7	166,4
	August	93,0	97,1	88,5	103,3	121,1	92,2	109,3	107,8	64,6
	September	117,0	128,0	109,8	132,7	148,2	113,9	139,0	138,1	267,7
	Oktober	105,5	109,0	97,8	110,4	128,9	108,8	143,8	145,2	135,6
	November	107,0	113,2	104,2	130,3	138,5	108,9	140,0	144,2	94,8
	Dezember	102,6	107,1	109,1	129,5	165,5	109,8	130,7	128,5	107,9
1999	Januar	98,5	103,4	101,9	110,6	118,9	103,7	128,5	129,9	60,2
	Februar	103,7	101,9	112,8	117,6	160,0	103,1	136,8	139,7	127,8
	Marz	126,4	140,8	121,9	139,6	177,6	123,6	162,0	164,6	104,4
	April	102,7	106,5	98,8	126,0	155,3	103,6	145,8	146,7	138,1

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2 2

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.



Index des Auftragseingangs <sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe <sup>2)</sup>

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Verar- beitendes Gewerbe <sup>3)</sup>	Hauptgruppen				Textil- gewerbe	Bekleidungs- gewerbe	Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne Herstellung von Möbeln)
		Vor- leistungs-  guterproduzenten	Investi- tions-  guterproduzenten	Ge- brauchs-  guterproduzenten	Ver- brauchs-  guterproduzenten				
1996	95,5	103,1	84,2	105,6	104,5	105,3	92,3	89,7	119,3
1997	106,8	119,5	91,2	113,4	110,4	114,0	90,7	95,0	133,8
1998	124,3	133,1	112,3	145,1	113,7	128,3	81,8	106,6	159,8
1997	November	114,2	127,0	97,3	130,7	112,2	126,7	90,6	147,1
	Dezember	105,6	110,5	100,8	104,7	102,1	94,4	64,6	116,5
1998	Januar	107,6	125,2	85,0	125,3	109,3	125,0	82,9	99,2
	Februar	118,5	124,7	109,9	132,3	112,5	128,8	92,4	106,7
	März	141,3	145,9	136,1	151,7	127,0	148,1	87,1	137,3
	April	117,1	134,8	96,3	127,8	112,0	123,7	76,6	105,3
	Mai	117,3	129,3	104,5	122,2	104,8	121,0	64,4	103,9
	Juni	127,5	141,0	110,5	145,4	118,8	125,9	58,1	106,4
	Juli	121,9	137,8	100,5	148,4	114,8	116,9	70,7	108,4
	August	119,4	119,6	118,2	134,0	106,8	98,1	97,1	110,0
	September	129,1	148,7	102,0	165,2	123,1	151,0	102,3	121,7
	Oktober	142,2	137,9	144,7	174,7	112,7	139,8	86,2	88,4
	November	126,0	134,1	111,1	167,8	114,1	146,7	97,1	86,4
	Dezember	124,0	118,3	128,2	146,3	108,4	114,2	66,3	104,9
1999	Januar	118,9	126,5	107,0	152,8	98,6	125,1	62,6	81,6
	Februar	113,3	126,8	93,2	141,3	116,6	132,6	82,0	80,3
	März	135,8	147,1	120,0	156,4	133,2	157,2	105,0	104,9
	April	120,9	134,4	102,1	153,5	105,2	133,4	62,2	81,4

Jahr Monat	Papier- gewerbe	Druck- gewerbe, Vervielfältigung von bespielten Tonträgern	Chemische Industrie		Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren		Glas- gewerbe, Keramik, Verar- beitung von Steinen und Erden	Metallerzeugung und -bearbeitung	
			zusammen	darunter Herstellung von chemischen Grund- stoffen	zusammen	darunter Herstellung von Kunst- stoff- waren		zusammen	darunter Erzeugung von Roheisen, Stahl und Ferro- legierungen (EGKS) <sup>4)</sup>
1996	105,7	100,2	99,3	88,4	106,9	108,2	105,9	101,5	98,4
1997	113,5	117,3	113,9	105,8	119,6	120,5	121,0	116,7	108,9
1998	127,2	131,7	113,3	104,8	128,1	126,8	131,0	121,5	103,8
1997	November	123,0	133,8	115,7	108,6	123,0	123,4	131,5	133,3
	Dezember	108,7	114,8	125,1	120,0	98,9	97,5	93,4	98,7
1998	Januar	128,8	127,5	115,5	109,9	106,7	103,9	103,1	124,7
	Februar	123,1	111,8	120,0	123,2	111,8	109,1	106,1	126,0
	März	141,5	137,8	132,7	129,3	133,5	130,7	138,7	134,1
	April	134,8	127,1	123,4	123,5	128,5	127,1	134,0	133,3
	Mai	116,3	118,8	110,5	98,6	128,2	130,4	130,6	120,8
	Juni	132,0	126,5	118,0	106,3	138,4	139,0	147,8	125,3
	Juli	138,4	129,9	112,8	100,1	144,4	144,7	154,3	126,6
	August	113,5	133,0	92,1	79,2	121,7	121,5	132,6	102,5
	September	121,6	145,3	109,4	96,6	152,8	150,0	148,1	124,3
	Oktober	125,2	143,6	106,5	90,2	143,9	143,2	147,0	122,2
	November	123,1	149,8	106,1	92,0	126,6	126,0	130,9	118,2
	Dezember	127,6	129,2	113,1	108,8	100,2	96,3	98,9	100,0
1999	Januar	122,6	121,5	113,1	113,9	109,2	101,9	113,1	117,0
	Februar	112,7	125,7	121,2	117,0	114,6	110,4	103,5	108,0
	März	139,9	155,2	131,9	131,5	136,6	134,0	140,0	131,0
	April	125,3	143,0	110,4	99,0	137,1	135,5	139,8	116,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). – 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ – Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr. – 3) Ausgewählte Wirtschaftszweige (ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung). – 4) Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

Index des Auftragseingangs<sup>1)</sup> für das Verarbeitende Gewerbe<sup>2)</sup>

Neue Länder und Berlin-Ost

1995 = 100

Jahr Monat	Herstellung von Metallerzeugnissen		Maschinenbau					Herstellung von Büro- maschinen, Daten- verarbeitungs- geräten und -ein- richtungen
	zusammen	darunter Stahl- und Leicht- metallbau	zusammen	darunter				
				Herstellung von Maschinen für die Erzeugung und Nutzung von mechanischer Energie (ohne Motoren für Luft- und Straßen- fahrzeuge)	Herstellung von Maschinen für un- spezifische Verwendung a.n.g.	Herstellung von Werkzeug- maschinen	Herstellung von Maschinen für bestimmte Wirtschafts- zweige a.n.g.	
1996	101,9	106,0	91,3	98,1	97,9	80,3	104,8	156,6
1997	109,3	104,5	101,1	103,3	113,0	103,3	119,5	245,9
1998	124,0	122,2	105,0	108,7	138,5	107,7	142,3	364,6
1997 November	115,6	116,5	101,3	102,6	146,0	130,6	136,5	436,0
1997 Dezember	94,8	88,8	99,1	104,3	122,4	113,1	113,5	321,7
1998 Januar	105,6	88,4	98,9	101,7	134,5	97,0	126,0	323,7
1998 Februar	120,5	112,9	103,2	102,2	111,0	108,3	160,7	269,9
1998 März	131,5	121,9	116,1	108,7	220,5	112,4	146,8	373,5
1998 April	123,1	118,9	104,2	109,7	151,7	108,0	145,9	225,2
1998 Mai	120,8	120,0	100,5	108,5	138,9	108,4	131,0	451,3
1998 Juni	152,5	159,5	109,3	127,7	90,8	160,2	122,2	279,3
1998 Juli	129,3	128,5	107,7	112,0	133,6	103,5	170,7	236,1
1998 August	125,9	137,8	105,0	100,2	122,6	84,8	191,0	223,4
1998 September	124,8	123,3	106,1	112,4	101,6	98,5	135,2	447,9
1998 Oktober	121,8	114,5	102,9	101,9	171,2	85,7	137,0	593,0
1998 November	122,0	127,6	102,9	124,5	147,8	102,9	113,4	555,8
1998 Dezember	109,8	112,8	103,7	94,3	137,4	122,4	128,2	396,2
1999 Januar	118,4	107,7	99,2	113,0	175,6	86,5	120,6	438,8
1999 Februar	112,9	104,0	95,9	105,6	99,0	102,4	128,7	417,7
1999 März	137,9	145,6	114,9	112,6	113,8	119,0	170,0	537,2
1999 April	122,0	127,1	100,5	110,7	152,0	104,0	130,1	251,4

Jahr Monat	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.			Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik		Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungs- technik, Optik	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen		Sonstiger Fahrzeugbau	Herstellung von Möbeln
	zusammen	darunter		zusammen	darunter Herstellung von nach- richten- technischen Geräten und Ein- richtungen		zusammen	darunter Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagen- motoren		
		Herstellung von Elektri- zitäts- verteilungs- und -schalt- ein- richtungen	Herstellung von elektrischen Aus- rüstungen a.n.g.							
1996	94,7	93,7	101,6	121,4	157,6	124,8	101,0	99,5	45,2	107,6
1997	98,6	70,7	124,9	173,1	157,6	135,7	115,9	117,1	48,2	105,8
1998	114,3	82,1	150,6	209,2	203,3	159,5	183,6	188,3	71,8	116,0
1997 November	96,9	69,8	106,1	164,1	158,5	139,3	137,6	143,4	45,5	119,5
1997 Dezember	98,2	68,5	119,1	219,3	294,3	133,0	114,1	113,9	79,4	91,0
1998 Januar	100,8	79,2	129,7	228,9	177,0	152,8	132,9	133,5	24,3	109,7
1998 Februar	96,1	74,0	108,8	204,2	205,8	136,3	151,4	158,0	93,5	116,4
1998 März	126,0	116,7	117,1	197,1	168,4	167,9	176,4	181,5	151,3	124,9
1998 April	105,3	79,5	100,3	207,0	208,2	151,6	166,0	162,6	29,5	105,4
1998 Mai	103,6	78,8	143,7	191,9	174,8	157,9	154,2	142,7	63,7	100,5
1998 Juni	126,8	77,4	212,2	209,1	204,9	164,8	196,5	197,4	35,4	111,8
1998 Juli	101,6	74,4	129,1	202,1	189,8	161,9	207,3	229,4	21,4	105,2
1998 August	92,5	71,9	108,5	207,7	216,9	146,6	173,2	177,9	111,7	101,6
1998 September	157,5	86,3	363,0	184,4	173,2	147,5	216,1	227,2	24,2	124,7
1998 Oktober	103,5	80,7	122,4	219,3	165,2	175,0	211,3	217,8	178,9	141,6
1998 November	140,9	78,0	148,7	213,9	205,9	165,2	217,0	223,6	23,3	139,5
1998 Dezember	117,2	88,5	123,4	245,0	349,9	186,3	200,9	207,8	104,5	110,3
1999 Januar	96,8	74,8	93,8	204,6	186,1	181,0	195,1	197,1	52,2	123,6
1999 Februar	106,5	90,7	112,2	218,9	241,0	165,0	180,0	173,8	18,2	125,2
1999 März	116,8	92,0	116,1	239,7	228,6	181,2	195,7	188,8	57,4	138,2
1999 April	106,8	68,5	105,4	243,3	248,4	195,2	202,7	205,2	27,1	123,3

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.2.

1) Auftragseingang in jeweiligen Preisen (Wertindizes). - 2) Darstellung nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93)“ - Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 Beschäftigten und mehr.



**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe  
Deutschland  
1995 = 100**

Jahr Monat	Produzierendes Gewerbe		Bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden und Verarbeitendes Gewerbe			Energieversorgung	Hauptgruppen				Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau														
	(einschl. Bauleistungen)	(ohne Bauleistungen)	zusammen	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Verarbeitendes Gewerbe		Vorleistungs-	Investitions-	Gebräuchs-	Verbrauchs-	zusammen	Hochbau-	Tiefbau-												
													Originalwert												
1996	99,8	100,6	100,3	94,3	100,4	105,6	99,5	101,0	101,1	100,6	93,4	94,0	92,2												
1997	102,4	104,1	104,1	91,1	104,4	104,6	104,9	105,2	101,7	100,8	89,7	89,9	89,2												
1998	106,4	109,0	109,3	85,2	110,0	104,8	109,5	113,9	108,9	101,0	87,3	87,6	86,6												
1997	Dezember	100,0	104,1	103,0	84,1	103,6	117,1	97,6	119,3	90,9	96,8	69,1	68,8	69,8											
1998	Januar	94,6	99,3	97,7	80,9	98,1	119,4	101,9	91,2	95,3	98,1	60,2	63,0	54,5											
	Februar	97,8	102,6	102,4	78,5	103,0	106,2	104,0	102,6	108,2	94,2	61,2	63,7	56,4											
	März	114,6	118,2	118,6	87,0	119,4	113,8	118,2	125,0	123,3	105,3	87,8	89,0	85,5											
	April	106,7	108,6	109,0	81,4	109,8	102,9	110,8	110,9	109,6	100,5	92,6	92,4	92,7											
	Mai	103,0	104,6	105,4	81,6	106,0	95,0	107,6	106,9	103,8	96,9	91,1	91,1	90,9											
	Juni	109,6	110,9	112,6	84,3	113,4	90,7	113,0	119,5	110,1	100,4	98,9	98,7	99,1											
	Juli	110,9	111,8	113,1	88,8	113,7	95,7	114,1	118,8	107,6	103,3	104,1	104,0	104,2											
	August	95,1	96,0	96,1	81,6	96,5	94,7	100,3	95,9	78,8	93,7	87,7	87,1	88,5											
	September	114,2	115,6	116,9	91,2	117,6	98,3	116,3	123,2	122,4	105,5	104,7	103,5	107,0											
	Oktober	115,4	117,1	118,0	96,5	118,5	107,4	117,9	120,7	127,1	108,7	102,5	101,6	104,3											
	November	113,3	115,9	116,0	92,7	116,7	115,3	113,8	122,5	123,0	107,9	92,3	91,5	93,7											
	Dezember	101,9	106,9	106,0	78,2	106,8	117,8	96,5	129,0	97,3	97,8	64,3	65,4	62,2											
1999	Januar	92,4	96,7	95,0	78,7	95,5	117,0	98,7	90,0	94,9	93,3	60,9	63,4	56,3											
	Februar	95,5	101,0	100,2	74,7	100,9	109,8	100,7	99,9	108,6	94,1	55,3	57,5	51,1											
	März	114,5	118,1	118,5	91,8	119,3	111,9	118,7	120,3	122,8	108,6	87,6	87,0	88,9											
	April	104,9	106,8	107,1	86,1	107,7	102,0	108,8	109,0	109,3	98,0	91,3	89,3	94,9											
													arbeitstäglich bereinigter Wert												
1996	99,8	100,6	100,2	94,3	100,4	105,5	99,5	101,0	101,1	100,6	93,5	94,0	92,3												
1997	102,5	104,1	104,1	91,1	104,4	104,7	105,0	105,2	101,9	100,9	89,6	89,9	89,1												
1998	106,0	108,5	108,9	84,8	109,5	104,9	109,1	113,2	108,3	100,6	86,8	87,2	86,2												
1997	Dezember	100,8	104,8	103,7	84,7	104,3	117,6	98,1	120,2	91,8	97,4	70,0	69,7	70,6											
1998	Januar	95,3	99,9	98,4	81,3	98,9	119,6	102,5	92,0	96,2	98,7	60,7	63,8	55,3											
	Februar	98,1	102,9	102,6	78,7	103,3	106,5	104,2	102,9	108,5	94,4	61,3	63,9	56,7											
	März	114,1	117,6	117,9	86,6	118,9	114,0	117,7	124,4	122,4	104,9	86,9	88,1	84,8											
	April	106,0	107,9	108,4	81,0	109,1	102,8	110,2	110,1	108,7	100,0	91,5	91,4	91,6											
	Mai	104,0	105,5	106,4	82,3	107,0	95,3	108,5	108,0	105,4	97,9	92,6	92,6	92,4											
	Juni	110,0	111,4	113,1	84,5	113,9	90,7	113,4	120,0	110,8	100,9	99,4	99,3	99,6											
	Juli	108,7	109,7	110,9	87,1	111,5	95,5	112,1	116,1	104,8	101,2	100,7	100,7	100,9											
	August	96,8	97,6	97,8	82,6	98,2	95,0	101,7	97,8	81,1	95,2	90,8	90,3	91,8											
	September	113,3	114,6	115,8	90,4	116,6	98,1	115,3	121,9	121,1	104,3	103,3	102,1	105,6											
	Oktober	113,5	115,2	115,9	94,7	116,4	107,6	116,1	118,1	124,1	106,8	100,1	99,2	101,8											
	November	112,1	114,7	114,7	91,3	115,4	115,7	112,8	120,7	121,1	106,6	91,5	90,8	92,9											
	Dezember	100,3	105,2	104,3	76,9	105,0	117,7	95,2	126,5	95,0	96,2	63,0	64,1	61,0											
1999	Januar	95,5	99,8	98,4	81,2	98,8	116,9	101,5	93,8	99,6	96,6	63,4	65,9	58,6											
	Februar	96,0	101,5	100,7	74,5	101,4	110,3	101,2	100,4	109,3	94,5	55,5	57,7	51,4											
	März	111,6	115,1	115,3	89,0	116,0	112,3	116,0	116,5	118,3	105,7	85,0	84,3	86,2											
	April	104,6	106,4	106,8	85,8	107,3	102,0	108,5	108,6	108,8	97,7	90,9	89,0	94,5											

Siehe auch Fachserie 4, Reihe 2.1

**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe**  
**Deutschland**  
**1995 = 100**

Jahr Monat	Kohlenbergbau, Torfgewinnung, Gewinnung von Erdöl und Erdgas (ohne Bergbau auf Uran- und Thoriumerze)			Erz- bergbau, Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung			Textil- und Bekleidungsindustrie			Leder- gewerbe	Holz- gewerbe (ohne H.v. Möbeln)
	zu- sammen	Kohlen- bergbau, Torf- ge- winnung	Gewin- nung von Erdöl und Erdgas		zu- sammen	Ernäh- rungs- gewerbe	Tabak- verar- beitung	zu- sammen	Textil- gewerbe	Beklei- dungs- gewerbe		

**Originalwert**

1996	93,8	93,2	101,0	95,9	101,4	101,6	96,9	93,4	94,3	92,0	91,1	96,6
1997	90,0	89,6	94,7	94,4	102,4	102,8	94,5	90,6	93,7	85,6	89,3	98,7
1998	82,4	81,3	96,2	93,3	102,2	102,3	99,7	89,7	94,6	81,8	87,9	101,6
1997 Dezember	87,9	85,5	117,1	73,5	102,1	102,6	89,8	76,4	78,4	73,5	76,5	93,4
1998 Januar	88,7	86,6	113,8	58,0	97,3	97,8	86,8	93,6	94,7	91,8	87,4	86,9
Februar	84,5	83,3	101,1	60,9	92,7	92,5	94,6	94,5	94,1	95,0	90,2	92,3
März	85,9	84,0	110,3	89,9	102,1	102,1	102,9	99,9	105,2	91,7	100,3	114,0
April	76,3	74,8	95,0	96,0	101,8	101,8	101,4	85,2	98,4	64,2	87,5	99,0
Mai	74,8	74,4	79,2	101,2	100,6	100,8	96,4	81,2	91,6	64,7	81,3	96,7
Juni	76,4	76,1	80,0	106,9	101,5	102,0	92,8	90,8	98,1	79,1	85,6	102,4
Juli	80,6	80,2	85,2	113,0	103,2	103,0	106,2	95,1	94,9	95,5	90,1	104,4
August	76,6	76,5	78,7	95,7	97,3	97,1	100,0	76,5	70,9	85,1	71,4	87,7
September	83,4	84,0	76,5	114,2	102,8	102,5	108,3	99,6	104,2	92,6	98,7	114,2
Oktober	89,9	89,4	98,1	115,3	112,4	112,6	107,9	93,7	105,2	75,5	91,0	114,0
November	90,3	88,8	109,3	99,0	111,2	111,2	109,8	91,3	100,3	77,1	94,1	112,5
Dezember	81,4	77,5	127,0	69,2	103,7	104,3	89,7	74,5	77,7	69,5	77,1	94,9
1999 Januar	84,0	80,8	123,0	63,0	93,3	93,1	98,7	86,9	86,5	87,3	84,5	84,8
Februar	79,3	77,2	104,8	61,3	91,6	90,8	109,9	90,6	89,7	92,2	86,5	86,8
März	90,4	89,7	98,6	95,9	107,4	106,5	127,5	98,9	106,3	87,1	103,6	109,2
April	82,1	80,2	105,6	97,7	101,0	99,8	125,9	78,6	93,0	55,4	85,8	102,4

**arbeitstäglich bereinigter Wert**

1996	93,7	93,1	100,9	95,9	101,4	101,5	96,9	93,3	94,2	91,8	90,9	96,6
1997	90,1	89,7	94,8	94,3	102,5	102,8	94,6	90,7	93,8	85,8	89,5	98,8
1998	82,0	80,9	96,0	92,8	101,8	102,0	99,3	89,2	94,1	81,4	87,3	101,1
1997 Dezember	88,5	85,9	117,4	74,2	102,8	103,4	90,6	77,1	79,1	74,2	77,5	94,3
1998 Januar	89,1	87,1	114,0	58,6	98,0	98,5	87,3	94,4	95,5	92,5	88,3	87,7
Februar	84,7	83,5	101,1	61,1	92,9	92,8	94,8	94,7	94,4	95,1	90,4	92,5
März	85,6	83,6	110,0	89,5	101,7	101,6	102,5	99,3	104,4	91,2	99,3	113,3
April	76,0	74,5	95,0	95,4	101,2	101,2	100,9	84,4	97,7	63,8	86,6	98,3
Mai	75,3	75,1	79,4	102,5	101,5	101,7	97,4	82,3	92,7	65,5	82,6	97,9
Juni	76,6	76,4	80,2	107,5	101,9	102,3	93,3	91,2	98,6	79,6	86,1	102,9
Juli	79,2	78,7	84,7	110,3	101,3	101,1	104,1	93,0	92,6	93,4	87,4	101,9
August	77,6	77,4	79,1	97,8	98,9	98,8	101,5	78,3	72,6	86,8	73,6	89,8
September	82,6	83,1	76,2	112,9	101,9	101,7	107,2	98,6	103,2	91,6	97,3	112,9
Oktober	88,4	87,9	97,6	112,7	110,6	110,8	105,9	91,6	102,8	73,8	88,5	111,4
November	89,2	87,5	108,9	97,7	110,1	110,2	108,4	90,0	98,9	75,9	92,3	111,1
Dezember	80,0	76,1	126,3	67,8	102,1	102,8	88,2	73,1	76,0	68,0	75,0	93,1
1999 Januar	86,5	83,4	124,4	65,9	96,3	95,9	102,5	90,7	90,5	91,0	89,3	88,3
Februar	78,9	76,7	105,0	61,6	92,0	91,1	110,5	91,1	90,2	92,7	87,2	87,3
März	87,8	86,9	97,6	92,7	104,8	103,9	123,9	95,6	102,7	84,4	99,4	105,8
April	81,8	79,9	105,4	97,3	100,7	99,6	125,4	78,2	92,7	55,1	85,4	101,9



**Produktionsindex für das Produzierende Gewerbe  
Deutschland  
1995 = 100**

Jahr Monat	Ma- schinen- bau	H. v. Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik					Fahrzeugbau					H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- waren, sonstigen Erzeugnissen, Recycling	
		zu- sam- men	H. v Büro- ma- schin- en, Daten- ver- arbei- tungs- geräten und -einrich- tungen	H. v. Geräten der Elektri- zitäts- erzeu- gung, -vertei- lung u ä	Rund- funk-, Fern- seh- und Nach- rich- ten- tech- nik	Medizin-, Mess-, Steuer- und Rege- lungs- tech- nik, Optik	zu- sam- men	H. v. Kraft- wagen und Kraft- wagen- teilen	Sonstiger Fahrzeugbau			zu- sam- men	Recycling
									zu- sam- men	Schiff- bau	Luft- und Raum- fahr- zeugbau		
<b>Originalwert</b>													
1996	100,6	102,2	111,9	100,4	103,1	102,6	102,0	103,2	92,8	90,8	94,2	97,4	104,1
1997	104,7	108,1	130,4	106,0	107,6	105,5	108,2	110,9	88,3	80,1	93,8	96,2	140,5
1998	110,0	117,1	164,0	112,8	113,6	113,2	123,8	128,3	91,1	85,6	98,9	99,4	147,2
1997 Dez.	128,6	108,9	148,0	102,4	101,7	115,2	99,9	102,2	82,0	64,4	90,9	92,3	137,5
1998 Jan.	86,1	101,6	131,8	101,0	92,7	97,9	105,5	108,8	81,9	76,3	92,1	86,8	140,1
Febr.	98,8	108,7	137,7	106,6	108,4	103,9	119,5	123,4	90,8	85,4	96,3	94,8	149,2
März	120,8	127,5	172,8	123,3	121,3	125,9	135,4	140,4	98,8	88,4	104,4	115,6	162,7
April	106,3	114,8	150,8	113,1	109,2	110,2	125,1	129,8	91,9	83,0	99,9	100,8	149,3
Mai	102,4	109,0	149,9	105,5	104,8	106,0	119,7	124,2	86,9	78,7	94,1	92,3	138,8
Juni	120,9	117,7	148,6	114,0	114,9	117,4	126,9	131,9	90,8	84,9	96,9	97,9	148,5
Juli	115,5	122,7	164,4	120,0	115,4	119,3	127,6	132,8	90,1	80,4	101,9	91,1	156,7
Aug.	91,2	102,5	139,5	100,7	97,6	97,4	95,5	97,5	80,3	66,3	89,1	78,6	144,1
Sept.	117,7	130,0	185,7	123,8	130,2	125,1	131,5	137,0	92,1	88,5	101,7	114,3	152,0
Okt.	111,1	126,9	192,0	120,9	124,9	119,7	143,6	149,8	99,4	107,5	106,7	113,1	153,0
Nov.	116,8	125,1	191,3	119,2	125,8	115,9	140,4	145,7	101,3	106,8	106,7	114,3	142,4
Dez.	132,5	118,2	203,7	105,1	118,3	119,4	114,5	118,1	88,3	81,0	97,3	93,2	129,1
1999 Jan.	82,9	103,0	153,3	100,0	98,8	95,8	106,7	109,3	86,9	77,4	94,7	83,0	104,5
Febr.	93,7	107,1	115,0	106,9	108,3	104,4	124,8	129,8	88,2	78,9	96,4	91,0	110,9
März	116,5	126,8	139,5	124,9	126,6	127,2	141,9	147,3	102,1	91,4	112,1	109,2	123,8
April	101,1	110,5	110,1	109,7	116,3	108,7	131,6	136,5	95,8	81,5	107,2	93,5	126,3
<b>arbeitstäglich bereinigter Wert</b>													
1996	100,6	102,2	111,8	100,4	103,0	102,5	101,9	103,1	92,8	90,7	94,2	97,3	104,2
1997	104,7	108,2	130,5	106,2	107,7	105,6	108,3	111,0	88,4	80,3	93,8	96,3	140,6
1998	109,5	116,5	162,9	112,2	113,0	112,7	123,1	127,4	90,7	85,1	98,5	98,8	146,6
1997 Dez.	129,5	109,8	149,1	103,4	102,7	116,0	101,0	103,4	82,6	64,8	91,5	93,2	138,5
1998 Jan.	86,7	102,3	132,7	101,8	93,6	98,7	106,8	110,1	82,5	76,8	92,7	87,5	140,9
Febr.	99,0	108,9	138,1	106,8	108,9	104,1	120,1	124,0	91,0	85,6	96,5	95,0	149,6
März	120,2	126,8	172,2	122,5	120,5	125,1	134,4	139,2	98,3	88,0	104,0	115,0	162,2
April	105,6	114,1	150,3	112,4	108,4	109,5	123,9	128,3	91,5	82,6	99,5	100,2	148,7
Mai	103,4	110,2	151,5	106,6	106,1	107,0	121,6	126,1	87,8	79,7	95,0	93,5	140,0
Juni	121,5	118,3	149,4	114,5	115,6	117,9	127,8	132,8	91,2	85,2	97,4	98,4	149,0
Juli	113,1	120,0	161,2	117,5	112,4	116,9	123,6	128,5	88,4	78,8	100,0	89,1	153,8
Aug.	92,8	104,5	141,2	102,6	100,1	99,4	98,6	100,8	81,7	67,4	90,5	80,3	146,1
Sept.	116,7	128,7	184,0	122,6	128,7	124,1	129,9	135,1	91,3	87,7	100,8	113,0	150,7
Okt.	109,1	124,4	187,5	118,8	122,1	117,6	140,1	145,9	97,4	105,2	104,9	110,4	150,2
Nov.	115,3	123,3	187,5	117,7	124,1	114,6	138,0	143,1	100,1	105,3	105,3	112,5	141,1
Dez.	130,2	115,9	198,7	103,0	115,9	117,4	111,8	115,0	86,8	79,4	95,6	91,2	127,2
1999 Jan.	86,0	107,2	161,6	103,8	103,3	99,1	112,3	115,3	90,2	80,3	98,3	87,0	107,9
Febr.	94,2	107,8	115,8	107,5	109,0	104,9	125,7	130,7	88,6	79,3	96,9	91,6	111,3
März	113,2	123,0	134,0	121,1	122,3	123,8	136,3	141,3	99,1	88,8	108,8	105,1	120,7
April	100,7	110,1	109,6	109,4	115,8	108,4	131,0	135,9	95,5	81,2	106,8	93,1	125,9

# Finanzen und Steuern

## Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte Deutschland Mill. DM

Jahr Vierteljahr	Ausgaben der öffentlichen Haushalte <sup>1)</sup>											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt <sup>3)</sup>
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen <sup>2)</sup>	Fonds „Deutsche Einheit“	Erb- lasten- tilgungs- fonds	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1996 . . . . .	493 674	801	15 044	6 796	20 215	26 184	39 531	796 052	502 436	333 727	13 095	1 882 576
1997 <sup>a)</sup> . . . . .	481 008	720	13 739	6 193	18 237	26 169	41 560	806 828	496 554	322 791	12 952	1 878 356
1997 <sup>b)</sup> . . . . .	481 008	720	13 739	6 193	18 237	26 169	41 560	806 828	472 379	279 861	10 664	1 812 260
1998 <sup>b)</sup> . . . . .	512 115	608	19 095	5 810	16 497	24 977	42 211	822 121	476 475	277 495	10 210	1 834 408
1996 3. Vj . . . . .	119 865	199	3 179	1 947	4 253	6 367	7 000	198 589	116 181	70 703	.	445 337
4. Vj . . . . .	132 818	159	4 111	775	7 259	6 832	9 766	203 344	139 164	83 637	.	480 635
1997 1. Vj . . . . .	126 668	213	2 744	3 321	4 431	5 628	14 642	200 338	112 012	64 181	.	454 821
2. Vj . . . . .	116 436	187	3 671	145	4 089	6 090	8 820	202 939	108 481	65 700	.	435 831
3. Vj . . . . .	115 005	178	3 309	1 911	4 543	6 573	10 819	198 931	113 921	68 522	.	444 854
4. Vj . . . . .	122 899	142	4 014	817	5 174	7 878	7 279	204 620	138 579	81 458	.	474 259
1998 1. Vj . . . . .	130 032	193	4 424	2 984	4 194	5 478	16 669	199 463	113 070	63 599	.	462 237
2. Vj . . . . .	136 492	156	5 159	158	2 142	5 302	7 505	206 466	109 372	64 562	.	434 943
3. Vj . . . . .	121 839	147	4 164	1 884	4 489	6 615	9 260	204 310	115 269	67 786	.	451 515
4. Vj . . . . .	123 752	112	5 350	785	5 672	7 583	8 778	211 883	138 765	81 548	.	483 432

Jahr Vierteljahr	Einnahmen der öffentlichen Haushalte <sup>1)</sup>											
	Bund	Sondervermögen des Bundes					EU- Anteile	Sozial- ver- sicherung	Länder	Ge- meinden/ Gv.	Zweck- verbände	ins- gesamt <sup>3)</sup>
		Lasten- aus- gleichs- fonds	ERP- Sonder- vermögen <sup>2)</sup>	Fonds „Deutsche Einheit“	Erb- lasten- tilgungs- fonds	Bundes- eisen- bahn- vermögen						
1996 . . . . .	415 170	752	14 806	9 504	29 762	26 795	39 531	784 732	455 144	325 001	12 900	1 749 119
1997 <sup>a)</sup> . . . . .	417 518	709	14 950	9 504	26 268	26 691	41 560	815 677	457 164	316 213	12 266	1 790 124
1997 <sup>b)</sup> . . . . .	417 518	709	14 950	9 504	26 268	26 691	41 560	815 677	433 468	273 914	10 018	1 725 181
1998 <sup>b)</sup> . . . . .	455 512	618	18 048	6 466	40 724	24 963	42 211	830 206	448 350	282 249	10 047	1 786 185
1996 3. Vj . . . . .	100 598	205	4 215	2 376	5 114	6 233	7 000	195 638	103 372	70 069	.	411 874
4. Vj . . . . .	119 182	210	4 950	2 376	8 741	6 267	9 766	227 843	121 677	81 893	.	475 675
1997 1. Vj . . . . .	86 948	159	2 212	2 376	6 352	5 343	14 642	193 624	102 155	60 354	.	394 806
2. Vj . . . . .	103 281	174	4 487	2 376	8 419	5 828	8 820	198 157	99 444	65 686	.	415 946
3. Vj . . . . .	98 553	186	3 626	2 376	4 584	6 597	10 819	197 620	108 707	66 957	.	421 167
4. Vj . . . . .	128 736	190	4 626	2 376	6 913	8 923	7 279	226 276	123 776	80 916	.	491 411
1998 1. Vj . . . . .	92 805	161	3 125	2 378	4 196	5 224	16 668	193 983	103 107	59 542	.	403 321
2. Vj . . . . .	121 713	147	4 467	1 584	25 881	5 217	7 505	201 744	105 927	67 175	.	438 989
3. Vj . . . . .	101 540	161	4 299	915	5 218	5 702	9 260	204 851	109 772	70 750	.	428 220
4. Vj . . . . .	139 455	149	6 158	1 589	5 430	8 820	8 778	229 629	129 544	84 782	.	513 538

1) Bis 1996 Rechnungsergebnisse. Ab 1997 Ergebnisse der Kassenstatistik, Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen in den Jahresdaten bis 1997 a) enthalten (z. T. geschätzt), in den Vierteljahresdaten nicht. Die Daten der Jahre 1997 b) und 1998 b) sind ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen dargestellt, jedoch einsch. geschätzter Ergebnisse der Zweckverbände. Erläuterungen zu den Ausgabe- und Einnahmedaten siehe Fachseite 14, Reihe 3.1 „Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts“ und Reihe 2 „Vierteljährliche Kassenergebnisse der öffentlichen Haushalte“ – 2) Ab 1. Vj 1995 einsch. Entschädigungsfonds. Ab 1. Vj 1996 einsch. Ausgleichsfonds „Steinkohle“. – 3) Bereinigt um Zahlungen von gleicher Ebene



**Nettokreditaufnahme, Schulden und Gemeindesteuern  
Deutschland  
Mill. DM**

Jahr Vierteljahr	Nettokreditaufnahme <sup>1)</sup>								insgesamt <sup>3)</sup>
	Bund	Sondervermögen des Bundes			Länder	Gemeinden/ Gv	Zweck- verbände		
		ERP- Sonder- vermögen <sup>2)</sup>	Fonds „Deutsche Einheit“	Erblasten- tilgungsfonds					
1996	+ 78 277	+ 866	- 2 708	- 10 919	+ 39 449	+ 6 761	+ 364	+ 111 199	
1997 a)	+ 63 705	- 362	- 3 310	- 6 659	+ 36 463	+ 4 989	+ 883	+ 95 186	
1997 b)	+ 63 705	- 362	- 3 310	- 6 659	+ 36 463	+ 4 752	+ 905	+ 94 971	
1998 b)	+ 56 430	+ 1 241	- 656	- 24 227	+ 23 392	+ 1 511	+ 41	+ 57 730	
1996 1. Vj	+ 11 195	- 66	- 9 190	- 4 890	- 2 638	+ 1 154	.	- 4 875	
2. Vj	+ 9 894	- 552	+ 6 201	- 7 013	+ 3 188	+ 598	.	+ 11 426	
3. Vj	+ 25 775	- 133	+ 450	+ 1 553	+ 12 019	+ 1 046	.	+ 40 886	
4. Vj	+ 31 413	+ 1 082	- 168	- 570	+ 23 078	+ 3 218	.	+ 59 149	
1997 1. Vj	+ 14 367	- 319	- 807	- 4 874	+ 4 066	+ 1 348	.	+ 13 883	
2. Vj	+ 36 122	- 114	- 866	- 11 337	+ 8 400	+ 194	.	+ 32 895	
3. Vj	- 10 278	- 101	- 562	- 2 564	+ 6 639	+ 1 119	.	- 5 857	
4. Vj	+ 23 494	+ 172	- 1 075	+ 12 115	+ 17 389	+ 2 091	.	+ 53 176	
1998 1. Vj	+ 13 693	+ 1 083	- 111	- 10 520	+ 3 719	+ 743	.	+ 10 096	
2. Vj	+ 12 734	+ 20	- 267	- 14 416	+ 4 788	- 366	.	+ 74	
3. Vj	+ 17 870	+ 162	+ 163	- 9 833	+ 4 040	+ 314	.	+ 14 497	
4. Vj	+ 12 133	- 23	- 441	+ 10 544	+ 10 847	+ 819	.	+ 33 022	

Jahr Vierteljahr	Schulden der öffentlichen Haushalte <sup>4) 5)</sup>								insgesamt	
	Bund	Sondervermögen des Bundes				Länder	Gemeinden/ Gv	Zweck- verbände		
		ERP- Sonder- vermögen <sup>6)</sup>	Fonds „Deutsche Einheit“	Kredit- abwicklungs- fonds <sup>3)</sup>	Bundes- eisenbahn- vermögen					
1996	833 232	37 161	83 547	323 528	77 783	547 367	169 166	21 767	2 093 552	
1997	899 067	36 844	79 663	322 032	77 252	586 248	169 822	20 374	2 191 302	
1997 1. Vj	854 341	37 347	82 739	321 167	77 973	554 713	165 855	.	2 094 135	
2. Vj	886 187	36 719	81 870	321 740	78 060	563 424	165 965	.	2 133 965	
3. Vj	884 129	36 618	81 333	320 773	78 076	571 648	166 826	.	2 139 403	
4. Vj	899 068	36 844	79 663	322 032	77 252	586 244	167 775	.	2 168 878	
1998 1. Vj	913 078	37 946	79 530	318 915	77 443	595 329	167 511	.	2 189 752	
2. Vj	934 135	37 979	79 323	303 976	76 389	601 059	166 723	.	2 199 584	
3. Vj	943 833	39 406	79 475	297 370	78 274	604 684	167 091	.	2 210 133	
4. Vj	954 428	38 474	79 270	304 978	77 246	615 625	166 343	.	2 236 364	

Jahr Vierteljahr	Kassenmäßige Einnahmen aus Gemeindesteuern										
	Grundsteuer		Gewerbe- steuer, brutto	Gewerbe- steuer- umlage <sup>7)</sup>	Gewerbe- steuer, netto	Gemeindeanteil an der		Grund- erwerb- steuer <sup>9)</sup>	Sonstige Gemeinde- steuern	ins- gesamt <sup>10)</sup>	darunter Stadt- staaten
	A	B				Ein- kommen- steuer <sup>8)</sup>	Umsatz- steuer				
1996	625,3	14 071,2	45 858,8	- 8 723,5	37 135,3	41 280,9	-	305,3	1 153,0	94 571,0	8 682,7
1997	642,8	14 860,1	48 601,4	- 8 503,7	40 097,6	39 421,6	-	336,7	1 171,9	96 530,8	8 996,3
1998	638,9	15 589,0	50 508,4	- 10 224,2	40 284,2	41 858,7	5 024,4	350,5	1 181,7	104 927,6	9 870,5
1996 2. Vj	158,1	3 887,2	11 372,6	- 2 096,6	9 275,9	10 599,5	-	72,2	314,5	24 307,5	2 208,4
3. Vj	175,8	3 968,4	11 393,8	- 2 165,5	9 228,3	8 971,2	-	73,3	263,2	22 680,3	2 171,2
4. Vj	142,9	3 088,9	12 038,6	- 4 243,5	7 795,1	18 318,5	-	71,5	239,2	29 656,1	2 138,8
1997 1. Vj	157,8	3 268,9	11 638,9	- 2 172,2	11 421,7	2 974,5	-	88,9	339,7	18 251,4	2 104,9
2. Vj	162,8	4 068,6	11 756,2	- 2 107,4	9 648,8	9 884,6	-	60,1	311,8	24 136,7	2 137,2
3. Vj	177,5	4 349,2	11 567,4	- 2 248,7	9 318,7	8 404,2	-	82,3	280,2	22 612,2	2 254,1
4. Vj	144,6	3 173,4	13 638,9	- 3 930,5	9 708,5	18 158,2	-	105,5	240,2	31 530,5	2 500,1
1998 1. Vj	152,3	3 457,0	11 412,5	- 567,8	10 844,7	3 151,5	297,6	66,9	356,8	18 326,9	2 214,3
2. Vj	162,5	4 271,2	13 249,1	- 2 326,5	10 922,7	9 697,8	1 316,3	89,4	302,3	26 762,1	2 511,2
3. Vj	174,2	4 468,7	12 599,1	- 2 550,9	10 048,2	9 068,7	1 319,9	91,3	282,9	25 453,9	2 572,8
4. Vj	149,8	3 392,1	13 247,7	- 4 779,0	8 468,7	19 940,8	2 090,6	102,9	239,8	34 384,2	2 572,2

1) Nettokreditaufnahme = Saldo aus Schuldenaufnahme (+) und Tilgung (-) von Kreditmarktmitteln. Die Finanzen der staatlichen und kommunalen Krankenhäuser sowie Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen sind in den Jahresdaten bis 1997 a) enthalten. Jahresdaten 1997 b) und 1998 b) ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen, jedoch einschl. geschätzter Ergebnisse der Zweckverbände - 2) Ab 1. Vj 1996 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“ - 3) Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, 1. Vj 1996 - 974 Mill. DM, 2. Vj 1996 - 888 Mill. DM, 3. Vj 1996 + 177 Mill. DM, 4. Vj 1996 + 1 094 Mill. DM; 1. Vj 1997 + 103 Mill. DM, 2. Vj 1997 + 497 Mill. DM; 3. Vj 1997 - 111 Mill. DM, 4. Vj 1997: - 1 011 Mill. DM, 1. Vj 1998: + 1 490 Mill. DM, 2. Vj 1998: - 2 418 Mill. DM, 3. Vj 1998: 1 781 Mill. DM, 4. Vj 1998: - 856 Mill. DM, einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“, 1. Vj 1996 + 536 Mill. DM, 2. Vj 1996 - 35 Mill. DM; 3. Vj 1996 + 108 Mill. DM, 4. Vj 1996 + 329 Mill. DM, 1. Vj 1997: + 27 Mill. DM, 2. Vj 1997: + 37 Mill. DM, 3. Vj 1997 + 49 Mill. DM, 4. Vj 1997 + 8 Mill. DM, 1. Vj 1998 + 12 Mill. DM; 2. Vj 1998 + 93 Mill. DM, 3. Vj 1998 + 126 Mill. DM, 4. Vj 1998 + 511 Mill. DM - 4) Ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten. - 5) Am Ende des jeweiligen Berichtszeitraums - 6) Ab 1995 einschl. Ausgleichsfonds „Steinkohle“ und ab 1997 einschl. Entschädigungsfonds - 7) An Bund/Länder abgeführt - 8) Und am Zinsabschlag. - 9) Soweit den Gemeinden zugeflossen. - 10) Nach der Steuerverteilung

# Preise

## Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes Deutschland 1991 = 100

Jahr Monat	Wareneingang									
	insgesamt			aus der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei			aus dem Produzierenden Gewerbe			
	insgesamt	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	zusammen		darunter	
							zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	Energie, Brenn- - und Betriebs- stoffe
1994 D	98,4	100,4	93,6	91,8	90,9	94,6	98,9	101,2	93,5	97,6
1995 D	101,1	103,4	95,6	91,1	90,9	90,9	102,0	104,5	95,9	98,9
1996 D	98,8	100,2	95,3	91,1	91,6	89,6	99,4	100,9	95,7	92,3
1997 D	100,7	101,0	100,1	97,6	93,6	109,4	101,0	101,6	99,5	93,5
1997 November	100,8	101,1	100,2	96,9	93,2	107,9	101,1	101,8	99,7	92,2
1997 Dezember	100,5	101,0	99,5	97,5	93,2	110,6	100,8	101,7	98,7	92,1
1998 Januar	100,4	101,0	99,1	97,1	92,1	111,9	100,7	101,7	98,2	92,0
1998 Februar	100,1	100,8	98,4	97,6	92,7	111,7	100,3	101,6	97,5	91,6
1998 März	99,8	100,7	97,6	96,3	91,7	109,8	100,1	101,5	96,8	91,5
1998 April	99,6	100,5	97,3	94,3	89,8	107,7	100,0	101,4	96,6	91,5
1998 Mai	99,2	100,3	96,3	92,8	88,3	105,8	99,8	101,3	96,0	91,1
1998 Juni	98,7	100,3	95,1	92,5	89,2	101,9	99,3	101,2	94,6	90,8
1998 Juli	98,3	100,0	94,5	90,8	87,9	99,7	98,9	101,0	94,1	90,5
1998 August	97,8	99,5	93,5	89,7	86,7	96,4	98,4	100,7	93,2	90,1
1998 September	97,3	99,3	92,4	88,6	87,3	92,5	98,0	100,3	92,4	89,9
1998 Oktober	96,4	98,7	90,9	86,7	85,6	90,0	97,2	99,8	91,0	89,3
1998 November	96,0	98,4	90,3	86,3	84,5	91,5	96,8	99,6	90,2	88,9
1998 Dezember	95,7	98,3	89,4	88,7	87,3	92,7	96,3	99,2	89,2	88,6

Jahr Monat	Nach dem Grad der Bearbeitung										
	Rohstoffe					Halb- und Fertigwaren					
	zusammen	in- ländischer Herkunft	aus-	für das Ernährungs- gewerbe <sup>1)</sup>	für das übrige Produ- zierende Gewerbe <sup>1)</sup>		zusammen	und zwar		für das	
					zusammen	dar. Alt- material und Reststoffe		in- ländischer Herkunft	aus-	Ernäh- rungs- gewerbe <sup>2)</sup>	übrige Produ- zierende Gewerbe <sup>3)</sup>
1994 D	95,2	102,3	82,9	90,5	98,1	138,1	99,0	100,0	96,5	100,1	99,0
1995 D	97,3	106,8	80,9	89,0	102,6	172,4	101,9	102,8	99,6	99,3	102,1
1996 D	91,5	93,6	87,9	89,7	92,6	115,8	100,3	101,4	97,4	100,5	100,3
1997 D	98,5	97,3	100,5	95,8	100,1	129,3	101,2	101,6	100,0	102,5	101,1
1997 November	97,9	97,3	98,9	95,0	99,7	130,9	101,4	101,8	100,6	104,5	101,2
1997 Dezember	96,9	97,0	96,8	95,6	97,8	130,5	101,3	101,7	100,3	103,9	101,1
1998 Januar	95,8	95,9	95,5	95,0	96,2	128,3	101,4	101,9	100,1	104,1	101,2
1998 Februar	94,6	95,4	93,3	95,4	94,1	125,1	101,3	101,9	99,8	104,2	101,1
1998 März	93,0	94,6	90,3	94,0	92,4	123,3	101,3	101,9	99,7	104,2	101,0
1998 April	91,8	93,3	89,0	91,8	91,7	122,7	101,2	101,8	99,7	104,1	101,0
1998 Mai	91,1	92,8	88,2	90,0	91,7	122,2	100,9	101,7	99,0	103,8	100,7
1998 Juni	89,6	93,1	83,6	89,5	89,7	120,0	100,7	101,6	98,3	103,1	100,5
1998 Juli	87,9	91,6	81,5	87,9	88,0	118,9	100,5	101,5	98,1	102,8	100,4
1998 August	86,3	90,2	79,6	86,8	86,1	112,2	100,2	101,3	97,4	102,2	100,1
1998 September	85,2	89,3	78,1	85,6	84,9	103,6	99,8	101,1	96,4	101,7	99,7
1998 Oktober	82,7	87,0	75,2	83,9	81,9	92,0	99,3	100,8	95,3	100,6	99,2
1998 November	81,0	85,6	73,0	83,4	79,5	87,3	99,2	100,7	95,1	101,0	99,0
1998 Dezember	81,0	86,6	71,3	85,9	77,9	83,8	98,9	100,5	94,4	100,5	98,7

Jahr Monat	Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich									
	Wareneingang für die Energie- und Wasserversorgung, den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe <sup>4)</sup>									
	zusammen	darunter						Waren- eingang für das Bau- gewerbe	Energie, Brenn- - und Treib- stoffe <sup>6)</sup>	Betriebs- stoffe
Nahrungs- mittel- rohstoffe und -vor- erzeugnisse		Erdöl, roh	organische Grundstoffe und Chemikalien	Kunst- stoffe	Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe <sup>5)</sup>	Wolle, Chemie- fasern und Textilien				
1994 D	97,4	95,9	76,2	95,9	88,1	99,7	98,0	105,2	97,2	97,8
1995 D	100,6	95,1	73,3	108,7	96,6	136,0	100,4	107,1	102,2	97,1
1996 D	98,7	96,2	90,9	98,4	89,5	95,4	97,9	106,7	101,1	87,7
1997 D	101,0	99,1	97,7	102,7	91,7	91,0	99,7	107,7	89,9	100,2
1997 November	101,4	99,6	99,0	103,7	93,0	94,0	99,8	107,6	88,0	100,1
1997 Dezember	101,1	99,6	91,7	104,3	92,9	93,8	99,7	107,6	87,9	99,9
1998 Januar	100,9	99,3	86,1	103,9	93,5	93,3	99,7	107,7	87,8	100,0
1998 Februar	100,6	99,9	79,7	103,0	93,5	91,9	99,6	107,6	87,2	100,1
1998 März	100,2	99,4	74,3	101,9	92,9	90,8	99,7	107,7	87,1	99,9
1998 April	99,9	98,4	73,3	99,7	91,9	92,0	99,4	107,5	87,0	100,0
1998 Mai	99,5	97,4	74,4	98,7	90,7	92,5	99,1	107,5	86,6	99,8
1998 Juni	98,9	97,4	68,4	98,2	89,9	93,8	99,1	107,6	86,1	99,8
1998 Juli	98,4	96,6	63,9	96,6	89,4	93,0	98,7	107,4	85,7	99,7
1998 August	97,7	95,7	62,3	95,1	88,7	92,3	98,5	107,1	85,1	99,6
1998 September	97,1	95,7	65,3	94,3	88,6	90,7	98,0	106,9	84,8	99,6
1998 Oktober	96,1	94,3	63,2	92,5	88,1	89,1	97,0	106,6	84,2	99,1
1998 November	95,7	93,7	57,5	92,0	88,1	87,9	96,8	106,5	83,6	99,0
1998 Dezember	95,3	95,3	53,6	91,8	87,4	86,0	96,7	106,4	83,2	98,8

1) Einschl. Wasser. – 2) Wareneingang (ohne Rohstoffe) aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe – 3) Ohne Wareneingang für das Ernährungsgewerbe aus der Landwirtschaft und Fischerei und dem Ernährungsgewerbe. – 4) Nach dem vorwiegenden Verwendungsbereich zugeordnete Vorprodukte (einschl. Rohstoffen), ohne Hilfsstoffe (Energie, Brenn- und Treibstoffe) sowie ohne Betriebsstoffe (Verpackungsmaterial, Schmiermittel und Wasser). – 5) Ohne Packpapier – 6) Einschl. Brennstoffen für die Energieerzeugung

# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Gewerbliche Erzeugnisse				Erzeugnisse der Vorleistungsgüter- produzenten			Erzeugnisse der	
	insgesamt	ohne Mineralöl- erzeugnisse	ohne Energie und Wasser	ohne Energie	zusammen	Energie- produzenten	ohne Energie	Investitions- güterproduzenten	Konsum- güterproduzenten
1996	98,8	98,5	99,5	99,5	96,6	94,2	98,0	101,1	100,9
1997	99,9	99,6	100,2	100,3	98,1	97,8	98,2	101,8	102,0
1998	99,5	99,5	100,0	100,1	96,6	94,4	97,9	102,7	102,4
1998 Januar	100,1	99,9	100,5	100,6	97,9	96,5	98,7	102,2	102,5
Februar	100,1	99,9	100,4	100,5	97,8	96,2	98,7	102,2	102,5
März	100,0	99,9	100,3	100,5	97,6	95,7	98,7	102,3	102,5
April	100,0	100,0	100,3	100,5	97,6	96,0	98,6	102,4	102,5
Mai	100,0	100,0	100,3	100,4	97,4	95,8	98,3	102,8	102,6
Juni	99,9	99,9	100,2	100,3	97,2	95,4	98,2	102,8	102,5
Juli	99,7	99,7	100,1	100,2	96,8	94,5	98,1	102,8	102,6
August	99,5	99,5	99,9	100,0	96,4	94,0	97,8	102,9	102,4
September	99,4	99,4	99,8	99,9	96,2	94,1	97,5	103,0	102,4
Oktober	98,9	98,9	99,5	99,6	95,3	92,4	97,1	103,0	102,2
November	98,5	98,5	99,3	99,4	94,8	91,1	96,9	103,0	101,9
Dezember	98,3	98,3	99,0	99,2	94,3	90,7	96,4	102,9	101,9
1999 Januar	97,8	97,9	98,8	99,0	93,5	89,1	96,1	102,9	101,8
Februar	97,7	97,8	98,7	98,8	93,3	88,9	95,9	102,9	101,6
März	97,7	97,7	98,7	98,9	93,4	89,5	95,8	102,9	101,5
April	98,3	97,9	99,2	99,4	94,5	92,1	95,9	103,0	101,5
Mai	98,3	98,0	99,1	99,3	94,6	92,3	96,0	103,0	101,4

Jahr Monat	noch: Erzeugnisse der Konsumgüter- produzenten		Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden				Erzeugnisse des Verarbeitenden Gewerbes		Erzeugnisse des Ernährungs- gewerbes
	Gebrauchs- güterproduzenten	Verbrauchs- güterproduzenten	zusammen	Kohle und Torf <sup>2)</sup>	Erdöl und Erdgas <sup>3)</sup>	Steine und Erden, sonstige Bergbau- erzeugnisse	zusammen	ohne Mineralöl- erzeugnisse	
1996	101,0	100,9	74,4	59,9	106,1	99,9	100,1	99,8	101,0
1997	101,4	102,1	78,3	63,2	125,6	99,4	100,8	100,4	103,0
1998	101,7	102,5	75,8	61,1	118,5	97,7	100,6	100,6	102,6
1998 Januar	101,5	102,6	77,9	63,5	122,3	98,4	101,1	100,9	103,7
Februar	101,5	102,7	78,2	64,3	120,9	98,0	101,0	100,9	103,6
März	101,5	102,6	77,8	63,9	120,6	97,7	100,9	100,9	103,5
April	101,7	102,6	78,3	63,4	128,5	97,8	100,9	100,9	103,4
Mai	101,8	102,7	78,0	62,9	128,6	97,9	100,9	100,9	103,1
Juni	101,9	102,7	76,6	60,8	128,7	97,9	100,8	100,9	103,0
Juli	101,7	102,7	75,0	60,4	115,6	97,3	100,8	100,8	102,9
August	101,7	102,6	74,8	60,1	115,7	97,6	100,5	100,6	102,5
September	101,7	102,5	74,9	60,1	115,7	97,9	100,4	100,5	102,2
Oktober	101,8	102,2	73,3	58,8	109,0	97,3	100,2	100,3	101,5
November	101,9	101,9	72,4	57,5	108,2	97,5	100,0	100,1	100,9
Dezember	101,8	101,9	72,5	57,8	107,8	97,4	99,7	99,9	100,9
1999 Januar	102,0	101,7	71,8	57,8	101,5	96,9	99,5	99,7	100,5
Februar	102,0	101,6	71,9	57,8	101,6	97,2	99,4	99,6	100,2
März	102,0	101,4	72,4	58,5	102,2	97,0	99,5	99,5	100,0
April	102,2	101,3	73,8	59,1	112,7	97,4	99,9	99,6	99,9
Mai	102,2	101,3	73,6	58,5	114,0	97,3	99,8	99,6	99,7

1) Ohne Umsatzsteuer.

# Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

## Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	Tabak- erzeug- nisse	Textilien	Bekleidung	Leder- und Lederwaren	Holz- und Holzwaren, Kork und Korkwaren, Flecht- und Korb- macher- waren (ohne Möbel) <sup>2)</sup>	Papier			Verlags- und Druck- erzeug- nisse, bespielte Ton-, Bild- und Daten- träger	Kokerei- erzeug- nisse, Mineralöl- erzeug- nisse, Spalt- und Bruststoffe <sup>3)</sup>
						zu- sammen	Papier, Karton und Pappe	Papier-, Karton- und Pappe- waren		
1996	100,8	99,5	100,4	101,5	97,0	94,1	90,8	96,5	102,4	107,5
1997	103,4	100,2	100,7	102,4	97,8	91,9	87,0	95,1	102,0	110,4
1998	104,6	100,2	101,5	102,7	98,8	93,3	89,3	96,0	102,0	100,3
1998 Januar	103,0	100,4	101,2	102,6	98,1	93,1	89,5	95,6	102,2	105,7
Februar	103,0	100,6	101,5	102,6	98,1	93,5	90,0	95,9	102,2	104,0
März	103,0	100,5	101,5	102,6	98,5	93,6	90,2	95,9	101,9	101,8
April	103,0	100,4	101,4	102,6	99,0	93,7	90,0	96,1	101,9	102,0
Mai	105,1	100,4	101,5	102,6	99,3	93,7	89,9	96,2	101,9	100,9
Juni	105,2	100,3	101,3	102,7	99,3	93,6	89,5	96,3	101,8	99,6
Juli	105,1	100,3	101,3	102,7	99,5	93,6	89,5	96,4	102,2	100,0
August	105,4	100,2	101,6	102,7	99,2	93,5	89,4	96,3	102,1	98,2
September	105,7	100,0	101,8	102,8	98,9	93,3	88,9	96,3	102,0	98,7
Oktober	105,8	99,8	101,8	102,9	98,8	93,0	88,7	96,0	102,2	98,3
November	105,7	99,7	101,7	102,6	98,7	92,7	88,4	95,7	102,0	97,9
Dezember	105,7	99,7	101,7	102,6	98,6	92,3	88,0	95,4	102,0	95,9
1999 Januar	105,8	99,4	101,6	102,7	98,4	91,9	87,3	95,1	102,1	95,2
Februar	105,8	99,3	101,7	102,7	98,2	91,8	87,0	95,1	101,9	94,2
März	105,8	99,2	101,8	102,8	97,9	91,5	86,0	95,2	101,5	98,1
April	105,6	99,3	101,7	102,4	97,6	91,3	85,7	95,0	101,6	106,6
Mai	105,7	99,2	101,7	102,4	97,7	91,3	85,6	94,9	101,7	105,2

Jahr Monat	noch. Kokerei- erzeugnisse usw	Chemische Erzeugnisse	Gummi- und Kunststoffwaren			Glas, Keramik, bearbeitete Steine und Erden			Eisen- und Stahl- erzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse
	Mineralöl- erzeugnisse		zusammen	Gummi- waren	Kunststoff- waren	zusammen	Glas und Glaswaren	Keramik (ohne Ziegel und Baukeramik)	
1996	107,6	96,6	99,2	99,7	99,1	99,4	97,5	101,5	95,0
1997	110,5	97,6	98,7	99,1	98,6	98,9	94,8	102,2	96,6
1998	100,3	97,0	98,5	99,4	98,2	98,2	94,1	102,6	98,0
1998 Januar	105,6	98,6	98,5	99,0	98,4	98,5	94,0	102,3	99,2
Februar	104,2	98,6	98,5	99,0	98,3	98,3	94,0	102,4	99,6
März	101,8	98,6	98,5	99,1	98,4	98,3	93,5	102,3	99,7
April	101,9	97,9	98,5	99,2	98,4	98,2	93,1	102,9	100,1
Mai	100,9	97,1	98,5	99,5	98,3	98,4	94,0	102,8	99,4
Juni	99,6	97,0	98,7	99,6	98,5	98,2	93,8	102,7	99,1
Juli	100,1	96,9	98,7	99,7	98,4	98,3	94,3	102,8	99,0
August	98,3	96,2	98,5	99,7	98,2	98,1	94,2	102,7	98,4
September	98,7	96,0	98,5	99,7	98,3	98,1	94,1	102,8	97,4
Oktober	98,4	95,8	98,3	99,6	98,0	98,0	94,6	102,7	96,0
November	97,9	95,6	98,3	99,5	98,0	98,2	95,1	102,7	95,0
Dezember	95,8	95,5	98,0	99,2	97,7	98,2	95,0	102,6	93,1
1999 Januar	95,4	95,1	97,8	98,9	97,6	98,1	95,0	102,7	92,0
Februar	94,1	94,7	97,5	98,9	97,2	97,9	94,2	102,6	91,7
März	98,1	94,5	97,7	99,4	97,3	97,7	93,3	102,6	91,6
April	106,8	94,8	97,6	99,4	97,2	97,9	93,4	103,5	91,9
Mai	105,5	94,8	97,6	99,0	97,3	97,9	93,7	103,8	92,0

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Ohne Preisrepresentanten für Kork und Korkwaren, Flecht- und Korbmacherwaren – 3) Ohne Preisrepresentanten für Spalt- und Bruststoffe.

Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz)<sup>1)</sup>

Deutschland

1995 = 100

Jahr Monat	noch: Eisen- und Stahlerzeugnisse; NE-Metalle und -erzeugnisse			Metall- erzeugnisse	Maschinen	Büro- maschinen, Datenver- arbeitungs- geräte und -einrich- tungen	Geräte der Elektrizitäts- erzeugung und -verteilung u. ä	Nachrichten- technik, Rundfunk- und Fernseh- geräte sowie elektronische Bau- elemente	Medizin-, mess-, steuerungs-, regelungs- technische und optische Erzeugnisse; Uhren
	Roheisen und Stahl	NE-Metalle und Halbzeug daraus	Erzeugnisse der Gießereien						
1996	91,1	93,6	100,5	100,9	101,6	96,5	100,5	99,1	101,5
1997	91,3	100,5	102,3	101,1	102,6	92,5	99,7	98,5	103,0
1998	95,1	97,6	103,4	101,8	103,3	87,8	99,7	97,7	103,9
1998 Januar	96,2	100,9	103,4	101,6	102,9	90,2	99,7	98,1	103,4
Februar	97,1	100,9	103,5	101,6	102,9	89,8	99,7	98,3	103,5
März	97,2	101,0	103,4	101,8	103,0	89,3	99,7	98,3	103,6
April	97,4	101,7	103,6	101,7	103,2	89,1	100,0	98,0	103,7
Mai	97,5	99,1	103,4	101,9	103,3	88,6	100,0	97,9	103,8
Juni	97,2	98,7	103,2	101,9	103,4	88,6	100,1	97,7	103,8
Juli	96,8	98,7	103,2	101,7	103,4	88,0	99,8	97,7	103,7
August	95,9	97,6	103,1	101,8	103,4	87,0	99,8	97,7	103,6
September	94,9	95,5	103,3	101,9	103,5	86,4	99,7	97,7	103,9
Oktober	92,7	93,6	103,6	101,8	103,5	86,6	99,4	97,3	104,1
November	90,2	93,6	103,2	101,9	103,5	85,5	99,4	97,2	104,1
Dezember	87,5	90,3	103,3	101,8	103,5	85,0	99,1	96,4	104,1
1999 Januar	85,4	89,7	102,9	101,8	103,7	84,2	98,9	96,0	104,2
Februar	84,3	90,7	102,4	101,9	103,8	83,8	99,5	95,5	104,3
Marz	84,5	90,4	102,5	101,8	103,9	83,7	99,3	95,3	104,4
April	84,1	92,2	102,2	101,8	104,1	84,1	99,4	94,7	104,3
Mai	83,9	93,0	102,5	101,9	104,1	82,5	99,8	94,8	104,6

Jahr Monat	Kraftwagen und Kraftwagen- teile	Sonstige Fahrzeuge	Möbel, Schmuck, Musik- instrumente, Sportgeräte, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser					
				zusammen	Energie			Wasser	
					zusammen	Elektrischer Strom	Erdgas <sup>6)</sup>		Fernwärme mit Dampf und Warmwasser
1996	100,9	100,7	101,8	94,8	94,0	90,7	101,3	98,2	105,4
1997	101,6	100,5	102,7	98,4	97,7	90,4	114,4	100,0	109,5
1998	102,6	100,9	104,0	97,0	95,9	89,9	109,4	100,6	112,4
1998 Januar	102,0	100,2	103,3	98,1	97,1	90,1	113,1	100,9	111,7
Februar	101,9	100,3	103,4	98,0	97,0	90,1	112,7	100,8	112,1
März	101,9	100,4	103,5	98,0	97,0	90,1	112,7	100,7	112,2
April	102,1	100,9	103,7	98,3	97,3	90,1	113,8	101,0	112,4
Mai	102,7	101,1	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,1
Juni	102,8	100,9	104,2	98,4	97,4	90,1	113,9	101,0	112,2
Juli	102,8	100,9	104,2	97,4	96,3	90,1	110,1	101,0	112,4
August	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,5	100,7	112,8
September	102,9	101,0	104,2	97,2	96,1	90,1	109,6	100,8	112,8
Oktober	103,0	101,2	104,4	95,3	94,1	89,9	102,9	99,9	112,5
November	103,0	101,2	104,6	94,0	92,6	88,7	100,5	99,8	112,7
Dezember	103,0	101,2	104,6	93,9	92,5	88,7	100,4	99,8	112,7
1999 Januar	102,9	101,3	104,9	92,1	90,5	86,8	97,8	99,2	113,6
Februar	103,0	101,1	105,0	92,1	90,5	87,1	97,1	98,7	113,7
März	103,0	101,2	105,0	91,8	90,2	86,9	96,8	98,3	113,7
April	103,0	101,3	105,2	92,9	91,4	87,3	100,0	97,7	113,6
Mai	103,1	101,3	105,4	93,6	92,1	88,1	100,6	97,7	113,8

1) Ohne Umsatzsteuer





## Veröffentlichungen<sup>1)</sup> vom 22. Mai 1999 bis 18. Juni 1999

### Zusammenfassende Veröffentlichungen

Wirtschaft und Statistik Mai 1999	20,30
Statistischer Wochendienst	
Hefte 20/1999 bis Heft 23/1999	3,20
Band 33 der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“	
Agrarstatistik auf neuen Wegen	24,80
Konjunktur aktuell, Mai 1999	19,-
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft,	
Februar 1999	25,60
Verkehr aktuell, Mai 1999	14,40

### Fachserie 6 Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus

Reihe 1 1	Beschäftigte und Umsatz im Großhandel (Meßzahlen) Marz 1999	10,30
1 2	Beschäftigung Umsatz Wareneingang Lagerbestand und Investitionen im Großhandel 1997	14,40
3 1	Beschäftigte und Umsatz im Einzelhandel (Meßzahlen) Marz 1999	8,20
7 1	Beherbergung im Reiseverkehr sowie Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe, Marz 1999	12,60

### Fachserie 7 Außenhandel

Reihe 1	Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel 1997	25,60
" 1	Februar 1999	12,60
" 2	Außenhandel nach Waren und Ländern (Spezialhandel), Februar 1999	46,90

### Fachserien

#### Fachserie 1 Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Reihe 1 1 1	Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1998	33,90
" 4 3	Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt, Marz 1999	5,-
Heft 2	Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 1999	
	Vorläufige Ergebnisse nach Kreisfreien Städten und Landkreisen	19,60

#### Fachserie 3 Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Reihe 2 1 5	Sozioökonomische Verhältnisse 1997	29,40
3 2 1	Wachstum und Ernte – Feldfrüchte –, Heft 1/1999	5,-
4 2 1	Schlachtungen und Fleischherzeugung 1. Vierteljahr 1999	10,30

#### Fachserie 4 Produzierendes Gewerbe

Reihe 2 1	Indizes der Produktion und der Arbeitsproduktivität im Produzierenden Gewerbe, Januar/Februar 1999	19,60
" 2 1	Marz 1999	19,60
" 2 2	Auftragseingang und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe – Indizes – Marz 1999	25,60
" 3 1	Produktion im Produzierenden Gewerbe 1998	33,90
" 4 1 1	Beschäftigung, Umsatz und Energieversorgung der Unternehmen und Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1998	33,90
" 4 1 1	Marz 1999	29,10
" 4 3	Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 1997	33,90
" 7 1	Beschäftigte und Umsatz im Handwerk 1. Vierteljahr 1999 bis 4. Vierteljahr 1998	12,60
8 1	Eisen und Stahl (Eisenerzbergbau eisenschmelzende Industrie Eisen- Stahl- und Tempergießerei)	
" 8 1	April 1999 (Vorbericht)	3,10
" 8 1	April 1999	8,20
" 8 1	Mai 1999 (Vorbericht)	3,10
" 8 2	Düngemittelversorgung 1. Vierteljahr 1999	5,-

#### Fachserie 8 Verkehr

Reihe 2	Eisenbahnverkehr, Februar 1999	8,20
" 4	Binnenschifffahrt, Januar 1999	10,30
" 6	Luftverkehr, Marz 1999	17,-
" 7	Verkehrsunfälle, Januar 1999	10,30

#### Fachserie 11 Bildung und Kultur

Reihe 4 3 2	Monatliche hochschulstatistische Kennzahlen 1998	19,60
-------------	--	-------

#### Fachserie 13 Sozialleistungen

Reihe 4	Wohngeld im früheren Bundesgebiet 1996	19,60
---------	--	-------

#### Fachserie 14 Finanzen und Steuern

Reihe 9 5	Schaumweinsteuer 1998	5
-----------	-----------------------	---

#### Fachserie 17 Preise

Reihe 1	Preisindizes für die Land- und Forstwirtschaft 1998	14,40
" 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), April 1999	10,30
" 5	Kaufwerte für Bauland 4. Vierteljahr 1998	10,30
" 6	Indizes der Großhandelsverkaufspreise, April 1999	8,20
" 7	Preisindizes für die Lebenshaltung, Mai 1999 (Eilbericht)	4,-
" 10	Internationaler Vergleich der Preise für die Lebenshaltung April 1999	8,20
" 11	Preise und Preisindizes im Ausland April 1999	8,20

#### Fachserie 18 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen

Reihe 3	Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktberechnung 1. Vierteljahr 1999	12,60
---------	--	-------

#### Fachserie 19 Umwelt

Reihe 6	Umweltökonomische Gesamtrechnungen – Ausgaben und Anlagevermögen für Umweltschutz – 1998	17,-
---------	--	------

### Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender der wochentlichen präzisiert wird bekannt. Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.statistik-bund.de> abgerufen werden.

<sup>1)</sup> Angegebene Preise in DM – Zu beziehen durch den Buchhandel oder den Verlag Metzler-Poeschel, Verlagsauslieferung: SFG – Servicecenter Fachverlage GmbH, Postfach 43 43 72774 Reutlingen, Telefon (0 71 41) 93 53 50, Telefax (0 71 41) 3 36 53. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.



Eine Veröffentlichung auf Anregung des  
Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft

Werner Draguhn (Hrsg.)

# Asienkrise: Politik und Wirtschaft unter Reformdruck

Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg Nr. 308  
Hamburg 1999 \* ISBN 3-88910-219-0 \* 153 S. \* DM 36.00

In diesem Sammelband werden die Reaktionen der führenden asiatischen Wirtschaftsmächte Indien, Japan, Südkorea und China sowie der Länder Südostasiens auf die Asienkrise untersucht.

Folgende Themen werden behandelt:

- Christian Wagner: Indien: Von der Krise unberührt, zum Wandel verdammt?
- Jürgen Rüland: Südostasien: Zukunftsängste statt Fortschritts-optimismus
- Patrick Köllner: Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Südkorea: Ursachen, Auswirkungen und Perspektiven
- Sebastian Heilmann: Chinas Reformpolitik und die Risiken einer „Ballon-Wirtschaft“
- Franz Waldenberger: Japans Schlüsselrolle in Asien. Wie handlungsfähig sind Politik und Wirtschaft?

Eine *Gesamtanalyse* der Asienkrise bietet Rüdiger Machetzki mit seinem Beitrag „Krise(n) in Asien: Versagen von Politik und Märkten?“. Den Abschluß des Bandes bildet eine *Auswahlbibliographie* zur asiatischen Finanz- und Wirtschaftskrise von Günter Schucher.

Zu beziehen durch:

**Institut für Asienkunde**  
Rothenbaumchaussee 32 \* D-20148 Hamburg

Telefon: (040) 443 001 \* Telefax: (040) 410 79 45 \* E-Mail: ifahh@uni-hamburg.de  
Homepage: <http://www.rrz.uni-hamburg.de/ifa>  
(einschließlich Publikationsverzeichnis und Bestellmöglichkeit)